



# **KIELER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN**

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Kiel  
durch C. Corves, F. Dünckmann, R. Duttmann, R. Hassink,  
W. Hoppe, N. Oppelt, A. Vafeidis und R. Wehrhahn

Schriftleitung: P. Sinuraya

---

**Band 130**

**BENNO FLADVAD**

## **Topologien der Gerechtigkeit**

**Eine politisch-geographische Perspektive auf  
das Recht auf Ernährungssouveränität  
in Bolivien**

**KIEL 2017**

---

**IM SELBSTVERLAG DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS  
DER UNIVERSITÄT KIEL**

**ISSN 0723 – 9874**

**ISBN 978-3-923887-72-9**

**Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISBN 978-3-923887-72-9

Die vorliegende Arbeit entspricht im Wesentlichen der von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Jahre 2016 angenommenen gleichlautenden Dissertation.

Inszenierung unterschiedlicher Knollenfrüchte auf  
der BioBolivia 2013

Foto: Benno Fladvad

©

Alle Rechte vorbehalten

## **Danksagung**

Diese Arbeit wäre nicht ohne die Unterstützung, die Ermutigung und die Geduld vieler Menschen entstanden.

Ein herzlicher Dank gebührt zunächst meinem Betreuer Florian Dünckmann für den inspirierenden Gedankenaustausch, den motivierenden Zuspruch und die Unterstützung während des gesamten Vorhabens. Auch meinem Zweitbetreuer Rainer Wehrhahn danke ich sehr für die ergänzende Beratung und für die Begutachtung der Dissertationsschrift.

Während der Feldarbeit in Bolivien half mir besonders Dirk Hoffmann, der mir wiederholt bei Kontaktaufnahmen, diversen organisatorischen Angelegenheiten und der Erklärung von landestypischen Besonderheiten zur Seite stand. Nicht zuletzt auch seine Gastfreundschaft wird mir in sehr guter Erinnerung bleiben. Herzlichen Dank dafür!

Darüber hinaus haben mich zwischen den ersten Gedanken zu diesem Thema zum Ende des Jahres 2011 und der Abgabe im Jahr 2016 an der Universität Kiel viele Kolleginnen und Kollegen begleitet. Dazu gehören unter anderen: Anna Lena Bercht, Christopher Hilmer, Dominik Haubrich, Frederick Massmann, Gunnar Maus, Iryna Zamuruieva, Jana Kühl, Jens Reda, Jesko Mühlenberend, Johannes Glöckler, Paul Schützmann, Sebastian Ehret, Sören Weißermel, Sylvie Rham, Verena Sandner Le Gall und Zine-Eddine Hathat. Petra Sinuraya danke ich sehr für die Bearbeitung der Abbildungen und für das abschließende Lektorat. Auch meiner Familie, insbesondere meiner Frau Ann Sophie und meinen Eltern Susann und Bodo, möchte ich für unermüdliches Korrekturlesen und vor allem für ihre herzliche Unterstützung danken.

Ein besonderer Dank gilt natürlich meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern, die durch ihre Berichte und Erzählungen diese Arbeit erst ermöglichten und durch die ich einen tiefen und vielfältigen Einblick in eine mir wenig bekannte Welt erhalten konnte.

Kiel, im Juni 2017

Benno Fladvad



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	VI
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Zusammenfassung/Summary	X
<b>1 Warum Nahrung anders ist</b>	<b>1</b>
<b>2 Das Recht auf Ernährungssouveränität: Forschungsstand und wissenschaftliche Einbettung</b>	<b>7</b>
2.1 Thematische und disziplinäre Einordnung	7
2.2 Ein <i>clash</i> der landwirtschaftlichen Modelle	8
2.3 Ernährungssicherheit und -souveränität, neoliberale Agrarpolitik und die Entstehung von La Vía Campesina	13
2.4 <i>Food regimes</i> und <i>food empires</i>	17
2.5 Bäuerlicher Widerstand und ökologische Landwirtschaft	19
2.6 Die Paradoxien der Ernährungssouveränität	22
2.6.1 Zwischen bäuerlicher Selbstbestimmung und normativen Vorgaben	23
2.6.2 Zwischen heterogenen Identitäten und homogenisierenden Diskursen	25
2.6.3 Zwischen räumlichen Souveränitätsansprüchen	26
2.7 Zusammenfassung des Forschungsstandes	27
Zwischenfazit I	29
<b>3 Eine politisch-geographische Perspektive auf neue Rechte</b>	<b>31</b>
3.1 Forderungen nach neuen Rechten und Souveränität	32
3.1.1 Hegemonien und Gegen-Hegemonien	32
3.1.2 Das „Recht, Rechte zu haben“	35
3.1.3 „Grundlosigkeit“, Agonismus und das „politische Paradox“	36
3.1.4 Souveränität als paradoxes Konzept	39
3.1.5 „Anders Denken und Handeln“: Politische Aktivität und die Forderung nach neuen Rechten	42
3.1.6 Zusammenfassung	48

3.2	Drei Dimensionen der Gerechtigkeit	49
3.2.1	Zur wechselseitigen Abhängigkeit von Anerkennung und Umverteilung	50
3.2.2	Das „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“	52
3.2.3	Von politischer Zugehörigkeit zu einer dreidimensionalen Gerechtigkeitstheorie	57
3.2.4	Gerechtigkeitsforderungen als agonistische Kämpfe um Souveränität	61
3.2.5	Zusammenfassung	63
3.3	Eine praktikentheoretische Sicht auf das Politische	64
3.3.1	<i>The site of the social</i> : Praktikentheorie als Sozialontologie	65
3.3.2	Die Bausteine der <i>site ontology</i>	67
3.3.3	<i>Site ontology</i> , sozialer Wandel und Agonismus	72
3.3.4	Zum politischen Gehalt sozialer Praktiken	75
3.3.5	Zusammenfassung	77
3.4	Vorschlag eines politisch-geographischen Analyserahmens zur Untersuchung rechtebasierter Forderungen	79
3.4.1	Gerechtigkeitstopologien	81
3.4.2	Souveränitätspraktiken	88
3.4.3	Zusammenfassung	92
	Zwischenfazit II	94
<b>4</b>	<b>Vom Analyserahmen zum Forschungsdesign</b>	<b>97</b>
4.1	Konkretisierung der Fragestellungen	97
4.2	Bolivien als Kontext und Untersuchungsraum	98
4.2.1	Ernährungssouveränität und das <i>vivir bien</i> als post-neoliberale Leitbilder	100
4.2.2	<i>Tierra, territorio y dignidad</i> : die bolivianische „Land-Thematik“ in historischer Perspektive	102
4.2.3	Zwischen kleinbäuerlicher Landwirtschaft und der Agrarindustrie	106
4.3	Erkenntnistheoretische und methodologische Grundannahmen	108
4.3.1	Erkenntnistheoretische Positionierung, reflexive Forschungspraxis und zur Bedeutung theoriegeleiteten Arbeitens	108
4.3.2	<i>Event spaces</i> als methodologische Ausgangspunkte	112
4.3.3	Wahrnehmbarkeit sozialen Praktiken	113
4.4	Forschungsprozess, methodische Verfahren und Auswertung der Ergebnisse	115
4.4.1	Ablauf des gesamten Forschungsprozesses	115
4.4.2	Ablauf der Feldforschung	117
4.4.3	Auswahl der Untersuchungsmethoden	118
4.4.4	Aufbereitung und Auswertung der Daten	122
4.5	Zusammenfassung	124
	Zwischenfazit III	125

<b>5</b>	<b>Ein neues Recht und seine Realität: Ernährungssouveränität in Bolivien</b>	<b>127</b>
5.1	Die Politik der <i>soberanía y seguridad alimentaria</i> und ihre Widersprüche	127
5.1.1	Von Definitionen und Hintertüren: Die Deklarationen	128
5.1.2	Zwischen internationaler Marktintegration und nationaler Preisstabilität	135
5.1.3	Zur politischen Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft	137
5.1.4	Der Quinoa-Boom und seine Folgen	139
5.1.5	Normen für die Industrie: Lebensmittel(un)sicherheit	144
5.1.6	Zusammenfassung und hegemonietheoretische Interpretation	146
5.2	Kleinbäuerliche Praktiken der Ernährungssouveränität	150
5.2.1	„Das Unsere“: Praktiken des sich Einhegens und Abgrenzens	151
5.2.2	„Unsere Art, ökologisch zu arbeiten“: Praktiken des Produzierens	156
5.2.3	„Früher waren wir keine Ökologischen“: Praktiken des Umstellens	161
5.2.4	„Der Geschmack verschwindet nicht“: Praktiken des Lagerns und Konsumierens	166
5.2.5	„Wir organisieren uns“: Vernetzungspraktiken	168
5.2.6	<i>La vi(d)a campesina</i> : Praktiken des Inszenierens von Bäuerlichkeit	179
5.2.7	Zusammenfassung und praktikentheoretische Interpretation	183
5.3	Theoriegeleitete Synthese der Ergebnisse	191
5.3.1	Zur Forschungsfrage (a): Die „Souveränitätspraktiken“	191
5.3.2	Zur Forschungsfrage (b): Die „Gerechtigkeitstopologien“	199
5.3.3	Zusammenfassung	205
<b>6</b>	<b>Schlussbetrachtung: Reflexion und Ausblicke</b>	<b>209</b>
<b>7</b>	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>219</b>
<b>8</b>	<b>Anhang</b>	<b>243</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Antagonismus von Ernährungssouveränität und neoliberaler/industrieller Landwirtschaft	34
Abb. 2: Affirmative und transformative Formen der Anerkennung und Umverteilung	55
Abb. 3: Konstitution sozialen Wandels aus praktikentheoretischer Perspektive	79
Abb. 4: Theoretische Gleichverteilung unterschiedlicher Gerechtigkeitsdimensionen und Beispiele empirischer Abweichungen	82
Abb. 5: Gerechtigkeitstopologien	87
Abb. 6: Untersuchungsraum Bolivien: Politische Gliederung, Untersuchungsorte und vereinfachte ökozonale Gliederung	99
Abb. 7: Graffiti: „Prozess des <i>cambio MAS</i> “	101
Abb. 8: Politisches Graffiti gegen gentechnisch veränderte Organismen „Sie töten, sie ernähren dich nicht“	131
Abb. 9: Werbeplakat für den für Quinoa-Export: „Ein Lebensmittel, das von nun an der ganzen Welt zugute kommt“	140
Abb. 10: Werbeplakat für das Internationale Jahr der Quinoa	141
Abb. 11: Märkte in La Paz: in peripheren (links) und zentralen (rechts) Stadtteilen	145
Abb. 12: Ökologischer Anbau in Gewächshäusern und selbstproduziertes Saatgut	163
Abb. 13: Biomarkt in Tarija mit Produzentinnen/Verkäuferinnen aus Padcaya	171
Abb. 14: Vertreter der Plataforma Achocalla auf einer Versammlung zum SPG	174
Abb. 15: Veranstaltung zu ökologischer Produktion in Padcaya	175
Abb. 16: Informationstafel in den Räumen der Gewerkschaft Bartolina Sisa	177
Abb. 17: Multiplikatorinnen der agrarökologischen Bewegung im Rahmen einer Versammlung in Achocalla	179
Abb. 18: Messestand der CONAMAQ auf der BioBolivia	180
Abb. 19: Fotocollage zur Präsentation agrarökologischer Produktion auf der BioBolivia	181
Abb. 20: Jubiläumsfeier des MST-B auf der BioBolivia	182
Abb. 21: Schriftzug des MST-B auf der BioBolivia	182
Abb. 22: Politische Graffiti: „Achocalla ökologisch, würdevoll und produktiv“ und „Dass Deine Nahrung Deine Medizin sei“	192
Abb. 23: Inszenierung unterschiedlicher Knollenfrüchte auf der BioBolivia	197
Abb. 24: Plakat zum traditionell-ökologischen Kartoffelanbau auf der BioBolivia	198
Abb. 25: Messestand des MST-B auf der BioBolivia	198
Abb. 26: Inhaltliche Schwerpunktsetzungen bei der Forderung nach Ernährungssouveränität	201
Abb. 27: Eine „topologisch flache“ Geographie der Ernährungssouveränität	204

**Tabellenverzeichnis**

Tab. 1: Gegenüberstellung des Modells einer „dominanten Agrar- und Ernährungspolitik“ und des „Ernährungssouveränitäts-Modells“	12
Tab. 2: Souveränitätspraktiken und dazugehörige Organisationskomponenten	93
Tab. 3: Ablauf des gesamten Forschungsprozesses	116
Tab. 4: Methodenspektrum der empirischen Forschung	123
Tab. 5: Aktionskomponenten und topologische Charakteristika des „Projektes“ der traditionell-ökologischen Landwirtschaft	185

**Abkürzungsverzeichnis**

ADM	Archer Daniels Midland Company
AFD	Alternative für Deutschland
AFLOPHA	Asociación de Floricultores y Productores de Hortalizas de Achocalla
AIPE	Asociación de Instituciones de Promoción y Educación
AOPEB	Asociación de Organizaciones de Productores Ecológicos de Bolivia
AVSF	Agronomes et Vétérinaires Sans Frontières
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
CEDLA	Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario
CIDOB	Confederación de Indígenas del Oriente de Bolivia
CIOEC	Comité Integrador de Organizaciones Económicas Campesinas de Bolivia
CLOC	Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo
CMUPE	Comité Municipal de Producción Ecológica
CNAPE	Consejo Nacional de Producción Ecológica
CNMCIQB-BS	Confederación Nacional de Mujeres Campesinas Indígenas Originarias de Bolivia „Bartolina Sisa”
CONAMAQ	Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu
CONUESI	Cooperativa Nacional de Unidades Económicas Campesinas Indígenas del MST-Bolivia
CPE	Constitución Política del Estado
CRIAR	Creación de Iniciativas alimentarias Rurales
CSCIOB	Confederación de Comunidades Interculturales
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
DGfG	Deutsche Gesellschaft für Geographie
EMAPA	Empresa de Apoyo a la Producción de Alimentos
EMPODERAR	Emprendimientos Organizados para el Desarrollo Rural Autogestionario
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FIAN	FoodFirst Information and Action Network
FOBOMADE	Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GMOs	Genetisch modifizierte Organismen

INE	Instituto Nacional de Estadística
INRA	Instituto Nacional de Reforma Agraria
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender
MAS	Movimiento Al Socialismo
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
MST	Movimiento Sin Tierra (z.B. in Brasilien oder Paraguay)
MST-B	Movimiento Sin Tierra Bolivia
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NRO	Nichtregierungsorganisation
OEAS	Organizaciones Económicas Campesinas, Indígenas y Originarias de Bolivia
PASA	Programa de Apoyo a la Seguridad Alimentaria
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PND	Plan Nacional de Desarrollo
SENASAG	Servicio Nacional de Sanidad Agropecuaria e Inocuidad Alimentaria
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPG	Sistema Participativo de Garantía
TCO	Tierra Comunitaria de Origen
TIPNIS	Territorio Indígena y parque nacional Isiboro Sécuere
UN	United Nations
USAID	United States Agency for International Development
VSF	Veterinarios Sin Fronteras, Justicia Alimentaria Global

## **Zusammenfassung**

Die Themenfelder Nahrung und Ernährung haben in den letzten Jahren nicht nur in der Humangeographie, sondern auch in breiten Gesellschaftsschichten eine hohe Aufmerksamkeit erhalten. Sowohl in Industriegesellschaften als auch in den sogenannten Ländern des Südens setzt sich ein immer stärker werdendes Bewusstsein durch, dass Nahrung „mehr“ oder „anders“ ist als eine Ware: und zwar eine politische Frage um Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Bereits im Jahr 1996 deklarierte die Organisation La Vía Campesina – ein globales Netzwerk diverser kleinbäuerlicher Organisationen – die Forderung nach Ernährungssouveränität und formulierte damit einen umfassenden Gegenentwurf zur industriellen Landwirtschaft und zum neoliberalen Paradigma in der globalen Ernährungspolitik. Im Kern handelt es sich dabei um ein neues und nicht völkerrechtlich legitimes Grundrecht, bei dem es weniger darum geht, den Zugang zu Nahrungsmitteln zu erlangen, sondern vielmehr selbst über die Produktion, die Verteilung und den Konsum von Nahrung zu bestimmen und sich von marktwirtschaftlichen Zwängen befreien zu können.

Zwar ermöglicht dieser universelle Charakter es, die Idee der Ernährungssouveränität auf unterschiedliche regionale Kontexte zu übertragen und die Partikularinteressen verschiedener Gruppen zu einem wirkmächtigen Diskurs zu vereinen. Jedoch offenbart die Forderung auch mögliches Konfliktpotenzial und Widersprüche, v. a. hinsichtlich der Fragen, wer ernährungssouverän sein soll, welche geographische Ebene dabei im Vordergrund steht und wie genau die Regeln für eine ernährungssouveräne Gesellschaft aussehen sollen. Bislang gibt es auf diese Fragen kaum zufriedenstellende Antworten. Geschuldet ist dies der Tatsache, dass es sich weniger um ein ausdifferenziertes politisches Modell handelt, als vielmehr um eine libertäre und rechtebasierte Forderung nach Selbstbestimmung, mit der unweigerlich räumlich verfestigte Machtkonstellationen angefochten werden.

In Anbetracht dieser Unklarheiten liegt der Fokus dieser Arbeit darauf, in einem ersten Schritt zu diskutieren, wie eine solche Forderung analytisch betrachtet werden kann. Dazu werden Ansätze aus der Agrarsoziologie, der Politischen Theorie, der Sozialtheorie und der Humangeographie herangezogen und miteinander verbunden. Das Ziel ist es, einen politisch-geographischen Analyseansatz zu entwickeln, mit dem die Forderung nach Ernährungssouveränität, aber auch andere rechte- und raumbundene Forderungen nach Selbstbestimmung in ihrem empirischen Wirkungsgefüge untersucht werden können. In einem zweiten Schritt wird dieser Ansatz auf das bolivianische Beispiel übertragen, wo seit dem Jahr 2009 das erklärte Ziel besteht, eine ernährungssouveräne und postneoliberale Gesellschaft aufzubauen und sich von ökonomischer Fremdherrschaft zu befreien.

Im Rahmen der empirischen Untersuchung, die auf zwei Forschungsaufenthalten in den Jahren 2013 und 2015 basiert, stehen neben den staatlichen Bemühungen vor allem zivilgesellschaftliche und kleinbäuerliche Initiativen und Aktivitäten im Vordergrund. Dabei werden die erkenntnisleitenden Fragen aufgeworfen, inwiefern es sich bei dieser Dynamik um eine politische Praxis der Selbstbestimmung handelt und auf welche Weise Räumlichkeit bzw. Maßstabsebenen mit Inhalten belegt, eingesetzt, hergestellt oder herausgefordert werden.

## Summary

### **Topologies of justice: A political geography of the right to food sovereignty in Bolivia**

In the last years, the topic of food has increasingly received attention throughout society as well as in the discipline of human geography. Both in the global north and south, there is a raising awareness that food is “more than” or “different from” other commodities: It is inextricably bound to political questions of justice. In 1996, a global network of small-scale farmers, La Via Campesina, declared the right to food sovereignty as a political countermovement to dominant neoliberal food and agricultural policies. This claim does not only refer to the right to food but rather emphasizes the right to decide independently over the production, consumption, and distribution of food and to liberate smallholders from external powers and “rules” of the market.

On the one hand, this universal claim follows the logic of a human right and bears the potential to be transferred to different geographical and socio-historical contexts. On the other hand, it reveals various open questions: Who should be “the sovereign”? On which geographical scale should this new right be implemented? And what exactly are the normative guidelines for a food sovereign society? Until now, the lack of satisfying answers to these questions is evident. This is not surprising, since food sovereignty cannot be understood as a political model; it rather entails the maxim of self-determination, which inevitably challenges spatially fixed constellations of power.

Facing these obscurities and the potential for conflict, this dissertation focuses, firstly, on the question of how a new and emerging right can be conceptualized from a political geography perspective. For this purpose, theories from political theory, social theory, human geography but also from rural sociology – whose representatives currently provide the most suitable approaches on this topic – will be discussed. The aim is to develop a comprehensive conceptual frame to analyze food sovereignty as well as other rights- and space-based claims for self-determination in their empirical contexts.

Secondly, this framework is put to the test in a study of the right to food sovereignty in Bolivia: In 2009, the Bolivian government and civil society organizations declared the political objective to establish a food sovereign and post-neoliberal society and to end heteronomy. Apart from analyzing government policies, the objective of the empirical research – which was conducted in 2013 and 2015 – is to focus on those social practices of small-scale farmers that constitute the claim for food sovereignty. The research questions are: To what extent do these practices reveal the character of political practices, understood as a longing for self-rule and self-determination? And in what way do these practices use, produce, give meaning to, and challenge spatiality and spatial constellations like geographical scales?

## 1 Warum Nahrung anders ist

„El oro es de lujo nomás. Pero el alimento se come.“

„Das Gold ist nur Luxus. Aber die Nahrung isst man.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat eines bolivianischen Kleinbauern enthält eine Feststellung, die ähnlich auch der Wissenschaftler und Ernährungsaktivist Peter ROSSET (2006) in Form eines prägnanten Buchtitels trifft: „Nahrung ist anders.“ Sie ist nicht nur anders als andere Dinge oder Waren, weil die Menschheit in ihrer Existenz auf sie angewiesen ist, sondern auch, weil die Geographien ihrer Entstehung, ihrer Verteilung und ihres Verbrauchs eng miteinander verknüpft sind und unser soziales Zusammenleben in hohem Maße beeinflussen. Jedoch sind diese Zusammenhänge nicht immer offensichtlich. So weist David HARVEY (1990, S. 423) in einem vielzitierten Artikel darauf hin, dass der Konsum von Lebensmitteln in unserer persönlichen Wahrnehmung kaum noch mit den Orten und den Bedingungen der Produktion in Verbindung steht. Aus einer moralischen Argumentation heraus fordert er daher, sich dieser Tatsache bewusst zu werden, die sozial-räumlichen Sphären des Konsums und der Produktion miteinander zu verbinden und den „Schleier des Warenfetischismus“ zu lüften.

Mittlerweile haben sich in postindustriellen Gesellschaften diverse Ernährungstrends durchgesetzt (z. B. *bio*, *fair*, *vegan*, *clean*), die auf den ersten Blick zu einem solch reflektierten Konsumbewusstsein anregen. Zwar legt die einst vom Philosophen Ludwig Feuerbach formulierte These „der Mensch ist, was er isst“ (zit. in LEMKE 2004, S. 117) den Gedanken nahe, dass dabei vor allem eine identitätsstiftende Motivation vorherrscht und der politische Gehalt dieser Trends marginal ist, jedoch scheinen durchaus neue Werturteile entstanden zu sein: So beeinflussen inzwischen nicht mehr nur der Geschmack, der Nährstoffgehalt, der Preis oder die Ästhetik die moralische Bewertung was „gute Lebensmittel“ ausmacht, sondern vermehrt auch die Herkunft, d. h. die Produktions- und Verteilungsbedingungen sowie ein emotionales Verlangen nach räumlicher und sozialer Nähe (vgl. ERMANN 2015, S. 77).

Auch diverse Umweltschutzorganisationen (z. B. BUND, Greenpeace, NABU) fordern, das eigene Konsumverhalten zu reflektieren und ökologischer zu leben. Zusammen mit Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen wie FIAN oder Brot für die Welt setzen sie sich außerdem für ein grundlegendes Umdenken in der internationalen Agrar- und Ernährungspolitik sowie für eine gerechtere und auf kleinbäuerlichen Strukturen basierende Nahrungsmittelproduktion ein. Zwar sank die Anzahl der weltweit an Unterernährung leidenden Menschen von mehr als einer Milliarde im Jahr 1990 auf gegenwärtig ca. 795 Millionen (vgl. FAO 2015), entgegen den Verheißungen des Freihandels konnte je-

<sup>1</sup> Entnommen einem Interview mit einem Quinoaproduzenten und ehemaligen Funktionär eines kleinbäuerlichen Verbandes (CIOEC) in La Paz, Bolivien (NI 1, 09.05.2013).

doch der Hunger in vielen Ländern des Südens bislang nicht beseitigt werden, so dass diese Organisationen nach wie vor dringenden Handlungsbedarf sehen.

Zusätzlich tritt ein weiteres Phänomen immer deutlicher hervor: Nach Daten der Weltgesundheitsorganisation hat sich seit den 1980er Jahren die Zahl der weltweit an Überernährung leidenden Menschen verdoppelt und liegt gegenwärtig bei ca. 1,9 Milliarden Erwachsenen (vgl. WHO 2016). Auf globaler Ebene stehen somit der anhaltenden Mangelernährung steigende Übergewichtsraten und ein Trend zu energiereicher und nährstoffarmer Ernährung gegenüber (vgl. PATEL 2012 [2007]). Durch dieses Ungleichgewicht scheint das von der FAO ausgegebene Ziel der weltweiten Ernährungssicherheit, das neben der rein quantitativen Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auch deren Qualität hervorhebt, in weite Ferne zu rücken (vgl. FAO 1996). Für eine nicht unbedeutende Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (vgl. u. a. DESMARAIS 2007; MCMICHAEL 2009a; ROSSET 2006) steht vielmehr fest, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten ein dominantes und global wirksames *corporate food regime* verfestigt hat, das diese Tendenzen durch einen fortlaufenden Prozess der Kapitalakkumulation weiter vorantreibt.

Vor allem die sozialen Auswirkungen werden von den genannten Organisationen mit Sorge betrachtet: Immer häufiger, so kritisieren sie, verlieren Kleinproduzierende durch die Dominanz agroindustrieller Praktiken und neoliberaler Politiken ihre Lebensgrundlage, werden ökonomisch marginalisiert und ihres Landes sowie ihrer ökonomischen Souveränität beraubt. Das daraus entstehende Ungerechtigkeitsempfinden der Betroffenen ist jedoch nicht folgenlos geblieben. Es zeigt sich vor allem durch die Präsenz von La Vía Campesina, einem globalen Netzwerk von u. a. Kleinproduzierenden, indigenen Völkern und Landlosen. Seit dem Welternährungsgipfel in Rom im Jahr 1996 fordern diese vielfältigen Gruppen nicht mehr nur das Recht auf Zugang zu Nahrung, sondern vielmehr das Recht auf Ernährungssouveränität, um selbstbestimmt über die Produktion, die Verteilung und den Konsum von Nahrungsmitteln bestimmen zu können (vgl. La Vía Campesina 2007). Mit dieser noch relativ neuen und derzeit vor allem in Lateinamerika diskutierten Forderung zeigen sie, dass Nahrung nicht „nur“ ein Grundbedürfnis ist, sondern dass es sich vorrangig um eine politische Thematik handelt, bei der Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Autonomie eine große Rolle spielen.

### **Zielsetzung der Arbeit**

Was bedeutet es nun das Recht auf Ernährungssouveränität einzufordern? Wie sieht dieser Prozess in der Praxis aus? Wer sollen die Souveränen sein? Handelt es sich um Staaten, um Individuen oder um kleinbäuerliche Organisationen? Welche politischen und sozial-räumlichen Widersprüche und Konstellationen ergeben sich im Zuge der Einforderung von Ernährungssouveränität? Welches transformative und politische Potenzial enthält die Forderung? Zielt das Recht tatsächlich darauf ab, dass Nahrung grundsätzlich „anders“ behandelt und wertgeschätzt werden sollte? Und in welcher Form lässt sich eine

politisch-normative Idee wie Ernährungssouveränität überhaupt theoretisch und empirisch betrachten?

Wie ein Blick auf die entsprechende wissenschaftliche Literatur verrät, existieren auf diese Fragen bislang kaum zufriedenstellende Antworten (vgl. u. a. PATEL 2009; EDELMAN 2014; BERNSTEIN 2014; TRAUGER 2014). Jedoch verwundern diese Unklarheiten nicht, da es sich bei Ernährungssouveränität um kein ausdefiniertes politisches Modell handelt, sondern vielmehr um eine universelle Forderung nach Selbstbestimmung, mit der das dominante Ernährungsregime in seiner Gesamtheit herausgefordert wird. Partikulare Forderungen wie die Rechte auf Land und Wasser, das Recht auf indigene Selbstbestimmung oder das Recht auf würdevolle Arbeitsbedingungen werden auf diese Weise zu einem inklusiven und auf unterschiedliche Kontexte übertragbaren Diskurs zusammengefasst.

Mit dieser Forschungsarbeit werden zwei eng miteinander verbundene Ziele verfolgt: Erstens soll eine konzeptionelle Perspektive entwickelt werden, die es ermöglicht, eine universelle und rechtebasierte Forderung wie Ernährungssouveränität hinsichtlich ihrer möglichen Inhalte, ihrer praktische Auslegung sowie ihrer räumlichen Dimension zu untersuchen. Ähnlich wie es auch die Humangeographin Amy TRAUGER (2013; 2014) vorgeschlägt, hat dieser Ansatz den Anspruch, eine „politisch-geographische Theorie der Ernährungssouveränität“ darzustellen. Jedoch soll er nicht ausschließlich für diese Thematik anwendbar sein: Auch im Rahmen anderer raumbezogener Forderungen nach Selbstbestimmung und Autonomie wird auf bestimmte Rechte verwiesen, wie es die Bewegung für ein Recht auf Stadt, die Debatten um indigene Rechte oder um das Recht auf Heimat anschaulich zeigen. Offenbar existiert eine enge Verbindung zwischen Räumlichkeit, Rechten und Gerechtigkeit, die – gemessen an ihrer politischen Relevanz – in der Humangeographie bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren hat (vgl. zu den Ausnahmen u. a. ATTOH 2011; BARNETT 2011; BARNETT 2012; BLOMLEY et al. 2001; HARVEY 2008; ROTHFUSS 2012; SMITH 1994). Daher soll ein universeller und übertragbarer Ansatz entstehen, mit dem es möglich wird, solche rechte- und raumbasierten Forderungen in all ihrer Komplexität analysieren zu können.

Zweitens soll dieser Analyseansatz empirisch angewendet werden. Dazu eignet sich der bolivianische Kontext in hohem Maße: Seit 2009 besteht der in der Verfassung verankerte Wille, das Leitbild der Ernährungssouveränität für das „gute Leben“ der Bolivianerinnen und Bolivianer zu verfolgen und das Land zu dekolonisieren, d. h. es von neoliberalen und neokolonialistischen Strukturen der Fremdherrschaft zu befreien. Diese postneoliberale bzw. antiimperialistische Rhetorik ist zwar auch in anderen Ländern Lateinamerikas zu vernehmen (vgl. u. a. YATES & BAKKER 2014), allerdings weist Bolivien spezifische Charakteristika auf, die eine Untersuchung in gerade diesem Kontext nahelegen: Bolivien ist ein Land, das auf eine lange Ausbeutungsgeschichte von landwirtschaft-

lichen Primärgütern und mineralischen Rohstoffen zurückblickt. Gleichzeitig hat sich in den letzten 30-40 Jahren – wie in kaum einem anderen Land Lateinamerikas – eine politisch starke und nach Selbstbestimmung strebende indigene bzw. kleinbäuerliche Bewegung gebildet, die sich in hohem Maße mit dem Leitbild der Ernährungssouveränität identifiziert. Bei der Untersuchung sollen daher neben der nationalstaatlichen Politik der Ernährungssouveränität insbesondere kleinbäuerliche Initiativen beschrieben und diskutiert werden, die im Kontext dieser Forderung zu beobachten sind.

### **Aufbau der Arbeit**

In Kapitel 2 soll zunächst der Stand der Forschung zum Recht auf Ernährungssouveränität aufgezeigt und die Thematik in ihren wissenschaftlichen Kontext eingebettet werden. Die meisten der in diesem Kapitel diskutierten Ansätze stammen aus der Agrarsoziologie, deren Vertreterinnen und Vertreter sich bereits seit den 1960er Jahren mit dem Phänomen des bäuerlichen Widerstandes gegen unterdrückende Strukturen beschäftigen. In den letzten Jahren hat sich jedoch auch innerhalb der Humangeographie ein Verständnis durchgesetzt, dass Ernährung und Nahrungsmittelproduktion nicht mehr ausschließlich als Bestandteile der Agrargeographie betrachtet werden sollten, sondern dass auch andere Teildisziplinen, wie z. B. die Kulturgeographie und die Politische Geographie, dafür in Frage kommen.

Kapitel 3 soll dazu dienen, den gegenwärtigen Stand der Forschung zu vertiefen und eine eigene politisch-geographische Perspektive zur Untersuchung rechthebasierter Forderung zu erstellen. Zu diesem Zweck wird auf Ansätze der Politischen Philosophie, der Sozialtheorie und der Humangeographie zurückgegriffen.

Inhalt des 4. Kapitels soll es sein, ein geeignetes Forschungsdesign zu erstellen, mit dem der Analyseansatz in die Feldforschung übertragen werden kann. Dazu werden die sich aus Kapitel 3 ergebenden Forschungsfragen präzisiert, der Untersuchungsraum vorgestellt und die erkenntnistheoretischen Grundannahmen sowie die konkrete Forschungsmethodik präsentiert.

In Kapitel 5 soll zunächst gezeigt werden, wie sich die staatliche Politik der Ernährungssouveränität in der Praxis darstellt. Daran anknüpfend sollen Ausschnitte aus kleinbäuerlichen Initiativen diskutiert werden, die sich in diesem Zusammenhang beobachten lassen.

Das 6. Kapitel enthält abschließende Anmerkungen zum wissenschaftlichen Mehrwert dieser Arbeit, weiterführende Forschungsfragen und eine Reflexion der Feldforschung.

### **Anmerkungen zum Stil**

Im nun folgenden Text soll die Orientierung beim Lesen durch einzelne Hervorhebungen sowie durch nicht im Inhaltsverzeichnis dargestellte Zwischenüberschriften erleichtert

werden. Sämtliche Hervorhebungen in Direktzitatzen stammen von den jeweiligen Verfasserinnen oder Verfassern. Fremdsprachliche Fachbegriffe (nicht aber Eigennamen) wurden meist in der Originalsprache belassen und sind kursiv hervorgehoben. Die Interviewzitate aus der Feldforschung wurden jedoch für das einfachere Verständnis und für die Aufrechterhaltung des Leseflusses übersetzt. Verständniserleichternde Auslassungen und Anmerkungen sind in Form eckiger Klammern kenntlich gemacht. Die spanischsprachigen Originalzitate sowie eine Auflistung der zitierten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner befinden sich im Anhang.

In Anbetracht der Tatsache, dass in Bolivien der landwirtschaftliche Anbau, der Verkauf und die Zubereitung von Lebensmitteln zum überwiegenden Teil von Frauen bewältigt werden, und die Gleichstellung von Frauen und Männern ein erklärtes Ziel der Bewegung für Ernährungssouveränität darstellt, ist der nun folgende Text (mit Ausnahme der spanischsprachigen Zitate in Kapitel 5) in einer geschlechtergerechten Sprache verfasst. Das bedeutet, es werden überwiegend geschlechtsneutrale Bezeichnungen verwendet. Aus inhaltlichen, grammatikalischen und stilistischen Gründen findet an diversen Stellen jedoch auch die Doppelform Verwendung. Im zweiten und empirisch orientierten Teil dieser Arbeit (ab Kapitel 4) sind diverse Passagen in einem autoethnographischen Schreibstil verfasst. Dieser stilistische „Bruch“ ergibt sich aus der ebenfalls in Kapitel 4 dargestellten erkenntnistheoretischen Positionierung und der Forschungsmethodik.



## 2 Das Recht auf Ernährungssouveränität: Forschungsstand und wissenschaftliche Einbettung

Seit dem Welternährungsgipfel in Rom im Jahr 1996, in dessen Rahmen die Forderung nach Ernährungssouveränität zum ersten Mal offiziell formuliert wurde, hat sie weltweit stark an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile wird sie von diversen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Graswurzelbewegungen sowie von einigen lateinamerikanischen Regierungen als politisches Leitbild verfolgt. Das globale Netzwerk La Via Campesina (der bäuerliche Weg) nimmt dabei eine wesentliche Rolle ein: Es bündelt die partikularen Gruppen zu einer sich flächenhaft ausbreitenden, bäuerlichen Bewegung gegen den Neoliberalismus und den Neokolonialismus und verhilft ihnen zu einer deutlich gestiegenen Aufmerksamkeit in globalen ernährungspolitischen Debatten (vgl. u. a. BEAUREGARD 2009; BEUCHELT und VIRCHOW 2012; BOVÉ 2001; DESMARAIS 2007; FAO 2013; HOLT-GIMÉNEZ 2011; MCKAY und NEHRING 2013; WITTMAN et al. 2010; WITTMAN et al. 2011).

Das Ziel dieses Kapitels ist es, den aktuellen Stand der Forschung zum Recht auf Ernährungssouveränität zusammenzufassen und jene Ausschnitte genauer darzustellen, die für diese Arbeit wichtige Impulse liefern. Nach einer kurzen thematischen und disziplinären Einordnung soll aufgezeigt werden, was sich inhaltlich hinter der Forderung nach Ernährungssouveränität verbirgt, in welchem Verhältnis sie zum älteren Konzept der Ernährungssicherheit steht, wie sie entstanden ist und welche theoretischen und konzeptionellen Ansätze zu dieser Thematik existieren (Kapitel 2.1 – 2.5). Daran anknüpfend werden die Fragen aufgeworfen, welche inhaltlichen Widersprüche die Forderung offenbart (Kapitel 2.6) und inwiefern sich daraus Spannungsfelder und Forschungslücken ableiten lassen.

### 2.1 Thematische und disziplinäre Einordnung

Ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Ernährungssouveränität stammt aus der interdisziplinär angelegten Agrarsoziologie und aus der dazugehörigen Teildisziplin, den Peasant Studies (vgl. u. a. AKRAM-LODHI und KAY 2009; BERNSTEIN und BYRES 2001). Aus dezidiert humangeographischer Perspektive wurde die Idee der Ernährungssouveränität bislang nur selten betrachtet. Erst in den letzten drei Jahren ist eine noch recht überschaubare Literatur dazu entstanden: Zu nennen sind HOPMA und WOODS (2014), JAROSZ (2014), SCHIAVONI (2014) sowie TRAUGER (2013; 2014), deren theoretische Ansätze sich weitgehend mit der agrarsoziologischen Debatte überschneiden. Thematisch lassen sich diese in die sogenannten Geographies of Food<sup>1</sup> einordnen, innerhalb der seit den 1980er Jahren vor allem im anglophonen aber zunehmend auch im deutsch-

---

<sup>1</sup> Der Ausdruck *food* lässt sich nicht adäquat ins Deutsche übersetzen und bedeutet zugleich „Ernährung“, „Lebensmittel“ und „Speise“ (vgl. ERMANN 2015, S. 79). Im Folgenden soll v. a. die Übersetzung „Ernährung“ gewählt werden, da sie in Bezug auf die Themenstellung am zutreffendsten ist.

sprachigen Kontext<sup>2</sup> aus politökonomischen und kulturgeographischen Perspektiven ein breites Spektrum an Fragen hinsichtlich der Räumlichkeit von Ernährung betrachtet wird (vgl. STRÜVER 2015; WINTER 2003). Forschungsschwerpunkte sind z. B. die räumlichen Beziehungen zwischen den Sphären der Produktion und des Konsums von Nahrungsmitteln bzw. die Nachverfolgung und Dekonstruktion von Produktions- und Lieferketten (vgl. COOK 2004; COOK et al. 2006). Aber auch Praktiken des Nahrungsmittelkonsums und damit verbundene gesellschaftliche Ängste oder moralische Werte gehören zum Forschungsrepertoire der Geographies of Food (vgl. ERMANN 2006; HARTWICK 2000; JACKSON 2010; JACKSON 2015). Andere humangeographische Arbeiten fokussieren hingegen, meist mit Fokus auf den globalen Norden, auf alternative Produktionsketten und Nahrungsmittelnetzwerke, sogenannte Alternative Food Networks (AFNs) (vgl. GOODMAN 2004; MAYE 2013; WATTS et al. 2005; WHATMORE und THORNE 1997).

Insgesamt ist zu beobachten, dass eine hohe Anzahl der Autorinnen und Autoren, die sich mit der Bewegung für Ernährungssouveränität auseinandersetzen – v. a. José Bové, Annette Desmarais, Eric Holt-Giménez, Raj Patel, Peter Rosset – sie nicht von außen und vermeintlich neutral betrachten, sondern im Rahmen aktivistischer Debatten und Initiativen direkt in sie eingebunden sind. Die akademische Wissensproduktion ist dementsprechend als ein wesentlicher Bestandteil der Bewegung zu verstehen. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Beiträge dabei deutlich gestiegen und es hat sich eine etwas distanziertere und durchaus kritische wissenschaftliche Diskussion entwickelt, die durch die beiden aufeinanderfolgenden Konferenzen mit dem Titel „Food Sovereignty: A Critical Dialogue“ in den Jahren 2013 und 2014 zusammengefasst und systematisch vertieft wurde. Als Ergebnis entstanden ca. 90 teils empirisch und teils konzeptionell orientierte Arbeitspapiere aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Forschungsdisziplinen sowie mehrere Veröffentlichungen im Journal of Peasant Studies, die aufzeigen, welche Bandbreite an Themen und Konzepten sich mit Ernährungssouveränität verbinden lassen (vgl. stellvertretend BERNSTEIN 2014 sowie EDELMAN et al. 2014).

Doch wie genau wird Ernährungssouveränität nun definiert und was soll es beinhalten? Im folgenden Unterkapitel soll diesen Fragen nachgegangen werden.

## 2.2 Ein *clash* der landwirtschaftlichen Modelle

„Food sovereignty is the right of peoples to healthy and culturally appropriate food produced through ecologically sound and sustainable methods, and their right to define their own food and agriculture systems. It puts those who produce, distribute and consume food at the heart of food systems and policies rather than the demands of markets and corporations. It defends the interests and inclusion of the next gen-

<sup>2</sup> Beispielsweise wurde im Juni 2015 am Geographischen Institut der Universität Bayreuth ein Workshop mit dem Titel „Raum is(s)t Nahrung“ durchgeführt (vgl. Universität Bayreuth 2015).

eration. It offers a strategy to resist and dismantle the current corporate trade and food regime, and directions for food, farming, pastoral and fisheries systems determined by local producers. Food sovereignty prioritises local and national economies and markets and empowers peasant and family farmer-driven agriculture, artisanal-fishing, pastoralist-led grazing, and food production, distribution and consumption based on environmental, social and economic sustainability. Food sovereignty promotes transparent trade that guarantees just income to all peoples and the rights of consumers to control their food and nutrition. It ensures that the rights to use and manage our lands, territories, waters, seeds, livestock and biodiversity are in the hands of those of us who produce food. Food sovereignty implies new social relations free of oppression and inequality between men and women, peoples, racial groups, social classes and generations.“ (La Vía Campesina 2007, o. S.)

Diese vielfach zitierte Definition von Ernährungssouveränität stammt aus der sogenannten Deklaration von Nyéléni aus dem Jahr 2007 und spiegelt bereits die Vielfältigkeit der politischen Idee wider: Entgegen der ersten Definition aus dem Jahr 1996, in der Ernährungssouveränität noch als das Recht einer jeden Nation erklärt wurde, ein eigenes Ernährungssystem aufzubauen und aus eigener Kraft für Ernährungssicherheit zu sorgen (vgl. La Vía Campesina 1996), beruft sich La Vía Campesina mit dieser Formulierung auf das Recht der Völker, selbstständig über die eigene Produktion, den Konsum und die Vermarktung bzw. Verteilung von Nahrungsmitteln bestimmen zu können. Das bestehende Menschenrecht auf angemessene Nahrung, enthalten im Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte der Vereinten Nationen (vgl. United Nations 1966, Art. 11), wird somit durch die Komponente der Souveränität von Produzierenden aber auch von Händlerinnen und Händlern sowie Konsumierenden vollständig neu interpretiert und eingefordert. Das Recht fungiert nicht mehr nur als ein Garant, dass die Regierungen der UN-Mitgliedsstaaten die Bevölkerung ihrer Länder mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgen, sondern darüber hinaus auch als Grundlage für eine libertäre Form der Selbstbestimmung und damit als Basis für die Entstehung neuer sozialräumlicher Konstellationen und Beziehungen (vgl. JAROSZ 2014, S. 176 ff.; TRAUGER 2013, S. 11 ff.).

Diese rechtbasierte Formulierung bezeichnet CLAEYS (2012, S. 846 ff.) als einen *rights master frame*, der vor allem den Vorteil habe, andere rechtbasierte Forderungen zu integrieren bzw. sie miteinander zu verbinden. Zu nennen sind z. B. Rechte von Konsumierenden, Landrechte, Eigentumsrechte, das Recht auf indigene und bäuerliche Selbstbestimmung und die Wahrung der Eigenrechte der Natur (vgl. entsprechend WITTMAN 2011). Gleichzeitig ist ein solcher, auf moralischen Grundsätzen basierender Rahmen nicht ausdefiniert und ermöglicht es daher, einer politischen Debatte über die konkrete Ausgestaltung dieser Rechte ausreichend Raum zu verschaffen. PATEL (2009, S. 667) vergleicht dementsprechend das Recht auf Ernährungssouveränität mit Hannah Arendts

Gedanken eines „Rechtes auf Rechte“ (vgl. ARENDT 1949, S. 760; ARENDT 2011 [1955], S. 601ff) und versteht die Forderung damit als eine Grundnorm, die es – insbesondere marginalisierten Kleinproduzierenden oder Landlosen – ermöglichen soll, überhaupt Rechte einfordern zu können, d. h. als gleichberechtigte Individuen an ernährungsrelevanten Entscheidungen teilhaben zu können. Passend dazu spricht WITTMAN (2009) von einem *agrarian citizenship*, einem „bäuerlichen Bürgerrecht“ und hebt damit ebenfalls den politischen Gehalt der Forderung hervor. Aufbauend auf diesen Gedanken beschäftigt sich TRAUGER (2013, S. 13) nicht nur mit der Einforderung eines Rechtes, sondern darüber hinaus explizit mit der Einforderung von Souveränität und weist darauf hin, dass es sich dabei im Rahmen von Ernährungssouveränität vor allem um eine politische Strategie für Individuen, Organisationen und Gemeinschaften handele, politische Autonomie zu erlangen und sich von unterschiedlichsten Formen der Unterdrückung zu befreien.

Begleitet von diesem universellen und libertären Charakter wird Ernährungssouveränität durch eine Reihe von normativen Vorgaben getragen: Nahrung, Wasser und Ressourcen sollen ausschließlich der Nutzung und nicht zu Spekulationszwecken dienen. Agrarökologische, kleinbäuerliche Produktion und lokale Vermarktung sollen immer Vorrang vor industriellen Strukturen und globalem Handel haben. Weitere wichtige Kernelemente sind eine umfassende Agrarreform, die den Landzugang für marginalisierte Gruppen erleichtert, eine direktere Verbindung zwischen Konsumierenden und Produzierenden, der Aufbau und die Stärkung von lokalem Wissen und traditionellen Anbauformen, Geschlechtergerechtigkeit, die Wahrung der Eigenrechte der Natur sowie die Kontrolle und Verfügung über Kredite und Ressourcen (vgl. AKRAM-LODHI 2013, S. 2f.; DESMARAIS 2007, S. 34f.; ROSSET 2003, S. 2; WINDFUHR und JONSÉN 2005, S. 11 ff.).

Aufgrund dieser Universalität wird Ernährungssouveränität auch als eine Art *umbrella term* beschrieben (WINDFUHR und JONSÉN 2005, S. 1), der im Sinne eines universellen Signifikanten unterschiedliche Ansätze und Themen vereint: gesunde Nahrung, nachhaltige Anbaumethoden, Autonomie, solidarische und lokal begrenzte Ökonomien, intra- und intergenerationale Nachhaltigkeit, politischer Widerstand gegen finanzdominierte Systeme, fairer Handel, Gleichheit und Gerechtigkeit bezogen auf Einkommen, Gender, Ethnien, soziale Klassen und Generationen. Es wird insgesamt eine Utopie entworfen, die die Eigenschaft und Stärke besitzt, von verschiedenen Zielgruppen angeeignet und mit konkretem Inhalt gefüllt zu werden und die in Hinblick auf unterschiedliche soziale und geographische Kontexte übertragbar ist (vgl. DESMARAIS 2007, S. 28; PATEL 2007, S. 88). Der französische Aktivist José Bové formuliert diese Eigenschaft wie folgt:

„The strength of this global movement is precisely that it differs from place to place [...] The world is a complex place, and it would be a mistake to look for a single answer to complex and different phenomena. We have to provide answers at different levels – not just the international level, but local and national levels, too.“ (BOVÉ und DOFOUR 2001, S. 168)

Passend dazu nennt EDELMAN (2014, S. 959f.) Ernährungssouveränität einen „free-floating signifier filled with varying kinds of content“, während PATEL (2009, S. 666) die Forderung als ein *big tent* und als einen *signifier on the move*<sup>3</sup> bezeichnet, mit dem heterogene Zielgruppen ihre unterschiedlichen Forderungen artikulieren können und der permanent neu mit Bedeutung belegt wird. Ernährungssouveränität ist damit kein einheitliches politisches Programm, sondern enthält eine Vielzahl von Ansätzen, Strategien und Forderungen. Diese finden ihre Gemeinsamkeit darin, dass sie das Infragestellen und die Transformation von ungerecht empfundenen Ernährungssystemen und den dazugehörigen Praktiken der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Nahrungsmitteln einklagen:

„Food sovereignty implies a diversity of solutions, not a monoculture, not an approach owned and patented by a single corporation. It does not involve a single size fitting all. It is a set of ideas, policies and ways of eating that are sensitive to history, ecology and culture, and that respect human rights. [...] A commitment to food sovereignty demands we ask about the food system, about seed and the context in which it was grown – was it genetically modified, who owned the land, how are workers treated? We can ask about the resources that made its production possible – where did it come from, how did it get here, how much water was needed to grow it, how much fossil fuel was used in its growing and transport? But we can also ask about our ability to access the food we want – how much time do we have to eat with our families, to cook, how much income would we like to spend on food, what foods would we like to eat but are prevented from eating? And we can ask questions about the international context – what are the conditions in the countries where our food is grown, how much illegitimate debt do they have to service, how free are local people to set their own life courses, how entitled, how do the actions of consumers support or hamper them?“ (PATEL 2012 [2007], S. 322f.)

Ein wesentliches Merkmal dieser Forderung ist eine strategisch-diskursive und bisweilen polemische Polarisierung zwischen den Praktiken, die mit Ernährungssouveränität verbunden werden und jenen, die die Forderung nicht repräsentieren. Ohne diesen strikten Antagonismus könnte Ernährungssouveränität nicht existieren. Hybride Formen sind aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter von Ernährungssouveränität kaum vorhanden oder denkbar. ROSSET (2003, S. 2) bezeichnet dies als einen *clash of models*, um zu beschreiben, inwiefern sich Ernährungssouveränität in Bezug auf verschiedene Themen vom bestehenden, dominanten Modell landwirtschaftlicher und ernährungspolitischer Praxis abgrenzt. Die folgende, direkt von ROSSET übernommene und frei übersetzte Tabelle 1 gibt darüber Aufschlüsse:

---

3 Vgl. den Vortrag von Raj PATEL (2013) im Rahmen der Konferenz „Food Sovereignty: A Critical Dialogue“.

Tab. 1: Gegenüberstellung des Modells einer „dominanten Agrar- und Ernährungspolitik“ und des „Ernährungssouveränitäts-Modells“

Thema	Dominantes Modell	Ernährungssouveränitäts-Modell
Handel	uneingeschränkter Freihandel	Ernährung und Landwirtschaft sollen von internationalen Freihandelsabkommen ausgenommen werden.
Produktions-schwerpunkte	landwirtschaftliche Exportprodukte	Nahrungsmittel für lokale Märkte
Ertragspreise	„was der Markt diktiert“ (v. a. niedrige Preise)	faire Preise, die die Produktionskosten decken und den Produzierenden ein Leben in Würde ermöglichen.
Marktzugang	Zugang zu ausländischen Märkten	Zugang zu lokalen Märkten. Die Verdrängung von Produzierenden aus ihren Märkten durch die Agrarindustrie soll beendet werden.
Subventionen	werden in Entwicklungsländern kaum zugelassen. In den USA und Europa kommen sie v. a. den größeren landwirtschaftlichen Betrieben zugute.	sind akzeptabel, solange sie keinen anderen Ländern durch Preisunterbietung schaden. Sie sollten nur an Familienunternehmen gezahlt werden oder der Direktvermarktung, Einkommensunterstützung, dem nachhaltigem Anbau sowie der Forschung zugutekommen.
Nahrung	ist hauptsächlich eine Ware. Produziert und konsumiert werden v. a. verarbeitete Lebensmittel, die mit Fetten, Zucker und giftigen Rückständen angereichert sind.	ist ein Menschenrecht. Lebensmittel sollten gesund, nahrhaft, erschwinglich und lokal hergestellt sein.
Produktion	ist nur für die ökonomisch effizient Arbeitenden möglich.	ist ein Recht für die ländliche Bevölkerung
Hunger	ist auf niedrige Produktivität zurückzuführen.	ist ein Problem des Zugangs und der Verteilung und auf Armut und Ungleichheit zurückzuführen.
Ernährungssicherheit	wird über Nahrungsmittelimporte aus Niedriglohnländern erreicht.	ist am größten, wenn die Nahrungsmittelproduktion in den Händen der Hungernden ist und wenn Nahrung lokal hergestellt wird.
Kontrolle über produktive Ressourcen (Land, Wasser)	privatwirtschaftlich organisiert.	sollte lokal und gemeinschaftlich organisiert sein.

Thema	Dominantes Modell	Ernährungssouveränitäts-Modell
Landzugang	erfolgt über den Marktmechanismus.	ist essentiell für die Nahrungsmittelproduktion und nur über eine echte Agrarreform zu erreichen.
Saatgut	ist eine patentierbare Ware.	ist ein gemeinsames Erbe der Menschheit und sollte im Besitz ländlicher Gemeinden sein.
Ländliche Kredite und Investitionen	kommen von privaten Banken und Unternehmen.	kommen aus dem öffentlichen Sektor, mit dem Ziel Familienbetriebe zu unterstützen.
Preisunterbietungen	werden nicht thematisiert.	sollten verboten werden.
Monopole	werden nicht thematisiert.	sind die Ursache der meisten Probleme und sollten beseitigt werden.
Überproduktion	gibt es nicht.	verursacht Preissenkungen und Armut von Produzierenden.
Gentechnisch modifizierte Organismen (GMOs)	sind der Impuls für die Zukunft.	wirken sich nachteilig auf die Gesundheit und die Umwelt aus; eine unnötige Technologie.
Landwirtschaftlicher Anbau	ist industriell, monokulturell, chemieintensiv. GMOs werden verwendet.	sollte ökologisch und nachhaltig sein. GMOs werden nicht verwendet.
Kleinbäuerlich Produzierende	sind ein Anachronismus; die Ineffizienten werden verschwinden.	sind selbst organisierte Hüterinnen und Hüter von Kulturen, Keimplasma, produktiven Ressourcen und Wissen.
Urbane Konsumentinnen und Konsumenten	sind lohnabhängig Arbeitende, denen so wenig wie möglich gezahlt wird.	benötigen höhere Löhne für die Lebenserhaltung.
Eine „andere Welt“ (Alternativen)	ist nicht möglich oder nicht von Interesse.	ist möglich und wird eingefordert.

Quelle: ROSSET (2003, S. 2), frei übersetzt

### 2.3 Ernährungssicherheit und -souveränität, neoliberale Agrarpolitik und die Entstehung von La Via Campesina

Obwohl gewisse Parallelen existieren, ist Ernährungssouveränität nicht mit dem deutlich älteren Konzept der Ernährungssicherheit gleichzusetzen, das seit der Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen in Rom im Jahr 1974 das ernährungspolitische Leitbild für die UN-Mitgliedsstaaten darstellt, sondern es handelt sich vielmehr um einen Gegenterwurf (vgl. u. a. WITTMAN 2011). Der zentrale Unterschied ist, dass das nur sehr vage definierte Konzept der Ernährungssicherheit zwar durchaus darauf abzielt, die Versor-

gung mit ausreichend Nahrungsmitteln sicherzustellen, um Hungersnöte sowie Unterernährung zu bekämpfen: „Food security exists when all people, at all times, have physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food“ (FAO 1996, o. S.); in der Regel wird dabei jedoch nicht weiter hinterfragt, unter welchen sozialen und politischen Umständen und Produktionsbedingungen Nahrungsmittel hergestellt und verteilt werden (vgl. DESMARAIS 2007; La Vía Campesina 1996; ROSSET 2003). Daraus folgt, dass das Ziel der Ernährungssicherheit auch mit ernährungspolitischen Maßnahmen erreicht werden kann, die der Idee der Ernährungssouveränität diametral gegenüberstehen (z. B. Freihandel, vertikale Integration, industrielle und effizienzorientierte Landwirtschaft). Wie PATEL (2009, S. 665) provokativ anmerkt, sei es ebenfalls möglich, in einem diktatorischen Regime oder im Rahmen anderer Unterdrückungsverhältnisse wie Gefängnissen einen Zustand von Ernährungssicherheit zu erlangen. JAROSZ (2014, S. 169f.) argumentiert ähnlich und hebt hervor, dass es sich bei Ernährungssicherheit um ein eher technisches Konzept handle, das in einen neoliberalen Entwicklungsdiskurs eingebunden sei und auf der nationalstaatlichen bzw. internationalen Ebene ausgehandelt werde. Ernährungssouveränität hingegen sei eine zivilgesellschaftliche und durchweg politische Idee, mit der Machtverhältnisse grundlegend hinterfragt werden.

Dementsprechend richtet sich die von La Vía Campesina geäußerte Kritik am Leitbild der Ernährungssicherheit weniger gegen das erklärte Ziel, Unter- und Mangelernährung zu bekämpfen, sondern gegen das Verständnis, es durch Maßnahmen zu verwirklichen, mit denen seit den 1970er Jahren, in Form der Subventionierung industriell gefertigter Produkte sowie der Ausnutzung „komparativer Vorteile“, eine auf agrarindustriellen Strukturen basierende Grüne Revolution herbeigeführt wurde (vgl. DESMARAIS 2007, S. 40 ff.; EDELMAN et al. 2014, S. 914). Vor allem in Folge der Integration von Landwirtschaft und Ernährung in das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) im Rahmen der sogenannten Uruguay-Runde zu Beginn der 1990er Jahre sowie der Doha-Runde zu Beginn der 2000er Jahre (vgl. LEE 2007, S. 1 ff.) erreichte diese Entwicklung ihre vorläufigen Höhepunkte, da zusätzlich nun auch der Einsatz von Gentechnik und anderer technologischer Maßnahmen diskutiert wurde (vgl. DESMARAIS 2007, S. 40 f.; HOLT-GIMÉNEZ und ALTIERI 2013). Außerdem wurde die Verantwortung der weltweiten Nahrungsmittelproduktion bei einem gleichzeitigen Abbau von Handelsbarrieren zunehmend an private Unternehmen übergeben (vgl. MCMICHAEL 2005, S. 281).

Das Ziel dieses politischen Paradigmas bestand im Wesentlichen darin, ein profitorientiertes System zu festigen, mit dem industriell hergestellte Grundnahrungsmittel (v. a. aus den USA und Europa) in großer Menge produziert und exportiert werden konnten. Verteilungsverhältnisse, Produktionsbedingungen und andere soziale Auswirkungen, wie z. B. die Tatsache, dass Unterernährung und Hungersnöte in den Ländern des Südens mit einer weltweiten Überproduktion an Nahrungsmitteln einhergingen, wurden jedoch nicht in größerem Ausmaß hinterfragt (vgl. PATEL 2012 [2007]). Diese Entwicklung führte dazu,

dass sich die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft nach und nach verschlechterte. Kleinproduzierende konnten zu den gegebenen Weltmarktpreisen kaum noch effizient produzieren bzw. ihre Produkte gewinnbringend vermarkten. Damit nahm die Ernährungsunsicherheit insbesondere in ländlichen Gebieten des globalen Südens zu (vgl. BOVÉ 2001, S. 94; MCMICHAEL 2005, S. 271 ff. und 281 ff.; LEE 2007, S. 3 ff.).

Aus dieser Situation heraus erwuchs jedoch eine politisierte bäuerliche Bewegung, aus der im Jahr 1993 in Mons, Belgien, das Netzwerk La Vía Campesina hervorging (vgl. La Vía Campesina 1993; MARTÍNEZ-TORRES und ROSSET 2010). Das Ziel dieser von „unten“ kommenden transnationalen Bewegung war und ist es, neoliberale und unterdrückende Strukturen in der landwirtschaftlichen Produktion und der Verteilung von Nahrungsmitteln zu bekämpfen, sie zu überwinden und Ernährungssouveränität als Voraussetzung für, wie La Vía Campesina es nennt, „echte Ernährungssicherheit“ zu schaffen (vgl. La Vía Campesina 1996, S. 1; DESMARAIS 2007). Martínez-Torres und Rosset beschreiben diesen Transnationalisierungsprozess wie folgt:

„La Vía Campesina was born as the wave of peasant dissatisfaction and movements ‘crested’ into the international sphere, and they hooked up with each other as a transnational social movement, or globalization from below.“ (MARTÍNEZ-TORRES und ROSSET 2010, S. 156)

Dem lateinamerikanischen Kontext kommt bei dieser Bewegung eine zentrale Rolle zu. Zum einen führte die ausbeuterische und koloniale Vorgeschichte zu extremen Ungleichheiten in der Landbesitzverteilung, die zu großen Teilen bis heute fortbestehen (vgl. URIOSTE und KAY 2005). Zum anderen trugen die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme im Rahmen des sogenannten Washington Consensus (bestehend aus Maßnahmen der Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung) in den 1980er Jahren zu einer Verarmung der ländlichen und nahrungsmittelproduzierenden Bevölkerung in vielen lateinamerikanischen Staaten bei. In den 1990er Jahren entwickelten diese vielfältigen Gruppen ein starkes Ungerechtigkeitsempfinden hinsichtlich der empfundenen Dominanz neoliberaler Strukturen, das wesentlich zur Gründung der lateinamerikanischen Vertretung von La Vía Campesina (CLOC – Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo) beitrug und mit dem symbolischen Anliegen kombiniert wurde, die 500 Jahre währende, koloniale und neoliberale Unterdrückung zu beenden (MARTÍNEZ-TORRES und ROSSET 2010, S. 153 ff.). Inhaltlich wurde dieser Widerstandsdiskurs mit unterschiedlichen Forderungen nach bestimmten Rechten geführt, die eine wichtige strategische Basis für die Etablierung von La Vía Campesina darstellten. Dazu gehörten vor allem das Recht auf indigene und bäuerliche Selbstbestimmung, das Recht auf Teilhabe, auf Gleichheit sowie auf Land und Würde (vgl. ALVAREZ et al. 1998), die sich in Bolivien mit entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Protestmärschen offenbarten (vgl. BALZA ALARCÓN 2001).

Charakterisiert ist diese Zeit auch durch eine erweiterte und gestärkte interne Organisation von La Vía Campesina. Vor allem die Gründung von Regionalvertretungen sowie der Aufbau weltweiter Allianzen zwischen unterschiedlichen kleinbäuerlichen Organisationen und anderen Bewegungen, die sich im Rahmen des Weltsozialforums vernetzten, trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei (vgl. DESMARAIS 2007, S. 24). Außerdem vertiefte La Vía Campesina ihre inhaltliche Arbeit durch die Einrichtung von Ausschüssen in den Bereichen Agrarreform und Wasser, Biodiversität und genetische Ressourcen, Ernährungssouveränität und Handel, Frauen, Menschenrechte, Migration und ländliche Arbeit, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft und Jugend<sup>4</sup>. Nach und nach übernahm die Organisation eine weltweite Führungsrolle innerhalb der kleinbäuerlichen Bewegungen und erarbeitete sich nicht nur die Funktion einer Repräsentantin für bäuerliche Interessen, etwa im Rahmen internationaler Verhandlungen, sondern auch die einer Diskussionsplattform zwischen Produzierenden, Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen sowie Initiativen von Verbraucherinnen und Verbrauchern jeglicher Art und Herkunft (vgl. BORRAS 2004; BORRAS und FRANCO 2009; MARTÍNEZ-TORRES und ROSSET 2010).

In den letzten Jahren (von 2008 – bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt) stand die politische Arbeit von La Vía Campesina verstärkt unter dem Einfluss der Nahrungsmittelkrise der Jahre 2007 und 2008, die durch einen starken Preisanstieg für Grundnahrungsmittel, nach einer 20 bis 30 Jahre währenden Periode extrem niedriger Nahrungsmittelpreise, die Hungerproblematik in vielen Ländern des Südens noch verschärfte (vgl. MCMICHAEL 2009c; ROSSET 2008; ROSSET 2009). In der Folge wurde im Jahr 2008 auf der fünften Internationalen Konferenz von La Vía Campesina in Maputo, Mosambik, eine noch deutlichere Definition eines gemeinsamen politischen Gegners in Form von transnationalen Unternehmen benannt (vgl. La Vía Campesina 2008; MARTÍNEZ-TORRES und ROSSET 2010; NAVARRO und DESMARAIS 2009). Weiterhin sind die letzten Jahre von einem stetigen Wachstum der Organisation gekennzeichnet: Nach eigenen Angaben von 2013 besteht sie aus 164 regionalen und nationalen Organisationen aus 73 Ländern in Afrika, Asien, Europa, Nord-, Mittel- und Südamerika und repräsentiert weltweit über 200 Millionen meist kleinbäuerlich Produzierende. Die Organisationsstruktur ist entsprechend dezentral aufgebaut: Es existieren insgesamt neun regionale Vertretungen, die jeweils einen männlichen Repräsentanten und eine weibliche Repräsentantin für das Internationale Koordinationskomitee stellen. Der Sitz des Internationalen Sekretariats von La Vía Campesina wechselt gemäß den Entscheidungen, die auf den regelmäßig stattfindenden Internationalen Konferenzen gefällt werden. Seit 2013 befindet er sich in Harare, Zimbabwe (vgl. La Vía Campesina 2013).

---

4 Vgl. die Online-Selbstdarstellung von La Vía Campesina: [www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org) (aufgerufen am 29.01.2016).

## 2.4 *Food regimes and food empires*

Ein verbreiteter Ansatz für die Erklärung der Dominanz und vor allem für die Kontinuität kapitalistischer Produktionsbedingungen in globalen Ernährungssystemen ist das auf die Arbeiten von Harriet Friedmann und Phillip McMichael zurückgehende *food regime*-Konzept (vgl. FRIEDMANN 1993; FRIEDMANN und MCMICHAEL 1989; MCMICHAEL 2005; MCMICHAEL 2009a; MCMICHAEL 2009b, MCMICHAEL 2009c; MCMICHAEL 2014). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um einen regulationstheoretischen Ansatz (vgl. AGLIETTA 2000 [1979]), mithilfe dessen es möglich wird, kapitalistisch geprägte Ernährungssysteme als eine historische Abfolge von sogenannten Akkumulationsregimen zu verstehen. Mit anderen Worten handelt es sich um „rule-governed structure[s] of production and consumption of food on a world scale“ (FRIEDMANN 1993, S. 30f.) oder als „Ensemble[s] von institutionellen Formen und Normen“ (SABLOWSKI 2011, S. 50), die es ermöglichen, die internen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zwar nicht aufzuheben, sie aber für einen bestimmten Zeitraum zu bändigen und kleinere Krisen abzufangen. Große strukturelle Krisen führen jedoch dazu, dass ein Akkumulationsregime im historischen Verlauf von einem neuen Akkumulationsregime abgelöst wird.

Die aktuelle Phase des globalen Kapitalismus lässt sich als ein „finanzdominiertes Akkumulationsregime“ (vgl. SABLOWSKI 2011; ZELLER 2003, S. 222) bezeichnen, das durch die permanente Erschließung und Aneignung neuer Anlagemöglichkeiten für das globale Finanzkapital Stabilität erlangt und in eine „globale Enteignungsökonomie“ eingebettet ist (vgl. ZELLER 2004). HARVEY (2003) bezeichnet diesen Mechanismus – in Anlehnung an den von MARX (2008 [1867], S. 741) beschriebenen Prozess der „primitiven Akkumulation“ – als eine „Akkumulation durch Enteignung“ und erklärt damit die für die Aufrechterhaltung eines kapitalistischen Systems notwendige raumzeitliche Bindung und Anhäufung neuen Kapitals. Symptomatisch zeigt sich dieser Prozess in vielfältigen Enteignungsformen: z. B. Land- und Nahrungsmittelspekulationen und dadurch hervorgerufene oder verstärkte Nahrungsmittelkrisen, zunehmende Landlosigkeit von Kleinproduzierenden, Destabilisierungseffekte durch Nahrungsmittelimporte und dem Phänomen des sogenannten Land Grabbing (vgl. ADNAN 2013; JANSEN 2014; MCMICHAEL 2006; MCMICHAEL 2009c; MCMICHAEL 2012; ZOOMERS 2010). Entsprechend bezeichnet MCMICHAEL (2005) das gegenwärtige, etwa seit den späten 1980er Jahren bestehende Akkumulationsregime als ein *corporate food regime*, das sich im Kern durch neoliberale Politiken (verstanden als Maßnahmen der Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung) bzw. durch die oben genannten Charakteristika auszeichnet:

„The corporate food regime is a key vector of the project of global development. This project is characterized by the global de-regulation of financial relations, calibrating monetary value by credit (rather than labor) relations – as practiced through the privatizing disciplines internalized by indebted states, the corporatization of

agriculture and agro-exports, and a world-scale casualization of labor [...]. The corporate food regime exemplifies, and underpins, these trends, through the determination of a world price for agricultural commodities strikingly divorced from cost.“ (MCMICHAEL 2005, S. 270f.)

Einen ähnlichen Ansatz vertritt der Agrarsoziologe Jan Douwe VAN DER PLOEG (2008). In Anlehnung an HARDTS und NEGRIS (2000) Theorie des „Empire“ konzeptioniert er den hegemonialen Charakter von Ernährungssystemen als *food empires* und bezeichnet damit ein dominante, durch kapitalistische und globalisierte Strukturen geprägtes Ordnungsprinzipien, die sich vor allem durch hierarchische Kontrolle und durch die Expansion materieller und symbolischer Ordnungen auszeichnen:

„Empire is understood here as a mode of ordering that tends to become dominant. At the same time, Empire is embodied in a wide range of specific expressions: agribusiness groups, large retailers, state apparatuses, but also in laws, scientific models, technologies, etc. Together these expressions (which I refer to in the plural as *food empires*) compose a regime: ‘a grammar or rule set comprised in the coherent complex of scientific knowledge, engineering practices, production process technologies, product characteristics, (enterprise interests, planning and control cycles, financial engineering, patterns of expansion, and) ways of defining problems – all of them embedded in institutions and infrastructures’.“ (VAN DER PLOEG 2008, S. 3f.)

Die offensichtlichsten Formen der *food empires* zeigen sich in einem fortschreitenden Prozess der Industrialisierung und in alternativlos erscheinender kommerzieller Landwirtschaft sowie in der zeitlichen und räumlichen Entkopplung der Nahrungsmittelproduktion von der Sphäre des Konsums und von ihrem jeweiligen soziokulturellen bzw. ökologischen Kontext (ebd., S. 4ff.). Das bedeutet in der Praxis, dass die Produktion und die Verteilung von Nahrungsmitteln nicht mit den lokalen Bedürfnissen und den ökologischen Gegebenheiten ihrer Herkunft in Verbindung stehen. Die räumliche und soziale Beziehung zwischen Produktion und Konsum, so VAN DER PLOEG (ebd.), verliere nach und nach an Bedeutung und es ergäben sich sogenannte *non-places* der Nahrungsmittelproduktion (vgl. entsprechend HARVEY 1990). Ähnlich argumentiert auch MCMICHAEL (2009a, S. 147), indem er die von BOVÉ und DUFOUR (2001, S. 55) geprägte Bezeichnung *food from nowhere* nutzt, um die globalisierten, durch das *corporate food regime* produzierten Geographien der Nahrung zu beschreiben. Diese von spezifischen Orten abstrahierte Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln unterscheidet sich demnach wesentlich von einer „place-based form of agro-ecology (food from somewhere)“, die er mit der Praxis von Ernährungssouveränität in Verbindung bringt (vgl. auch CAMPBELL 2009 und SCHERMER 2015 für weitere Adaptionen dieser Begriffe).

## 2.5 Bäuerlicher Widerstand und ökologische Landwirtschaft

Wie lassen sich nun die bäuerlichen Widerstandsformen gegen das *corporate food regime* bzw. das *food empire*, durch die sich La Via Campesina und die Bewegung für Ernährungssouveränität auszeichnet, theoretisch einordnen?

Als frühe und bedeutende agrarsoziologische Werke hinsichtlich bäuerlichen Widerstandes gegen unterdrückende Strukturen sind Eric WOLFS (1969) „Peasant Wars of the Twentieth Century“, Joel MIGDALS (1974) „Peasants, Politics, and Revolution“ sowie Jeffery PAIGES (1975) „Agrarian Revolution“ zu nennen, die allesamt den revolutionären Charakter bäuerlicher Bewegungen hervorheben (vgl. für einen Überblick SKOCPOL 1982). In den 1980er Jahren wurde diese Debatte konzeptionell weitergeführt und maßgeblich durch die hegemonietheoretischen Subaltern Studies (vgl. GUHA 2001; BRASS 2003) geprägt. Insbesondere die Arbeiten James Scotts sind in diesem Zusammenhang zu nennen, da er, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, nicht die offen ausgetragenen und unmittelbar gewalttätigen Formen des bäuerlichen Widerstandes untersucht; vielmehr fokussiert er auf alltägliche, verdeckte und destruktiv ausgerichtete Formen des subalternen Klassenkampfes gegen hegemoniale Unterdrückung und Unterordnung, die er als *weapons of the weak* und als *hidden transcripts* konzeptioniert (vgl. SCOTT 1985; SCOTT 1990). Zu nennen sind z. B. Praktiken wie Diebstahl, vorgetäuschte Unwissenheit, Sabotage, Brandstiftung oder üble Nachrede. Damit eröffnete er nicht nur eine grundlegend neue Perspektive auf die praktische Dimension des bäuerlichen Widerstands, sondern erweiterte auch seine älteren Arbeiten zum Konzept einer bäuerlichen *moral economy* (vgl. SCOTT 1976), das auf reziproken Austauschbeziehungen, gegenseitigem Vertrauen und Subsistenzwirtschaft basiert (vgl. für eine Adaption des Konzeptes der *moral economy* EDELMAN 2005).

Ein weiterer und bedeutender Ansatzpunkt für die Einordnung von La Via Campesina und die Bewegung für Ernährungssouveränität ist darüber hinaus die sogenannte „Agrarfrage“, mit der sich die überwiegend marxistisch geprägte Agrarsoziologie bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt (vgl. u. a. AKRAM-LODHI und KAY 2009; BRASS 2003; KAUTSKY 1966 [1899]). Im Vordergrund steht dabei die Frage, wie sich kapitalistische Produktionsbedingungen langfristig auf die Konstitution „der Bauernschaft“ auswirken. Oder anders ausgedrückt: Sind ländliche Kleinproduzierende im Sinne einer *de-peasantization* (vgl. HOBBSAWN 1994; ARAGHI 1995) im Verschwinden begriffen? Verursacht ein fortschreitender Kapitalismus eine sukzessive Proletarisierung, im Sinne einer „expanding reserve army of labour“ (vgl. BERNSTEIN 2003, S. 13)? Oder aber bewirkt er eine Wiederkehr bzw. eine „neue Generation“ Kleinproduzierender wie es VAN DER PLOEG (2008) mit dem Phänomen der „Wiederverbäuerlichung“ beschreibt? Bei einer näheren Beschäftigung mit dieser Frage lässt sich in Bezug auf die Entstehung von La Via Campesina Folgendes ableiten:

Nach einer lang anhaltenden Phase (von den 1980er bis zu den 2000er Jahren), die darauf hindeutete, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft sich den Regeln des Kapitalismus bedingungslos unterordnen muss (vgl. MCMICHAEL 2005, S. 271 ff.), zeigt die gegenwärtige politische Präsenz von La Vía Campesina, dass genau diese Dominanz zu einer globalen und kleinbäuerlichen Widerstandsbewegung (v. a. in lateinamerikanischen Ländern) geführt hat. Dieses Phänomen kehrt allerdings die parallel zu beobachtenden Prozesse der Proletarisierung und der *depeasantization* nicht einfach um, sondern verläuft, in unterschiedlichen Kontexten mehr oder minder stark ausgeprägt, nebeneinander her. Demzufolge versteht MCMICHAEL (2009b, S. 294 ff.) die Bewegung für Ernährungssouveränität und die Entstehung von La Vía Campesina auch als eine Form des Klassenkampfes, d. h. als einen Versuch, die bäuerliche Abhängigkeit von kapitalistischen Strukturen zu reduzieren und sie im Sinne einer „neuen Agrarfrage der Ernährung“ und einer transformativen *campesino-politics* zu überwinden:

„In this sense, capital is the point of departure of the food sovereignty movement. [...] In particular, La Vía Campesina seeks to reverse, or denaturalize, dispossesion and thereby limit peasant subjection to capital – both materially and discursively. I have argued elsewhere that this is ‘the’ new agrarian question [...]. Here I posit an ‘agrarian question of food’ as a way of understanding why a peasant movement has salience in a capital-dominated world.“ (MCMICHAEL 2009b, S. 298)

„This involves blending an anti-capitalist, or class, politics with a campesino politics that revalues substantive forms of economy (in the Polanyian sense) via a distinctive modern politics rooted in a global moral economy.“ (MCMICHAEL 2006, S. 416)

Eine substanzielle Weiterentwicklung dieser Ansätze ist das Konzept bzw. eher das empirische Phänomen der *repeasantization* (s.o.), das VAN DER PLOEG (2008, S. 6f.) als „fight for autonomy and survival in a context of deprivation and dependency“ beschreibt und damit die wechselseitige Beziehung zwischen dem *food empire* (Kapitel 2.4) und der *peasant condition* hervorhebt, d. h. der Beschaffenheit der bäuerlichen Lebens- und Produktionsbedingungen (vgl. VAN DER PLOEG 2008, S. 261). Er bezieht sich mit dem Ausdruck *fight* jedoch nicht auf die von SCOTT (1985) beschriebenen destruktiven und verdeckten Widerstandspraktiken der „Schwachen gegen die Mächtigen“ oder auf die etablierten Formen des offenen politischen Kampfes wie ihn WOLF (1969), MIGDAL (1974) und PAIGE (1975) beschreiben, sondern er fasst bäuerlichen Widerstand deutlich weiter und nennt vielfältige Praktiken, die auf den ersten Blick häufig nicht als Widerstand gedeutet werden (vgl. VAN DER PLOEG 2008, S. 59 ff. und S. 265 ff.): z. B. die Gründung von Kooperativen oder die Organisation innerhalb von Verbänden, Gewerkschaften und Interessenvertretungen. Andere Widerstandspraktiken beinhalten hingegen eine Veränderung der Produktionsweisen und Vermarktungsmechanismen wie z. B. ein steigender

Anteil der Subsistenzwirtschaft, die Einführung und der Ausbau agrarökologischer Anbaumethoden, *low-input farming* und damit einhergehende Innovationen, die Diversifizierung der Produktion sowie die Etablierung alternativer Vermarktungswege und -ketten (*agro-food chains*):

„Resistance is encountered in a wide range of heterogeneous and increasingly inter-linked *practices* through which the peasantry constitutes itself as *distinctively different*. Resistance resides in the fields in the ways in which ‘good manure’ is made, ‘noble cows’ are bred and ‘beautiful farms’ constructed. As ancient and irrelevant as such practices may seem if considered in isolation, in the context of Empire they are increasingly vehicles through which resistance is expressed and organized. Resistance equally resides in the creation of new units of production and consumption in fields meant to lay barren or to be used for large-scale production of export crops only. In synthesis, the resistance of the peasantry resides, first and foremost, in the *multitude of responses* continued and/or created anew in order to confront Empire as the principal mode of ordering. Through, and with, the help of such responses, they are able to go against the tide.“ (VAN DER PLOEG 2008, S. 265)

Zusammengefasst interpretiert VAN DER PLOEG (ebd., S. 261 ff.) diese Phänomene als eine emanzipatorische Selbstorganisation, die er als das *peasant principle* bezeichnet. Gemeint ist damit eine umfassende Reaktion auf all jene Prozesse, die – repräsentiert durch das *food empire* – eine unabhängige bäuerliche Landwirtschaft einschränken. Mit diesem Ansatz wird es somit möglich, bäuerlichen Widerstand, nicht als singuläre, revolutionäre Ereignisse oder destruktive Praktiken zu verstehen, sondern als einen kontinuierlichen und alltäglich stattfindenden Kampf um Autonomie innerhalb eines hegemonial verfestigten Regimes, der darauf abzielt, einen erweiterten Handlungsspielraum, einen *room for manoeuvre* (vgl. LONG 1984 zit. in VAN DER PLOEG 2008, S. 32), zu erlangen und graduell die Abhängigkeit von äußeren Strukturen und Institutionen zu verringern:

„The peasant principle is an emancipatory notion. It outlines the potentials entailed within the peasantry – potentials that are currently being blocked by Empire but at the same time are (re)activated by it. Thus, the peasant principle embraces the countervailing powers generated within the peasantry itself.“ (VAN DER PLOEG 2008, S. 261)

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der ökologischen Landwirtschaft zu. Verschiedene Autorinnen und Autoren (vgl.; ALTIERI und TOLEDO 2011; DE SCHUTTER 2011; ROSSET und MARTÍNEZ-TORRES 2012; WEZEL et al. 2009) heben hervor, dass die Anwendung ökologischer Anbaumethoden ein hohes transformatives Potenzial besäße und die Bewegung für Ernährungssouveränität wesentlich auf dieser Praxis basiere. Die grundsätzliche Idee dabei ist, landwirtschaftliche Systeme aufzubauen, die eine minimale Ab-

hängigkeit von externen Inputs wie industriell hergestellten Düngemitteln, extern bezogenem Saatgut oder energetischen Ressourcen aufweisen. Dazu müssen jedoch diverse Richtlinien eingehalten werden: die Wiederverwertung von Nährstoffen, z. B. durch die Herstellung eigener Düngemittel, eigene energetische Versorgung, die Diversifizierung der Produktion, die Einbindung von Agroforstsystemen, die Nutzung heimischen Saatgutes und die Verbesserung der organischen Substanz des Bodens (vgl. ALTIERI und TOLEDO 2011, S. 588). Insgesamt sollen natürlich ablaufende Prozesse imitiert werden, mit dem Ziel, die Agrobiodiversität und Qualität des Bodens zu verbessern, um dem gesamten System eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber natürlichen Schädlingen zu verleihen (vgl. ALTIERI 2002, S. 8f.). Damit grenzen Altieri und Toledo die agrarökologische Praxis auch von anderen alternativen Anbaumethoden oder Vermarktungssystemen ab, wie dem *organic farming* oder Fair-Trade-Systemen, da diese mitunter auf monokulturellem Anbau und externen Inputs basierten und mögliche externe Abhängigkeiten zuzufolge hätten (vgl. ALTIERI und TOLEDO 2011, S. 588).

Agrarökologische Methoden basieren zudem auf einem hohen Grad an traditionellem Wissen über Anbaumethoden, Saatgut, Düngemittel, Ernte- und Aussaatintervalle, etc. Dabei ist hervorzuheben, dass es sich oftmals nicht um theoretisches Wissen handelt, das auf Grundlage naturwissenschaftlicher Erkenntnisse entstanden ist, sondern eher um ein praktisches, prozesshaftes und sehr spezifisches Wissen, das im historischen Verlauf gewöhnlich innerhalb von Familien oder Gemeinden weitergegeben wird und mit bestimmten Wertvorstellungen und Weltanschauungen verbunden ist (vgl. BERKES 1999). Jedoch ist dieses Wissen nicht ausschließlich lokal vorhanden: Mit der Forderung nach Ernährungssouveränität, der Präsenz von La Vía Campesina und der damit verbundenen Aufmerksamkeit hinsichtlich agrarökologischer Praxis sind in Lateinamerika verschiedene Mechanismen der horizontalen Vernetzung entstanden. Mit diesem Austausch – in der Literatur als *diálogo de saberes* (Wissensdialog) oder als *campesino a campesino* (von Bauer zu Bauer) bezeichnet – wird dieses Wissen z. B. in Form von Seminaren und Workshops inhaltlich vertieft und an andere Produzierende weitergegeben (vgl. HOLT-GIMÉNEZ 2006; HOLT-GIMÉNEZ 2010; ROSSET und MARTÍNEZ-TORRES 2012).

## 2.6 Die Paradoxien der Ernährungssouveränität

Wie bereits in Kapitel 2.2 dargestellt wurde, ermöglicht der libertäre und universelle Charakter von Ernährungssouveränität die Integration von unterschiedlichen Identitäten und inhaltlichen Forderungen in eine politische Idee sowie die Übertragbarkeit des Rechtes auf verschiedene geographische und soziale Kontexte. Da Ernährungssouveränität jedoch gleichzeitig normative Leitlinien beinhaltet, ergeben sich aus dieser Inklusivität grundsätzliche Widersprüche (vgl. EDELMAN 2014; PATEL 2009). So wird auf der einen Seite – wenn auch nur vage – vorgegeben, wie souveräne Ernährungssysteme aufgebaut sein sollten, wer die Zielgruppe, also die Souveränen, sein sollten und welche geographi-

schen Ebenen dafür in Frage kommen: Die Rede ist von agrarökologischer und lokaler Produktion, von Kleinproduzierenden und Familienunternehmen sowie von lokalen und nationalen Märkten. Auf der anderen Seite wird jedoch das Recht der Völker eingefordert, die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Nahrungsmitteln selbst zu definieren. Damit werden paradoxerweise auch die oben genannten Vorgaben freigestellt.

Es lässt sich daher gut nachvollziehen, dass die universelle und inklusive Formulierung, die PATEL (2009, S. 666) als *big tent* bezeichnet, notwendig ist, um diesen Widerspruch zu einem bestimmten Grad „aufzufangen“. Je weicher die normativen Vorgaben sind, desto größer werden auch die Spielräume derjenigen, die Ernährungssouveränität als politisches und landwirtschaftliches Leitbild verfolgen. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen Normierung auf der einen und Libertarianismus bzw. Selbstbestimmung auf der anderen Seite bleibt jedoch – wenn auch verdeckt – vorhanden. Würde es sich hingegen um ein klareres politisches Programm mit strengeren Vorschriften und Handlungsvorgaben handeln, würde der Widerspruch deutlich stärker zu Tage treten. Bei einer Institutionalisierung, d. h. einer Umsetzung oder Ausgestaltung von Ernährungssouveränität in positives Recht, würden sich aus diesem Widerspruch drei zentrale Spannungsfelder ergeben, die im Folgenden erläutert werden sollen.

### 2.6.1 Zwischen bürgerlicher Selbstbestimmung und normativen Vorgaben

Ernährungssouveränität verweist auf die Unabhängigkeit von Produzierenden und Konsumierenden gegenüber einer kapitalintensiven und industriellen Landwirtschaft sowie einer neoliberalen Agrarpolitik. Daher handelt es sich beim inhaltlichen Kern um das grundsätzliche Recht, über die Produktion, die Vermarktungsweise und den Konsum von Nahrungsmitteln selbst bestimmen zu können: „their right to define their own food and agriculture systems“ (La Via Campesina 2007, o. S.). Zum anderen beinhaltet Ernährungssouveränität jedoch auch die normative Zielsetzung, neue soziale Beziehungen herzustellen, die frei von Unterdrückung und Ungleichheit sind: „Food sovereignty implies new social relations free of oppression and inequality“ (La Via Campesina 2007, o. S.). Damit soll eine Wirtschaftsweise etabliert werden, die im Kern auf moralischen Werten wie Gleichheit und Gerechtigkeit basiert, so wie es beispielsweise ALTVATER (2006) mit der Idee der Solidarischen Ökonomie und SCOTT (1976) sowie EDELMAN (2005) mit dem Konzept der *moral economy* beschreiben. Vor allem das von ROSSET (2003; Tab. 1) erstellte Modell zeigt anschaulich, was Ernährungssouveränität in Bezug auf bestimmte Themen darstellen soll bzw. was seiner Einschätzung nach nicht als ein Teil von Ernährungssouveränität gilt.

In einer hypothetischen, ernährungssouveränen Gesellschaft müsste nun der allgemeinen Definition nach (s.o.) das grundsätzliche Recht bestehen, über die Produktion, die Vermarktungsweise und den Konsum von Nahrungsmitteln selbst bestimmen und verfügen

zu können. Dies beinhaltet unweigerlich auch die Nutzung, Ausweitung und Etablierung von marktwirtschaftlichen Prinzipien und den dazugehörigen Vermarktungsmöglichkeiten bzw. Produktionstechniken, die nicht unbedingt mit den sonstigen normativen Vorgaben von Ernährungssouveränität (kurze Vermarktungswege, lokale Märkte, relativ kleine Produktionsmengen, agrarökologische, diversifizierte und kulturell angemessene Produktion) in Einklang stehen. Sobald nun eine beliebige landwirtschaftliche Produzentin in dieser Gesellschaft die generelle Entscheidung fällt, marktwirtschaftliche Systeme zu nutzen oder auszubauen, bestimmt primär die Nachfrage, welche Nahrungsmittel mit welchem Kapitalaufwand produziert werden, wie viel sie wert sind und in welcher Form sowie mit welcher räumlichen Reichweite sie vermarktet und konsumiert werden. Durch ihre souveräne Entscheidung einen Markt zu nutzen, geht die besagte Produzentin auf diese Weise jedoch eine marktwirtschaftliche Abhängigkeit ein, insbesondere, wenn sie sich dabei auf ein bestimmtes Produkt konzentriert und reduziert somit wiederum ihren Handlungsspielraum.

Eine Vielzahl von kleinbäuerlichen Betrieben in kolonial geprägten Ländern der Tropen und Subtropen bieten dafür anschauliche Beispiele. Viele dieser Betriebe sind mit Produkten wie z. B. Kakao, Kaffee (vgl. BURNETT und MURPHY 2013, S. 5f.) oder anderen Produkten wie z. B. Quinoa (vgl. KERSSSEN 2013) fest in internationale Handelsbeziehungen eingebunden, was den Beteiligten durchaus zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation und Marktposition verhilft. Als Konsequenz daraus ist es durchaus nachvollziehbar, wenn die jeweiligen Produzierenden der marktwirtschaftlichen Logik folgen und ihre Unternehmen weiter ausbauen, z. B. durch Aufkäufe zusätzlichen Landes, die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Arbeitern und auch die räumliche Reichweite des Handels weiter ausdehnen (vgl. EDELMAN 2014). Ihre Marktposition wird somit einerseits gestärkt, jedoch nimmt die Einbindung in internationale Handelsbeziehungen und die Abhängigkeit von marktwirtschaftlichen Strukturen zu. Wenn nun jedoch die Bedingung zu Grunde gelegt wird, dass den Produzierenden das Recht zusteht, ihre eigene Nahrungsmittelproduktion selbst zu definieren, würde es sich bei dieser Art zu wirtschaften letztlich um eine Form der Ernährungssouveränität handeln. Sobald allerdings das Konzept eher als ein kategorisches und normatives Leitbild verstanden wird, das eine Reihe an Handlungsvorgaben definiert (lokale Märkte, agrarökologische Produktion, etc.), würde es sich bei der geschilderten Wirtschaftsweise nur bedingt um eine Form der Ernährungssouveränität handeln. Aus diesem Grund ist internationaler Handel unter bestimmten Voraussetzungen (Transparenz, gerechte Preise) auch ein Bestandteil des Konzeptes und wird nicht kategorisch ausgeschlossen (vgl. zu dieser Problematik BURNETT und MURPHY 2013).

In derselben ernährungssouveränen Gesellschaft könnte ein anderer beliebiger Produzent auch versuchen, mit der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft die Abhängigkeit von äußeren Strukturen und Einflüssen zu verringern und durch den Aufbau eines eige-

nen Produktionskreislaufes die eigene Souveränität zu erhöhen. Wenn jedoch die jeweiligen Produkte von einer externen Institution zertifiziert werden, um sie vom konventionellen Anbau abzugrenzen, müssten zum Teil sehr restriktive Vorgaben eingehalten werden (in Bezug auf Anbaumethoden, Verwendung und Gewinnung des Saatgutes, Energiegewinnung, etc.). Diese externe Zertifizierung kann zwar einen verbesserten Absatz der Produkte gewährleisten, jedoch bedingt sie das strenge Einhalten und Befolgen der von außen vorgegebenen Kriterien sowie die Kontrolle des Anbauprozesses für die Zertifizierung, was im Umkehrschluss die jeweilige Souveränität einschränkt. Paradoxe Weise ist diese Abhängigkeit jedoch frei und selbstbestimmt gewählt.

### 2.6.2 Zwischen heterogenen Identitäten und homogenisierenden Diskursen

In der Literatur zu Ernährungssouveränität wird oftmals kritisiert, dass nicht diskutiert werde, wer der oder die Souveräne beim Konzept der Ernährungssouveränität sein soll (vgl. stellvertretend EDELMAN 2014). La Vía Campesina (2007, o.S.) nennt in der geläufigen Definition: „the right of peoples“, „those who produce, distribute and consume food“, „local producers“ sowie „peasant and family farmer-driven agriculture“. Es wird damit zwar deutlich, dass Kleinproduzierende und Familienbetriebe im Zentrum der Forderung stehen und nicht transnationale Konzerne. Eine genauere Zielgruppendefinition gibt es jedoch nicht.

Traditionell marxistische Perspektiven (vgl. BERNSTEIN und BYRES 2001; PAIGE 1975; WOLF 1969 für einen Überblick) weisen zwar zu Recht darauf hin, dass es sich bei „der Bauernschaft“ (*the peasantry*) um einen Begriff handelt, der analytisch vor allem auf eine ökonomische Klassenzugehörigkeit zurückzuführen ist. Jedoch wird bei einer näheren Betrachtung (vgl. VAN DER PLOEG 2008, S. 17 ff.; VAN DER PLOEG 2013; Kapitel 4.2.3) dieser vermeintlich einheitlichen Kategorie schnell deutlich, dass sie eine hohe Heterogenität aufweist: Es handelt sich eher um einen Sammelbegriff für vielfältige Formen von kleinbäuerlichen Produktionsweisen und Identitäten, die oftmals sehr unterschiedliche Vorstellungen von Anbaumethoden, Kapitaleinsatz und Marktzugang haben: Zum einen können sie als Eigentümerinnen oder als Eigentümer landwirtschaftlicher Kleinbetriebe fest in marktwirtschaftliche Beziehungen eingebunden sein und nach einer unternehmerischen Logik wirtschaften. Zum anderen existieren jedoch auch traditionell-bäuerliche Gesellschaften, die sich einer marktwirtschaftlichen Logik eher versperren oder sie nur notgedrungen nutzen. Basierend auf traditionellen Anbaumethoden betreiben diese zum Teil Subsistenzwirtschaft, verkaufen nur die Überschüsse der Produktion und pflegen unterschiedlich ausgeprägte Tauschbeziehungen. Die Grenzen zwischen diesen Polen sind dabei fließend, vergleichbar mit einem Gradienten zwischen unternehmerischer und bäuerlicher Landwirtschaft.

Doch Ernährungssouveränität dient nicht nur als Leitbild für landwirtschaftlich Produzierende, sondern auch für Landlose, indigene Gruppen, ländliche Arbeiterinnen und Arbei-

ter sowie vielfältige weitere Gruppen. Diese Heterogenität an Identitäten beinhaltet unweigerlich ein Spannungsfeld zwischen divergierenden Vorstellungen, Interessen und Souveränitätsansprüchen. Ernährungssouveränität kann also trotz der vereinheitlichenden Wirkung durch einen gemeinsamen Antagonisten, repräsentiert durch das *corporate food regime*, in der Praxis unterschiedlich ausgestaltet und mit vielfältigen Bedeutungen und Strategien verbunden sein. Auch die Frage nach der Form von Gerechtigkeit, die mit Ernährungssouveränität entstehen soll, unterliegt diesem Spannungsfeld: Sind die Gerechtigkeitsforderungen dabei einheitlich? Oder aber, und dies würde eher der Heterogenität an Identitäten entsprechen, handelt es sich um ein mehrdimensionales normatives Gut? Dies würde bedeuten, dass die Frage was gerecht ist und was nicht, immer auch einen politischen Aushandlungsprozess zwischen den unterschiedlichen Gruppen zur Folge hätte.

### 2.6.3 Zwischen unterschiedlichen räumlichen Souveränitätsansprüchen

In der ersten Definition von Ernährungssouveränität aus dem Jahr 1996 verweist La Vía Campesina zwar auf das Recht einer jeden Nation, eigene Nahrungsmittel herzustellen: „Food sovereignty is the right of each nation to maintain and develop its own capacity to produce its basic foods respecting cultural and productive diversity“ (La Vía Campesina 1996, S. 1) Jedoch wird Ernährungssouveränität spätestens seit der Deklaration von Nyéléni (vgl. La Vía Campesina 2007) als das Recht der Völker definiert und eingefordert, über die eigenen Nahrungsmittelsysteme bestimmen zu können. Bis auf den Verweis, dass lokale und nationale Ökonomien bevorzugt sein sollen, bleibt die Frage der Maßstabsebene, ähnlich wie die Fragen, wer ernährungssouverän sein und auf welche Weise dies geschehen soll (Kapitel 2.6.1 und 2.6.2) daher offen. Damit wird unweigerlich der Souveränitätsanspruch des jeweiligen Staates, aber auch anderer Territorien in Frage gestellt (vgl. EDELMAN 2014). Jedoch muss, wie auch PATEL (2009, S. 667f.) mit dem Verweis auf die Philosophie Jeremy Benthams anmerkt, eine räumliche Basis, ein Territorium (in der Regel der Nationalstaat) mit einer entsprechenden institutionalisierten Gerichtsbarkeit vorhanden sein, um als Garant die Durchsetzung dieses Rechtes zu gewährleisten. Andernfalls, so Patel weiter, würde es sich nicht de facto um ein zu verhandelndes, positives Recht handeln, sondern eher um ein Recht ohne Garant, um ein Naturrecht oder in Benthams Worten um „talk without substance“ (zit. in PATEL 2009, S. 668).

Das bedeutet, dass diejenigen, die Ernährungssouveränität einfordern, sich zwar einerseits einer „rechtbasierten Sprache“ bedienen, aber andererseits und paradoxerweise nicht definieren, auf welcher Ebene und mit welchen Institutionen dieses Recht durchgesetzt werden soll:

„Food sovereignty has its own geographies, one determined by specific histories and contours of resistance. To demand a space of food sovereignty is to demand specific arrangements to govern territory and space. At the end of the day, the power of

rights-talk is that rights imply a particular burden on a specified entity – the state. In blowing apart the notion that the state has a paramount authority, by pointing to the multivalent hierarchies of power and control that exist within the world food system, food sovereignty paradoxically displaces one sovereign, but remains silent about the others.“ (PATEL 2009, S. 668)

Aus diesem Grund muss Ernährungssouveränität im Sinne eines universellen Menschenrechtes vor allem als eine rechthebasierte Grundnorm verstanden werden, die es ermöglicht, dass sich neue soziale Beziehungen und „Geographien der Ernährungssouveränität“ (vgl. TRAUGER 2013, S. 13) ergeben z. B. in Form von Landbesetzungen, Agrarreformen, Ausweisung von gentechnisch freien Gebieten oder indigenen Autonomiegebieten. Dies beinhaltet jedoch auch, dass räumliche Macht- und Herrschaftsstrukturen unweigerlich herausgefordert werden und dadurch ein Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen räumlichen Souveränitätsansprüchen entsteht. SCHIAVONI (2014) bezeichnet dies als *competing sovereignties* und ROSSET und MARTÍNEZ-TORRES (2012) sprechen in Anlehnung an FERNANDES (2009) von *disputed material and immaterial territories* (vgl. entsprechend auch EDELMAN 2014; HOPMA und WOODS 2014; TRAUGER 2013).

## 2.7 Zusammenfassung des Forschungsstandes

Ernährungssouveränität ist zugleich eine Forderung nach einem neuen Recht bzw. eine emergente, rechthebasierte Forderung (diese Begrifflichkeiten werden im Folgenden synonym verwendet), eine politische Idee, eine globale Bewegung und ein normatives Leitbild für die landwirtschaftliche Anbaupraxis sowie für den Konsum und die Vermarktung von Nahrungsmitteln. Entstanden ist die Forderung aus einer „neuen Generation“ von sich zunehmend vernetzenden und nach Eigenständigkeit strebenden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Im Sinne einer „Wiederverbäuerlichung“ wehren sie sich gegen die Dominanz des *corporate food regime* bzw. des *food empire*, die im Wesentlichen durch neoliberale Politiken und industrielle landwirtschaftliche Praktiken charakterisiert ist, und kämpfen für Autonomie und soziale Gerechtigkeit. Das globale Netzwerk La Vía Campesina nimmt dabei eine wichtige Funktion ein, indem es die unterschiedlichen Gruppen, die sich mit dem Leitbild der Ernährungssouveränität identifizieren, politisch repräsentiert und sie einem gemeinsamen politischen Projekt unterordnet.

Trotz gewisser Parallelen sind Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität grundsätzlich voneinander zu trennen: Während Ernährungssicherheit vor allem als technokratisches und unpolitisches Leitbild kritisiert wird, das in der Praxis zumeist in einen entwicklungsorientierten Modernisierungsdiskurs eingebunden ist, richtet sich Ernährungssouveränität danach, die Strukturen und Praktiken von dominanten bzw. neoliberalen Ernährungsregimen zu hinterfragen, zu verändern und bäuerliche Selbstbestimmung einzufordern. Die Definition von Ernährungssouveränität ist dabei grundsätzlich

offengehalten, so dass andere rechtebasierte Forderungen und unterschiedliche Identitäten in Form eines *big tent* miteinander verbunden werden können. Da Ernährungssouveränität jedoch auch vage normative Vorgaben beinhaltet, offenbaren sich – spätestens bei einer Institutionalisierung der Forderung – inhaltliche Widersprüche und Spannungsfelder: (1) hinsichtlich der Art und Weise, wie ernährungssouveräne Landwirtschaft aussehen sollte, (2) hinsichtlich der heterogenen Identitäten, die Ernährungssouveränität einfordern und möglicherweise mit unterschiedlicher Bedeutung belegen sowie (3) hinsichtlich der unterschiedlichen räumlichen Souveränitätsansprüche, die miteinander in Konflikt geraten können.

**Zwischenfazit I****Forschungslücken und -desiderat**

Was lässt sich nun aus diesem Forschungsstand herausfiltern? Zunächst die Erkenntnis, dass es sich bei der Forderung nach Ernährungssouveränität durchaus um ein Phänomen handelt, das trotz der hohen und in den letzten Jahren stark gestiegenen wissenschaftlichen Aufmerksamkeit eine Reihe an offenen Fragen und Unklarheiten birgt (vgl. EDELMAN 2014; EDELMAN et al. 2014; PATEL 2009). Diese sind dem Paradox geschuldet, dass auf der einen Seite eine libertäre Form der Selbstbestimmung deklariert, auf der anderen Seite jedoch ein normatives Leitbild eingefordert wird, das diese Selbstbestimmung einschränkt. Spätestens bei einer praktischen Ausgestaltung, also dem Versuch, eine ernährungssouveräne Gesellschaft aufzubauen und das Recht auf Ernährungssouveränität zu institutionalisieren, offenbaren sich diese Widersprüche in Form von drei Spannungsfeldern, die sowohl inhaltliche als auch räumliche Aspekte umfassen (Kap. 2.6).

Vor allem EDELMAN (2014) argumentiert dabei, dass sich die grundsätzliche Frage stelle, wie in einem System, das sich selbst als ernährungssouverän definiert, mit souveränen Entscheidungen, die nicht den normativen Vorgaben des Konzeptes entsprechen, umgegangen werden sollte. Vergleichbar mit der Frage, wie eine Demokratie sich mit undemokratischen Strömungen (z. B. Rechtsradikalismus, Islamismus) demokratisch auseinandersetzt, besteht auch bei Ernährungssouveränität offensichtlich eine Problematik darin, ob z. B. eine souveräne Produzentin tatsächlich ernährungssouverän ist, die sich jedoch nicht an die normativen Leitlinien des Konzeptes hält. Ebenfalls diesem Paradox geschuldet, bleiben darüber hinaus die Fragen nach der Maßstabsebene und der Zielgruppe ungeklärt, so dass die Forderung nach Ernährungssouveränität im Prinzip jeder Organisation oder jedem Individuum auf jeder geographischen Ebene das Recht einräumt, diese Souveränität einzufordern. Sobald diese sich überschneiden, wird jedoch unweigerlich die Souveränität anderer Ebenen, Organisationen und Individuen in Frage gestellt. Diese Ungenauigkeit und Widersprüchlichkeiten hinsichtlich des Aspektes der Souveränität formuliert Edelman wie folgt:

„Food sovereignty proponents have been remarkably vague about who or what is ‘the sovereign’ in ‘food sovereignty’, with different organisations and theorists either disagreeing, ignoring the issue entirely, or shifting over time between pointing to the nation-state, a region, a locality, or ‘the people’. This question matters because it speaks to the crucial point of how a food sovereign society will be administered. Will a food sovereign society permit a successful small farm to expand its operations or to enter international markets? If so, up to what point? Who will draw the line and enforce it? There is an urgent need for devoting more attention to the political institutions needed for food sovereignty, as well as to the issues of how these will intersect with or differ from existing state institutions and how they will establish and maintain democratic legitimacy.“ (EDELMAN 2014, S. 974)

Ähnlich argumentieren auch SCHIAVONI (2014) und TRAUGER (2013, 2014). Sie weisen darauf hin, dass es im Rahmen der Forderung nach Ernährungssouveränität zwar oberflächlich betrachtet zunächst um Ernährungsfragen gehe, aber kaum eine wissenschaftliche Diskussion darüber vorhanden sei, was genau Souveränität in diesem Zusammenhang bedeuten soll. Daher plädiert Trauger für vor allem eine dezidiert geographische Perspektive, um zu verstehen, wie Ernährungssouveränität als eine politische und territoriale Strategie zur Überwindung von unterdrückenden Strukturen eingesetzt wird:

„Thus, food sovereignty can be read as a territorial strategy of organizations and community to attain political autonomy; the movement may be about food on its surface, but inherent to its aims is the liberation of people from repressive structures of state/capital power. Geographical understandings of political sovereignty are thus central to its aims and need to be incorporated into our understandings and analyses of food sovereignty practice.“ (TRAUGER 2013, S. 14)

Im folgenden 3. Kapitel soll dieser Problematik nachgegangen und der dargelegte Forschungsstand aus einer politisch-geographischen Perspektive vertieft werden. Eine solche Sichtweise bietet sich in hohem Maße an, da es bei Ernährungssouveränität im Kern um eine Forderung geht, mit der räumlich manifestierte Machtverhältnisse angefochten oder verteidigt werden. Räumlichkeit erhält dabei nicht nur die Funktion eines passiven Trägers, sondern wird – so lässt sich die Argumentation Traugers (s.o.) interpretieren – aktiv zur Durchsetzung politischer Forderungen eingesetzt (vgl. zu entsprechenden Perspektiven u. a. ALLEN 2016; MASSEY 2005; PEET 2007; REUBER 1999; SWYNGEDOUW 1997).

Das Ziel ist es, einen perspektivischen Analyserahmen zu entwickeln, mit dem es möglich wird, das Recht auf Ernährungssouveränität als eine politische Strategie zur Erlangung von Autonomie und zur Einforderung von Gerechtigkeit zu verstehen, die sich in einem spezifischen geographischen Kontext – in diesem Fall Bolivien – entfaltet. Zum einen soll dieser Ansatz dazu dienen, ähnlich wie es auch TRAUGER (2013) beabsichtigt, eine „geographische Theorie der Ernährungssouveränität“ zu liefern. Zum anderen soll dieser Ansatz weiter gefasst sein: Auf einer theoretischen Ebene wird diskutiert, auf welcher Grundlage und auf welche Art und Weise neue, emergente Rechte eingeklagt werden, was ihren politischen Gehalt ausmacht und welcher Bedeutung Räumlichkeit dabei zukommt.

### **3 Eine politisch-geographische Perspektive auf neue Rechte**

Das Ziel dieses Kapitels ist es, einen theoretischen Vorschlag zu erarbeiten, der es ermöglicht, eine Forderung nach einem neuen Recht in ihrem empirischen Kontext „greifbar“ zu machen. Zu diesem Zweck sollen im Folgenden verschiedene Theoriestränge vorgestellt, diskutiert und zu einer politisch-geographischen Perspektive verbunden werden. Eine solche „systematische Perspektiven-Triangulation“ (vgl. FLICK 2004, S. 21 ff.) lässt sich damit begründen, dass rechtebasierte Forderungen keine ausdefinierten Modelle sind, sondern es handelt sich um komplexe und in sich widersprüchliche politische Ideen, die es aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten gilt. Eine differenzierte Analyse erfordert daher die Kombination unterschiedlicher theoretischer Ansätze, um – wie FLICK (ebd.) es ausdrückt – „deren [jeweilige] Stärken zu ergänzen und Grenzen wechselseitig aufzuzeigen“. Die im Folgenden diskutierten Ansätze können daher als perspektivische Mittel verstanden werden, die es ermöglichen, soziale Phänomene zu ordnen, sie systematisch zu strukturieren und nachvollziehbar darzustellen (siehe zu einer ausführlicheren erkenntnistheoretischen Diskussion und zur Bedeutung des theoriegeleiteten Arbeitens Kap. 4.3.1).

#### **Aufbau des Kapitels**

Bei der Analyse eines neuen Rechtes auf politische Selbstbestimmung ist es naheliegend, sich zunächst mit hegemonie- und demokratietheoretischen Denkansätzen auseinanderzusetzen. Insbesondere die Diskurstheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes sowie die Arbeiten von William Connolly, Bonnie Honig und James Tully bieten dazu vielversprechende Ausgangspunkte (Kap. 3.1). Die Gerechtigkeitstheorie von Nancy Fraser ermöglicht es darüber hinaus, inhaltliche Kompatibilitäten und mögliche Widersprüche, die bei der Einforderung eines neuen Rechtes hervortreten, analysieren zu können und eine räumliche Sichtweise im Sinne einer „Geographie der (Un)gerechtigkeit“ (vgl. BARNETT 2012; SMITH 1994; SMITH 1997) einzunehmen (Kap. 3.2). Anschließend soll diskutiert werden, inwiefern sich die Praktikentheorie Theodore Schatzkis für die empirische Analyse neuer Rechtforderungen anbietet (Kap. 3.3), da gegenwärtig und in zunehmenden Ausmaß nicht nur in der Humangeographie (vgl. u. a. EVERTS et al. 2011; ROTHFUSS und DÖRFLER 2013), sondern auch in der Politischen Theorie (vgl. TULLY 2008) die Bedeutung alltäglicher, routinierter und körperlicher Praktiken im Rahmen der empirischen Analyse sozialer Phänomene hervorgehoben werden. In Kapitel 3.4 sollen die vorgestellten Theoriestränge miteinander verbunden und die Zielsetzung dieses Kapitels erfüllt werden.

### 3.1 Forderungen nach neuen Rechten und Souveränität

„La Via Campesina’s approach to rights is transgressive, insofar as it orients itself not toward the institutions that enshrine, enforce, and police rights, but toward the people who are meant to hold them. The approach operates not by pointing to extant rights and their violations but by using the language of rights to summon an active politics over a social domain that has, through progressive agricultural liberalization been technicized and rendered ‘anti-political’.“ (PATEL 2007, S. 92f.)

Politische Forderungen nach Souveränität oder Autonomie werden häufig mit dem Verweis auf ein bestimmtes Recht eingeklagt. Diese rechtebasierte Strategie ist auch ein wesentliches Merkmal der Bewegung für Ernährungssouveränität. So verweist La Vía Campesina nicht nur auf das Recht auf Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln, sondern auch auf das Recht, selbstbestimmt und souverän über die eigene Produktion und Vermarktung sowie über den eigenen Konsum entscheiden zu können. Das „Recht auf Nahrung“ (Kap. 2.2) wird somit durch die Komponente der Selbstbestimmung vollständig neu interpretiert und eingefordert. Es handelt sich bei Ernährungssouveränität also weniger, wie Raj Patel hervorhebt (s. o.), um ein Recht, das bereits bestehende Institutionen und Gesetze verändern will, sondern vielmehr um ein universelles Grundrecht, das zwar ein hohes politisches Mobilisierungspotenzial offenbart, jedoch auf grundsätzliche Widersprüche stößt, sobald es auf einer bestimmten Ebene wie z. B. auf der des Nationalstaates ausgestaltet werden soll (Kap. 2.6.3). Im Folgenden soll nun aus hegemonie- und demokratietheoretischer Perspektive eine Konzeptionierung für die Analyse einer solchen Forderung diskutiert werden.

#### 3.1.1 Hegemonien und Gegen-Hegemonien

Die in Kapitel 2.4 dargestellten Konzepte der *food regimes* (vgl. MCMICHAEL 2009a) und der *food empires* (vgl. VAN DER PLOEG 2008) eignen sich zwar in hohem Maße dazu, die hegemonialen Strukturen und Praktiken, gegen die Ernährungssouveränität sich richtet, erklären und verstehen zu können, jedoch sind sie in ihrer theoretischen Reichweite eher beschränkt. Sie gehen nicht über den Ernährungskontext hinaus und beinhalten daher wenig Aussagekraft über die vielfältigen Mechanismen, die zur Verfestigung eines hegemonialen Regimes und zur Entstehung gegen-hegemonialer Bewegungen führen. Für eine erweiterte Konzeptionierung bietet es sich daher an, einen abstrakteren hegemonietheoretischen Ausgangspunkt zu wählen.

Beeinflusst durch den marxistischen Theoretiker Antonio GRAMSCI (1971) beschreibt der Humangeograph Richard PEET (2007, S. 12f.) ein hegemoniales Regime als eine Form der ideologischen Kontrolle durch eine herrschende Klasse, das fortwährend ein objektiviertes, d. h. natürlich oder selbstverständlich erscheinendes Ordnungsprinzip reproduziert. Dabei stellt Peet (ebd., S. 22) drei Machtdimensionen fest: wirtschaftliche Macht

als Kontrolle über Kapital, ideologische Macht in Form einer Kontrolle über Denkweisen und politische Macht, die gleichzusetzen ist mit Kontrolle über politische Institutionen. Analytisch stützt sich PEET dabei neben dem politökonomischen Ansatz der Regulationstheorie – mit dem auch MCMICHAEL (2009a) die *food regimes* herleitet (Kap. 2.4) – vor allem auf die Foucault'sche Theorie der Gouvernementalität: „In brief, governmentality explores how governing authorities exercise power through regimes of institutionalized thought and practice“ (PEET 2007, S. 18). Aus dieser Sichtweise wird ein hegemoniales Regime in Form ideologischer, politischer und ökonomischer Macht verfestigt und institutionalisiert (z. B. durch Staat, Soziale Marktwirtschaft, Grenzregime, Privateigentum). Hegemonien sind jedoch auch immer umkämpft und können niemals absolute Macht ausüben: Gegen-Hegemonien (vgl. PEET 2007, S. 22) oder „offensiv-hegemoniale Strategien“ (vgl. NONHOFF 2007, S. 185) entwerfen alternative Sichtweisen, die sich von den bestehenden hegemonialen Diskursen abzugrenzen versuchen und sie gleichzeitig, häufig mit einem Verweis auf eine bestimmtes Recht, anfechten.

Um diesen Aspekt näher zu beleuchten, bietet die von der Spätphilosophie WITTGENSTEINS (2003 [1953]) beeinflusste Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes wertvolle Einsichten, da sie nicht nur aufzeigt, wie sich Machtverhältnisse diskursiv verfestigen, sondern auch, wie sie gegen-hegemonial herausgefordert werden: In ihren Ausführungen verdeutlichen LACLAU und MOUFFE (2001 [1985], S. 105 ff.), dass eine abgeschlossene oder endgültige Definition von „Gesellschaft“ nie existieren könne. Konstituierend für das gesellschaftliche Zusammenleben sei vielmehr, dass es immer ein unüberwindbares Innen-Außen-Schema gebe, das durch bedeutungsverleihende, „artikulatorische Praktiken“ (damit sind nicht nur sprachliche oder schriftliche Äußerungen, sondern auch rein körperliche Praktiken gemeint) strukturiert werde. Das bedeutet, dass soziale Ordnungen nur auf Grundlage dieses „In-Beziehung-Setzens“ von nicht notwendigerweise zusammengehörigen Einzelementen, wie z. B. Partikularforderungen, existieren können (vgl. BAUMANN et al. 2015, S. 229). Die unweigerlich aus diesem Prozess der „Artikulation“ entstehenden Äquivalenzketten oder Äquivalenzrelationen (vgl. GLASZE und MATTISSEK 2009b, S. 167) werden wiederum durch möglichst bedeutungsleere „Knotenpunkte“ zusammengehalten, die „die vollkommene, aber letztlich unmögliche Identität einer Gruppe“ repräsentieren (GLASZE 2008, S. 193). Hervorzuheben ist dabei, dass die Identität bzw. die Bedeutung dieser „Knotenpunkte“ oder „leeren Signifikanten“ weniger durch ihren positiven Inhalt definiert wird, sondern vielmehr über den negativistischen Weg, d. h. durch ihre negative Abgrenzung zu wiederum anderen „Knotenpunkten“ bzw. zu antagonistischen Einzelementen (vgl. OPRATKO 2012).

Unter Berücksichtigung dieser Sichtweise wird nun deutlich, dass nicht die positive Ausgestaltung und Definition der Forderung nach Ernährungssouveränität als konstituierend gelten kann, sondern die Konstruktion einer radikalen Negativität gegenüber all jenem, was Ernährungssouveränität nicht ist oder sein soll: z. B. die Verwendung gentechnisch

veränderten Saatgutes oder eine weltmarktorientierte Landwirtschaft, die VAN DER PLOEG (2008 S. xv) als Ausdrucksformen des *food empire* bzw. MCMICHAEL (2009a) als Bestandteile des *food regime* bezeichnen. Diese gemeinsame Abgrenzung vereint heterogene Forderungen verschiedener subalternen Gruppen (Indigene, Landlose, etc.) zu einem wirkmächtigen gegen-hegemonialen Diskurs, der innerhalb der Dimensionen der wirtschaftlichen Macht (Ablösung und Transformation des finanzdominierten Akkumulationsregimes), der ideologischen Macht (Hinterfragung und Veränderung von Wertvorstellungen z.B. in Bezug auf den Nahrungsmittelkonsum) und der politischen Macht (Schaffung von neuen basisdemokratischen Arenen und Institutionen) bestehende hegemoniale Strukturen verändern will.

Deutlich wird somit, wie die Forderung nach Ernährungssouveränität die Funktion eines repräsentativen „Knotenpunktes“ bzw. eines überdefinierten „leeren Signifikanten“ einnimmt und auf diese Weise innerhalb des diskursiven Feldes eine Äquivalenzkette zwischen Einzelementen wie z. B. indigene Rechte, Agrobiodiversität oder Kleinbäuerlichkeit repräsentiert. Diese Elemente werden somit zu strukturierten „Momenten“ des Diskurses und formen durch ihre Äquivalenz zu Ernährungssouveränität gleichzeitig ein antagonistisches Verhältnis zu einem „konstitutiven Außen“ bzw. zu einem anderen „Knotenpunkt“, in diesem Fall eine neoliberale oder industrielle Landwirtschaft. PATELS (2009, S. 666) metaphorischer Vergleich mit einem *big tent* sowie EDELMANS (2014, S. 959f.) Anmerkung, dass es sich bei Ernährungssouveränität um einen „free-floating signifier filled with varying kinds of content“ (Kap. 2.2) handele, passen zu dieser Sichtweise, auch wenn sie dabei eher die Divergenz als die Konvergenz der Einzelemente betonen.

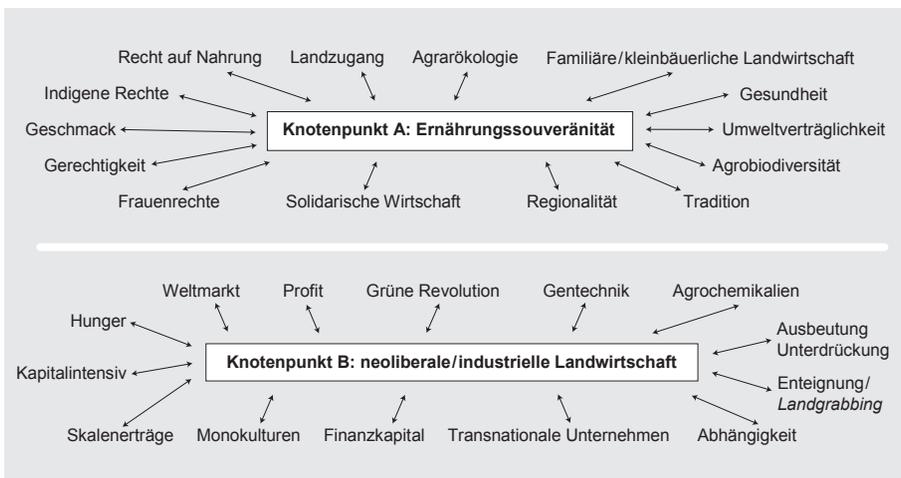


Abb. 1: Antagonismus von Ernährungssouveränität und neoliberaler/industrieller Landwirtschaft

Quelle: Eigener Entwurf

Die umseitige Abbildung zeigt dieses Verhältnis. Wichtig ist bei dieser Darstellung, dass es sich exemplarisch um die „artikulatorische Praxis“ (symbolisiert durch die Doppelpfeile) derjenigen handelt, die Ernährungssouveränität einfordern, also aus gegen-hegemonialer Perspektive. Aus hegemonialer Perspektive würden die jeweiligen Äquivalenzketten anders konstruiert und dargestellt werden, worauf in dieser Arbeit jedoch nicht weiter eingegangen werden soll.

### **3.1.2 Das „Recht, Rechte zu haben“**

Eine neue rechtebasierte Forderung wie Ernährungssouveränität folgt, wie in Abschnitt 2.2 deutlich wurde, im Kern der Logik eines universellen und allgemeingültigen Menschenrechtes. Wie auch PATEL (2009, S. 667) argumentiert, bietet es sich daher an, sich den Gedanken Hannah Arendts zu widmen, die sich vor dem Hintergrund der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges intensiv mit der theoretischen Dimension dieser Thematik beschäftigte (vgl. ARENDT 1949; ARENDT 2011 [1955], S. 601 ff.). Im Wesentlichen setzte sie sich dabei mit der Problematik auseinander, dass das damalige Verständnis von Menschenrechten nicht ausreichte auch staatenlosen Menschen und v. a. Flüchtlingen menschenwürdigen Schutz zu gewähren, da Menschenrechte *de facto* nur für die Angehörigen einer anerkannten politischen Gemeinschaft galten. Es handelte sich also vielmehr um rechtliche Privilegien für Bürgerinnen und Bürger, nicht aber um universelle, übertragbare und allgemeingültige Prinzipien. Um dieses Problem zu lösen, führte ARENDT (1949) eine universelle Grundnorm ein; nämlich das „Recht, Rechte zu haben (und das heißt: in einem Beziehungssystem zu leben, wo man nach seinen Handlungen und Meinungen beurteilt wird), oder ein Recht, einer politisch organisierten Gemeinschaft zuzugehören“ (ebd., S. 760). Dieses grundsätzliche Recht sollte dazu dienen, ein staatenunabhängiges und auf moralischen Grundsätzen basierendes Beziehungssystem, d. h. einen kosmopolitischen Raum zu schaffen, innerhalb dessen politische Subjekte aufgrund ihres „Menschseins“ bzw. ihrer bloßen Existenz „in der Welt“, die rechtliche und politische Möglichkeit erhalten sollten, weitere Rechte zu definieren und auszuhandeln. Die politische Wirkkraft des „Rechtes auf Rechte“ bestand also im Wesentlichen darin, dass eine grenzen- und staatenunabhängige Debatte um die Definition und die Anwendbarkeit von Menschenrechten nun zumindest theoretisch ermöglicht wurde.

Diese normative Einführung eines universellen und allgemeingültigen Grundrechtes birgt jedoch aus demokratietheoretischer Perspektive ein grundsätzliches Paradox: Die Idee des „Rechtes auf Rechte“ wird außerpolitisch vorgegeben, d. h. es entzieht sich der politischen Arena und setzt ein Gemeinwesen voraus, das noch nicht existiert bzw. das dieses Recht erst zu garantieren beabsichtigt (vgl. SCHULZE 2015, S. 45 ff.). Im Wesentlichen besteht der im „Recht auf Rechte“ enthaltene Widerspruch also darin, dass demokratisch legitimierte Rechte immer erst durch politische Aushandlungsprozesse zwischen Menschen, d. h. in Pluralität entstehen können und daher eine konstituierende Ebene benötigen; mit anderen Worten eine politische Gemeinschaft oder ein selbstbestimmtes sou-

veränes Volk (vgl. ARENDT 2011 [1955], S. 604). Jedoch beruht die Existenz eines Volkes wiederum auf der gegenseitigen Anerkennung seiner Angehörigen als politisch handelnde Subjekte, d.h. auf einer normativen Vorbedingung, die zuvor bereits hätte ausgehandelt werden müssen.

Die Frage besteht nun, wie dieses Paradox theoretisch betrachtet werden kann. Lässt sich mit paradoxen Konzepten überhaupt theoriegeleitet arbeiten? Handelt es sich um Probleme, die es kosmopolitisch in der Tradition Jürgen HABERMAS´ (1981) zu lösen gilt, wie es z. B. BENHABIB (1994;1996) im Allgemeinen und CLAEYS (2012) bezogen auf die Institutionalisierung von Ernährungssouveränität behandeln? Oder aber sollte man sich des paradoxen und kontingenten Charakters von Menschenrechten annehmen? Dadurch wäre es, wie GÜNDOĞDU (2011, S. 16) vorschlägt, möglich, neue Formen von Rechtelosigkeit und Kämpfe für Rechte und Gleichheit in all ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit zu verstehen und deren politische Dimension hervorzuheben (vgl. für eine ähnliche Argumentation HOOVER 2013).

Im folgenden Unterkapitel wird für die letztere Variante plädiert und gezeigt, dass es sich aus demokratietheoretischer Perspektive anbietet, für diese Problematik einen agonistischen Ansatz zu wählen, für den neben William Connolly, Bonnie Honig und James Tully vor allem Chantal Mouffe plädieren. Das wesentliche Charakteristikum dieses Ansatzes besteht darin, gesellschaftliche Antagonismen nicht als Hindernisse zu betrachten. Vielmehr nimmt sich die agonistische Demokratietheorie der Widersprüchlichkeit und der „Grundlosigkeit“ des Politischen an und betrachtet die unausweichlichen Antagonismen einer jeden Gesellschaft als wesentliche und notwendige Bestandteile gesellschaftlichen Zusammenlebens.

### **3.1.3 „Grundlosigkeit“, Agonismus und das „politische Paradox“**

Mit der hegemonietheoretischen Sichtweise LACLAUS und MOUFFES (2001 [1985]) (Kap. 3.1.1) ist es, wie bereits dargestellt, möglich, „Gesellschaft“ als eine Konstruktion zu verstehen, die nie abgeschlossen oder endgültig ausdefiniert sein kann, sondern die stets von omnipräsenten Antagonismen durchdrungen ist. MOUFFE (2014, S. 21 ff.) beschreibt dieses Phänomen derart, dass das Wesen des Politischen darin bestehe, dass es in einem permanenten „Feld der Unentscheidbarkeit“ schwebe und es so auch keinen letzten „Urgrund“ des Politischen gebe. Dieser durchweg kontingente Charakter des sozialen Zusammenlebens könne auch nicht auf einzelne Diskurse, Praktiken und Institutionen, die das Politische zu organisieren versuchen, reduziert werden, sondern es handele sich, so MOUFFE (1993, S. 3), vielmehr um eine Grundbedingung des menschlichen Zusammenlebens.

Um nun dem Begriff des Antagonismus eine demokratiekompatible Form zu geben, führt MOUFFE (2000, S. 80 ff.; 2014, S. 27 ff.) – ausgehend von der politischen Theorie Carl

SCHMITTS (1991 [1932], S. 26) – den Begriff des Agonismus ein, unter dem sie eine Auseinandersetzung zwischen politischen Kontrahenten versteht: Im Gegensatz zu einer Auseinandersetzung zwischen unversöhnlichen Feinden erkennen Kontrahenten ihre gegenseitige Legitimität an und teilen mit ihnen gemeinsame politische Prinzipien wie die demokratischen Ideale der allgemeinen Freiheit und Gleichheit, jedoch können diese hinsichtlich ihrer konkreten Bedeutung durchaus unterschiedlich interpretiert werden. MOUFFE (2014, S. 28) verneint dabei nicht, dass die damit verbundene Einigung auf einen gemeinsamen politischen Bezugsrahmen unweigerlich auch die Findung eines Minimalkonsenses impliziert. Der Kern ihres Ansatzes besteht allerdings weniger in der Deliberation dieser Übereinkunft, d. h. in der Aushandlung eines möglichst konfliktfreien gesellschaftlichen Konsenses, als vielmehr in der Hervorhebung des gesellschaftlichen Dissens, da ein einschließendes „Wir“, wie zum Beispiel ein liberales Gesellschaftssystem, unweigerlich ein ausschließendes „Ihr“ beinhaltet. Die Hauptaufgabe demokratischer Theorie sei es demnach nicht, die Pole zwischen Ein- und Ausschluss zu überwinden, sondern ihnen eine politische Gestalt zu geben.

Mit dieser Sichtweise handelt es sich bei jeglichen gesellschaftlichen Ordnungen um Ausdrücke manifestierter, jedoch kontingenter Machtverhältnisse, die zwar temporär legitimiert aber immer infrage gestellt werden können. Passend zu dieser Sichtweise versteht auch FOUCAULT (1978, S. 92 ff.) Macht nicht als institutionalisierte Macht, die von außen ausgeübt wird, sondern als omnipräsente, sich selbst reproduzierende gesellschaftliche Kraftverhältnisse, die durch unaufhörliche Kämpfe und Konfrontationen gestärkt, verändert oder umgestoßen werden können:

„It seems to me that power must be understood in the first instance as the multiplicity of force relations immanent in the sphere in which they operate and which constitute their own organization; as the process which, through ceaseless struggles and confrontations, transforms, strengthens, or reverses them.“ (FOUCAULT 1978, S. 92)

Diese Ausführungen basieren nun auf einer Annahme, die im vorigen Unterkapitel bereits als grundsätzliches Problem des „Rechtes auf Rechte“ beschrieben wurde: Wenn das Politische auf einer Unentscheidbarkeit zwischen Antagonismen beruht, dann kann es auch keine ethische Legitimierung essentialistischer Vorannahmen geben. Für das Entstehen eines politischen Gemeinwesens, wie z. B. eines souveränen Staates, existiert damit immer ein unüberwindbarer Widerspruch zwischen der konstituierenden Kraft, die ein Volk auf seine Gesetze ausübt und der konstituierten Kraft des Gesetzes, die wiederum das Volk in seinem Handeln reglementiert, es jedoch auch in seiner grundsätzlichen Existenz ermöglicht. Dieses „politische Paradox“, das sich vor allem in politischen Gründungsmomenten offenbart, beschreibt Jean-Jacques ROUSSEAU (2015 [1762], S. 35) in seinem theoretischen Hauptwerk wie folgt:

„Damit ein im Entstehen begriffenes Volk Gefallen an den gesunden Grundsätzen der Staatskunst finden und die Grundregeln des Staatsrechtes befolgen könnte, wäre es nötig, daß die Wirkung zur Ursache würde, daß der gesellschaftliche Geist, der das Werk der Verfassung sein soll, selbst den Vorsitz in der Verfassung führen sollte, und daß die Menschen schon vor dem Bestehen der Gesetze das wären, was sie erst durch dieselben werden sollen.“

Die Wirkung einer Verfassung, einen „gesellschaftlichen Geist“ hervorzubringen, ist somit paradoxerweise gleichzusetzen mit dem „gesellschaftlichen Geist“, der diese Verfassung erst zustande bringt. So interpretiert es auch William CONNOLLY (1995, S.138): „For the general will to be brought into being, effect (social spirit) would have to become cause, and cause (good laws) would have to become effect.“ Es kann somit keine vorpolitische Fundierung und keinen „festen Boden“ geben, auf den sich ein politisches Gemeinwesen stützen kann. Politische Aktivität ist demnach immer „grundlos“. Entsprechend nutzt Michael OAKSHOTT (1991, S. 60) die Metapher eines „boden- und uferlosen Meeres“: „In political activity, then, men sail a boundless and bottomless sea: there is neither harbour for shelter nor floor for anchorage, neither starting-place nor appointed destination.“

Für politische Gründungsmomente wie der Deklaration einer Verfassung oder der Einforderung eines neuen Rechtes bedeutet dies, dass die Autorinnen und Autoren (die Ursache) eines solchen Prozesses gleichzeitig das Ergebnis (die Wirkung) desselben darstellen und beide Ebenen gewissermaßen miteinander „verschmelzen“. Deutlich wird dieses Phänomen, wie DERRIDA (2002) anmerkt, z. B. anhand des in der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung enthaltenen Sprechaktes „We the people of the United States“, bei der der Autor (das Volk der Vereinigten Staaten) sich an erster Stelle nennt und sich zugleich zum Ergebnis und zur Wirkung der Verfassung erklärt. Der offensichtliche Widerspruch besteht jedoch in dem politischen Akt der Selbstermächtigung des Volkes als souveräne Kraft, das zuvor noch nicht existiert haben kann (vgl. WENMAN 2013, S. 237). Genauso verhält es sich mit der Einforderung eines neuen Rechtes: Diejenigen, die es einfordern, ermächtigen sich als eine selbstbestimmte und souveräne Kraft, ausgestattet mit dem Recht, Rechte einzufordern, sie zu definieren und sie eigenmächtig auszugestalten. Die Gründung von La Vía Campesina als Ausdruck einer selbstbestimmten bäuerlichen Bewegung und die daraus hervorgegangene Forderung nach Ernährungssouveränität zeigen diesen Zusammenhang zwischen emergenten Rechten und der Einforderung von Souveränität sehr deutlich (Kap. 3.1.5).

Doch was genau verbirgt sich nun hinter dem Konzept der Souveränität und welche Bedeutung kommt der konkreten Einforderung von Souveränität zu?

### **3.1.4 Souveränität als paradoxes Konzept**

Der Begriff der Souveränität, d. h. die Idee der legitimierten und unangefochtenen Autorität, ist seit langer Zeit eines der wichtigsten und einflussreichsten Konzepte in der Politischen Theorie. Über die göttliche Legitimation eines absolutistischen Herrschers zur Volkssouveränität demokratischer Systeme war und ist der Begriff eng mit der staatlichen Ebene verknüpft (vgl. SKINNER 2010). Diese Sichtweise wurde jedoch in der Vergangenheit vor allem von Politischen Geographen (vgl. u. a. AGNEW 1994; AGNEW 2005; TAYLOR 1994) kritisiert und die Essentialisierung des Staates als alleiniger Träger und Gewährleister von Souveränität hinterfragt. In Anbetracht des Entstehens von sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, die sich netzwerkartig ausbreiten (vgl. NICHOLLS 2007) sowie der wachsenden Bedeutung von Globalisierungsprozessen und neoliberalen Institutionen (vgl. AGNEW 2009; ONG 2006) kann daher die Frage gestellt werden, ob das Konzept der Souveränität überhaupt noch als Erklärungsansatz für gegenwärtige politische Phänomene dienen kann. Diverse Autoren (vgl. u. a. KALMO und SKINNER 2010; KRASNER 2001) plädieren dafür, das Konzept der Souveränität nicht zurückzuweisen, jedoch heben sie dessen Fragmentierung und Anfechtbarkeit hervor, die vor allem im Lichte postmoderner Ansätze (vgl. NEGRI 2010) deutlich werden. Sie zeigen auf, dass Souveränität niemals absolut an eine bestimmte territoriale Ebene oder einen bestimmten Träger wie den Staat geknüpft sein kann, es sich bei Territorien jedoch um machtvolle und räumliche Ausdrucksformen von Souveränität handelt (vgl. ELDEN 2013).

Einen vielzitierten theoretischen Bezugspunkt für Auseinandersetzung mit der Idee der Souveränität liefert wiederum Carl SCHMITT (2004 [1922]). Im Gegensatz zu Hannah Arendt, die die die Ausübung von Souveränität als eine Zurückweisung des Pluralismus und damit als Ende des Politischen betrachtet (vgl. GRATTON 2012, S. 65), nimmt das Konzept bei Schmitt eine zentrale Rolle ein und stellt im Rahmen seiner Staatstheorie den Kern des Politischen dar. Sein Ansatz ist, dass derjenige (d. h. der Staat) souverän sei, der über den „Ausnahmestand“ entscheidet (vgl. SCHMITT 2004 [1922], S. 13). Demnach handelt es sich um eine Selbstautorisierung oder Selbstermächtigung den „normalen Lauf der Dinge“, also die bestehenden Regeln in Form des Gesetzes, auszusetzen, so dass die konstituierende Kraft (der Staat) sogar dann noch souverän ist, wenn die konstituierte Kraft (die Verfassung) ausgesetzt wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang v. a. die durch das Foucault'sche Konzept der Biopolitik beeinflusste Neuinterpretation des Schmitt'schen Ansatzes durch den Philosophen Giorgio AGAMBEN (2005): Agamben verweist auf die paradoxe Situation, die sich ergibt, wenn auf legale Weise die gegebenen Gesetze ausgehebelt werden und dieser Zustand zur dauerhaften oder zumindest langfristigen Regel erklärt wird. Agambens Argumentation folgend sei dieses Phänomen besonders deutlich im Totalitarismus des Zweiten Weltkriegs zu beobachten gewesen, als sich das Deutsche Reich in einem zwölf Jahre währenden „Ausnahmestand“ befand. Auch die Post-9/11-Ära der Bush-Regie-

rung in den USA, in der der Patriot-Act erlassen und dadurch die Möglichkeit geschaffen wurde, Nicht-US-Bürger bei einem geringen Anfangsverdacht auf Gefährdung der nationalen Sicherheit, in Haft zu nehmen, lässt sich in diesen Inklusions-Exklusions-Mechanismus einordnen (vgl. AGAMBEN 2005, S. 2 f.). Agamben spricht dabei von einer „zone of indistinction in which fact and law coincide“ (ebd., S. 26 ff.), d. h. von einer „Schwelle der Unentscheidbarkeit“ zwischen Fakten, in diesem Fall einem extrajuristischen Notstand, und dem Gesetz. Fakten würden auf diese Weise zu Gesetzen „verschwimmen“, so dass das Gesetz auch für längere Zeit ausgesetzt werde. Sobald dies zur Regel werde, würde der „Ausnahmestand“ zur Regel erklärt und zur Normalität werden. Der Souveräne ist bei Agamben demnach, wie auch bei Schmitt, dasjenige Organ, das die Macht besitzt, über das Pendeln zwischen der Norm, der Ausnahme und wiederum der Norm zu entscheiden.

Vor allem für die Politische Geographie ist diese Theorie hilfreich, da sie es ermöglicht, „räumliche Ausnahmestände“, wie z. B. Gefängnisse, Inseln, nichtregierte Territorien, Landnahmen und die Normalisierung derselben zu erklären (vgl. KORF und SCHETTER 2012 für einen deutschsprachigen Beitrag sowie MOUNTZ 2013 für einen allgemeineren Überblick). Auch sich überlappende und in Konflikt stehende „Souveränitäten“ (vgl. SCHIAVONI 2014) innerhalb und außerhalb des Staates sind dadurch denkbar: Z. B. beschreibt ONG (2006, S. 18 ff.) dieses Phänomen, indem sie neoliberale Praktiken als „Ausnahmestände“ betrachtet.

Passend zu dieser Argumentation führt auch Jacques DERRIDA (2009 [2001-2002], S. 76 f.) an, dass keine „pure und bindingslose“ Souveränität existieren könne. Das bedeutet, Souveränität ist immer teilbar und anfechtbar und es könne, so Derrida, auch keine Wahl zwischen Souveränität und „Nichtsoveränität“ existieren, sondern es handle sich bei Souveränitätsansprüchen immer um fragmentierte, miteinander in Konflikt stehende und antagonistische Forderungen. Damit erhalte Souveränität den Charakter eines performativen Aktes, ausgedrückt durch ein Postulat oder durch einen „fiktionalen Glauben“:

„There are different and sometimes antagonistic forms of sovereignty, and it is always in the name of one that one attacks another: [...]. [E]ven in politics the choice is not between sovereignty and nonsovereignty, but among several forms of partings, partitions, divisions, conditions that come along to broach a sovereignty that is always supposed to be indivisible and unconditional. [...] A divisible sovereignty is no longer a sovereignty, a sovereignty worthy of the name, i.e. pure and unconditional. [S]overeignty is a posited law, a thesis or a prosthesis, and not a natural given, it is the sworn institution a faith sworn, and therefore structurally fictional, figural, invented, conventional.“ (ebd., S. 76 f.)

Im Lichte dieser Betrachtung wird auch deutlich, inwiefern es sich bei dem Sprechakt der Deklaration einer Verfassung (vgl. DERRIDA 2002 und Kap. 3.1.3), neben dem Akt der Selbstermächtigung eines Volkes als konstituierende und damit souveräne Kraft, gleichzeitig um einen Akt der Inklusion bzw. der Exklusion handelt. Das bedeutet, dass das Volk sich selbst an die Stelle des Souveränen setzt und alle anderen ausschließt, die nicht dazu gehören. Es handelt sich somit um ein Phänomen, das DE VILLE (2008, S. 21) „Souveränität ohne Souveränität“ nennt, um damit wie auch Derrida den fiktionalen Charakter von Souveränität zu betonen. Einen ähnlichen Gedanken formuliert auch der Rechtswissenschaftler Martti KOSKENNIEMI (2010, S. 232f.), nämlich, dass Souveränität auch und gerade dann eingefordert werde, wenn Macht in großer Ferne sei. Genau dann, so Koskenniemi weiter, werde Souveränität gleichbedeutend mit einem Verlangen, einer „Fiktion“ und einem „politischen Ethos“, das als „moralisches Prinzip“ und „polemische Waffe“ dazu diene, politische Veränderungen herbeizuführen oder einen bestehenden *status quo* zu erhalten:

„Now ‘sovereignty’ becomes a mere notion or desire, a fiction [...]. It may be that this is what sovereignty always meant: a manifestation of a political ethos [...]. This highlights it as a moral principle, a polemical weapon with no necessary juridical or sociological core. [...] It is neither a historical nor a sociological fact but part of a political vocabulary whose point is not to register aspects of the world but to achieve them: to preserve or change a status quo, to support or oppose particular contestants.“ (KOSKENNIEMI 2010, S. 232)

Passend dazu beschreibt Peter GRATTON (2012, S. 9) diesen fiktionalen Charakter von Souveränität als ein „Phantasma“, d. h. als ein Trugbild, das auf Mythen und Geschichten basiere, die der Souveräne über sich selbst erzähle – z. B. der Gründungsmythos eines Staates, die Idee der historisch gewachsenen und territorial wirksamen Nation (vgl. EL-DEN 2013) und einer *imagined community* (vgl. ANDERSON 2003 [1983]). Allerdings sollte diese Sichtweise nicht dazu verleiten, Souveränität als eine rein ideelle Einbildung ohne wahrnehmbare Effekte oder Kräfte wie z. B. einer staatlichen oder militärischen Machtausübung zu verstehen. Im Gegenteil: diese Formen der Macht werden gerade durch den fiktionalen Charakter von Souveränität gestärkt und reproduziert, bis hin zu einem Zustand scheinbar absoluter, unantastbarer und unhinterfragbarer Autorität, die sich innerhalb der wirtschaftlichen, ideellen und politischen Dimension verfestigt (vgl. PEET 2007). Sobald dieser Mythos gegen-hegemonial hinterfragt und angefochten wird, wird deutlich, dass es sich nicht um eine „pure und bindungslose“ Souveränität (vgl. DERRIDA 2009 [2001-2002], S. 76f.) handelt, sondern um eine kontingente und umkämpfte soziale Konstruktion. Die Ausführungen Grattons und Derridas lassen sich also dahingehend zusammenfassen, dass Souveränität das Ergebnis seiner eigenen Geschichte ist, seiner eigenen „großen Erzählung“ und sich damit selbst in Kraft setzt:

„Sovereignty always requires its mythoi, its histories; it could not exist such as it does without them [...]. Sovereignty needs these stories, and yet it is these very stories that allows one to call sovereignty into question, to test its history of itself, and thus to share out sovereignty’s very force of reason. Such mythoi are a performance of sovereignty, though again, sovereignty is always above and beyond any simple performance of it. This is not to say that there is no force to sovereignty, that it has no effect, but rather that sovereignty requires a spectacle, a virtualization of itself, in sum, a phantasm for what should require nothing beyond itself, since to be sovereign is to be unquestioned and unquestionable, that is, purely auto-affective.“ (GRATTON 2012, S. 9)

Damit wird deutlich, dass Souveränität, so wie es das „politische Paradox“ postuliert, im Wesentlichen auf dem Widerspruch der Selbstermächtigung basiert und dass niemals eine absolute Manifestation souveräner Macht existieren kann, auch wenn diese den Anschein der Unantastbarkeit erweckt. Passend dazu bezeichnet CONNOLLY (1995, S. 137ff.) das „politische Paradox“ als das „Souveränitäts-Paradox“, das unweigerlich mit der demokratischen Idee von Souveränität verknüpft ist. Dieses enthalte immer einen willkürlichen und temporären „Spalt“ zwischen der politischen Aktivität und der gesellschaftlichen Übereinstimmung, die diese erst ermöglicht.

### 3.1.5 „Anders Denken und Handeln“: Politische Aktivität und die Forderung nach neuen Rechten

Beim „politischen Paradox“ handelt es sich jedoch nicht um ein Phänomen, das ausschließlich in seltenen Gründungsmomenten, wie etwa der Deklaration einer Verfassung, der einmaligen Deklaration eines neuen Rechtes oder der Gründung eines Staates zu Tage tritt. Neben anderen Vertretern der agonistischen Demokratietheorie (vgl. CONNOLLY 1995; TULLY 2008) weist vor allem Bonnie HONIG (2009, S. 3) auf die alltägliche Dimension politischer Praktiken hin, innerhalb derer sich der omnipräsente Widerspruch zwischen der konstituierenden Kraft des Volkes und der konstituierten Kraft der Gesetze offenbart. Politische Aktivität könne demnach niemals ein finales Ende im Sinne einer konsensualen Lösung haben, sondern es handele sich, im Sinne einer „Henne-und-Ei-Problematik“ um einen andauernden und alltäglich stattfindenden Prozess der Gründung und Wiederbegründung von politischen Gemeinschaften, der nicht auf einzelne Gesetze und Institutionen reduziert werden könne.

William Connolly beschreibt dieses Phänomen als in sich paradoxe *politics of enactment* (vgl. CONNOLLY 1995, S. 180f.) und *politics of becoming* (vgl. CONNOLLY 1996, S. 20ff.). Er bezeichnet damit einen Prozess des „politischen Werdens“ oder „Inkraftsetzens“ von neuen Identitäten, die auf Grundlage erfahrener Ungerechtigkeit politisch in Erscheinung treten und dazu antreten, ein bestehendes „Gerechtigkeitsregister“ (*register of justice*) zu stören oder zu verändern:

„By the politics of becoming I mean that paradoxical politics by which new cultural identities are formed out of old energies, injuries, and differences. The politics of becoming emerges out of the energies, suffering and lines of flight available to culturally defined differences in a particular historical constellation. To the extent it succeeds in placing a new identity on the cultural field the politics of becoming changes the shape and contour of established identities as well. The politics of becoming thus shows disturbance and distress in the souls of those disrupted by its movement.“ (CONNOLLY 1996, S. 20f.)

Und weiter:

„The politics of becoming repositions selected modes of suffering so that they move from an obscure subsistence or marked identity below the register of justice to a visible, unmarked place on it.“ (CONNOLLY 1996, S. 32)

Dabei sei entscheidend, dass die Frage, was tatsächlich gerecht oder ungerecht sei bzw. was für legitim empfunden werde, vor allem in diesen originären Momenten ihres Entstehens gestellt und politisch verhandelt werde: „Justice now trembles in its constitutive uncertainty, dependence and ambiguity. And it is just that it so tremble“ (CONNOLLY 1995, S. 187). Er beschreibt damit einen „politischen und agonistischen Ethos“ des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Anerkennung in Form eines kulturellen Raumes, innerhalb dessen Fragen nach Recht und Gerechtigkeit ausgehandelt werden könnten und sich neue Formen des Seins in Szene setzten und etablieren könnten. Bei diesem *ethos of critical responsiveness* (ebd., S. 180) handele es sich laut Connolly um das fragilste aber auch notwendigste Element einer pluralisierenden Demokratie, da ein etabliertes „Gerechtigkeitsregister“ nie abgeschlossen und gerecht in einem finalen Sinne sein dürfe und könne.

Eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes liefert Bonnie HONIG (2009, S. 40ff.), die Connollys *politics of becoming* aufgreift, um zu untersuchen, wie sich das „politische Paradox“ im Lichte eines neuen Rechtes verhält. Sie schlägt vor, ein neues Recht nicht in Hinblick auf seine juristische Legitimität oder Unterordnung unter andere Rechte zu untersuchen, sondern den Fokus auf die potenziellen neuen Beziehungen, Realitäten und Gerechtigkeitskonstellationen zu richten, die ein neues Recht hervorbringt:

„I propose we look at rights not in terms of their past trajectories but rather in their fragile moments of emergence. This makes us alert to the ways in which new rights reactivate the paradox of politics: New rights presuppose the world they seek to bring into being. [...] Liberal and deliberative democratic theorists tend to approach rights with a juridical focus: Are they legitimate? Can they be subsumed under old, established ones? What if instead we ask: What new relations and new realities might a new right inaugurate, or is the new right desirable? Is it just?“ (ebd., S. 44)

Nach dieser Sichtweise kommen neue Rechte also niemals nur additiv zu einem bestehenden „Gerechtigkeitsregister“ hinzu, sondern fordern dieses in seiner Gesamtheit heraus. HONIG (ebd. S. 53) verwendet entsprechend den Begriff der „Rechte-Ökonomie“ (*economy of rights*) und beschreibt damit auf einer theoretischen Ebene genau das Phänomen, das Ernährungssouveränität auf der empirischen darstellt: Nämlich ein neues Recht, das, obwohl es fragil und paradox ist, den Anspruch hat, von Grund auf eine bestehende „Ökonomie von Rechten“ zu hinterfragen, zu transformieren und eine „neue Welt, neue Beziehungen und Realitäten“ (ebd.) voranzusetzen, die es noch nicht gibt: „Food sovereignty implies new social relations free of oppression and inequality“ (La Vía Campesina 2007, o. S.).

Demnach sei es, so HONIG (2009, S. 44), wichtig, neue Rechte vor allem zum Zeitpunkt ihres Entstehens zu untersuchen, d. h. sich auf den „fragilen Zustand des Erscheinens“ zu fokussieren (der momentan bei Ernährungssouveränität auch zu beobachten ist). Nur so könne erkannt werden, auf welcher vielfältigen Art und Weise sich Forderungen nach neuen Rechten entwickeln und welche neuen Identitäten daraus entstehen. Sobald hingegen bestimmte Rechte, aus denen legitime Ideen und Werte (z. B. Frauenrechte) entstanden sind, zurückblickend betrachtet würden, erschienen sie in der Regel als gegeben und natürlich. Zum Zeitpunkt ihres Entstehens jedoch hätten diese möglicherweise den Status einer willkürlichen und sogar lächerlichen Idee gehabt (vgl. HONIG 2009, S. 47; WENMAN 2013, S. 109). Auf diese Weise versteht Honig die Einforderung eines neuen Rechtes als ein Phänomen, dessen Resultat zum Zeitpunkt seines Entstehens selten feststeht. Diejenigen, die es einfordern, versuchen eine Realität zu inszenieren, zu erschaffen und in Kraft zu setzen, die es noch nicht gibt. Zur Veranschaulichung beschreibt sie die Slow-Food-Bewegung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie das „Recht auf Genuss“ nicht nur einfordert, sondern es auch konkret praktiziert (vgl. HONIG 2009, S. 57ff.). Durch dieses *enactment* zeigt sich, dass ein neues Recht, genau wie PATEL (2007, S. 88) es anmerkt, und so wie es sich auch im „politischen Paradox“ widerspiegelt, nur durch diejenigen mit Leben gefüllt werden kann, die es einfordern.

Um dieses Argument weiter zu vertiefen, unterteilt HONIG (2009, S. 55f.) in Anlehnung an die späte Philosophie WITTGENSTEINS (2003 [1953]) neue Rechte analytisch in ihre Funktion als ein „Symbol“ (*right-as-a-symbol*) und dem „tatsächlichen Verhalten“ (*the actual behaviour*). Das „Recht als ein Symbol“ erfüllt demnach die Funktion eines statischen, normativen und ideologischen Rahmens und als Garant, auf den sich die Befürworterinnen und Befürworter eines Rechtes stützen und berufen können. Das „tatsächliche Verhalten“ hingegen verweist auf die tatsächlichen Richtungen und Ausprägungen, die ein neues Recht einnehmen kann. So könne es einerseits dazu kommen, dass das „Recht als Symbol“ und das „tatsächliche Verhalten“ in ein und dieselbe Richtung tendierten und genau das eintrete, was zuvor versprochen wurde. Andererseits könnten aber auch neue und unerwartete Dinge passieren und das jeweilige Recht könne sich in ganz

andere und vielfältige Richtungen entwickeln. Damit würde es von seiner ursprünglichen Funktion als normatives Symbol oder ideologischer Garant abweichen. Auf diese Weise könne sich ein jeweiliges Recht im Sinne der Unentscheidbarkeit des „politischen Paradoxes“ unvorhersehbar entfalten.

James TULLY (2008) leistet passend zu Honigs Ausführungen einen wesentlichen Beitrag dazu, auf welche Art und Weise sich diese Dynamik in der Praxis abspielt. Basierend auf den Gedanken ARENDTS (2006 [1961]) vergleicht TULLY (1999, S. 162) politische Aktivität mit dem Spielen eines Spiels, bei dem es darum gehe, dass gleiche Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Ansichten innerhalb eines *fields of activity* in einen agonistischen Austausch geraten. Er wendet sich ebenfalls der Philosophie WITTGENSTEINS (2003 [1953]) zu, insbesondere der Theorie der Sprachspiele, und entnimmt ihr den Begriff der Regeln. Nach Wittgenstein sind Subjekte immer an Regeln gebunden, die dieses Spiel bestimmen und organisieren. Regeln sind jedoch niemals fixiert und könnten in verschiedenen Situationen anders und auf kreative Weise angewendet werden (vgl. WENMAN 2013, S. 21). Bezogen auf ein politisches Spiel bedeutet dies, dass es also möglich ist, die Regeln des Spiels entweder zu befolgen und dadurch zu legitimieren, was TULLY (2008, S. 19 ff.) als „Praktiken des Regierens“ bezeichnet, oder aber sie zu verändern und nach anderen Regeln zu spielen. Diese Aktivitäten – ausgedrückt durch Sprechen und Handeln – stellen für Tully politische Freiheit dar, genauer gesagt „Praktiken der Freiheit“, die mit den routinierten Regeln des Spiels brechen und als eine Art der Erwidern auf „Praktiken des Regierens“ zu sehen sind. „Praktiken der Freiheit“ bezeichnen für Tully allerdings nicht nur die Veränderung einer etablierten Praktik oder den Beginn einer neuen Praktik – er nennt dies *agere* (lat. tun, machen) – sondern auch das Bestreben, diese zu manifestieren und sie über längere Zeit zu erhalten, so dass sie selbst zur Routine werden, was er *gerere* (lat. ausführen, tragen) nennt.

TULLY (2008, S. 23 f.) zufolge existieren nun drei Formen oder Abstufungen der „Praktiken der Freiheit“: Erstens nennt er die Art von Praktiken, die selbst innerhalb der routiniertesten Abläufe über einen bestimmten Spielraum, einem *room for manoeuvre*, verfügen und die Regeln des Spiels auf unbemerkte aber dennoch auf deutliche Weise anders interpretieren und dadurch verändern:

„[T]here is always a certain ‘room for manoeuvre’ (Spielraum) or field of possible compartments in interpreting and acting in accord with a norm of mutual recognition. [...] Even in the most routine activity of acting in accord with a norm of mutual recognition, the members of an association subtly alter it in unpredictable ways through interpretation, application and negotiation. They can often appear to agree while thinking and acting differently. In other cases, overt agreement, or a manufactured consensus, can mask the vast terrain of hidden scripts and arts of resistance by which subjects act out their reasonable disagreement to oppressive norms in

day-to-day life. This field of existential possibilities renders any ‘agreement’ on a norm subject to the ‘uncertainty, the suspense, the possibility of irreversible change, which surrounds all significant action, however “rule-guided”.’ (TULLY 2008, S. 307)

Dieses „anders Denken und Handeln“ kann also dazu führen, dass sich die Regeln des Spiels durch eigene Auslegung und Anwendung implizit verändern. Hierfür lassen sich z. B. landwirtschaftliche Praktiken oder Konsumpraktiken nennen. Als zweite Form der „Praktiken der Freiheit“ nennt er eine Art von Praktiken, die in einer demokratischen Gesellschaft dazu dienen, bestehende Regeln zu verändern. Diese haben das explizite Ziel, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen und finden innerhalb von etablierten Institutionen demokratischer Gesellschaften statt, also innerhalb von Gerichten, Parteien und politischen Gremien. Beispiele dafür sind Petitionen, politische Diskussion oder Verhandlungen. Drittens nennt TULLY (ebd.) eine Art von Praktiken, die dann zu Tage treten, wenn die zweite Form der „Praktiken der Freiheit“ versagt. Dabei handelt es sich um die Verweigerung regiert zu werden und um Praktiken des offenen politischen Widerstands, die in der Extremform zu einer Revolte führen können. Diese dritte Variante hat explizit das Ziel, die „Praktiken des Regierens“ umfassend zu transformieren oder abzulösen.

Interessant an den Überlegungen Tullys ist, dass sich starke Parallelen zu den Ausführungen Connollys und Honigs ergeben: „Praktiken der Freiheit“, *politics of becoming / enactment* und das „tatsächliche Verhalten“ eines Rechtes ähneln sich dahingehend, dass ein starker Fokus auf die Alltäglichkeit routinierter aber dennoch politischer Praktiken gelegt wird (vgl. WENMAN 2013, S. 232 ff.). Revolutionäre Momente oder die repräsentative Ebene der Politik – die *politics of representational assemblages* wie CONNOLLY (1995, S. xxi) es nennt – treten bei diesen Perspektiven eher in den Hintergrund. Doch inwiefern spielen diese Gedanken nun bei der konzeptionellen Auseinandersetzung mit Ernährungssouveränität eine Rolle?

Die Argumentation bei der Einforderung von Ernährungssouveränität basiert wesentlich darauf, dass die Produktion, die Vermarktung und der Konsum von Nahrungsmitteln von der neoliberalen Logik und den Regeln internationaler Freihandelsabkommen befreit oder ausgenommen werden sollten, da Nahrung, wie es die Fürsprecherinnen und Fürsprecher der Bewegung formulieren, „anders“ sei (siehe die Argumentation in Kapitel 1). Damit stützen sich diejenigen, die Ernährungssouveränität einfordern, auf eine Argumentation, die die Krisenhaftigkeit des Ernährungsregimes hervorhebt (vgl. TRAUGER 2013, S. 6). Es wird also ein Notstand ausgerufen und damit die Notwendigkeit eingeklagt, die bestehenden Regeln der Agrar- und Ernährungspolitik zu verändern. Dabei zeigt sich der Akt der Selbstermächtigung sehr deutlich: La Via Campesina stellt gleichzeitig die Autorin und das Ergebnis des neuen Rechtes dar, indem die Organisation sich bereits im Vorhinein als eine souveräne Kraft betrachtet, die das Recht dazu habe, Souveränität einzufordern.

„We, more than 500 representatives from more than 80 countries, of organizations of peasants / family farmers, artisanal fisherfolk, indigenous peoples, landless peoples, rural workers, migrants, pastoralists, forest communities, women, youth, consumers and environmental and urban movements have gathered together in the village of Nyéléni in Sélingué, Mali to strengthen a global movement for food sovereignty. We are doing this, brick by brick, as we live here in huts constructed by hand in the local tradition, and eat food that is produced and prepared by the Sélingué community. We give our collective endeavor the name “Nyéléni” as a tribute to and inspiration from a legendary Malian peasant woman who farmed and fed her peoples well. Most of us are food producers and are ready, able and willing to feed all the world’s peoples.“ (La Vía Campesina 2007, o. S.)

Genau wie auch in der Präambel der Verfassung der Vereinigten Staaten (vgl. DERRIDA 2002), ernennen sich die genannten Vertreterinnen und Vertreter von Kleinproduzierendenorganisationen und indigenen Völkern, etc. in dieser Deklaration als eine souveräne und vereinte Kraft. Sie weisen auf ihr legitimes und gemeinsames Projekt hin und verdeutlichen, dass sie keine partikulare Interessengruppe seien, sondern eine weltweite Bewegung. Auch die *politics of enactment* (vgl. CONNOLLY 1995) werden dabei sehr deutlich: Die Deklaration wird von vornherein mit den Praktiken des Konsumierens der selbstproduzierten Nahrung und metaphorisch („brick by brick“) mit dem Aufbau der eigenen Hütten verbunden. Auch die Zeile: „Most of us are food producers and are ready, able and willing to feed all the world’s peoples“ zeigt die Bereitschaft, das neue Recht sofort mit den Praktiken in Kraft zu setzen, die es erst einfordert.

Der Verweis auf eine legendäre malische Bäuerin unterstreicht dabei den mythischen Charakter dieses Unterfangens, den GRATTON (2012, S.9) als ein „Phantasma“ und DERRIDA (2009 [2001-2002], S. 76) als eine „Fiktion“ oder einen „Glauben“ bezeichnet. Dieses wird mit der Konstruktion eines gemeinsamen Erbes „heritage as food producers“ verbunden, das sich allerdings in einem kritischen Zustand befindet und durch den Neoliberalismus und den globalen Kapitalismus bedroht werde:

„Our heritage as food producers is critical to the future of humanity. This is specially so in the case of women and indigenous peoples who are historical creators of knowledge about food and agriculture and are devalued. But this heritage and our capacities to produce healthy, good and abundant food are being threatened and undermined by neo-liberalism and global capitalism. Food sovereignty gives us the hope and power to preserve, recover and build on our food producing knowledge and capacity.“ (La Vía Campesina 2007, o. S.)

Der Hinweis darauf, dass zahlreiche Debatten stattfänden, durch die das Wissen der Teilnehmenden über Ernährung und Ernährungssouveränität erweitert werde, zeigt, inwie-

fern das *thinking differently* (vgl. TULLY 2008, S. 307) als eine „Praktik der Freiheit“ langfristig dazu führen soll, Regeln „anders“ zu interpretieren und auszulegen, Spielräume zu kreieren und dadurch Autonomie und Macht zurückzuerlangen:

„In Nyéléni, through numerous debates and interactions, we are deepening our collective understanding of food sovereignty and learning about the realities of the struggles of our respective movements to retain autonomy and regain our powers. We now understand better the tools we need to build our movement and advance our collective vision.“ (La Vía Campesina 2007, o. S.)

Insgesamt wird anhand der Deklaration von Nyéléni also deutlich, wie sich das „politische Paradox“ in all seinen Facetten entfaltet und Connollys *politics of becoming* Wirklichkeit werden: Eine sich selbstermächtigende, souveräne Kraft – bestehend aus Gruppen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern – proklamiert als Autorin und Ergebnis dieser Deklaration ein neues Recht und setzt damit eine Welt mit neuen sozialen Beziehungen voraus, die es noch nicht gibt. Oder wie HONIG (2009, S. 44) es formuliert: „New rights presuppose the world they seek to bring into being“. Dabei ist völlig offen, welche Richtung das neue Recht einschlagen wird; fest steht nur, dass es kein finales Ergebnis gibt. Ernährungssouveränität „segelt“, in den frei übersetzten Worten Michael OAKSHOTS (1991, S. 60), auf einem „ufer- und bodenlosen Meer, ohne Hafen, ohne Ankerstelle, ohne Kurs und ohne festgelegtes Ziel“.

### 3.1.6 Zusammenfassung

Ein neues und universelles Recht auf Selbstbestimmung hinterfragt eine gesamte „Ökonomie von Rechten“ und fordert ein hegemoniales Regime in Form von wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Machtverhältnissen heraus. Damit repräsentiert es einen gegen-hegemonialen „Knotenpunkt“, der heterogene Forderungen miteinander vereint und sich primär durch die Abgrenzung zu einem hegemonialen Regime konstituiert. Somit ergibt sich eine theoretische Analogie zum Arendt’schen „Recht auf Rechte“. Dabei handelt es sich um eine auf ethischen Maßstäben beruhende Grundnorm, die denjenigen, die bisher nicht in der Lage dazu waren, politische Rechte einzufordern, genau diese Möglichkeit bietet. Daraus ergibt sich jedoch ein grundsätzlicher Widerspruch, der in der Demokratietheorie als das „politische Paradox“ bezeichnet wird und der beinhaltet, dass das Volk zugleich Autor und Ergebnis seiner eigenen Gesetze ist, sich also selbst ermächtigt. Politische Gemeinschaften sind somit immer kontingente Konstruktionen, die auf der Unentscheidbarkeit des Sozialen, d. h. auf der Unmöglichkeit basieren, endgültig ausdefiniert zu werden. Das bedeutet auch, dass es nicht möglich ist, gesellschaftliche Antagonismen auszulöschen. Sie bilden vielmehr eine Grundbedingung von Sozialität.

Die Auseinandersetzung mit dem „politischen Paradox“ offenbart, dass die Idee der Souveränität als ein performativer Akt der Selbstermächtigung verstanden werden kann.

Dieser beruht zumeist auf der Proklamierung eines „Ausnahmestandes“, also auf einer Notwendigkeit, den „normalen Lauf der Dinge“ auszusetzen. Sobald ein solcher „Ausnahmestand“ wiederum zu Regel wird, beinhaltet dies die Ausübung souveräner Macht. Gleichzeitig, dem agonistischen Ansatz folgend, kann Souveränität niemals mit absoluter Machtausübung gleichgesetzt werden, sondern ist immer hegemonial umkämpft. Souveränität kann demnach als eine „Fiktion“ oder eine politische Forderung interpretiert werden, die besonders dann formuliert wird, wenn Macht in großer Ferne ist.

Die agonistische Demokratietheorie weist darauf hin, dass sich das „politische Paradox“ nicht nur auf politische Gründungs Momente reduzieren lässt, sondern dass es immer einen bestimmten Spielraum für die Legitimierung oder die Veränderung gesellschaftlicher Regeln gibt. Diese „Praktiken der Freiheit“ und *politics of enactment* werden besonders dann sichtbar, wenn ein Recht eingefordert wird, das eine gesamte „Ökonomie von Rechten“ herausfordert. Neue Rechte sollten demnach weniger auf ihre formale Adaption in ein bestehendes „Gerechtigkeitsregister“ hin überprüft werden. Vielmehr sollten bei der Analyse die „tatsächlichen Richtungen und Ausprägungen“, in Form alltäglicher aber dennoch politischer Praktiken in den Fokus genommen werden. Diese können jedoch widersprüchlich sein und sich unvorhersehbar entfalten.

### **3.2 Drei Dimensionen der Gerechtigkeit**

Sobald ein neues Recht in der politischen Landschaft erscheint, basiert es in der Regel auf einer Bewegung, die das Ziel hat, eine Form der Ungerechtigkeit zu überwinden. Das bedeutet, rechtbasierte Forderungen sind trotz der beschriebenen „Grundlosigkeit“ des Politischen keine Deklarationen, die einfach aus dem „Nichts“ heraus erklärt werden. Das Beispiel der Forderung nach Ernährungssouveränität zeigt sehr anschaulich, dass ungerechte Macht- und Unterdrückungsverhältnisse der wesentliche Antrieb einer solchen Bewegung sind (Kap. 2.3). Forderungen nach neuen Rechten sind demnach keine vopolitischen Ideen, sondern basieren wesentlich darauf, dass politisch gedacht und gehandelt wird und dass ein Ungerechtigkeitsempfinden politisch reflektiert wird.

In diesem Kapitel wurde Gerechtigkeit bislang als homogen und eindimensional behandelt, vergleichbar mit einem Gradienten von „wenig zu viel“ Gerechtigkeit (oder umgekehrt). Eine Gerechtigkeitsforderung kann jedoch ganz unterschiedliche Gewichtungen haben und unter einer vereinenden Forderung, einem *big tent* (vgl. PATEL 2009) wie Ernährungssouveränität, verschiedene Ausprägungen annehmen, die sich inhaltlich ergänzen aber auch widersprechen können. Um diese Komplexität und Heterogenität von Gerechtigkeitsforderungen darstellen zu können, soll im Folgenden vor allem der Gerechtigkeitstheorie Nancy Frasers Beachtung geschenkt werden.

### **3.2.1 Zur wechselseitigen Abhängigkeit von Anerkennung und Umverteilung**

In der politischen Theorie gibt es seit mehreren Jahren eine Diskussion über den inhaltlichen Kern von Gerechtigkeit. Im Wesentlichen geht es dabei um das Verhältnis zwischen den Dimensionen einer kulturellen Anerkennung von Identität und Differenz sowie einer ökonomischen Umverteilung materieller Ressourcen. Seit den 1980er Jahren entstanden – in Abgrenzung zum vorherrschenden Verständnis von Gerechtigkeit als egalitär-liberale Umverteilungsproblematik (vgl. v.a. RAWLS 1971) – diverse, durch den Kommunitarismus, den Feminismus, die Kritische Theorie und den Poststrukturalismus beeinflusste Theorien, die vor allem die Relevanz kultureller Wertemuster bei der Analyse von Ungerechtigkeitsverhältnissen hervorhoben (vgl. u.a. BUTLER 1990; HONNETH 1992; TAYLOR 1992; WALZER 1983; YOUNG 1990). Zwar sollte vermieden werden diese Ansätze aufgrund ihrer unterschiedlichen theoretischen Hintergründe und ihrer jeweiligen Schwerpunkte zu verallgemeinern, jedoch ist ihnen gemein, dass sie der Dimension der kulturellen Anerkennung besondere Beachtung schenken und sie als analytischen Ausgangspunkt verstehen, um auch ökonomische, d. h. materielle, Ungerechtigkeitsverhältnisse abbilden und untersuchen zu können.

In den letzten Jahren wurde diese Debatte insbesondere von Nancy Fraser und Axel Honneth weitergeführt (vgl. FRASER und HONNETH 2003), die mit ihren Ansätzen jedoch durchaus unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen: Honneth entwickelt in der Tradition der Moralphilosophie Hegels eine normative Gesellschaftstheorie der individuellen Selbstverwirklichung und spricht von einem „formalen Konzept des guten Lebens oder eben: von Sittlichkeit“ als „hypothetische[m] Endpunkt einer Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen“ (HONNETH 1992, S. 275). Fraser hingegen entwirft ein „Statusmodell der Anerkennung“, mit dem es möglich wird, mangelnde Anerkennung als gesellschaftliche und institutionalisierte Unterordnung zu verstehen, durch die eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert oder verunmöglicht wird (FRASER 2003a, S. 45). Erst die Beseitigung institutionalisierter Hindernisse, die z. B. in politökonomischen Strukturen oder normativen Leitbildern zu finden sind, könne dazu führen, Ungerechtigkeiten ökonomischer oder kultureller Art zu überwinden.

Honneth verteidigt nun in der Kontroverse mit Fraser weitgehend seine Theorie (vgl. HONNETH 2003a; HONNETH 2003b). Diese geht auf seine Hauptwerk von 1992 zurück und beinhaltet ein „Stufenmodell der Anerkennung“: Erstens nennt er die Form der „Liebe“ als Primärbeziehungen zwischen wenigen Personen, z. B. Intimbeziehungen, Freundschaften und familiäre Bindungen; zweitens die Form des „Rechtes“, bei der sich Rechtssubjekte innerhalb eines gemeinsam geteilten Rahmens rechtlicher Normen anerkennen oder auch nicht anerkennen; und drittens die Form der „Solidarität“ oder der sozialen Wertschätzung, als eine Form der Anerkennung oder Nichtanerkennung von menschlichen Eigenschaften (vgl. HONNETH 1992, S. 148ff.). Nur der zusammengenommene Erwerb dieser drei Formen könne dazu führen, dass „eine Person sich uneingeschränkt als

ein sowohl autonomes wie auch individuiertes Wesen zu begreifen [vermag]“ (ebd., S. 271). Die Dimension der materiellen Umverteilung wird bei Honneth dagegen nicht weiter ausdifferenziert und der Dimension der Anerkennung untergeordnet. Verteilungskämpfe sind diesem Verständnis nach also ebenfalls als eine Form von Anerkennungskämpfen zu verstehen (vgl. HONNETH 2003a, S. 177 ff.).

Diesem „normativen Monismus“ steht der „perspektivische Dualismus“ von Nancy Fraser gegenüber (vgl. FRASER und HONNETH 2003, S. 9). Fraser kritisiert im Wesentlichen – und dies ist auch ihre zentrale These – dass „heutzutage Gerechtigkeit *sowohl* nach Umverteilung *als auch* nach Anerkennung verlangt“ (FRASER 2003a, S. 17). Sie weist jedoch bereits in früheren Arbeiten (vgl. FRASER 1995a, S. 70 f.) darauf hin, dass diese Dimensionen als rein analytische Kategorien zu behandeln seien, da in der Realität immer ein komplexes Zusammenwirken beider Ungerechtigkeitsdimensionen vorherrsche. Analytisch gesehen unterlägen beide jedoch jeweils unterschiedlichen Logiken: Die Forderung nach Umverteilung sei in politökonomischen Strukturen verwurzelt und erwachse z. B. aus Ausbeutungsverhältnissen, ökonomischer Marginalisierung und materieller Entbehrung (Deprivation), wie es bereits von unterschiedlichen Theoretikern des Egalitarismus von MARX (2008 [1867]) bis hin zu RAWLS (1971) analysiert wurde. Die Forderung nach Anerkennung sei hingegen als kulturelle oder symbolische Gerechtigkeitsdimension zu verstehen. Sie spiegele sich in Wertvorstellung und anderen Normierung wider und erwachse z. B. aus Situationen der Missachtung, der Ausgrenzung oder der Respektlosigkeit.

Damit wendet sich Fraser nicht nur gegen die Sichtweise einer „Politik der Differenz“, die materielle Ungerechtigkeitsverhältnisse ausschließlich einer nicht oder ungenügend gewährten Anerkennung unterordnet, sondern auch gegen eine Perspektive, die Gerechtigkeitskämpfe je nach Ausprägung entweder als rein identitätspolitische Anerkennungskämpfe oder als rein ökonomische Umverteilungskämpfe kategorisiert. Sie warnt zum einen also davor, diese beiden als unabhängig voneinander zu betrachten, da sonst bei Gerechtigkeitsforderungen unterschiedlicher Art eine der beiden Dimensionen unberücksichtigt bliebe. Andererseits weist sie auch darauf hin, dass die Dimension der Umverteilung analytisch nicht mit einer Anerkennungstheorie gefasst werden könne, da diese die ursächlichen politökonomischen Strukturen nicht angemessen berücksichtige (vgl. FRASER 2003b, S. 242 ff.).

Zur Untermauerung ihrer Argumentation nennt sie antirassistische und feministische Forderungen. Auf den ersten Blick würden diese zwar identitätspolitisch gedeutet werden, jedoch enthielten sie immer auch eine ökonomische Dimension, zumeist in Form ungleicher Klassenverhältnisse. Die Kategorien *race* und Gender seien demnach Beispiele für bivalente Ausdrücke von einem sowohl politökonomischen Klassenunterschied als auch einer kulturell-wertenden Hierarchie von Statusgruppen und enthielten immer interdependente Umverteilungs- als auch Anerkennungsdimensionen (vgl. FRASER 1995a, S.

78 ff.). Analog dazu verhalte es sich mit rein ökonomisch erscheinenden Umverteilungsforderungen, da jegliche materielle Verhältnisse immer auch Ausdruck wertender Normierungen und Symbole seien und damit ebenfalls unter Anerkennungstheoretischen Gesichtspunkten verstanden werden müssten (ebd. S. 72). Ähnlich wie auch TULLY (2000, S. 469) argumentiert, müssen Anerkennung und Umverteilung in Hinblick auf soziale Bewegungen demnach immer zusammen gedacht werden, da sie sich gegenseitig bedingen. Fraser formuliert dies wie folgt:

„Anstatt Umverteilung und Anerkennung jeweils mit klassenbezogener Politik und Identitätspolitik auf eine Linie zu bringen, werde ich jede populäre Auffassung dahingehend verstehen, daß beide einen *eigenständigen Aspekt sozialer Gerechtigkeit* zur Sprache bringen und somit prinzipiell für *jede* soziale Bewegung in Anschlag zu bringen sind“ (FRASER 2003a, S. 21 f.).

Für diese Sichtweise wurde sie nicht nur von Axel Honneth kritisiert. Auch andere Denker der Gerechtigkeitsdebatte, insbesondere Iris Marion YOUNG (1997), beklagen bei Frasers Theorie, dass ein zweidimensionaler Blick der Komplexität von Gerechtigkeitsforderungen nicht gerecht werde, da er zu einer Vereinfachung und Reduzierung von Ungerechtigkeits- und Unterdrückungsverhältnissen auf entweder einen ökonomischen Determinismus oder diskursive Symbole und Normen führe.

Trotz dieser Kritik soll im Weiteren an Frasers Theorie festgehalten werden, da sie, wie im nächsten Unterkapitel gezeigt wird, nicht nur der Interdependenz von Anerkennungs- und Umverteilungsdimensionen, sondern auch der Widersprüchlichkeit von zunächst konsistent erscheinenden Gerechtigkeitsforderungen gerecht wird.

### **3.2.2 Das „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“**

Wie ersichtlich wurde, weist Fraser in aller Deutlichkeit darauf hin, dass es sich bei Anerkennung und Umverteilung um rein analytische Kategorien handle, die jedoch bei der empirischen Forschung immer zusammengedacht werden müssten. Diese Perspektive sei nicht nur dazu in der Lage, die gegenseitige Abhängigkeit beider Dimensionen zu fassen, sondern auch eine generelle Widersprüchlichkeit zwischen Anerkennung und Umverteilung abzubilden, die FRASER (1995a, S. 74) als das „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Spannung zwischen dem Egalitarismus einer Politik der ökonomischen Umverteilung und dem Multikulturalismus einer Politik der Anerkennung, auf die ähnlich auch Charles TAYLOR (1992, S. 37 ff.) hinweist: Während eine „Politik der universellen Würde“ die Gleichheit der Menschen hervorhebe und Unterschiede negiere, betone eine „Politik der Differenz“ gerade die Unterschiedlichkeit bzw. Besonderheit der menschlichen Identität als eine Grundlage für Anerkennungsforderungen.

Sobald nun hybride oder bivalente Formen von Ungerechtigkeit z. B. in Hinblick auf die Kategorien Gender und *race* analysiert werden (vgl. FRASER 1995a, S. 78 ff.; Kap. 3.2.1), offenbaren sich auch die möglichen Widersprüchlichkeiten zwischen den beiden Gerechtigkeitsdimensionen: So basiert eine Anerkennungspolitik von Gender auf einer Herausstellung und Aufwertung der Besonderheiten, z. B. als Frau, und eine Umverteilungspolitik auf einer Abschaffung bzw. einer Überwindung dieser Spezifität. Das gleiche Dilemma ergibt sich bei rassistischer Ungerechtigkeit: Einerseits wohnt der Kategorie *race* eine politökonomische Dimension inne, die sich als Ungerechtigkeit in einem Klassenunterschied mit rassistischer Ausprägung ausdrückt. Diese zu überwinden ist jedoch nur möglich, wenn *race* nicht als Besonderheit herausgestellt wird und es eine Gleichbehandlung zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gibt. Andererseits jedoch hat *race* auch eine kulturell-wertende Dimension, die, sobald sie als Ungerechtigkeitsform auftritt, durch eine positiv wertende Hervorhebung der Besonderheit, in der Regel der Hautfarbe, gelindert werden kann.

Um dieses „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“ analytisch zu lösen, führt Fraser zwei verschiedene Formen der Überwindung von Ungerechtigkeit bzw. Abstufungen von Anerkennungs- und Umverteilungsforderungen ein, die sie als affirmative und transformative Gegenmaßnahmen (*remedies*) bezeichnet (ebd., S. 82 ff.): Affirmative Maßnahmen versuchen Ungerechtigkeiten zu lindern, ohne dabei jedoch die grundlegenden Strukturen zu verändern. Als Beispiele nennt Fraser politische Strategien, die im Rahmen eines liberalen Wohlfahrtsstaates oder einer Politik der sozialen Marktwirtschaft verfolgt werden, die also die oberflächliche Umverteilung von Einkommen, Gütern und Dienstleistungen zum Ziel haben. Die Klassenunterschiede selber werden dabei nicht verändert, sondern stärker hervorgehoben, damit benachteiligte Gruppen vermehrt am Gemeinwohl teilhaben können. Passend dazu ist eine affirmative Anerkennung gleichzusetzen mit einer Politik des Multikulturalismus. Diese erkennt Differenz zwar positiv wertend an und drückt sie durch Respekt und Toleranz, z. B. gegenüber homosexuellen Lebensentwürfen aus, die grundlegenden Strukturen werden dabei jedoch nicht verändert.

Transformative Maßnahmen der Umverteilung haben dagegen das Ziel, Klassenunterschiede als solche aufzuheben und damit Differenz zu überwinden, so wie es z. B. in sozialistischen Projekten der Fall ist. Auch transformative Maßnahmen der Anerkennung versuchen die grundlegenden Strukturen zu verändern und die Ursachen für jeweilige Ungerechtigkeiten zu beseitigen, wie z. B. im Rahmen der *queer-theory politics*, die homosexuelle Identität nicht hervorheben, sondern das Ziel haben, die Dichotomie zwischen den Kategorien heterosexuell und homosexuell aufzuheben. Fixierte Gruppenidentitäten werden dabei dekonstruiert, um sie nicht als Besonderheit hervorzuheben, sondern um sie zu destabilisieren und möglicherweise neu zu kategorisieren.

Affirmative Anerkennungs- und Umverteilungsmaßnahmen bergen jedoch ein generelles Problem: Wenn politische Maßnahmen unternommen werden, benachteiligten Gruppen Toleranz und materielle Zugeständnisse zu gewähren, kann sich der Effekt ins Gegenteil verkehren. Durch die affirmative Anerkennung des „Anders-“ und damit auch „Benachteiligt-Seins“, kann eine neue oder stärkere Stigmatisierung einzelner Gruppen und damit Ausgrenzung und Intoleranz erzeugt werden. Dieses Phänomen ist momentan (2016) z. B. in Form der PEGIDA-Bewegung in Deutschland zu beobachten, die sich gegen eine vermeintlich zu tolerante gesellschaftliche Haltung gegenüber dem Islam zu wehren versucht. Und auch in anderen liberalen und multikulturalistischen Wohlfahrtsstaaten Europas offenbart sich dieser Effekt in Form der relativen politischen Stärke von Parteien des rechten Spektrums – die sogenannten Neuen Rechten (vgl. BATHKE und HOFFSTADT 2013) – deren Inhalte wesentlich auf der Abgrenzung und Ablehnung von anderen Identitäten und Kollektiven beruhen. Bei transformativen Maßnahmen hingegen besteht diese Gefahr nicht, da sie Gruppendifferenzierungen von vornherein beseitigen wollen.

Die Kompatibilität von affirmativen Anerkennungs- und Umverteilungsmaßnahmen zeige sich nach FRASER (1995a, S. 86 ff.) vor allem in der Allianz von Multikulturalismus und Neoliberalismus (vgl. KYMLICKA 2013), die gegenwärtig z. B. in Zentraleuropa zu beobachten ist. Auch in Lateinamerika, v. a. Honduras, Bolivien und Guatemala, wurden Phänomene des neoliberalen Multikulturalismus in Form des *indio permitido* („erlaubten Indianers“ vgl. HALE 2005; HALE 2006; MCNEISCH 2008) in den frühen 2000er Jahren beschrieben. Dabei handelt es sich um eine Politik, bei der neoliberal orientierte Regierungen auf die Anerkennungsforderungen von indigenen Völkern eingingen, was in Einzelfällen auch zu materiellen Umverteilungen in Form von Landrechtsreformen und Neuausweisungen indigener Territorien führte (s.u.). Die Kategorie *indígena* wurde durch diese Form der affirmativen Anerkennung jedoch nicht im egalitären Sinne dekonstruiert und die allgemeine Kategorisierung hinterfragt bzw. neu geordnet, sondern affirmativ gestärkt und mit neoliberaler Politik verbunden. Damit einher geht dementsprechend auch die Hervorhebung der Dichotomie *mestizo* und *indígena* und damit die Reproduktion derjenigen Strukturen, die ursächlich die Ungerechtigkeit gegenüber indigenen Völkern hervorgebracht haben.

Die Widersprüchlichkeit des „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemmas“ zeige sich nach FRASER (1995a, S. 86 ff.) hingegen darin, dass affirmative Maßnahmen nicht konsistent mit transformativen Maßnahmen zusammenpassen. Eine affirmative Umverteilungsforderung könne z. B. nicht mit einer transformativen Anerkennungsforderung kombiniert werden, da die Betonung von ökonomischer Differenz, ausgedrückt durch Klassenunterschiede, dazu führe, dass bestimmte Gruppen in ihrer Besonderheit stärker hervorgehoben werden. Dies sei nur schwerlich mit einer gleichzeitigen Dekonstruktion und Neuordnung von Identitäten zu vereinbaren, wie es im Falle einer transformativen Anerkennungspolitik zu beobachten sei. Gleichmaßen könne eine affirmative Gewährung von Anerkennung

in einer liberalen und multikulturellen Gesellschaft, die Gruppenunterschieden positiv wertend gegenübersteht, kaum mit einer transformativen und egalitären Umverteilung vereinbar sein werden, die das Ziel hat, Gruppen- bzw. Klassendifferenzen zu überwinden, wie z. B. im Rahmen eines sozialistischen Projektes.

In der folgenden Abbildung 2 lässt sich dieses Schema nachvollziehen. Die unterschiedlich markierten Linien deuten jeweils die Kompatibilität zwischen einerseits affirmativen Maßnahmen und andererseits transformativen Maßnahmen der Umverteilung und Anerkennung an. Unterschiedlich markierte Linien, also entweder affirmative Umverteilung zusammen mit transformativer Anerkennung (liberaler Wohlfahrtsstaat und Dekonstruktion) oder transformative Umverteilung zusammen mit affirmativer Anerkennung (Sozialismus und Multikulturalismus) sind hingegen nicht widerspruchsfrei miteinander vereinbar. Gleichmaßen sind auch affirmative und transformative Maßnahmen der Umverteilung sowie affirmative und transformative Maßnahmen der Anerkennung nur schwer realisierbar, da sie Gegenteiliges bewirken wollen. In anderen Worten ausgedrückt: Bei affirmativen Maßnahmen wird Gruppendifferenzierung gefördert bzw. hervorgehoben und gestärkt. Bei transformativen Maßnahmen hingegen wird Gruppendifferenzierung verschleiert oder beseitigt, was, theoretisch betrachtet, nicht kompatibel ist.

Aus diesem Dilemma ergibt sich nach FRASER (ebd., S. 92f.), dass nur die Variante der transformativen Maßnahmen dazu dienen könne, Ungerechtigkeiten erfolgreich zu bekämpfen. Affirmative Maßnahmen könnten Ungerechtigkeiten zwar kurzfristig lindern, langfristig jedoch führten sie eher zu einer Reproduktion von Gruppendifferenzen und damit auch zu einer Reproduktion der strukturellen politökonomischen und/oder kulturellen Ursachen. Transformative Maßnahmen der Anerkennung und Umverteilung hinge-

	Affirmativ	Transformativ
Umverteilung	<i>Der liberale Wohlfahrtsstaat</i> Oberflächliche Umverteilung existierender Güter an bestehende Gruppen; fördert Gruppendifferenzierung; kann Nichtanerkennung hervorrufen.	<i>Sozialismus</i> Tiefgreifende Restrukturierung der Produktionsverhältnisse; verschleiert Gruppendifferenzierung; kann dabei helfen, Formen der Nichtanerkennung zu überwinden.
Anerkennung	<i>Mainstream Multikulturalismus</i> Oberflächliche Zuteilung von Respekt an bestehende Identitäten von existierenden Gruppen; fördert Gruppendifferenzierung.	<i>Dekonstruktion</i> Tiefgreifende Restrukturierung der Anerkennungsverhältnisse; verschleiert Gruppendifferenzierung.

Abb. 2: Affirmative und transformative Formen der Anerkennung und Umverteilung  
 Quelle: FRASER (1995a, S. 87), übersetzt und verändert

gen seien in der Lage, bivalente Formen der Ungerechtigkeit z. B. innerhalb der Kategorien *race* und *gender* langfristig zu beseitigen. Eine gleichzeitige Formulierung von affirmativen und transformativen Maßnahmen sei dagegen widersprüchlich und potenziell konfliktbehaftet.

### **Das bolivianische „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“**

Der bolivianische Kontext eignet sich in hohem Maße dazu, dieses „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“ zu illustrieren: Die gegenwärtigen politischen Bemühungen, einen gesellschaftlichen *cambio* (Veränderung, Wandel) hinsichtlich der Verteilung von Gütern und der Landbesitzverhältnisse zu erreichen, kann – Frasers Theorie folgend – als eine sozialistische und transformative Umverteilungspolitik begriffen werden. Diese steht vor allem in Zusammenhang mit der in der Verfassung verankerten und angekündigten Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen und entspricht weitgehend dem Phänomen des lateinamerikanischen Postneoliberalismus (vgl. YATES und BAKKER 2014; Kap. 4.2.1).

Inwiefern diese politische Strategie nun tatsächlich einen gesellschaftlichen Wandel bewirkt, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden (vgl. dazu Kap. 5.1.6). Jedoch zeigt sich, wie diese Umverteilungspolitik mit der affirmativen Identitätspolitik der indigenen Völker aus der neoliberalen Ära der 1990er und der frühen 2000er Jahre kollidiert. Neben einer Reihe anderer Beispiele offenbarte vor allem der im Jahr 2012 geplante Straßenbau durch den TIPNIS-Nationalpark, der zugleich indigenes Territorium (TCO) darstellt, diesen Widerspruch zwischen transformativen Forderungen nach Umverteilung auf der einen und affirmativen Anerkennungsforderungen auf der anderen Seite: Die bolivianische Regierung versprach sich mit diesem Projekt einen verbesserten Warenaustausch mit Brasilien, insbesondere von Agrarerzeugnissen, der einer Vielzahl von Kleinproduzierenden zugutegekommen wäre. Außerdem erhofften sich die zivilgesellschaftlichen Befürworterinnen und Befürworter des Projektes, zu denen auch indigene Gruppen gehörten, eine regionale Integration, Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln und insgesamt eine verbesserte ökonomische Teilhabe. Jedoch hätte dies die Entwaldung eines Teils des indigenen Territoriums beinhaltet (vgl. BUTTKEREIT 2012). Offensichtlich kollidierten dabei unterschiedliche Gerechtigkeitsforderungen und damit verbundene Souveränitätsansprüche: die aus einer Anerkennungsforderung hervorgegangene Selbstbestimmung indigener Völker gegen den staatlichen Souveränitätsanspruch in Form eines eher produktivistischen Denkens und einer transformativen und staatlich geleiteten Umverteilungspolitik.

Doch nicht nur zwischen dem Staat auf der einen und indigenen Völkern auf der anderen Seite zeigen sich Widersprüche zwischen Anerkennung und Umverteilung. Immer wieder treten Landkonflikte zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern indigener Territorien und deren Anrainern auf (vgl. VON STOSCH 2014). Bei Letzteren handelt es sich um Grup-

pen von sogenannten *interculturales*, d. h. Kleinproduzierenden, denen deutlich weniger Landflächen zur Verfügung stehen als den indigenen Gruppen und die im Rahmen eines staatlich gelenkten Agrarkolonisationsprogrammes aus den westlichen Landesteilen in das östliche Tiefland migrierten (vgl. WINTER 2006; FAUST 2007; Kap. 4.2.3). Diese Auseinandersetzungen offenbaren, dass die durchaus erfolgreiche Anerkennungsforderung der indigenen Völker und die damit verbundene Ausweisung ihrer Territorien seit den 1990er Jahren in einem widersprüchlichen Verhältnis zu der Umverteilungsforderung nach verbessertem Landzugang der *interculturales* steht. Diese werden als nicht indigen anerkannt und identifizieren sich dementsprechend auch nicht mit dem Anerkennungsdiskurs der indigenen Völker. Im Gegensatz zu den indigenen Völkern der östlichen Landesteile fühlen sie sich eher durch die transformative Umverteilungspolitik der Regierung repräsentiert und haben sich dem Projekt des *cambio* verschrieben.

### 3.2.3 Von politischer Zugehörigkeit zu einer dreidimensionalen Gerechtigkeitstheorie

In ihren älteren Ausführungen (vgl. FRASER 1995a; FRASER 1995b) weist Fraser darauf hin, dass sich die analytischen Kategorien der Anerkennung und der Umverteilung sogar auf Ungerechtigkeitsverhältnisse übertragen ließen, die „primär politische Angelegenheiten“ seien, also v. a. Fragen hinsichtlich der politischen Partizipation: „‘Primary political concerns‘ could thus be treated as matters either of economic justice or cultural justice, depending on the context and perspective in play“ (FRASER 1995a, S. 72). Diese Sichtweise kritisiert erneut vor allem YOUNG (1997, S. 151) und wirft Fraser einen analytischen Reduktionismus vor, da sie diese rein politische Dimension der Dichotomie von Anerkennung und Umverteilung unterordne und dadurch Fragen nach politischer Teilhabe nicht angemessen berücksichtige. Dieser Argumente nimmt Fraser sich jedoch in späteren Arbeiten an, in denen sie ihre Gerechtigkeitstheorie weiter ausarbeitet. In ihrem Artikel „Reframing Justice in a Globalizing World“ (vgl. FRASER 2005) und wenig später erschienenem umfassenderen Werk „Scales of Justice“ (vgl. FRASER 2008) beschäftigt sie sich intensiv mit Fragen der politischen Zugehörigkeit unter dem Einfluss der fortschreitenden Globalisierung. Dabei führt sie an, dass weder Anerkennung noch Umverteilung ihre Bedeutung verloren hätten. In Zeiten globalisierter Warenströme und grenzüberschreitender Arbeitsmigration sowie dem Wegfall des bipolaren Systems müsse jedoch über den Bezugsrahmen von Gerechtigkeit, das *framing*, neu nachgedacht werden, was eine neue analytische Kategorie für die Analyse von Ungerechtigkeitsverhältnissen erfordere.

Ihrer Argumentation zufolge galt der Nationalstaat lange Zeit als unhinterfragter Adressat von Gerechtigkeitsforderungen und gleichzeitig als einziger institutioneller Garant, Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dies trifft besonders für die jüngere Vergangenheit der Nachkriegsära bis zum Ende der 1970er Jahre zu. Basierend auf der egalitären Prämisse, dass den Bürgerinnen und Bürgern eines Staates gleiche Rechte und gleicher moralischer

Wert in Form von universeller Würde zukommen müsste, wurden Gerechtigkeitsfragen in Form von Anerkennungs- und Umverteilungsforderungen im Rahmen eines keynesianisch geprägten Staates, dem *Keynesian-Westphalian frame*, ausgehandelt. Damit war auch jede Diskussion hinsichtlich der Subjekte von Gerechtigkeit hinfällig, da ausschließlich Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Gerechtigkeitsfragen in Form von politischen Institutionen aushandelten.

Diese Aufgabe und Funktion des Staates, Gerechtigkeit zu gewährleisten, sei nach wie vor gültig. FRASER (2005) weist jedoch darauf hin, dass der Staat nicht mehr als einziger und unangefochtener Bezugsrahmen von Gerechtigkeit gelten könne. Der *Keynesian-Westphalian frame* werde zwar nicht vollständig abgelöst, aber von anderen Ebenen durchdrungen. Dementsprechend, so Fraser, müsse auch das Konzept des Staatsbürgers bzw. der Staatsbürgerin als alleiniges Subjekt von Gerechtigkeit hinterfragt werden:

„[D]isputes about justice are exploding the Keynesian-Westphalian frame. No longer addressed exclusively to national states or debated exclusively by national publics, claimants no longer focus solely on relations among fellow citizens. Thus, the grammar of argument has altered. Whether the issue is distribution or recognition, disputes that used to focus exclusively on the question of ‘what’ is owed as a matter of justice to community members now turn quickly into disputes about ‘who’ should count as a member and ‘which’ is the relevant community. Not just ‘the what’ but also ‘the who’ is up for grabs.“ (FRASER 2005, S. 4)

Die inhaltliche Dimension von Gerechtigkeit, die Frage nach dem „was“ sei also nach wie vor wichtig, jedoch werde sie von der Frage nach dem „wer“, also der Frage, welche Subjekte Teil einer politischen Gemeinschaft sind und welche nicht, begleitet. Es handelt sich demnach um eine rein politische Dimension von Gerechtigkeit, die FRASER (2005, S. 5) *representation* nennt. Ihr Anliegen ist damit nicht, den Gerechtigkeitsdimensionen der Anerkennung und der Umverteilung ihren politischen und machtbeladenen Charakter abzusprechen. Vielmehr spricht sie von einer analytisch separaten Dimension der „konstitutiven Zugehörigkeit“. Diese sei weder auf kulturelle Ungerechtigkeit in Form einer Nichtanerkennung (*misrecognition*) noch einer ökonomischen Ungerechtigkeit in Form einer ungleichen Verteilung von Ressourcen (*maldistribution*) reduzierbar und könne dementsprechend auch eigene Formen der Ungerechtigkeit (*misrepresentation*) hervorbringen.

Die Ursachen für Formen der *misrepresentation* unterteilt FRASER (2008, S. 18 ff.) in zwei Kategorien: Die erstere Form, *ordinary-political misrepresentation*, trete dann ein, wenn institutionelle Hindernisse die politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern verhindern bzw. sie einschränken und spiele sich vornehmlich innerhalb eines geschlossenen

politischen Systems ab. Als Beispiele lassen sich sämtliche politische Partizipationsmechanismen wie z. B. Wahlsysteme anführen. Die zweite Form der politischen Ungerechtigkeit, das *misframing*, repräsentiere dagegen Formen der politischen Exklusion, die durch Prozesse der Globalisierung verstärkt und neu hervorgebracht werden: Es handelt sich somit um eine Form einer „Meta-Ungerechtigkeit“, die sich z. B. bei Staatenlosen oder Flüchtlingen ergibt, denen jedwede politische Teilhabe entzogen wird und für die es keine Möglichkeit gibt, Rechte einzuklagen. Genau wie die Arendt'sche Konzeption des „Rechtes auf Rechte“ (Kap. 3.1.2) ist diese Form der politischen Teilhabe als Voraussetzung zu verstehen, überhaupt Gerechtigkeit in Form von Umverteilung und Anerkennung einzuklagen zu können (ebd., S. 19). Aus dieser Perspektive wird auch deutlich, wie der *Keynesian-Westphalian frame* zu einem Instrument der Ungerechtigkeit werden kann, indem er nämlich bestimmten Subjekten Rechtssicherheit gewährt und anderen nicht (vgl. zu einer ähnliche Debatte BENHABIB 2004).

FRASER (2005, S. 16) ergänzt die Fragen, was Gerechtigkeit beinhaltet und wer als Subjekt von Gerechtigkeit gilt, noch um eine dritte Frage: Nämlich wie politische Ungerechtigkeit in Form des *misframing* zu bekämpfen sei. Auch hier greift sie wieder auf die Begriffe der affirmativen und transformativen Maßnahmen zurück: Eine affirmative Politik des *framing* akzeptiere im Wesentlichen die staatlich-territorialen Grenzen und versuche Gerechtigkeit innerhalb dieser herzustellen. Damit basieren affirmative Maßnahmen auf eine Wiederherstellung und Stärkung des Staates. Hingegen stütze sich eine transformative Politik des *framing* nicht mehr auf den Staat als Garant und Adressat von Gerechtigkeit. Sie versucht die tiefliegenden Strukturen des globalen *framing* zu verändern. Mit einem „post-Westfälischen“ Denkansatz verweist Fraser darauf (s.u.), dass nicht geographische Nähe oder historische Verstrickungen entscheidend für eine politische Wertegemeinschaft seien, sondern die gemeinsame Betroffenheit durch grenzüberschreitende Strukturen und Institutionen wie z. B. internationale Finanzmärkte. Dieses sogenannte *all-affected principle* (vgl. u. a. BARNETT 2012) beinhaltet, dass diejenigen, die grenzüberschreitende Ungerechtigkeit erfahren, auch das Recht und die Möglichkeit haben sollten, dagegen anzukämpfen:

„What might a post-Westphalian mode of frame-setting look like? Doubtless it is too early to have a clear view. Nevertheless, the most promising candidate so far is the ‘all-affected principle’. This principle holds that all those affected by a given social structure or institution have moral standing as subjects of justice in relation to it. On this view, what turns a collection of people into fellow subjects of justice is not geographical proximity, but their co-imbrication in a common structural or institutional framework, which sets the ground rules that govern their social interaction, thereby shaping their respective life possibilities, in patterns of advantage and disadvantage.“ (FRASER 2005, S. 13)

Damit basiert dieses Prinzip ganz offensichtlich auf dem Widerspruch, dass Ungerechtigkeiten verstärkt global produziert, jedoch fast ausschließlich innerhalb staatlich-territorialer Grenzen verhandelt werden. Genau diese größer werdende Kluft zwischen grenzüberschreitenden Globalisierungseffekten und den eingeschränkten Einflussmöglichkeiten des Staates ist auch der Grund dafür, weshalb sich seit dem Ende des 20. Jahrhunderts diverse soziale Bewegungen wie z. B. Umweltbewegungen, indigene Bewegungen oder Kleinproduzierendenbewegungen (vgl. PEET und WATTS 1996) unter dem Banner eines alternativen Globalisierungsdiskurses („eine andere Welt ist möglich“) vereinen. Durch den gemeinsamen Appell, den globalen Neoliberalismus zu überwinden, diskutieren und formulieren sie ihre Gerechtigkeitsforderungen nach Anerkennung, Umverteilung und politischer Teilhabe auf der globalen Ebene z. B. innerhalb der „post-Westfälischen“ Institution des Weltsozialforums (vgl. SCHRÖDER 2015).

Dadurch wird nicht nur die Frage nach dem „wie“ neu diskutiert, sondern gleichzeitig auch die Frage nach dem „wer“, da diese „metapolitische Demokratisierung“, die FRASER (2005, S. 17) als unabdingbar für den Erfolg von Gerechtigkeitskämpfen in einer globalisierten Welt erachtet, unabhängig von der staatlichen Ebene existiert und damit auch nicht mehr dem Konzept des Staatsbürgers unterliegt. Das bedeutet, dass gegenwärtige Gerechtigkeitskämpfe in hohem Maße aus der Ungerechtigkeitsituation eines *misframing* heraus entstehen und angetrieben werden. Geht man jedoch zu der Frage über, welche weiteren Inhalte dabei eingefordert werden, befindet man sich schnell wieder innerhalb des beschriebenen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von kultureller Anerkennung, ökonomischer Umverteilung und nun auch politischer Repräsentanz. Diese drei Dimensionen der Gerechtigkeit sind nach Fraser analytisch zwar trennbar, in einer globalisierten Welt jedoch eng miteinander verwoben:

„[S]truggles for justice in a globalizing world cannot succeed unless they go hand in hand with struggles for meta-political democracy. At this level, too, then, no redistribution or recognition without representation.“ (FRASER 2005, S. 17)

Warum ist nun die Auseinandersetzung mit den Inhalten, dem Bezugsrahmen und der Art und Weise, wie Gerechtigkeit eingeklagt wird, bei der Untersuchung rechtebasierter Forderung wie Ernährungssouveränität relevant?

Bei einem Blick auf den derzeitigen Stand der Forschung (Kap. 2) wird ersichtlich, dass die Forderung nach Ernährungssouveränität genau diese drei beschriebenen Gerechtigkeitsdimensionen beinhaltet: Erstens wird ein „Recht auf Rechte“ eingefordert, nämlich das Recht, eine selbstbestimmte Ernährung gestalten zu können (Kap. 2.2 und 3.1.2). Diese Forderung erwächst aus einer Form der Ungerechtigkeit, die Fraser *misframing* nennt. Deutlich wird dies u. a. dadurch, dass nicht der Staat der erste Adressat der For-

derung ist, sondern gemäß dem *all-affected principle* die globale Ebene. La Via Campesina versteht sich demnach als eine globale Repräsentanz von all jenen, die sich als Subjekte von Ernährungssouveränität einer durch grenzüberschreitende Ungerechtigkeit entstandenen Wertegemeinschaft angehörig fühlen und die ein *agrarian citizenship*, also ein „bäuerliches Bürgerrecht“ einfordern (vgl. BORRAS und FRANCO 2009; WITTMAN 2009). Zweitens handelt es sich beim Recht auf Ernährungssouveränität um eine Forderung, die – so lässt sich vor allem die Argumentation VAN DER PLOEGS (2008) interpretieren – wesentlich darauf basiert, dass ein bäuerliches Leben und eine bäuerliche Identität gesellschaftlich anerkannt werden und dass sich dieser Kampf in Form vielfältiger Widerstandspraktiken abspielt (Kap. 2.5). Drittens weist insbesondere MCMICHAEL (2009b) darauf hin, dass der Ausgangspunkt für die Bewegung für Ernährungssouveränität in ungerechten Klassenverhältnissen zu finden sei und dass es sich im Wesentlichen um eine Reformulierung der klassischen „Agrarfrage“ und damit um eine ökonomische Umverteilungsfrage handele (Kap. 2.5).

### **3.2.4 Gerechtigkeitsforderungen als agonistische Kämpfe um Souveränität**

Wie ist es nun möglich, diese normative Gerechtigkeitstheorie, deren Ziel es ist, „partizipatorische Gleichberechtigung“ herzustellen (vgl. FRASER 2003a, S. 47), mit der Idee der Souveränität zu verbinden? Der wichtigste Theoretiker für diese Brücke ist abermals James Tully, der mit seinem Werk „Strange Multiplicity“ (vgl. TULLY 1995) und dem darauf aufbauenden Artikel „Struggles over Recognition and Distribution“ (vgl. TULLY 2000) wertvolle Einsichten liefert: Zunächst behandelt er ähnlich wie Fraser Kämpfe um Anerkennung oder Umverteilung nicht als getrennte Forderungen, sondern sieht sie als zwei Aspekte von politischen Kämpfen, die sich gegenseitig bedingen und auf komplexe Weise interagieren. Damit einher geht auch die Verteilung von politischer Macht in Form von Mitsprachemöglichkeit (ebd., S. 469 ff.). Konzeptionell ergibt sich also eine Parallele zu Frasers dreidimensionaler Perspektive auf Gerechtigkeit. In großen Teilen seiner Arbeit bleibt Tully jedoch bei dem Begriff der Anerkennung, da sein Ziel weniger die Analyse der Verflechtung von Anerkennungs- und Umverteilungsforderung ist und er auch nicht beabsichtigt, eine normative Gerechtigkeitstheorie zu entwerfen. Vielmehr entwirft Tully einen demokratietheoretischen Analyserahmen und interpretiert Anerkennungskämpfe als Kämpfe um die Freiheit, bestehende Normen der Anerkennung herauszufordern und in Frage zu stellen:

„One should not look for the just and definitive theory of recognition on which all citizens could reach agreement once and for all. As I will argue, in an open democracy this is as unlikely as consensus on a theory of distribution. Rather the aim should be an account of democracy in which the freedom to question and challenge, as well as to reply to and defend, the prevailing norms of recognition is taken as one enduring aspect of democracy among many.“ (TULLY 2000, S. 472)

Damit handelt es sich in der Perspektive Tullys bei Anerkennungskämpfen um politische „Praktiken der Freiheit“ (Kap. 3.1.5). Diese zeichnen sich dadurch aus, dass es sich zum einen um ein Verlangen nach Selbstermächtigung handelt: „What they share is a longing for self rule: to rule themselves in accord with their customs and ways“ (TULLY 1995, S. 4). Zum anderen richten sich Anerkennungsforderungen immer gegen ungerechte Strukturen, die sie nicht nur hinterfragen, sondern auch verändern wollen. Weiterhin sind Anerkennungskämpfe keine bilateralen Auseinandersetzungen zwischen zwei Akteuren oder Kollektiven. Sie müssen immer als Bestandteile eines komplexen und multilateralen Netzes verstanden werden (vgl. TULLY 2000, S. 474).

Wenn sich nun gleichberechtigte und sich gegenseitig anerkennende Kollektive oder Subjekte in einem politischen System gegenüberstehen und das Recht haben, „die Regeln der intersubjektiven Anerkennung“ (TULLY 1999, S. 172) mitzugestalten, dann ergibt sich für sie auch die Möglichkeit, eine Forderung nach Selbstermächtigung bzw. Souveränität zu erheben. Das bedeutet, dass die gegenseitige Anerkennung (als politisches Subjekt) die Grundvoraussetzung darstellt, Souveränität einzuklagen zu können. Dieser Zusammenhang offenbart sich nicht nur zwischen politischen Subjekten oder Kollektiven, sondern auch in internationalen Beziehungen, in denen die „Westfälische Souveränität“ eines Staates von der Anerkennung anderer souveräner Staaten sowie von der Anerkennung der eigenen Bevölkerung abhängt (vgl. KRASNER 2001). Mit anderen Worten ausgedrückt, können Kämpfe um Anerkennung als Gerechtigkeitskämpfe um Souveränität verstanden werden. Souveränitätsansprüche und Gerechtigkeitskämpfe bedingen sich somit gegenseitig und sind untrennbar in Form von „Praktiken der Freiheit“ miteinander verwoben.

Wie kann nun analytisch mit diesem Zusammenhang umgegangen werden? Tully schlägt vor (ähnlich wie auch Honig und Connolly), den Blick auf die konkreten Praktiken des Politischen zu richten, da sich politische Kämpfe um Anerkennung in einer Vielfalt an Praktiken der Legitimierung, Anfechtung und Aushandlung von Regeln entfalten würden:

„I wish to strengthen the argument for granting a certain priority to praxis by explicating three further features of the activities of struggling over recognition. As I have suggested, this dimension of human action can be interpreted as a multiplicity of democratic processes or practices of challenging and negotiating the rules of mutual recognition under which citizens engage in political, economic, and social cooperation as their identities change. These activities have been relatively overlooked because theorists and practitioners have tended to presume that there is an end state to which these activities are the means.“ (TULLY 2000, S. 478)

Im folgenden Unterkapitel soll nun die Praktikentheorie Theodore Schatzkis vorgestellt werden, mit der es möglich ist, sich des Vorschlags Tullys anzunehmen und den Blick auf die Organisationsweise vielfältiger sozialer Praktiken richten zu können.

### 3.2.5 Zusammenfassung

Gerechtigkeit ist inhaltlich nicht eindimensional, sondern facettenreich und mehrdimensional. In der politischen Philosophie gibt es seit mehreren Jahren eine Diskussion über das Verhältnis zwischen einer zumeist auf Differenz basierenden Dimension der kulturellen Anerkennung und einer egalitären Dimension der ökonomischen Umverteilung. Die Mehrheit gegenwärtiger Theoretikerinnen und Theoretiker ordnen die letztere – also materielle Verteilungsverhältnisse – ihren unterschiedlich ausdifferenzierten Anerkennungstheorien unter. Für die Untersuchung einer Forderung wie Ernährungssouveränität, die – je nach Sichtweise – einen konvergenten „Knotenpunkt“ oder ein divergentes *big tent* darstellt und heterogene Forderungen und Identitäten vereint, bietet es sich jedoch an, den Ansatz Frasers zu wählen, da er sowohl Anerkennung als auch Umverteilung als unterschiedliche analytische Kategorien und Aspekte von Gerechtigkeit behandelt. Empirisch sind diese Dimensionen nur schwer voneinander zu trennen, jedoch bietet Fraser einen Analyserahmen, der es erlaubt, einerseits die Verflechtung von Anerkennungs- und Umverteilungsforderungen wiederzugeben und andererseits mögliche Widersprüchlichkeiten herauszufiltern. Ein solches „Umverteilungs-Anerkennungs-Dilemma“ wird in Bolivien in aktuellen politischen Diskussionen um Landzugang und um die Anerkennung indigener Identität sehr deutlich.

Die dualistische Perspektive von Anerkennung und Umverteilung geht Fraser jedoch nicht weit genug. Um Ungerechtigkeitsformen erfassen zu können, die primär aus Situationen entstehen, bei denen Individuen oder Kollektiven systematisch Grundrechte entzogen werden oder die niemals die Möglichkeiten hatten, Grundrechte einzuklagen, führt sie die Kategorie der politischen Teilhabe, der *representation*, ein. Diese rein politische Gerechtigkeitsdimension ähnelt letztlich der Arendt'schen Konzeption des „Rechtes auf Rechte“. Allerdings entwirft Fraser eine räumliche Perspektive auf Globalisierungsprozesse und stellt die These auf, dass der Nationalstaat als alleiniger Garant und Adressat von Gerechtigkeit nicht mehr bedingungslos akzeptiert werden könne und dass die gemeinsame Betroffenheit durch global wirksame Strukturen und Institutionen zu einer „post-Westfälischen“ Aushandlung von Gerechtigkeitsfragen führen sollte.

Damit handelt es sich bei Frasers Theorie um eine dreidimensionale Gerechtigkeitstheorie, die sowohl Kämpfe um Anerkennung und Umverteilung als auch Forderungen nach politischer Teilhabe abbilden kann. Genau diese drei Dimensionen finden sich in der Forderung nach Ernährungssouveränität wieder. Die Verbindung zu agonistischer Theorie lässt sich wiederum über Tullys Ansatz der „Praktiken der Freiheit“ herstellen, nach der nicht nach einem universellen, egalitären und gerechten Konsens gesucht werden sollte, sondern nach einem agonistischen Austausch zwischen gleichberechtigten, sich gegenseitig anerkennenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer politischen Gemeinschaft. Daraus ergibt sich, dass Gerechtigkeitskämpfe und Souveränität unmittelbar miteinander verknüpft sind.

### 3.3 Eine praktikentheoretische Sicht auf das Politische

Die Praktikentheorie Theodore Schatzkis (vgl. v.a. SCHATZKI 1996; SCHATZKI 2002) liefert einen wesentlichen Impuls für den sogenannten *practice turn*, der seit einigen Jahren die Sozialwissenschaften und auch die Humangeographie prägt (vgl. EVERTS et al. 2011; HÖRNING und REUTER 2004; RECKWITZ 2003; SCHÄFER 2016; SCHATZKI et al. 2001; SIMONSEN 2007). Dieser bezeichnet ein hohes Forschungsinteresse an der Komplexität von routinierten, sozialen Praktiken des alltäglichen Lebens „in ihren materiellen und situativen Einbettungen, welche mit ethnographischen Methoden in den Blick genommen werden“ (BAUMANN et al. 2015, S. 225). Für die Humangeographie eröffnen sich dadurch nicht nur neue Forschungsmethoden oder theoretische Diskussionen über „flache Ontologien“ (vgl. MARSTON et al. 2005), sondern auch vielfältige empirische Betätigungsfelder. Zu nennen sind z.B. Untersuchungen zu Praktiken des Einkaufens und des Nahrungsmittelkonsums (vgl. EVERTS und JACKSON 2009), zu Praktiken der Sprachförderung (vgl. LAHR-KURTEN 2012), zu Praktiken des Sicherheits- bzw. Unsicherheitsempfindens (vgl. HAUBRICH 2015) oder zu Praktiken des Erinnerns (vgl. MAUS 2015).

Der *practice turn* in der Humangeographie ist nicht ausschließlich mit dem Namen Schatzki verbunden. Auch andere Ansätze, die sich z. B. auf Pierre BOURDIEUS (1977) Theorie der Praxis beziehen, sollten nicht unerwähnt bleiben. Dazu gehören u. a. DIRKSMEIER (2009), LIPPUNER (2006) und ROTHFUSS (2006). Vor allem aber die Strukturations- theorie Anthony GIDDENS (1984) gilt als Basis dessen, was WERLEN (1997) als „Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen“ oder konkreter als „alltägliches Geographie-Machen“ bezeichnet und zu einer starken Rezeption von handlungs- bzw. akteursorientierten Ansätzen in der deutschsprachigen Humangeographie führte (vgl. REUBER 1999). Entgegen dieser handlungsorientierten Theoriefamilie basieren praktikentheoretische Ansätze (ähnlich wie auch die Diskurstheorie) jedoch nicht auf der Annahme interessen geleiteter Akteure.

Für die englischsprachige Humangeographie ist vor allem Nigel THRIFTS (2008) *non-representational-theory* als ein bedeutendes theoretisches Werk zu nennen, das inkorporierte, unreflektierte und implizite Praktiken ins Blickfeld rücken lässt. Auch Judith BUTLERS (1990) Theorie der Performativität nimmt ähnlich wie die *non-representational-theory* die Alltäglichkeit und Reproduktion inkorporierter Praktiken zum Gegenstand und wird von der Humangeographie intensiv rezipiert (vgl. GLASS und ROSE-REDWOOD 2014; GREGSON und ROSE 2000; SCHURR 2014 sowie BOECKLER et al. 2014 für einen Überblick). Butlers Ansatz bietet vor allem für die Feministische Geographie wertvolle Ansatzpunkte, um, z. B. mit der Methode der visuellen Ethnographie (vgl. SCHURR 2009), vermeintlich banale Praktiken auf ihren politischen Gehalt hin zu untersuchen.

Insgesamt existiert also eine relativ vielfältige humangeographische Literatur mit praktiken- und theoretischer Prägung. Einige dieser Arbeiten haben einen hohen normativen Charakter, mit dem impliziten oder expliziten Anspruch, Ungerechtigkeitsverhältnisse abzubauen und zu verändern. Dazu gehören vor allem die Ansätze, die auf Bourdieus und Butlers Theorien beruhen. Im Folgenden soll jedoch eine Praktikentheorie diskutiert werden, die so weit wie möglich (ich gehe davon aus, dass eine absolut wertfreie Theorie nicht existieren kann) von Normativität abrückt und nicht Erklärungen oder Vorhersagen zum Ziel hat, sondern einen deskriptiven Anspruch hat (vgl. SCHATZKI 2002, S. xii). Dafür bietet sich Schatzkis *site ontology* in hohem Maße an, da Machtverhältnisse und die gesamte Dimension des Politischen, die in Anlehnung an MOUFFE (1993; 2007) als die Omnipräsenz von gesellschaftlichen Antagonismen verstanden werden kann, bei Schatzki nicht weiter behandelt werden und einen „blinden Fleck“ darstellen (vgl. DÜNCKMANN im Erscheinen). So verweist Schatzki bei der Auseinandersetzung mit Machtfragen auf die Gedanken Foucaults und ordnet Machtverhältnisse der Ausübung partikularer, sozialer Praktiken unter und beschreibt sie als vernetzte und machtvolle Beziehungen von Einzelelementen in der Vielfalt des Sozialen (vgl. SCHATZKI 2002, S. 66).

Dieser ontologische und weitgehend unpolitische Charakter macht Schatzkis Theorie für diese Arbeit besonders interessant, da sie es – ohne eigene Aussagen darüber zu treffen, was genau politische Praktiken charakterisiert – ermöglicht, unterschiedlichste soziale Praktiken empirisch nachzuvollziehen. Darüber hinaus bietet sie die Möglichkeit, eine Verbindung zur agonistischen Theorie bzw. zur Hegemonietheorie und zur Gerechtigkeitstheorie herzustellen und gesellschaftliche Antagonismen als eingebettet in organisierte und soziale Praktiken zu verstehen. Der Theologe Marc L. TAYLOR (2011, S. 98) beschreibt dies wie folgt: „In short, [Schatzki] enable[s] us to identify a notion of the political as human organizing, through practices, of agonistic striving in society.“ Es ergibt sich also eine konzeptionelle Lücke, die sich mit den Ansätzen der agonistischen Demokratietheorie, der Hegemonietheorie und der Debatte zum substantiellen Gehalt von Gerechtigkeit und Souveränität füllen lässt.

### **3.3.1 *The site of the social: Praktikentheorie als Sozialontologie***

„Ontologien sind ein integraler Bestandteil von Sozialtheorien. Unter »Ontologien« verstehe ich Aussagen über die grundlegende Verfasstheit und Struktur, über die Dimensionen oder Elemente eines bestimmten Phänomens oder dazugehörigen Bereichs – oder einfacher: die expliziten oder impliziten Vorstellungen davon.“ (SCHATZKI 2016a, S. 29)

Eine Sozialontologie hat den Anspruch, grundsätzliche Aussagen darüber zu treffen, aus welchen Entitäten das Soziale besteht, d. h. Kategorien zu entwickeln, mit denen das soziale Zusammenleben in seiner Gesamtheit dargestellt werden kann. Basierend auf den späteren Philosophien Wittgensteins und Heideggers konzeptioniert SCHATZKI (2002)

Sozialität als einen kontextuellen *social site*, also als einen spezifischen „Ort des Sozialen“, innerhalb dessen sich menschliche Koexistenz abspielt und der aus einem Geflecht von zwei analytischen Kategorien besteht: soziale Praktiken (organisierte Aktivität) und soziale Ordnungen bzw. materielle Arrangements (z. B. Menschen, Artefakte, Dinge).

„The social site is a specific context of human coexistence: the place where and as a part of which, social life inherently occurs. To theorize sociality through the concept of a social site is to hold that the character and transformation of social life are both intrinsically and decisively rooted in the site where it takes place. In turn, this site-context, I claim, is composed of a mesh of orders and practices. Orders are arrangements of entities (e.g. people artifacts, things), whereas practices are organized activities.“ (SCHATZKI 2002, S. xi)

Diese analytische Trennung von sozialen Praktiken und Ordnungen bzw. Arrangements ermöglicht es, materielle Dinge als wesentliche Dimension des Sozialen in eine praxistheoretische Untersuchung einzubeziehen (vgl. SCHATZKI 2010). Soziale Praktiken sind somit nicht ungebunden und willkürlich im Raum verteilt, sondern müssen immer als sinnhaft miteinander verknüpfte Bündel von Praktiken und materiellen Arrangements verstanden werden, die sich räumlich manifestieren, dadurch empirisch wahrnehmbar werden und so einen spezifischen sozialen Kontext und damit einen *site* formen:

„[A] context is a site when at least some of the entities that occur in it are inherently components of it. That is to say, for something to be or to occur in a site context is for it to be or to occur as a constituent part of its context.“ (SCHATZKI 2002, S. 65)

Sozialität ist damit nicht homogen. Ein bestimmter Kontext in Form des *site* stellt den breiteren sinnhaften Zusammenhang dar, den die Praktiken selbst konstituieren, wie z. B. Praktiken, die in Zusammenhang mit Ernährung oder Landwirtschaft stehen (vgl. SCHATZKI 1996, S. 14). Die Summe aller Bündel von Praktiken und Arrangements nennt Schatzki das „Plenum“, innerhalb dessen soziale Phänomene (wie z. B. eine Forderung nach einem neuen Recht) als Ausschnitte oder Aspekte soziale Wirklichkeit werden:

„Die Orte des Sozialen bestehen aus Bündeln von Praktiken und materiellen Arrangements [...]. Damit meine ich, dass soziales Leben, d. h. menschliche Koexistenz (der Zusammen-Hang [sic!] menschlicher Leben) sich inhärent in solcherart Bündel ereignet. Die Gesamtheit dieser Bündel bildet dabei das Plenum, in dem sich alle sozialen Phänomene ereignen. Ich verwende den Begriff des Plenums für die Gesamtheit aller Bündel, um zu verdeutlichen, dass die elementaren Bestandteile aller sozialen Phänomene von derselben Art sind. Soziale Phänomene sind durch hochgradige ontologische Gleichheit gekennzeichnet, da jedes soziale Phänomen

aus Ausschnitten oder Aspekten des Plenums von Praxis-Arrangement-Bündeln besteht.“ (SCHATZKI 2016a, S. 33)

Ersichtlich wird nun auch, dass es mit dieser Perspektive keine Sozialität außerhalb sozialer Praktiken geben kann. Das „Dasein“ im Sinne HEIDEGGERS (2006 [1927]) existiert nicht vor den sozialen Praktiken, sondern wird erst durch diese hergestellt. Soziale Praktiken sind also kein Ausdruck des Seins, sondern das soziale Sein entsteht, wie es M. L. TAYLOR (2011, S. 99) in Bezug auf Schatzki ausdrückt, durch die Ausübung von sozialen Praktiken.

### 3.3.2 Die Bausteine der *site ontology*

Schatzki bietet mit der *site ontology* somit ein präzises Vokabular zur dichten Beschreibung von Sozialität bzw. von sozialen Phänomenen, „mit dessen Hilfe Sozialwissenschaftler ihren Untersuchungsgegenstand begrifflich fassen können, das bestimmte Forschungsfragen nahelegt und analytische Beziehungen zwischen Forschungsergebnissen aufzeigt“ (MAUS 2015, S. 49). Diese theoretischen „Bausteine“ eignen sich vor allem dazu, einzelne Parameter von bestimmten *sites* und sozialen Phänomenen zu kategorisieren, zu beschreiben und herauszufiltern. Um dieses Vokabular im Einzelnen vorzustellen, lohnt es sich der Kategorisierung Schatzkis zu folgen und zunächst die analytische Trennung von (a) sozialen Praktiken und (b) sozialen Ordnungen / materiellen Arrangements zu unternehmen um (c) daraufhin darzustellen, auf welche Weise diese beiden als Bündel miteinander verknüpft sind.

#### a) Soziale Praktiken

Soziale Praktiken sind für SCHATZKI (1996, S. 89) sich zeitlich entfaltende und räumlich disperse Verknüpfungen körperlichen Tuns und Sagens: „a temporally unfolding and spatially dispersed nexus of doings and sayings.“ Das beinhaltet zunächst, dass eine Praktik aus verschiedenen grundsätzlichen Aktionen körperlichen Tuns und Sagens (*basic actions*) besteht, wie zum Beispiel die Hand heben, Worte formulieren, Laufen, Springen, jemandem etwas geben, etc. Diese basalen Aktionen können eine komplexere Praktik formen, wie z. B. einen Vortrag halten, jemanden grüßen oder jemanden herbeiwinken. In diesen Fällen sind sie also mit bestimmten Aufgaben (*tasks*) verbunden. Eine solche Praktik kann weiterhin Teil eines komplexeren Projektes (*projects*) sein (vgl. SCHATZKI 2002, S. 70ff.). Denkbar wäre z. B. einen Vortrag zu einem bestimmten Thema in einem bestimmten Rahmen zu halten oder ein vegetarisches Gericht zu kochen. Wichtig ist dabei, dass das Sagen genauso eine körperliche Praktik ist wie das Tun und demnach, wie auch ROTHFUSS und DÖRFLER (2013, S. 16f.) argumentieren, dem Tun untergeordnet werden muss (vgl. SCHATZKI 2012, S. 15).

Wie diesen hierarchisch angeordneten Aktionskomponenten bereits zu entnehmen ist, handelt es sich bei sozialen Praktiken immer um organisierte *doings and sayings*, d. h. sie

unterliegen bestimmten Organisationskomponenten, die das Tun und Sagen sinnhaft und verständlich, in Form einer *practical intelligibility* (vgl. SCHATZKI 2002, S. 74f.) miteinander verbinden. Schatzki nennt vier dieser Organisationskomponenten: das (1) praktische Verständnis (*practical understanding*), (2) Regeln (*rules*), (3) teleoaffektive Strukturen (*teleoaffective structures*) und (4) grundlegende Verständnisse (*general understandings*) (vgl. SCHATZKI 1996, S. 110ff.; SCHATZKI 2002, S. 77ff.). Wichtig ist bei diesen Komponenten, dass sie nicht außerhalb der jeweiligen Praktik existieren, sondern in der Praktik selbst enthalten sind. Das heißt, es handelt sich nicht um Absichten, Eigenschaften oder Interessen eines oder mehrerer Akteure, so wie es beispielsweise beim politisch-geographischen Ansatz REUBERS (1999) der Fall ist, sondern immer um einen Teil der sozialen Praktik selbst:

- (1) Das praktische Verständnis bezeichnet die Fähigkeit, zu wissen, wie man in Form von Tun und Sagen eine bestimmte Praktik ausübt, wie man sie als eine bestimmte Praktik erkennt und wie man auf eine bestimmte Praktik angemessen reagiert. Zu nennen wäre z.B. das Wissen, wie und zu welchem Zeitpunkt gesät oder geerntet werden muss.
- (2) Regeln sind dagegen klar formulierte Vorgaben oder Anweisungen, wie etwas getan werden sollte. Das können z.B. gesetzliche Regelungen sein, welche Pestizide eingesetzt werden dürfen oder in welchem Umfang gentechnisch modifiziertes Saatgut verwendet werden kann. Aber auch weniger formalisierte Anweisungen können Regeln sein wie z.B. das Befolgen einer Anleitung oder traditioneller Gebräuche.
- (3) Teleoaffektive Strukturen sind normative und hierarchisch geordnete Kombinationen der Aufgaben und Projekte mit einem oder mehreren übergeordneten Zielen (*ends*), die jedoch von der ausführenden Person dieser Praktik nicht zwingend reflektiert werden müssen und auch unbewusst vorhanden sein können. Beispielsweise kann das Projekt eines vegetarischen Gerichtes mit dem Ziel der gesunden Ernährung und/oder mit dem Ziel, das Klima zu schützen, verbunden werden. Der Vortrag zu einem bestimmten Thema kann mit dem Ziel gehalten werden, einen wissenschaftlichen Beitrag zu liefern und/oder die eigenen Karrierechancen zu verbessern. Dabei existieren innerhalb dieser Strukturen zwei miteinander verknüpfte Dimensionen: Eine teleologische Zweckhaftigkeit und eine affektiv-emotionale Motivation. Dabei muss das Verhältnis der emotionalen Komponente zur Zweckhaftigkeit nicht unbedingt gleichverteilt sein. In Abhängigkeit der jeweiligen Praktik kann es sich zum Beispiel eher um eine pragmatische Zweckgebundenheit (z.B. unternehmerische Entscheidungen) oder um eine emotionale und weniger pragmatische Zielsetzung handeln (z.B. freundschaftliche Verbindungen). Andersherum kann eine Freundschaft z.B. in politischen oder unternehmerischen Kontext auch primär zweckgebunden geschlossen werden und eine unternehmerische Entscheidung aus einer reinen Laune heraus gefällt werden.

- (4) Als grundlegende Verständnisse oder teleoaffektive Regime bezeichnet Schatzki ideologisierte, soziale Übereinkünfte mit größerer Reichweite, die übergreifend in einzelnen Praktiken und den jeweiligen Organisationskomponenten enthalten sind, wie z. B. religiöse Werte, ein bestimmter Gemeinsinn oder kulturelle Gepflogenheiten.

Diese vier Organisationskomponenten sind nicht zu gleichen Teilen in einer Praktik vorhanden. So gibt es Praktiken, die wesentlich durch praktische Verständnisse organisiert sind. Diese Art basaler Praktiken nennt SCHATZKI (1996, S. 91 ff.) disperse Praktiken, die in einer Vielzahl von Projekten und Aufgaben vorkommen können, wie z. B. etwas beschreiben, Regeln befolgen, etwas ordnen. Teleoaffektive Strukturen und Regeln sind dagegen für disperse Praktiken kaum von Bedeutung und spielen eine zentrale Rolle bei der Ausübung integrativer Praktiken (vgl. SCHATZKI 1996, S. 98 ff.), die weitaus komplexer als disperse Praktiken sind, da sie einen konkreten sozialen Kontext, also einen *site* konstituieren wie z. B. landwirtschaftliche Praktiken, Koch-Praktiken oder Lehr-Praktiken. Sie geben normativ vor, wie etwas gemacht werden sollte, also welche *doings and sayings* als akzeptiert gelten und welches Ziel dabei erreicht werden sollte. Eine Summe von dispersen Praktiken bringt allerdings nicht automatisch eine integrative Praktik hervor; integrative Praktiken müssen vielmehr als komplexere und normativierte Praktiken verstanden werden, in denen zwar auch eine Reihe von dispersen Praktiken enthalten sein können, die jedoch weniger durch praktische Verständnisse als vielmehr durch Regeln, teleoaffektive Strukturen und durch die praktikenübergreifenden grundlegenden Verständnisse organisiert sind.

### **b) Soziale Ordnungen/Materielle Arrangements**

Die zweite Analysekatgorie von Schatzkis *site ontology* sind soziale Ordnungen bzw. materielle Arrangements. Dabei handelt es sich um ein Ensemble von Entitäten, durch die sich soziales Leben entfaltet. Das können Menschen, Artefakte, Organismen und alle nicht lebenden Dinge in Form von physischer Materialität aber auch immaterielle Dinge wie soziale Beziehungen sein:

„Social orders are the ensembles of entities, through and amid which social life transpires – the arrangements of people, artifacts, organisms, and things that characterize human coexistence. All social life is marked by social orders. In such orders, moreover, entities relate, enjoy meaning (and identity), and are positioned with respect to one another. All social life exhibits, as a result, relatedness, meaning, and mutual positioning.“ (SCHATZKI 2002, S. 38)

In seinen früheren Ausführungen (vgl. SCHATZKI 1996; SCHATZKI 2002) verwendet Schatzki weitgehend den Begriff der sozialen Ordnungen (*social orders*), in späteren

Aufsätzen jedoch (vgl. SCHATZKI 2010, SCHATZKI 2012) konzentriert er sich zunehmend auf den Begriff der materiellen Arrangements (*material arrangements*) (im Weiteren wird verkürzt der Begriff Arrangement verwendet) und behandelt sie als „eine Art Hilfskonstruktion, welche die transienten Beziehungsgeflechte und Bedeutungen für bestimmte raumzeitliche Momente greifbar macht“ (MAUS 2015, S. 55).

### c) Bündel von Praktiken und Arrangements

Da empirisch betrachtet weder Praktiken noch Arrangements unabhängig voneinander existieren können, formen sie Bündel. Diese Bündel konstituieren durch ihre netzartigen und horizontalen Zusammenhänge soziales Zusammenleben. Das bedeutet, dass Praktiken und Arrangements sich nicht zufällig miteinander verbinden, sondern sinnhaft miteinander verknüpft sind. Für diesen Mechanismus nennt SCHATZKI (2012) fünf<sup>1</sup> prinzipielle Formen: Kausalität, Präfiguration, Konstitution, Intentionalität, Verständlichkeit:

„To say that practices and arrangements bundle is to say (1) that practices effect, use, give meaning to, and are inseparable from arrangements while (2) arrangements channel, prefigure, facilitate, and are essential to practices. More specifically, practices and arrangements form bundles through five types of relation: causality, prefiguration, constitution, intentionality, and intelligibility.“ (SCHATZKI 2012, S. 16)

Anhand landwirtschaftlicher Anbaupraxis lassen sich diese fünf Formen anschaulich darstellen:

- (1) Kausalität oder Hervorbringung bezeichnet Änderungen des Arrangements, die sich ergeben, wenn sich dazugehörige Praktiken verändern. Beispielsweise impliziert eine Änderung von Anbaumethoden auch eine Änderung der Anbaufläche oder Beschaffenheit des Bodens. Gleichmaßen können auch äußere Gegebenheiten und Ereignisse das Arrangement und damit auch die dazugehörige Praktik verändern. So können z. B. Ernteeinbrüche durch Starkregen zu Anpassungsstrategien an den Klimawandel führen.
- (2) Mit Präfiguration ist die zeitliche Komponente gemeint, also inwiefern der gegenwärtige Zustand eines Bündels von Praktiken und Arrangements bestimmte Veränderungen desselben in der Zukunft ermöglichend und einschränkend (*enablement and constraint*) nahelegt. Beispielsweise kann eine schlechte Bodenqualität dazu führen, dass sich das Praktiken-Arrangement-Bündel verändert, also z. B. ein neues Feld bestellt oder die Praktik des Düngens verändert wird. Gleichmaßen können eine gute Bodenqualität und gute Erträge auch zu einer unveränderten Fortführung oder zu einer Ausweitung der jeweiligen Anbaupraxis führen.

<sup>1</sup> In späteren Veröffentlichungen (vgl. SCHATZKI 2016a) erweitert Schatzki diese Kategorisierung auf sechs Formen und nimmt noch die Kategorie des „Gebrauchs“ (*use*) dazu. Allerdings deckt sie sich m. E. mit den anderen Kategorien und ich werde sie daher nicht weiter berücksichtigen.

- (3) Konstitution bedeutet, dass Praktiken die Voraussetzung für bestimmte Arrangements darstellen und wiederum Arrangements das Vorhandensein bestimmter Praktiken bedingen. So kann das Feld nicht ohne Bearbeitung z. B. durch die Praktik des Pflügens existieren und ohne das Vorhandensein des Bodens würde auch das Feld nicht existieren.
- (4) Intentionalität bezeichnet die Absicht, die eine bestimmte Praktik mit einem bestimmten Arrangement verbindet. So dienen Säen und Ernten in erster Linie dazu, landwirtschaftlichen Ertrag zu erzielen, das Bestellen neuer Anbauflächen dazu, den Ertrag zu vergrößern.
- (5) Verständlichkeit bezeichnet das intersubjektive Nachvollziehen, warum eine Praktik vollzogen wird und welches Arrangement mit welcher Praktik in Verbindung steht. Die Sinnhaftigkeit und Bedeutung steht hier also im Vordergrund. So ist es allgemein nachvollziehbar, dass ein landwirtschaftlich genutztes Feld, dazu dient, landwirtschaftlichen Ertrag zu erbringen und das landwirtschaftliche Gerät dazu dient, das Feld zu bestellen oder die Produkte zu ernten.

Bündel von Praktiken und Arrangements können weiterhin völlig unterschiedliche Komplexitätsstufen und Größenordnungen erlangen, die Schatzki in Zweierbeziehungen, Verbindungen und Konstellationen unterteilt:

„Die Komplexität der Bündel reicht von Zweierbeziehungen zwischen Praktiken und Arrangements (z. B. dem Vorkommen eines bestimmten Rituals in einem bestimmten Büro) über Verbindungen multipler Praktiken und Arrangements (z. B. eine Firma) bis hin zu zusammengesetzten Verbindungen von Praktiken und Arrangements, die ich als Konstellationen bezeichne (z. B. eine Wirtschaft). Eine Konstellation ist lediglich ein großes und möglicherweise komplexes Bündel, ein großer und meist komplexer Zusammenhang von Praktiken und Arrangements.“  
(SCHATZKI 2016a, S. 33)

Trotz dieser „groß – klein“ und „simpel – komplex“ Unterscheidung existiert keine andere analytische Ebene als die des „Plenums“, also der Gesamtheit aller Bündel von Praktiken und Arrangements. Soziale Phänomene müssen demnach als Ausschnitte oder Aspekte dieses „Plenums“ betrachtet werden (ebd.). Das gilt auch für geographische Maßstabsebenen, die mit einer solchen „flachen Ontologie“ nicht als vorgegeben, sondern als bestimmte, unterschiedlich weitreichende Bündel von Praktiken und Arrangements mit wiederum unterschiedlichen Komplexitätsstufen verstanden und behandelt werden müssen.

Dabei basiert die Unterscheidung von kleiner zu größer letztlich auf der Relation des einen Bündels zum anderen, d. h. es handelt sich immer um eine vergleichende, relationale Größe und nicht um eine absolute. Die größten dieser Phänomene nennt SCHATZKI

(2011, S. 2) *large phenomena*, z.B. Militärbündnisse, Regierungen, internationale Verbände, Sportligen, Wirtschaftssysteme, etc. (vgl. SCHATZKI 2015, S. 4; SCHATZKI 2016b, S.17), die analytisch aber aus genau denselben Elementen bestehen wie kleinere Phänomene, nämlich aus Bündeln von Praktiken und Arrangements:

„So large social phenomena (like macro and global ones) have the same composition as do small, local, and micro phenomena: they consist of practice-arrangement bundles or of features or slices thereof. Large social phenomena might contrast with small, local, or micro ones, but what constitutes them is not inherently an instance of the latter. Whether, moreover, a given bundle counts as large (or macro or global) versus small / micro / local depends on the relevant universe of comparison.“ (SCHATZKI 2011, S. 2)

Im Weiteren soll nun eine konzeptionelle Verbindung von Schatzkis Praktikentheorie mit agonistischer Theorie bzw. der Gerechtigkeitstheorie diskutiert werden. Das Ziel dabei ist, festzuhalten, wie sozialer Wandel aus praktikentheoretischer Sicht verstanden werden kann und was sich daraus über den politischen Gehalt sozialer Praktiken ableiten lässt.

### 3.3.3 *Site ontology*, sozialer Wandel und Agonismus

Die bisherigen Ausführungen zu Schatzkis Praktikentheorie zeichnen ein sehr mechanisches, fast schon statisches Bild von Sozialität und verleiten zu der Annahme, dass die Theorie lediglich zur Analyse von letztlich gleichbleibenden oder geringfügig veränderbaren sozialen Phänomenen geeignet ist. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil: Die *site ontology* hat den Anspruch sozialen Wandel abzeichnen, beschreiben und nachvollziehen, jedoch nicht erklären zu können (vgl. SCHATZKI 2002, S. xv). Das bedeutet, dass die zuvor dargestellten Analysekatégorien nicht als statische Determinanten zu verstehen sind, sondern ein *site* vielmehr als eine jederzeit veränderbare, sich raumzeitlich entfaltende Konstruktion verstanden werden muss, die aus dynamisch organisierten Bündeln von Praktiken und Arrangements besteht:

„All orders, to varying degrees, are reordered through actions performed by their components. The very physical movement of humans as they act, for instance, alters the spatial dimensions of the orders of which they are part.“ (SCHATZKI 2002, S. 237)

„Practice organizations are not static. The understandings, rules, and teleoaffective structures that organize integrative practices frequently change. So, too, the doings and sayings that constitute these practices. These two processes can be called reorganization and recomposition.“ (SCHATZKI 2002, S. 240)

Bündel von Praktiken und Arrangements können also jederzeit reorganisiert und neu zusammengesetzt werden. Materielle Arrangements können durch neue oder veränderte Praktiken einen neuen oder veränderten *site* herstellen und dadurch andere Bedeutung erlangen. Gleichmaßen können soziale Praktiken durch veränderte materielle Arrangements verändert oder sogar ausgelöscht werden.

Diese Dynamik führt jedoch zu der Frage, was die antreibende Kraft ist, die Veränderungen in den Arrangements und Praktiken, also sozialen Wandel, hervorbringt und bei der es sich nach M. L. TAYLOR (2011, S. 98) um eine rein politische Dimension handeln müsse: „The political, we might say, is that which has a force that generates and animates society“. Schatzkis Ontologie folgend, kann dieser politische „Motor“ nicht von außerhalb kommen, sondern ist als *agency* in den Bündeln von Praktiken und Arrangements selbst enthalten: „Agency makes the future within an extant mesh of practices and orders that prefigures what it does.“ (SCHATZKI 2002, S. 210). Dabei kommen, wie in dieser Aussage zu erkennen ist, der Präfiguration und der Kontextualität von Praktiken entscheidende Rollen zu: Ein bestimmter Kontext in Form eines *site* legt bestimmte veränderte oder gleichbleibende Praktiken in der Zukunft nahe. Existierende *sites*, also bestimmte Bündel integrativer Praktiken und Arrangements, wirken gleichzeitig ermöglichend und einschränkend für die Ausübung zukünftiger integrativer Praktiken. *Sites* haben durch ihre Kontextualität somit eine bestimmende und kanalisierende Macht über zukünftige Praktiken (vgl. SCHATZKI 2002, S. 62; TAYLOR 2011, S. 54). Ähnlich wie auch der GIDDENS' SCHE (1984) interdependente Dualismus von „Struktur und Handlung“ ist diese Form der Abhängigkeit jedoch nicht im deterministischen Sinne zu verstehen. Sie bedingen und verändern sich vielmehr gegenseitig. SCHATZKI (2002, S. 211f.) formuliert es derart, dass es eine Dichotomie zwischen möglichen und unmöglichen Pfaden in die Zukunft gebe:

„The intuition behind the notions of possibility and fields of possibility qua aspects of prefiguration is that what people can do is limited. Not everything is possible. The dichotomy possible – not possible thereby marks a fundamental feature of the landscape of paths: the distinction between those actions that might be carried out and those that cannot. The idea that some actions are open and others are not, that is to say, the idea that not every path is passable, in turn undergirds the notion of a field of possibility that includes all, and only, the navigable paths. Every possible course of action is an element of this field, while every impossible one falls outside it. Agency, accordingly, is limited to the first set.“ (SCHATZKI 2002, S. 211 f.)

Dieses „Feld der Möglichkeiten“, in dem sich *agency* bewegt, ist der zentrale Ansatzpunkt für einen Prozess, den Schatzki *endless becoming* nennt (ebd., S. 233). Gemeint ist damit ein Zustand der permanenten Modulation und Reorganisation von Praktiken und Arrangements:

„The social site, like any slice of reality, is home to continuous occurrences. Agency is the central motor of that steady current. Through the doings of humans and non-human, practices are carried out and engage with orders, arrangements that take form and channel practices, and the mesh they compose incessantly modulates.“ (ebd., S. 233 f.)

Bei einem Rückblick auf Connollys *politics of becoming* wird die Analogie zu agonistischer politischer Theorie nun sehr deutlich: „By the politics of becoming I mean that paradoxical politics by which new cultural identities are formed out of old energies, injuries, and differences“ (CONNOLLY 1996, S. 20). Das bedeutet, dass durch Präfiguration, also durch die Kategorien Ermöglichung und Beschränkung, die Bildung neuer oder veränderter sozialer Ordnungen möglich wird. Es handelt sich, ähnlich wie auch die Vertreterinnen und Vertreter der agonistischen Theorie argumentieren, demnach bei der Konstitution von *social sites* um einen andauernden Prozess der Wiederbegründung.

Doch was bringt *agency* als politische Kraft hervor, was genau führt zu sozialem Wandel? Auch darauf gibt die agonistische Theorie Aufschlüsse: Es sind die Antagonismen, die Teil einer jeden Gesellschaft sind (vgl. MOUFFE 2007 und Kap. 3.1.3) und die letztlich dazu führen, dass es politische Aktivität und damit sozialen Wandel gibt. Konstitutiv für Sozialität sind jedoch nicht nur Antagonismen, sondern auch Differenzen zwischen heterogenen *sites*, also zwischen unterschiedlichen Kontexten, so dass sich auch eine Analogie zur Sichtweise BOURDIEUS (1977) ergibt, der darauf hinweist, dass soziale Praktiken durch Pluralität und durch ungleiche Verteilung von Macht strukturiert sind. Diese Heterogenität erschafft, reproduziert oder verändert soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit. M. L. Taylor formuliert diese Zusammenhänge wie folgt:

„The agonistic political, then, is a constitutive animating power of the social, of the asymmetrical powerful social. But it is never a homogenous organic whole that impinges on individuals; instead, it is a social phenomenon that comes in clusters, in groups, and differentiated as economic, sexual, or national. It is differences within and between these that generate agonistic strive and tension.“ (TAYLOR 2011, S. 103)

Schatzkis Praktikentheorie weist damit auch eine starke Analogie zur politischen Theorie von LACLAU und MOUFFE (2001 [1985]) auf: Schatzkis Anliegen ist es, Sozialität in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Dies schließt, MOUFFE (1993, S. 3) folgend, auch unweigerlich die politische Dimension mit ein, da das Politische als ein untrennbarer Teil von Sozialität nicht auf bestimmte Institutionen oder Teilbereiche des Sozialen zu reduzieren sei. Wenn man nun wie LACLAU und MOUFFE (2001 [1985]) davon ausgeht, dass die Herstellung von Äquivalenz und Differenz und damit von Antagonismen konstitutiv für das Politische ist, dann wird auch deutlich, dass ein diskursives Feld, also die Totalität aller

Differenz- und Äquivalenzrelationen, letztlich ein Resultat sozialer Praktiken ist. Soziale Praktiken sind in diesem Sinne die Entitäten, aus denen die Fixierung von Diskursen resultiert:

„Whereas discourses for Laclau and Mouffe are structured totalities of meaningful entities, practice – if I understand them right – is movement and change. Discourse, in other words, is being, while practice is the becoming from which discourses result and to which they eventually succumb. Conversely, discourses are the precarious fixities that precipitate from human practice and from which further practice arises.“ (SCHATZKI 2001, S. 53)

Somit handelt es sich bei diesen grundsätzlichen Annahmen der Philosophie Wittgensteins, dass Sozialität aus niemals abgeschlossenen, temporären Fixierungen bestehe und dass diese Fixierungen jederzeit verändert werden könnten, um eine Art „gemeinsamen Nenner“ beider Theorien. Passend dazu sprechen BAUMANN et al. (2015, S. 232) von einem „familienähnlichen Sensibilisierungsangebot“, das ein Zusammendenken von Laclaus und Mouffes Diskurs- sowie Schatzkis Praxistheorie für die Humangeographie biete.

Allerdings existieren dabei unterschiedliche Schwerpunkte und Analysekatgorien: Was Laclau und Mouffe als Diskurse beschreiben, ist bei Schatzki der *social site*, also temporäre, kontingente und kontextuelle Fixierungen von sozialen Praktiken (z. B. ein hegemoniales Regime oder ein *food regime*), mit anderen Worten das „Sein“ (s. o.). Und das, was bei Laclau und Mouffe „artikulatorische Praxis“ ist, nämlich das „Werden“ und Herstellen von Sinn durch Äquivalenz und Differenz, ist bei Schatzki ebenfalls soziale Praxis. Allerdings ist sie bei ihm in einem permanenten Prozess des Entstehens und „Werdens“ begriffen, den er *endless becoming* nennt und der sich empirisch in Form sozialer Phänomene zeigt. Damit bestehen auch Unterschiede hinsichtlich des Erkenntnisinteresses: Während Laclau und Mouffe eine Diskurs- bzw. Hegemonietheorie entwickelt haben, mit dem Anspruch, politische Konstellationen und Bewegungen komplexitätsreduzierend erklären zu können, bietet Schatzki eine Sozialontologie mit einem ausdifferenzierten Vokabular zur Beschreibung der Vielfältigkeit und Komplexität von Sozialität und der Organisations- und Funktionsweise der sozialen Praktiken selbst. Wie BAUMANN et al. (2015, S. 232) argumentieren, könnten sich jedoch beide Interessen durchaus ergänzen.

### 3.3.4 Zum politischen Gehalt sozialer Praktiken

Soweit lässt sich nachvollziehen, dass die Reproduktion, Reorganisation oder Neuordnung von Bündeln sozialer Praktiken und materieller Arrangements auf Differenz basieren und gleichzeitig durch die Prozesse der Präfiguration und des *endless becoming* (vgl. SCHATZKI 2002, S. 233) immer neue Differenzen agentell hervorgebracht werden. Bei

dieser ontologischen Grundbedingung handelt es sich damit um die Basis der politischen Dimension.

Doch welche Charakteristika weisen nun politische Praktiken aus? Macht oder das Politische haben bei Schatzki, wie kurz beschrieben wurde, keine große Bedeutung. Insgesamt überwiegt das Bild einer recht „harmonischen“ Theorie, die zwar sozialen Wandel beschreiben kann, jedoch abrupte Brüche oder fundamentalen Dissens nicht angemessen berücksichtigt (vgl. ISIN 2008 zit. in DÜNCKMANN im Erscheinen). Es drängt sich eher das Bild einer Theorie auf, in der sich Sozialität in Form einer Art „Praktiken-Ökologie“ selbstrepliziert (vgl. STENGERS 2013 für eine andere Verwendung dieses Begriffs; DÜNCKMANN und FLADVAD 2016). Macht existiert dabei vor allem in den Kategorien der Ermächtigung und Beschränkung, genauer gesagt handelt es sich also um die präfigurierende und kanalisierende Macht, die temporär fixierte Bündel von Praktiken und Arrangements auf die Handlungsvielfalt zukünftiger Praktiken ausüben (vgl. SCHATZKI 2002, S. 62).

Einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Praktikentheorie Schatzkis liefert DÜNCKMANN (im Erscheinen), indem er die *site ontology* mit der politischen Ontologie Hannah Arendts in Verbindung setzt: Nach ARENDT (1998 [1958]) findet politisches Handeln ausschließlich im öffentlichen Raum statt, also in einer Sphäre, die von Differenz und Pluralität bestimmt ist und die damit ontologisch vom privaten Raum zu trennen ist. Dieser private Raum ist dagegen absolut unpolitisch und charakterisiert durch private Beziehungen wie Liebe, Freundschaft oder auch Zwang. Da Arendt jedoch niemals klar definiert habe, was genau die jeweiligen Sphären konstituiert, welche Prozesse sie also fixieren, könnten diese Räume oder Sphären unter Zuhilfenahme von Schatzkis Theorie als eingebettet in das Netz von Praktiken und Arrangements verstanden werden. Dadurch werde es möglich, die Grenzen zwischen öffentlich (politisch) und privat (unpolitisch) als relationale Bündel von Praktiken und Arrangements zu verstehen, die veränderbar und anfechtbar seien:

„Practice theory makes it possible to take the public/private distinction as a fundamental but also relational topological metaphor for a mesh of practice-arrangement bundles that, in a self-referential move, can itself become contested in the context of political practices.“ (DÜNCKMANN im Erscheinen)

Es ergibt sich so die Möglichkeit, den Kontext für politische Praktiken, in Anlehnung an den Arendt'schen Gedanken des *space of appearance* (vgl. ARENDT (1998 [1958])), also die Sphäre, innerhalb der ein agonistischer politischer Austausch denkbar ist, als einen *site of the political* (DÜNCKMANN im Erscheinen) zu konzeptionieren. Dieser ist nicht außerpolitisch vorgegeben und es handelt sich auch nicht um konventionelle politische Institu-

tionen wie z. B. politische Parteien. Der *site of the political* konstituiert sich ausschließlich durch vernetzte Bündel von politischen Praktiken und dazugehörigen Arrangements.

Nach Dünckmann existieren nun drei Charakteristika, die diese politischen Praktiken auszeichnen: (1) Erstens handele es sich um Tun und Sagen, das in Pluralität stattfindet und auf die Öffentlichkeit abzielt (auch wenn dies möglicherweise erst auf den zweiten Blick zu erkennen ist), vergleichbar mit Arendts Kategorie des politischen Handelns. (2) Zweitens würden politische Praktiken durch ihre Einbettung in bestimmte, differente Kontexte ermöglichend oder beschränkend vorgeprägt (in Schatzkis Worten präfiguriert). Soziale Phänomene wie Gerechtigkeitsforderungen basieren demnach im Wesentlichen auf bestehenden, für ungerecht empfundenen *sites*, in Form kontextueller Bündel von Praktiken und Arrangements. (3) Drittens muss es jedoch ein Charakteristikum geben, das noch spezifischer politische Praktiken von unpolitischen trennt, da die beiden oben genannten Charakteristika im Prinzip für sämtliche soziale Praktiken gelten könnten. Passend zu der Argumentation FOUCAULTS (1978, S. 94f.), dass Macht nicht ohne Intentionalität existieren kann – „there is no power that is exercised without a series of aims and objectives“ – besteht dieses darin, dass politische Praktiken reflektiert darauf abzielen, die bestehenden Organisationskomponenten von bestimmten, integrativen Praktiken entweder zu verändern, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen (vgl. DÜNCKMANN und FLADVAD 2016) oder sie zu bestätigen, um einen hegemonialen *status quo* aufrecht zu erhalten (vgl. KOSKENNIEMIS 2010, S. 232).

Das „Praktiken-Verändern“ gleicht damit TULLYS (2008) Konzeption der „Praktiken der Freiheit“ (Kap. 3.1.5), nach der ein sozialer Wandel sowohl mit abrupten Brüchen, wie z. B. einer Revolution, herbeigeführt werden kann als auch mit alltäglichen politischen Praktiken, die sozialen Wandel subtil, implizit und allmählich anstreben. Analog dazu ist das „Praktiken-Legitimieren“ gleichzusetzen mit den „Praktiken des Regierens“ (ebd.), die nicht auf einen sozialen Wandel abzielen, sondern die ein hegemoniales Regime intentional und reflektiert bestätigen und im Sinne WITTGENSTEINS (2003 [1953]) eine Praktik des „Regeln-Befolgens“ darstellen (in Kap. 3.4.2 soll auf diese Unterscheidung zurückgekommen und zur Veranschaulichung entsprechende Beispiele genannt werden). Wichtig ist dabei, dass reflektierte Intentionalität nicht von außen kommt, also als Eigenschaft eines Akteurs verstanden wird, sondern, so wie es auch FOUCAULT (1978, S. 95) beschreibt, in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen selbst enthalten ist.

### 3.3.5 Zusammenfassung

Im Gegensatz zu Ansätzen aus der politischen Theorie handelt es sich bei Schatzkis Praktikentheorie nicht um eine erklärende, normative Theorie, sondern um eine deskriptive Sozialontologie, d. h. sie hat den Anspruch, die grundsätzlichen Entitäten des sozialen Seins in ihrer Gesamtheit darzustellen und beschreiben zu können. Sozialität, verstanden

als der Zusammenhang menschlichen Lebens, besteht nach Schatzki aus einem Netz sozialer Praktiken und materieller Arrangements. Soziale Praktiken sind organisiert durch (1) praktische Verständnisse, wie etwas gemacht oder ausgeführt wird; (2) Regeln, die Praktiken anleiten und delegieren; (3) teleoaffektive Strukturen, die eine bestimmte normativierte Hierarchie vorgeben, mit welchen Aufgaben und Projekten bestimmte Ziele (teleo-) erreicht werden sollen und welche Emotionen (-affektiv) dabei eine Rolle spielen; sowie (4) grundlegende Verständnisse, unter denen bestimmte praktikenübergreifende Wertvorstellungen verstanden werden können.

Erst durch die sinnhafte Verknüpfung mit Arrangements, z. B. Körper oder materiellen Dingen, formen soziale Praktiken empirisch wahrnehmbare Bündel von Praktiken und Arrangements. Diese Bündel konstituieren spezifische Kontexte in Form von *sites* (z. B. landwirtschaftliche Praktiken, ein bestimmtes „Gerechtigkeitsregister“ oder ein Ernährungsregime). Diese sind jedoch nicht statisch, sondern es handelt sich um temporäre und kontingente Fixierungen, die einem Prozess der permanenten Modulation und Reorganisation (*endless becoming*) unterliegen und ermöglichende oder beschränkende Macht auf zukünftige Praktiken ausüben. Soziale Phänomene (wie z. B. die Forderung nach einem neuen Recht) sind als bestimmte Ausschnitte oder Aspekte des „Plenums“, das die Gesamtheit aller Bündel von Praktiken und Arrangements darstellt, zu verstehen. Ausgedrückt in sozialen Praktiken können soziale Phänomene zu sozialem Wandel beitragen.

Die omnipräsenten Antagonismen einer jeden Gesellschaft, die Ungleichheit und Ungechtigkeit (re)produzieren, animieren sozialen Wandel. Allerdings sind nicht sämtliche der Praktiken, die zu sozialem Wandel beitragen, tatsächlich auch politische Praktiken. Letztere zeichnen sich im Wesentlichen dadurch aus, dass sie in der Öffentlichkeit stattfinden und sich an dieselbige richten. Außerdem haben sie das Ziel, bestimmte Organisationskomponenten bestehender Praktiken entweder reflektiert zu verändern und damit gezielt Veränderungen hinsichtlich der jeweiligen Praktiken und Arrangements herbeizuführen oder bestimmte soziale Praktiken intentional und reflektiert zu legitimieren, um damit sozialen Wandel zu verhindern und einen *status quo* aufrecht zu erhalten.

In der folgenden Abbildung sind die Begriffe und Zusammenhänge dieses Kapitels schematisch dargestellt. In Fenster (a) lässt sich die allgemeine Konstitution von Praktiken-Arrangement-Bündeln (B-P-A) nachvollziehen. Fenster (b) zeigt den Zusammenhang dieser Bündel in Form eines temporären und räumlich fixierten *sites*. Durch Präfiguration, also Ermöglichung und Beschränkung bzw. Modulation und Reorganisation, kann sich dieser raumzeitlich verändern oder verfestigen. Fenster (c) stellt die Konstitution des ständigen sozialen Wandels, in Form des *endless becoming*, dar. Dabei animieren temporär und räumlich fixierte *sites* (z. B. Gerechtigkeitsregister A) in Form von Antagonismen sozialen Wandel. Dieser wird durch soziale Phänomene, Modulation und Reorganisation

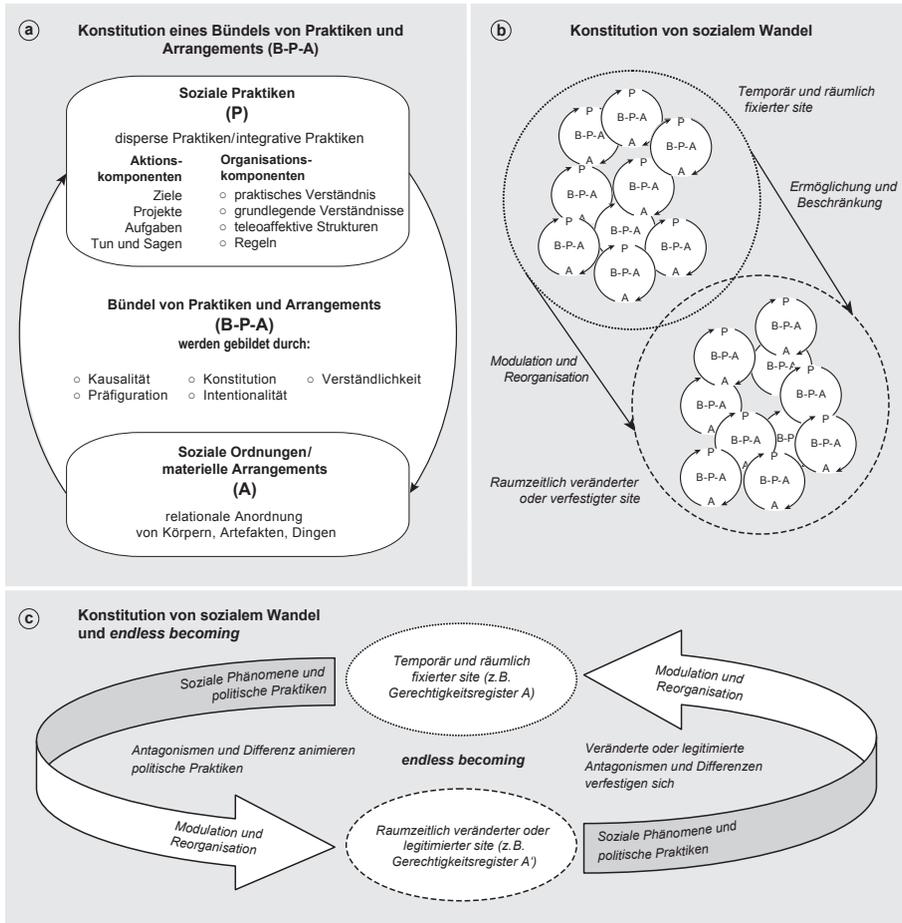


Abb. 3: Konstitution sozialen Wandels aus praktientheoretischer Perspektive  
 Quelle: Eigener Entwurf, Fenster (a) verändert nach Maus (2015, S. 59)

sowie politische Praktiken animiert und herbeigeführt, so dass sich daraus ein raumzeitlich veränderter oder legitimierter, d. h. verfestigter site entwickeln kann (z. B. Gerechtigkeitsregister A'). Dieser offenbart entweder neue oder bestehende Differenzen. In der Folge beginnt das *endless becoming* von Neuem.

### 3.4 Vorschlag eines politisch-geographischen Analyserahmens zur Untersuchung rechtebasierter Forderungen

In diesem Unterkapitel sollen die vorgestellten Theoriestränge nun verknüpft und ein Vorschlag erarbeitet werden, wie sich emergente rechtebasierte Forderungen und damit

auch die Forderung nach Ernährungssouveränität aus einer politisch-geographischen Perspektive untersuchen lassen. Dazu sollen zunächst die Kerninhalte der jeweiligen Perspektiven zusammengefasst werden:

- Hegemonietheorien bieten wertvolle metatheoretische Ansatzpunkte. Sie erklären aus politökonomischer bzw. poststrukturalistischer Perspektive die Beständigkeit und Manifestation eines hegemonialen Regimes sowie das Zustandekommen einer gegen-hegemonialen Forderung wie das Recht auf Ernährungssouveränität.
- Das „Recht auf Rechte“ und die Metapher eines *big tent* zeigen, dass es sich bei solchen Forderungen nicht um ausdefinierte Programme handelt, sondern um universelle Rechte, die als Basis für regionale Adaptionen bzw. konkretere Ausgestaltungen gelten können.
- Die agonistische Demokratietheorie zeigt auf, dass im Rahmen politischer Aushandlungsprozesse zwar ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden kann. Dieser bleibt jedoch immer unkämpft und ist das Resultat der Aushandlung von Antagonismen.
- Die Idee der Souveränität basiert auf dem paradoxen Prinzip der Selbstermächtigung: entweder durch die Proklamierung eines souveränen „Ausnahmestandes“ oder durch alltägliche politische Praktiken innerhalb eines agonistischen Spielraumes.
- Gerechtigkeitsfragen spielen dabei eine große Rolle. Gerechtigkeit ist mehrdimensional, so dass einzelne Forderungen sich inhaltlich widersprechen oder ergänzen können. Gleichermaßen können durch Gerechtigkeitsforderungen neue Ungerechtigkeiten hervorgebracht werden.
- Praktikentheorie eröffnet einen geeigneten Ansatz, soziale Praktiken beschreiben und in Bezug auf ihre Organisation ausdifferenzieren nachvollziehen zu können.
- Die analytische Ebene von Praktiken ist „flach“. D.h. Maßstäbe sind keine vorgegebenen Kategorien, sondern das Resultat von unterschiedlich miteinander vernetzten Praktiken. Allerdings beeinflusst die Konstruktion von Maßstäben wiederum die Ausübung sozialer Praktiken.
- Politische Praktiken zeichnen sich im Wesentlichen durch das Charakteristikum aus, Regeln und normative Zielvorgaben von Praktiken gezielt und reflektiert zu ändern oder zu legitimieren. Außerdem zielen sie auf die öffentliche Sphäre der Gesellschaft ab und basieren auf Differenz, d. h. zumeist auf erfahrener Ungerechtigkeit.

Diese Argumente zeigen einen grundsätzlichen Bruch: In einem ersten Schritt wurde eine erklärende Perspektive auf die hegemoniale, durch Antagonismen geprägte Konstitution von Gesellschaft geworfen. Es wurde dargestellt, wie ein neues Recht betrachtet werden kann und welche Rolle dabei Souveränität, politische Praxis und Gerechtigkeit spielen. Zweitens wurde eine Sozialontologie vorgestellt, die sozialen Wandel nicht erklären kann,

dafür aber den Anspruch hat, menschliche Sozialität – und damit auch die politische Dimension des Sozialen – in ihrer Gesamtheit beschreiben zu können. Trotz dieser unterschiedlichen Ansprüche und Voraussetzungen lassen sich beide Perspektiven jedoch miteinander vereinen, da die vorgestellte Praktikentheorie genau die theoretische Lücke schließt, die die Politischen Theorien offenlassen: Sie bietet einen ausdifferenzierten Analyserahmen, um soziale bzw. politische Praktiken rekonstruieren zu können. Die Politischen Theorien dagegen bieten das, was die Praktikentheorie nicht leisten kann: Sie erklären sozialen Wandel aus der grundsätzlichen Annahme, dass Sozialität nicht konform und homogen, sondern ständig von Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Antagonismen und hegemonialen Ordnungen durchdrungen ist. Wie dieser Zusammenschluss funktionieren kann, wird in den nun folgenden Unterkapiteln aufgezeigt, indem die Begriffe „Gerechtigkeitstopologien“ und „Souveränitätspraktiken“ eingeführt werden.

### **3.4.1 Gerechtigkeitstopologien**

„[W]hen power is understood topologically we lose much of the reassurance that comes with knowing where think we can find it and what it may do. What we gain, I would argue, is a better grasp of how power is practiced; that is, the manner in which it is exercised when space is folded or stretched through time to gain advantage.“ (ALLEN 2016, S. 37)

Dieses Zitat des Humangeographens John Allen liefert eine passende Ausgangsthese für den nun folgenden perspektivischen Vorschlag, Gerechtigkeitsforderungen aus einem topologischen Raumverständnis heraus zu untersuchen. Ein solches Verständnis bietet die Möglichkeit, die räumlichen Logiken und Charakteristika politischer Praktiken in den Blick zu nehmen, ohne jedoch die Existenz räumlicher Arrangements und Konstellationen wie Maßstabebenen essentialisieren zu müssen.

Doch was bedeutet es nun eine solche Perspektive einzunehmen? Wie lassen sich die bisher beschriebenen theoretischen Ansätze zu einer topologischen Perspektive verbinden?

Die Hegemonietheorien LACLAUS und MOUFFES (2001 [1985]) sowie PEETS (2007) verdeutlichen, dass gesellschaftliche Differenz immer ein machtvolleres Verhältnis von hegemonialen Ordnungen ist. Inhaltlich stellt PEET (2007) drei analytische Arenen oder Dimensionen fest: wirtschaftliche Macht als Kontrolle über Kapital, ideologische Macht in Form einer Kontrolle über grundsätzliche Denkweisen und politische Macht als Kontrolle über politische Institutionen. Diese Kategorisierung weist eine auffällige Analogie zur Gerechtigkeitstheorie FRASERS (2008) auf, nach der ebenfalls drei analytische Kategorien von Gerechtigkeit festzustellen sind: ökonomische Umverteilung, kulturelle Anerkennung und politische Repräsentation. Die dazugehörigen Ungerechtigkeitsformen sind: *maldistribution*, *misrecognition* und *misrepresentation*.

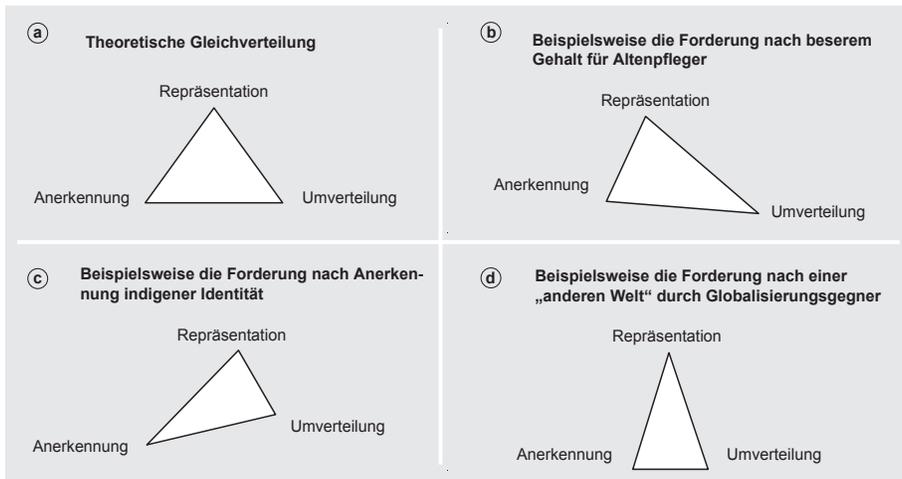


Abb. 4: Theoretische Gleichverteilung unterschiedlicher Gerechtigkeitsdimensionen und Beispiele empirischer Abweichungen  
Quelle: Eigener Entwurf

Wenn nun ein neues, universelles Recht auf Selbstbestimmung in Form eines gegenhegemonialen „Knotenpunktes“ eingefordert wird, dann handelt es sich immer um die Einforderung von Gerechtigkeit innerhalb dieser drei Arenen, die sich inhaltlich ergänzen aber auch widersprechen können (Kap. 3.2.3). Weiterhin sind Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation empirisch zwar nie wirklich voneinander zu trennen, d. h. sie bedingen sich gegenseitig und sind inhaltlich eng miteinander verbunden, jedoch müssen sie nicht in gleichem Maße in einzelnen Gerechtigkeitsforderungen enthalten sein. Beispielsweise kann die Einforderung von kultureller Differenz bzw. Identität im Vordergrund stehen und die damit verbundenen Forderungen nach Umverteilung bzw. politischer Teilhabe können in den Hintergrund rücken ohne jedoch gänzlich davon getrennt zu sein. Die obige Abbildung 4 zeigt schematisch die theoretische Gleichverteilung der drei Gerechtigkeitsdimensionen sowie mögliche empirische Beispiele, die in ihrer Gewichtung von der Gleichverteilung abweichen können.

Darüber hinaus handelt es sich bei rechtebasierten Forderungen um soziale Phänomene, bei denen die räumliche Dimension eine große Rolle spielt: Durch die soziale Organisation in Maßstabsebenen und dazugehörigen Institutionen (z. B. Nationalstaat, Europäische Union, Vereinte Nationen) fungiert Räumlichkeit zum einen als Garant für die Beständigkeit und Stabilität eines bestimmten „Gerechtigkeitsregisters“ sowie als Adressat von Gerechtigkeitsforderungen. Zum anderen jedoch eröffnen, reproduzieren und beanspruchen Gerechtigkeitsforderungen ihre eigenen Maßstabsebenen, indem Räume und Orte normativ-moralisierend „aufgeladen“ (vgl. ERMANN und REDEPENNING 2010;

SMITH 1997) und politisch-strategisch in Form von *politics of scale* (vgl. SWYNGEDOUW 1997) eingesetzt werden.

So argumentiert auch Doreen MASSEY (2005, S. 181 ff.), dass es sich bei den Kategorien „Raum“ (*space*) und „Ort“ (*place*) um relationale Konstruktionen handle, die unterschiedlich eingesetzt werden und dadurch spezifische normative Eigenschaften aufweisen: So werde „das Globale“ häufig in Verbindung mit abstraktem Raum gebracht, der stellvertretend für das „Außen“, Surrealismus und „Nichtauthentizität“ stehe. Im Gegensatz dazu repräsentiere „das Lokale“ den Ort (*place*) und symbolisiere, häufig verstärkt durch eine strategische Romantisierung, gleichermaßen Authentizität, Emotionalität sowie andere konkrete Bedeutungen und helfe dabei, Identitäten zu erschaffen und sie räumlich zu binden, wobei die tatsächliche, absolute Ausdehnung dabei unerheblich sei (vgl. auch TUAN 1979). Auch die im Rahmen der Forderung nach Ernährungssouveränität häufig zu vernehmende Dichotomie *food from nowhere*, produziert durch ein global wirksames *corporate food regime* und *food from somewhere*, produziert durch lokal „verwurzelte“ agrarökologische Hersteller (vgl. MCMICHAEL 2009a, S. 147; CAMPBELL 2009; SCHERMER 2015) bedient sich dieses Schemas von „fremdem *space*“ und „bekanntem *place*“ und stellt die polarisierende Wirkung her, dass das Globale als „feindlich“ und das Lokale als „freundlich“ und als Lösungsstrategie moralisiert und instrumentalisiert wird (vgl. ERMANN 2015, S. 80).

Doreen Massey beschreibt dies auf einer abstrakteren Ebene ganz ähnlich:

„The differential placing of local struggles within the complex power-geometry of spatial relations is a key element in the formation of their political identities and politics. In turn, political activity reshapes both identities and spatial relations. Space, as relational and as the sphere of multiplicity, is both an essential part of the character of, and perpetually reconfigured through political engagement. And the way in which the spatiality is imagined by the participants is also crucial.“ (MASSEY 2005, S. 183)

Weiterhin betont MASSEY (ebd. S. 189), dass diese Produktion von Räumlichkeit in Bezug auf zukünftige, politische Entwicklungen in radikaler Weise offen sei und dadurch immer ein andauernder Prozess des „Werdens“ stattfinde (ähnlich wie es auch Schatzki mit dem *endless becoming* beschreibt). Trauger interpretiert diesen von Massey beschriebenen Prozess wie folgt:

„As such, space is held together through the process of being made and unmade; it is temporary, transformative and subversive in multiple dimensions. [...] This view lends itself to understanding how space and territory are mobilized for political purposes.“ (TRAUGER 2013, S. 10)

Bei Gerechtigkeitsforderungen im Rahmen des Antiglobalisierungsdiskurses wird diese politische Dimension von Räumlichkeit sehr deutlich, indem die lokale oder regionale Ebene häufig als universelle Antworten auf global hervorgerufene Ungerechtigkeitsformen gelten. Gleichmaßen jedoch richten Globalisierungsgegner, im Sinne des *all-affected principle*, ihre Forderungen an die globale Ebene, mit einem Verweis darauf, dass Lösungen nicht nur mit lokaler oder regionaler Einhegung und Romantisierung zu erreichen seien, sondern dass es insgesamt einer „anderen Welt“ bedürfe. Auch bei anderen Gerechtigkeitsforderungen werden unterschiedliche Maßstabebenen eingeklagt: Z. B. politisieren Befürworterinnen und Befürworter der Anerkennung von alternativen genderspezifischen Lebensentwürfen eine Maßstabebene, die hauptsächlich von der feministischen Geographie berücksichtigt wird und bei der es sich sozusagen um eine „sublokale“ Ebene handelt. Sie heben die Bedeutung und Selbstbestimmung des eigenen Körpers hervor und politisieren das Private, etwa die Institution der Familie, in hohem Maße. Parallel dazu richten sie ihre Forderung an nationale Institutionen, die inhaltlich immer durch ein unterschiedliches Verhältnis von Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz geprägt sind.

In Kapitel 3.1.4 wurde deutlich, dass Forderungen nach neuen Rechten unweigerlich mit Souveränitätsansprüchen in Form des Bestrebens nach Selbstermächtigung verknüpft sind: So schreibt KOSKENNIEMI (2010, S. 232f.), dass Souveränität gerade dann große Bedeutung erlange, wenn Macht in großer Ferne sei und wenn es darum gehe, den *status quo*, also hegemoniale Strukturen und bestehende „Gerechtigkeitsregister“, anzufechten und Machtverhältnisse zu verschieben. Souveränität erhalte dabei den Charakter eines strategischen Arguments oder einer „Fiktion“, wie GRATTON (2012) es ausdrückt, was jedoch nicht bedeutet, dass Forderungen nach Souveränität rein immateriell und ideell sind. Ein Blick zurück auf Frasers Gerechtigkeitstheorie und Peets Hegemonietheorie erinnert daran, dass Gerechtigkeitsforderungen immer die Dimensionen der Anerkennung (ideelle Macht), Umverteilung (wirtschaftliche Macht) und Repräsentanz (politische Macht) enthalten.

So greifen auch ROSSET und MARTÍNEZ-TORRES (2012, S. 3) in Bezug auf die Forderung nach Ernährungssouveränität auf das Konzept der *material* und *immaterial territories* (vgl. FERNANDES 2009) zurück. Sie zeigen auf, dass es bei Ernährungssouveränität um einen Kampf um materiell verfügbares Land gehe, es sich jedoch genauso um einen Kampf um immaterielle, ideologische Territorien handele. Damit ist ein „Raum der Ideen“ gemeint, der sich lokal z. B. in Form von agrarökologischen Praktiken manifestiert, aber global als normativer Diskurs transportiert wird. Passend dazu bezeichnet ELDEN (2013, S. 322) Territorialität als eine „politische Technologie“. Er beschreibt damit keine absolute Manifestation von Macht, sondern betrachtet Territorialität als eine relationale und anfechtbare Konstruktion. Es handelt sich also um spezifische historisch-geographisch Kontexte, in denen sich souveräne Macht räumlich manifestiert:

„Understanding territory as a political technology is not to define territory once and for all; rather, it is to indicate the issues at stake in grasping how it was understood in different historical and geographical contexts.“ (ELDEN 2013, S. 323)

Insgesamt wird also deutlich, wie sich Souveränitätsansprüche in relationalen Maßstabsebenen und konkreten Territorien als „alltägliche Ausnahmestände“ (Kap. 3.1.4 und 3.1.5) manifestieren, in dem Sinne, dass bestehende Regeln in einem Akt der Selbstermächtigung für bestimmte raumzeitliche Momente ausgesetzt werden. Diese können sich – genau wie die drei Dimensionen von Gerechtigkeit (Anerkennung, Umverteilung, Repräsentanz) – überschneiden, miteinander in Konflikt geraten oder ergänzen. Aus der Perspektive von Schatzkis Praktikentheorie handelt es sich dabei um soziale Phänomene, die als Ausschnitte (*slices*) aus bestimmten Kontexten kausale und präfigurierende Wirkung im Sinne von Ermöglichung und Beschränkung haben und damit zukünftige Praktiken kanalisieren.

Zusätzlich ist Räumlichkeit in Form von Maßstabsebenen selbst in den jeweiligen Praktiken als teleoaffektive Struktur enthalten. Die normativ-moralische Instrumentalisierung der Ebenen global und lokal verdeutlicht dies anschaulich und es wird ersichtlich, dass, ähnlich wie auch WERLEN (1997) die „alltägliche Regionalisierungen“ beschreibt, Maßstabsebenen nicht vor den Praktiken existieren, sondern soziale Praktiken Maßstabsebenen erst in Form von Arrangements erschaffen, ständig verändern und reproduzieren. Sie folgen damit einer ganz eigenen räumlichen Logik, d.h. sie weisen bestimmte topologische Charakteristika auf, indem sie sich entweder mit bestimmten Praktiken und Arrangements verbinden oder sich von ihnen abgrenzen. Empirisch sind diese wahrnehmbar durch spezifische Bündel von Praktiken und Arrangements mit unterschiedlicher Reichweite und Komplexitätsstufen, beispielhaft vertreten durch:

- Körper und Familien als sublokale Ebene, in Verbindung mit u. a. Praktiken des sich Ernährens, des Eingehens von Intimbeziehungen oder des Erziehens,
- Gemeinden oder Dörfer als lokale Ebene, in Verbindung mit u. a. Praktiken der Nachbarschaftshilfe, der Gemeinderatsversammlungen oder des Feierns traditioneller Feste,
- verschiedene Formen der Regionalisierung wie z. B. spezifische kleinräumige Gebiete aber auch Bundesländer, Nationalstaaten, Staatenverbände als regionale oder supraregionale Ebenen in Verbindung mit u. a. Praktiken des Sprechens von Dialekten oder der Landessprache, des Steuerzahlens, des Grenzen Kontrollierens oder des Konsumierens bestimmter landestypischer Lebensmittel oder Gerichte,
- Finanzmärkte oder soziale Bewegungen als globale Ebene in Verbindung mit u. a. Praktiken der multilateralen Verhandlungen, des Wertpapierhandels, des grenzüberschreitenden Vernetzens oder des Demonstrierens gegen internationale Abkommen.

Was bedeutet diese räumliche Perspektive nun für Gerechtigkeitsforderungen? Durch die Einforderung eines neuen Rechtes entstehen komplexe „Gerechtigkeitstopologien“. In Form von spezifischen *sites*, also sozialen Kontexten, stehen sie räumlich in Beziehung zueinander und sind eng miteinander verflochten. Sie reproduzieren und verändern Maßstabebenen und sind immer dadurch geprägt, dass sie unterschiedlich gewichtete Forderungen nach Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz enthalten. Damit handelt es sich um ein topologisches Verständnis des politischen Raumes der, wie BARNETT (2012, S. 684) es ausdrückt, sich in Form von kontextuellen, situierten und „weltlichen“ politischen Praktiken manifestiere, die nicht an territoriale Grenzen gebunden seien und demnach ihrer eigenen räumlichen Logik folgten. Auch die Argumentation FRASERS (2005), dass die Aushandlung von Gerechtigkeitsfragen im Rahmen eines keynesianisch geprägten Nationalstaates als einzige Maßstabs- und Bezugsebene von Gerechtigkeit nicht mehr aufrechterhalten werden könne, passt in hohem Maße zu dieser Perspektive: So werde der nationalstaatliche Rahmen zwar nicht vollständig abgelöst aber von anderen Ebenen mit kleinerer oder größerer Reichweite durchdrungen.

In der folgenden, als Erweiterung zur Abbildung 4 gedachten Darstellung, können diese „Gerechtigkeitstopologien“ schematisch nachvollzogen werden. Dabei symbolisieren die Dreiecke jeweils bestimmte Gerechtigkeitsforderungen und die Kreise unterschiedliche Maßstabebenen, die durch diese Forderungen produziert und durchdrungen werden. Die Unübersichtlichkeit dieser Abbildung ist durchaus „gewollt“, da es hier nicht darum geht, einzelne Forderungen darzustellen, sondern die komplexe Verflechtung und räumliche Wirkmacht dieser Dynamik andeuten zu können.

Bei dieser Darstellung ist es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass Maßstabebenen, analytisch nicht vertikal oder hierarchisch angeordnet sind, sondern nur die Ebene der Praktiken und Arrangements existiert (vgl. MARSTON et al. 2005; SCHATZKI 2016a). Maßstabebenen müssen also als horizontale und „flache“ Verknüpfungen von Praktiken-Arrangement-Bündeln mit unterschiedlicher Reichweite und Komplexitätsstufen verstanden werden, die SCHATZKI (2011; 2016a, S. 33) in Zweierbeziehungen, Verbindungen und Konstellationen unterteilt (Kap. 3.3.2). Die Kategorien, sublokal, lokal, regional, supraregional und global existieren bei diesem topologischen Raumverständnis also nur im Vergleich zueinander. Sie sind nicht klar voneinander abzugrenzen oder als autark zu betrachten, ähnlich wie es auch der Kulturwissenschaftler Stephan Günzel beschreibt:

„Raum wird im Zuge [eines topologischen Raumverständnisses] nicht mehr als eine dreifach dimensionierte Entität oder formale Einheit gefasst, sondern anhand von Elementen beschrieben, die relational zueinander bestimmt werden. – Mit anderen

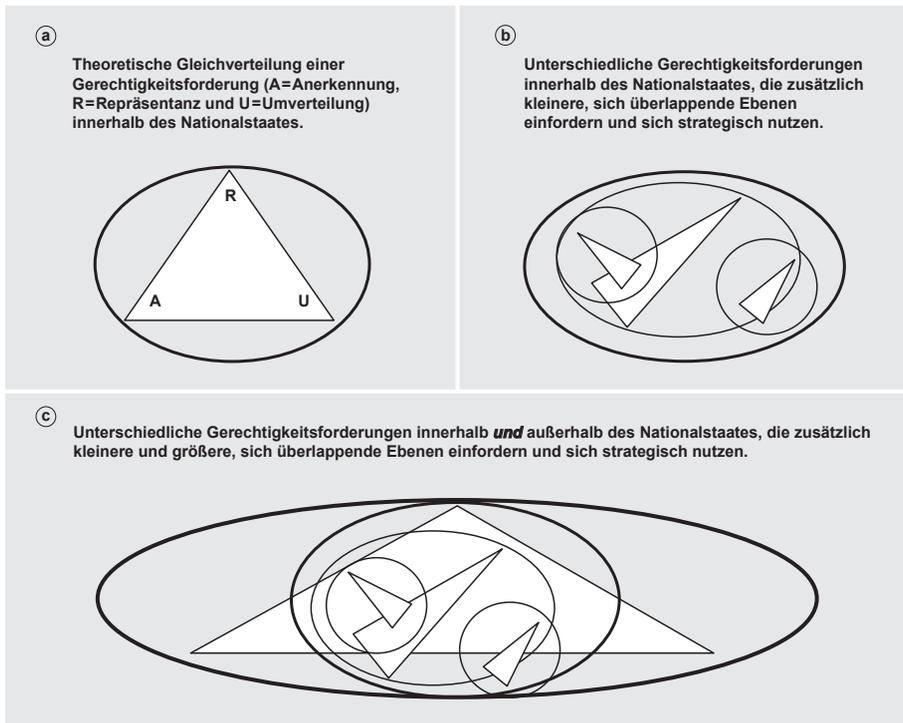


Abb. 5: Gerechtigkeitstopologien

Quelle: Eigener Entwurf

Worten: An die Stelle des Ausdehnungsaprioris tritt eine Strukturdarstellung von Raum.“ (GÜNDEL 2007, S. 17)

Das bedeutet, dass der absolute, physikalische und messbare Raum eine nur untergeordnete Rolle bei dieser ursprünglich aus der Mathematik bzw. der Geometrie stammenden Sichtweise<sup>2</sup> einnimmt. Vielmehr geht es darum, horizontale Lagebeziehungen von Einzel-elementen durch topologische Grundformen wie Knoten, Kanten und Maschen in Form eines Beziehungsgeflechtes darzustellen oder, wie GÜNDEL (ebd., S. 21) es ausdrückt, „die Entsprechungen im Verschiedenen [zu identifizieren und] zu beschreiben“.

2 Eine weitere Lesart des topologischen Ansatzes, die sich m. E. nicht grundlegend mit der mathematischen Konzeption widerspricht, geht zurück auf die Philosophie Heideggers. Im Sinne seiner Fundamentalontologie (vgl. HEIDEGGER (2006 [1927])) lässt sich der Begriff „Topologie“ derart interpretieren, dass er nicht nur der Darstellung des strukturellen Beziehungsgeflechtes von Räumlichkeit dient, sondern auch die Herstellungsweise von Räumen und Orten bezeichnet. Orte (altgr. *topos*) sind diesem Verständnis nach keine gegebenen, natürlichen Entitäten, vielmehr werden sie sinnhaft in die „Welt“ gebracht bzw. „ins Dasein geredet“ (altgr. *logos* = Rede oder Sinn; vgl. zu einer Diskussion des Begriffes „Topologie“ bei Heidegger MALPAS 2006). Räumlichkeit bzw. die Vorstellungen räumlich wirksamer Arrangements und Strukturen (wie z. B. Maßstabsebenen) können somit als ein „Effekt exemplarischer ›Ortschaften‹ bestimmt“ werden (GÜNDEL 2007, S. 21).

Wie es auch WOODWARD et al. (2010, S. 274) hervorheben, soll mit diesem Raumverständnis das empirische Vorhandensein und die gesellschaftliche Relevanz von Maßstabsebenen jedoch nicht relativiert werden. Vielmehr soll verdeutlicht werden, dass eine Gerechtigkeitsforderung nicht innerhalb einer Maßstabsebene untersucht werden kann, wie z. B. „nationale oder lokale Ernährungssouveränität“, sondern dass mit einer Gerechtigkeitsforderung abstrakte Räumlichkeit strategisch und politisch eingesetzt wird. Dadurch können Maßstabsebenen gestärkt, instrumentalisiert aber auch infrage gestellt werden. „Gerechtigkeitsstopologien“ sind also eine abstrakte Bezeichnung für bestimmte *sites*, die, wie in Kapitel 3.3.3 deutlich wurde, die Ausübung zukünftiger, neuer Praktiken entweder ermöglichen oder beschränken. Dementsprechend handelt es sich bei der EINForderung eines neuen Rechtes um ein soziales Phänomen, in dessen Rahmen spezifische politische Praktiken Gerechtigkeit und damit Souveränität einklagen.

Auf diese „Souveränitätspraktiken“ soll im folgenden Unterkapitel eingegangen werden.

### 3.4.2 Souveränitätspraktiken

Wie bereits anhand der Ausführungen Connollys und Tullys deutlich wurde (Kap. 3.1.5), handelt es sich bei politischer Aktivität nicht nur um große „politische Narrative“ (vgl. GADINGER et al. 2014) also Gründungsmythen, Nationenbildung oder Revolutionen, die CONNOLLY (1995, S. xxi) als *politics of representational assemblages* bezeichnet. Im Rahmen dieser Arbeit sollen gerade die *micropolitics*, die sich in Form von *politics of enactment* (ebd.) bzw. „Praktiken der Freiheit“ (vgl. TULLY 2008, S. 23 f.) abspielen, in den Fokus gerückt werden. Von dieser agonistischen Perspektive aus betrachtet ist auch die Idee der Souveränität fest eingebunden in alltägliche politische Praktiken derjenigen, die die konstituierende Kraft einer politischen Gemeinschaft, also das souveräne Volk, darstellen. Interpretiert man Connollys *politics of enactment* nun als eine Form von Tullys „Praktiken der Freiheit“, handelt es sich um alltägliche souveräne Entscheidungen oder „Ausnahmezustände“, die entweder innerhalb oder außerhalb der bestehenden Regeln gefällt werden können.

Diese Form „alltäglicher Souveränitäten“ tritt noch deutlicher zutage, wenn wiederum das „politische Paradox“ als theoretische Grundlage gilt: Das Volk, als Basis einer demokratischen Gesellschaft, kann nach HONIG (2009) niemals absolut der souveränen Kraft seiner Gesetze unterliegen, da es gleichzeitig Autor und Ergebnis dieser Gesetze ist und zusätzlich in seiner Gestalt als *multitude* (vgl. HARDT und NEGRI 2004) nicht einem einheitlichen Willen unterliegt, sondern heterogene Interessen verfolgt:

„The insoluble paradox of politics, which thematizes the concern that good citizens presuppose good law (to shape them) but good law presupposes good citizens (to make good law), teaches an important truth of democratic theory and practice: The people, the so-called center of democratic theory and practice, are always inhabited

by the multitude, their unruly ungovernable double. And the law, to which liberal and democratic theorists look as a resource in their efforts to privilege the people over the multitude, is itself undecidable as well.“ (HONIG 2009, S. 3)

In Kapitel 3.3.4 wurde außerdem deutlich, was politische Praktiken von unpolitischen trennt. Darauf soll an dieser Stelle noch einmal zurückgegriffen werden: Soziale Praktiken, die Maßstabebenen konstruieren oder reproduzieren, müssen nicht in jedem Fall politische Praktiken sein. Zu nennen sind z. B. unreflektierte Praktiken wie regionale Feste zu feiern, regionale Lebensmittel zu konsumieren, ein Fan der Fußball-Nationalmannschaft zu sein oder einen Dialekt zu sprechen. Sobald sie jedoch mit der ideologisch-reflektierten Zielvorgabe ausgeübt werden, diese Praktiken zu legitimieren, um sie damit aktiv zu stärken und einen sozialen Wandel zu verhindern, handelt es sich um politische Praktiken oder mit anderen Worten um die von TULLY (2008) beschriebenen politischen „Praktiken des Regierens“. Das bedeutet also, dass die oben genannten Praktiken einen politischen Charakter erhalten, wenn diejenigen, die sie ausüben, dies mit der Zielvorgabe tun, ein bestimmtes Territorium zu repräsentieren und dessen Identität zu stärken. Durch die Ausübung dieser „Souveränitätspraktiken des Regierens“ wird dazu beigetragen, einen bestimmten, räumlich gebundenen *status quo*, in Form einer souveränen Macht zu stärken und aufrechtzuerhalten.

Wenn nun allerdings versucht wird, bestimmte Praktiken ideologisch-reflektiert zu verändern, um explizit oder implizit einen sozialen Wandel herbeizuführen, dann erhalten soziale Praktiken in Anlehnung an TULLY (2008) den Charakter von „Souveränitätspraktiken der Freiheit“, die dazu dienen, Souveränität nicht zu legitimieren, sondern sie einzufordern. Wichtig ist dabei, dass diese Praktiken nur dann politischen oder sogar gegen-hegemonialen Charakter haben können, wenn diese Praktiken im Kontext eines *political sites* stehen. Das bedeutet, es ist immer entscheidend, wann, wie und wo sie ausgeübt werden und dass sie abhängig vom jeweiligen Kontext eine gewisse Auffälligkeit oder eine provozierende „Unangemessenheit“ zeigen, die in Anlehnung an CRESSWELL (1996) als *out of place* bezeichnet werden kann. So sind etwa öffentlich demonstrierte Praktiken des Veganismus oder der Homosexualität in bestimmten sozialen Kontexten gesellschaftlich nicht akzeptiert und erlangen so erst in einem *space of appearance* politischen oder sogar gegen-hegemonialen Charakter.

Wenn z. B. bei offiziellen Anlässen eine bestimmte Sprache gesprochen wird, um damit gezielt politisch marginalisierte Gruppen zu repräsentieren oder auf sie aufmerksam zu machen, handelt es sich beim Sprechen dieser Sprache um eine politische Praktik (z. B. Französisch sprechen in Kanada, Katalanisch in Spanien oder Aymara in Bolivien). Ähnlich verhält es sich mit dem sogenannten „politischen Konsum“ (vgl. u. a. MICHELETTI et al. 2004), bei dem, wie z. B. im Rahmen der Slow-Food-Bewegung (vgl. HONIG 2009, S. 57 ff.), ausgewählte regionale oder ökologisch hergestellte Lebensmittel ideologisch-

reflektiert gekauft, zubereitet und konsumiert werden oder bewusst auf bestimmte Lebensmittel verzichtet wird, um zu einem gesellschaftlichen Wandel beizutragen. Genauso kann bei landwirtschaftlicher Produktion bewusst und aus politischen Gründen auf chemische Düngemittel verzichtet werden, um damit ebenfalls eine Veränderung landwirtschaftlicher Praktiken zu bewirken. Durch die Ausübung dieser „Souveränitätspraktiken der Freiheit“ werden somit relationale Souveränitätsansprüche eingefordert, die in Form von „Gerechtigkeitstopologien“ (Kap. 3.4.1) räumlich wirksam werden.

Die teleoaffektive Struktur von „Souveränitätspraktiken der Freiheit“ ist dabei nicht nur darauf begrenzt, dass es sich um eine ideologisch-reflektierte Praktik des „Praktiken-Veränderns“ (vgl. DÜNCKMANN und FLADVAD 2016) handelt, sondern dass – wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung – alle drei Gerechtigkeitsdimensionen nach FRASER (2008), also Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz in ihnen enthalten sind. So vernetzen sich z. B. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, um eine verbesserte politische Partizipation zu erreichen. Sie legen hohen Wert auf regionale und ökologisch produzierte Lebensmittel, um einerseits ihre Marktposition zu verbessern und um andererseits um Anerkennung für ihren bäuerlichen Lebensstil, bzw. für ihre Produkte und ihre Identität zu kämpfen. Gerechtigkeitsforderungen sind also immer in der teleoaffektiven Struktur von „Souveränitätspraktiken der Freiheit“ enthalten. Sie geben normativ vor, was durch die Ausübung einer bestimmten Praktik erreicht werden soll und begleiten diese Zielvorgabe mit bestimmten Emotionen, nämlich dem Gefühl, gegen eine für ungerecht empfundene Situation ankämpfen zu müssen.

Die aufgezählten Praktiken können jedoch auch völlig unpolitisch ausgeführt werden. Dies ist z. B. der Fall, wenn in der teleoaffektiven Struktur keine politisch-ideologische Reflektion bzw. Gerechtigkeitsforderungen enthalten sind (Kap. 3.3.4): Die Sprache der politisch marginalisierten Gruppe kann etwa aus Gewohnheit oder Notwendigkeit gesprochen werden, ein regionales Produkt kann wegen des Geschmacks oder des Preises gekauft werden und auf chemische Düngemittel kann verzichtet werden, weil es günstiger ist, eigene Düngemittel herzustellen. Nicht einfach zu bewerten ist dagegen das Phänomen von Modeerscheinungen: Bei alternativen Ernährungsweisen oder dem Tragen extrovertierter Kleidung lässt sich beispielsweise sehr gut beobachten, wie sich eine ursprünglich politische Motivation mit einer Mode vermischt. In diesen Fällen würde die teleoaffektive Struktur eher darin bestehen, die individuelle Identität zu stärken und zu formen als zu gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. Da aber eine Modeerscheinung immer eine gewisse gesellschaftliche Adaption einer bestimmten Praktik beinhaltet, lässt sich davon ausgehen, dass die Ausübung ehemals politisch motivierter „Souveränitätspraktiken der Freiheit“, wie z. B. der Verzicht auf tierische Produkte oder Piercing-Praktiken der Punk-Subkultur, durchaus gesellschaftlichen Wandel animiert haben. So richtete sich das Tragen von Piercings in den 1970er und 1980er Jahren symbolisch gegen den damaligen, für konservativ empfundenen gesellschaftlichen Mainstream und galt

dementsprechend aus hegemonialer Sicht als nicht akzeptabel, während es heute allgemein als Mode gilt. Ähnlich verhält es sich mit Veganismus, der vor wenigen Jahren noch stärker politisch motiviert war und sich gegenwärtig zunehmend zu einer Modeerscheinung entwickelt.

Daraus folgt, dass „Souveränitätspraktiken der Freiheit“ nicht immer den Anspruch haben müssen, umfassenden, radikalen und sofortigen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Sie zielen, ausgedrückt mit dem Vokabular Schatzkis, nicht von vornherein darauf ab, das grundlegende Verständnis von sozialen Praktiken abzulösen (z. B. die grundsätzliche Beseitigung normativer Leitbilder wie Leistung oder Wettbewerb), sondern eher eine alternative Regelauslegung der jeweiligen Praktiken zu bewirken. Hilfreich ist dabei auch ein Blick zurück (Kap. 3.2.2) auf den von FRASER (2008) beschriebenen Unterschied zwischen transformativen Maßnahmen (Differenzen werden überwunden und grundlegende Strukturen werden verändert) und affirmativen Maßnahmen (Differenzen werden hervorgehoben und grundlegende Strukturen werden nicht verändert).

Entgegen der Argumentation Frasers, dass bei affirmativen Maßnahmen kein sozialer Wandel eintreten kann und Ungerechtigkeiten reproduziert werden, soll hier jedoch argumentiert werden, dass eine affirmative Anerkennung einer bestimmten, öffentlich demonstrierten „Souveränitätspraktik“ durchaus eine langfristige gesellschaftliche Adaptation und eine Routinierung der jeweiligen Praktik hervorrufen und somit auch zu einem gesellschaftlichen Wandel beitragen kann. Daraus folgt, dass – im Sinne des von Schatzki beschriebenen *endless becoming* – durch die affirmative, über einen langen Zeitraum erkämpfte Anerkennung eines „anderen“ Regelverständnisses, eine zwar nicht unmittelbare, aber dennoch sukzessiv fortschreitende Veränderung der grundlegenden Verständnisse ermöglicht wird. So gab es z. B. in den letzten 30 Jahren einen langsamen aber stetig fortschreitenden Wandel hinsichtlich der Einstellung gegenüber homosexuellen Lebensentwürfen. Ein anderes Beispiel ist, dass die sogenannte Grüne Politik nicht mehr, wie noch in den 1980er Jahren, als gegenhegemoniales Projekt gilt, sondern mittlerweile ein inhaltlicher Schwerpunkt der politischen Mitte geworden ist und durch den inklusiven Diskurs der Nachhaltigkeit repräsentiert wird. Jedoch bedeutet dieser Wandel nicht, dass die Spannungen bzw. die Antagonismen zwischen transformativen und affirmativen Forderungen aufgehoben werden. Im Gegenteil: im Zuge agonistischer Debatten treten sie nun besonders deutlich hervor. Zum Beispiel existieren innerhalb der LGBT-Bewegung Spannungsfelder zwischen einer transformativen *queer-politics* und einer affirmativen Anerkennungs politik, in der Grünen Bewegung zwischen transformativen Forderungen nach einem Ökologischen Sozialismus und einer affirmativen *green economy* (vertreten durch die Fraktion der sog. „Realos und Fundis“) und innerhalb des linken Parteienspektrums zwischen demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten (z. B. vertreten durch die Linkspartei und die SPD im Deutschen Bundestag).

Anhand dieser Spannungen lässt sich gut erkennen, dass es bei der Einforderung eines neuen Rechtes nicht zu einer automatischen Umsetzung einer jeweiligen Forderung kommt und die Institutionalisierung, also die Eingliederung eines neuen Rechtes in ein bestehendes „Gerechtigkeitsregister“ häufig schwierig und bisweilen unmöglich ist. Vielmehr erinnert HONIG (2009) daran, dass ein neues Recht eher durch ungewöhnliche, vielfältige, widersprüchliche und oft nicht vorhersehbare Wege charakterisiert ist und es daher in Hinblick auf sein „tatsächliches Verhalten“ untersucht werden sollte.

### **3.4.3 Zusammenfassung**

Räumlichkeit kommt bei Gerechtigkeitsforderungen eine entscheidende Rolle zu. Durch die Praktizierung und Formulierung von Souveränitätsansprüchen, ausgedrückt durch Forderungen nach Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz, werden Maßstabsebenen gleichermaßen reproduziert, durchdrungen und angefochten. Zugleich sind sie als normative Organisationskomponenten in den Praktiken selbst enthalten. Das bedeutet, dass Maßstabsebenen nicht vor den Praktiken existieren, sondern erst durch diese hergestellt, verfestigt und verändert werden. Sie sind topologisch nicht übereinander, sondern nebeneinander als mehr oder weniger komplexe und unterschiedlich weitreichende Bündel von Praktiken und Arrangements angeordnet und bilden spezifische soziale Kontexte in Form von *sites*, die als „Gerechtigkeitstopologien“ konzeptioniert werden können. Sobald diese intentional und reflektiert legitimiert werden, handelt es sich um „Souveränitätspraktiken des Regierens“. Sobald sie jedoch mit dem intentionalen und reflektierten Anspruch ausgeführt werden, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, handelt es sich um „Souveränitätspraktiken der Freiheit“. Dabei können die Praktiken der zweiten Form wie folgt variieren: Entweder zielen sie darauf ab, Differenzen transformativ zu überwinden und die grundlegenden Verständnisse der jeweiligen Praktik abzulösen, um damit unmittelbar gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Oder aber sie heben innerhalb des agonistischen Spielraumes Differenzen affirmativ hervor und zielen auf eine alternative Interpretation der Regeln der jeweiligen Praktik ab, wodurch langfristig ein verändertes grundlegendes Verständnis eintreten kann. In der folgenden Tabelle werden diese Zusammenhänge verdeutlicht.

Tab. 2: Souveränitätspraktiken und dazugehörige Organisationskomponenten

<b>Souveränitätspraktik</b>	<b>Regeln</b>	<b>Teleoaffektive Struktur</b>	<b>Grundlegende Verständnisse</b>
Souveränitätspraktiken des Regierens	Bleiben unverändert	Legitimation hegemonialer Gerechtigkeitsstopologien; Verteidigung von Souveränität	Werden gestärkt und verfestigt
Affirmative Souveränitätspraktiken der Freiheit	Werden verändert oder anders interpretiert	Veränderung hegemonialer Gerechtigkeitsstopologien; Unterschiedlich gewichtete affirmative Einforderung von Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz	Werden nicht unmittelbar abgelöst; langfristige Veränderungen sind möglich aber nicht zwingend
Transfomative Souveränitätspraktiken der Freiheit	Werden unmittelbar verändert	Ablösung hegemonialer Gerechtigkeitsstopologien; Unterschiedlich gewichtete transformative Einforderung von Anerkennung, Umverteilung und Repräsentanz	Werden abgelöst; bestimmen wiederum die Regeln

*Quelle: Eigener Entwurf*

## Zwischenfazit II: „Vom Hunger zum Brot“

„My provocation [...] is to suggest that if, today rights are important at all, they are so as means to mobilizing, as getting from hunger to bread. If rights are important, they are so for the way they change society, not law, and are best understood as a means to end want, as possibly playing a part in the fight from hunger to bread.“ (PATEL 2007, S. 88)

Bei der Einforderung eines neuen Rechtes und konkreter bei der Einforderung von Souveränität handelt es sich nicht um ein singuläres Ereignis, sondern um eine politische Strategie (vgl. TRAUGER 2013) oder um einen „politischen Ethos“, ein bestehendes „Gerechtigkeitsregister“ herauszufordern. Der dadurch entstehende politische Spielraum des agonistischen Austausches, der *room for manoeuvre* (vgl. TULLY 2008), den ähnlich auch LONG (1984) und VAN DER PLOEG (2008) beschreiben (vgl. Abschnitt 2.5), bietet die Möglichkeit, mit Inhalten und „Leben“ im Sinne der *politics of becoming* (vgl. CONNOLLY 1995) und der „Praktiken der Freiheit“ (vgl. TULLY 2008) gefüllt zu werden. Das bedeutet, es ergeben sich Spielräume für alltägliche Formen der Einforderung von Souveränität im Sinne einer Selbstbestimmung. Das Beispiel der Ernährungssouveränität macht deutlich, dass eine solche Forderung einen universellen Charakter hat und nicht darauf abzielt, so wie es auch Patel (s.o.) ausdrückt, partikulare Gesetze, also die Regeln zu verändern, sondern größere gesellschaftliche Übereinkommen bzw. die grundlegenden Verständnisse, in einem bestimmten Ausmaß abzulösen.

Im Rahmen dieser Arbeit stehen jedoch nicht große „politische Narrative“ (vgl. GADINGER et al. 2014) im Vordergrund, sondern die vermeintliche Banalität des Sozialen. Demnach bietet sich an – ähnlich wie es auch BAUMANN et al. (2015, S. 232) vorschlagen – zu fragen, auf welche Weise, ein überdefinierter „leerer Signifikant“ wie Ernährungssouveränität sich praktisch und materiell entfaltet und wie er dadurch politische Relevanz erhält:

„*How do empty signifiers matter?* Diese Frage betont die praktische Dimension der durch leere Signifikanten strukturierten symbolischen Ordnungen. Es geht darum, zu fragen, wie sie praktisch Bedeutung erlangen, insofern sie sich materialisieren [...]. Durch welche Praktiken und aus welchen praktischen Kontexten heraus drückt sich eine bestimmte Materialität leerer Signifikanten aus?“ (BAUMANN et al. 2015, S. 232)

Mit den in diesem Kapitel vorgestellten Ansätzen aus der Politischen Theorie bzw. Politischen Philosophie, der Sozialtheorie und der Politischen Geographie ist es nun möglich, einer solch abstrakten Fragestellung nachzugehen. Ein neues Recht auf Selbstbestim-

mung wie das „Recht auf Ernährungssouveränität“ kann auf diese Weise in seinem konkreten empirischen Kontext in Hinblick auf sein praktisches, d.h. „tatsächliches Verhalten“ (HONIG 2009, S. 55) und auf die „fragilen Momente seines Erscheinens“ (ebd., S. 44) untersucht werden. Die Konzepte der „Gerechtigkeitstopologien“ und der „Souveränitätspraktiken“ eröffnen für eine solche Analyse vielversprechende Wege, um einerseits der Bedeutung von Räumlichkeit sowie den inhaltlichen Dimensionen dieser Forderung gerecht zu werden und um andererseits die Vielfalt sozialer Praktiken, die im Rahmen eines neuen Rechtes Bedeutung erlangen, hinsichtlich ihres politischen Gehalts analysieren zu können. Im folgenden Kapitel soll nun ein geeignetes Forschungsdesign für dieses Vorhaben vorgestellt werden.



## 4 Vom Analyserahmen zum Forschungsdesign

Innerhalb dieses Kapitels wird gezeigt, wie sich der Analyserahmen in ein passendes Forschungsdesign für die empirische Arbeit übertragen lässt. Dazu sollen zunächst die Fragestellungen konkretisiert und die Auswahl des Untersuchungsraumes begründet werden. Im Weiteren soll darauf eingegangen werden, in welchem erkenntnistheoretischen Paradigma die Forschungsarbeit steht, wie der von Schatzki beschriebene *site of the social* methodologisch verstanden werden kann und inwiefern soziale Praktiken wahrnehmbar sind bzw. erkennbar gemacht werden können. Abschließend sollen der Forschungsprozess, die Feldforschung, die konkreten Untersuchungsmethoden sowie der Prozess der Datenauswertung vorgestellt werden.

### 4.1 Konkretisierung der Fragestellungen

„Each new right inaugurates a new world. It transforms the entire economy of rights and identities, and establishes new relations and new realities, new promises and potentially new cruelties.“ (HONIG 2009, S. 53)

Wie Bonnie Honig schreibt, eröffnet ein neues Recht eine „neue Welt“: Es erschafft „neue Beziehungen, Realitäten und Versprechungen“ und es transformiert eine gesamte „Ökonomie von Rechten“. Doch auf welche Weise und mit welcher räumlichen Wirkung entfaltet sich eine solche Dynamik nun in der bolivianischen Realität? Die folgenden erkenntnisleitenden Fragestellungen sollen dabei helfen, sich dieser Problematik anzunähern.

#### **Fragestellung (a): Welche „Souveränitätspraktiken“ und materiellen Arrangements konstituieren das Recht auf Ernährungssouveränität in Bolivien?**

Das Ziel dieser ersten Forschungsfrage ist nachvollziehen zu können, wie sich das „tatsächliche Verhalten“ (HONIG 2009, S. 55f.) des Rechtes auf Ernährungssouveränität darstellt. Im Fokus der Untersuchung stehen vor allem kleinbäuerliche Praktiken, die sich im Kontext der Forderung nach Ernährungssouveränität entfalten und somit das neue Recht in Kraft setzen. Wie sind diese Praktiken organisiert und was treibt sie in ihrer Ausführung an? Inwiefern handelt es sich um bewusst-reflektierte „Souveränitätspraktiken“? Welches transformative Potenzial weisen sie auf? Welche Rolle spielt Materialität dabei z. B. in Form der landwirtschaftlichen Produkte? Und wie verhält sich dabei das Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und normativen Handlungsvorgaben? Diese kleinbäuerlichen Praktiken sind in ihrer Entfaltung allerdings nicht von der staatlichen Politik der Ernährungssouveränität zu trennen. Daher sollen auch diese Regierungspraktiken in die Analyse miteinbezogen werden und es ermöglichen, den engeren inhaltlichen und politischen Kontext des Rechtes auf Ernährungssouveränität verstehen zu können.

### **Fragestellung (b): Welche „Gerechtigkeitstopologien“ erschafft das Recht auf Ernährungssouveränität in Bolivien?**

Ein neues Recht auf Selbstbestimmung kann nicht als additiv betrachtet werden, in dem Sinne, dass es einen Zuwachs oder ein „Mehr“ an Gerechtigkeit bringt. Vielmehr enthält es unterschiedliche Gerechtigkeitsforderungen, die zu neuen Ungerechtigkeiten oder Konflikten (*new cruelties*) (s.o.) aber auch zu neuen Hoffnungen und Verheißungen (*new promises*) (s.o.) führen können. Darüber hinaus zeigt das Beispiel der Forderung nach Ernährungssouveränität, dass sich ein solches Recht nicht explizit an bestimmte Maßstabsebenen richtet, jedoch implizit normative Annahmen über Räumlichkeit enthält und ohne eine räumliche oder territoriale Fundierung nicht existieren kann. Inwiefern lassen sich diese Implikationen beim Recht auf Ernährungssouveränität, insbesondere in Hinblick auf die in den Kapiteln 2.6.2 und 2.6.3 beschriebenen Spannungsfelder, beobachten? Wie wird Räumlichkeit zur Durchsetzung bestimmter, inhaltlich divergenter Gerechtigkeitsforderungen eingesetzt und territorial angeeignet? Welche strategischen und raumgebundenen Identitätskonstruktionen treten dabei zutage? Und welche topologischen Charakteristika, d. h. welche Geographien, enthalten die in diesem Kontext ausgeführten kleinbäuerlichen Praktiken? Diese komplexen „Gerechtigkeitstopologien“ sollen Gegenstand der zweiten Fragestellung sein.

## **4.2 Bolivien als Kontext und Untersuchungsraum**

Weltweit ist Bolivien neben Ecuador und Venezuela eines der ersten Länder, in denen das Recht auf Ernährungssouveränität als politisches Leitbild für die nationale Agrar- und Ernährungspolitik erklärt wurde (vgl. ARAÚJO 2010; BEAUREGARD 2009; COCKBURN 2013; ESCOBAR 2010; MCKAY und NEHRING 2013; ORMACHEA 2009). Somit stellt der bolivianische Kontext, der häufig auch als ein „Laboratorium“ für gesellschaftliche Alternativen betrachtet wird (vgl. BRAND et al. 2012, S. 11), einen geeigneten Untersuchungsraum für die empirischen Fragestellungen dieser Arbeit dar. Er soll jedoch nicht ausschließlich dazu dienen, die politische Implementierung von Ernährungssouveränität auf der staatlichen Ebene, im Sinne einer „nationalen Ernährungssouveränität“, zu untersuchen (vgl. zu entsprechenden Diskussionen v. a. DÁRAVOS SARAIVA 2013; MCKAY und NEHRING 2013; ORMACHEA 2009). Vielmehr erfüllt er die Funktion eines empirischen „Suchraumes“ (vgl. MAUS 2015, S. 75 ff.), der geeignete inhaltliche Charakteristika für diese Untersuchung aufweist und innerhalb dessen es möglich ist, den vorgestellten Analyserahmen anzuwenden. Nach einer kurzen länderkundlichen Einführung sollen diese Charakteristika im Einzelnen vorgestellt werden.

Stark vereinfacht ist Bolivien in drei ökologische Großräume bzw. Großzonen unterteilt (Abb. 6): (1.) das westliche, im Mittel auf ca. 3800 m ü. NN gelegene, semiaride Hochland des Altiplano, auf dem v. a. verschiedene Gemüse- und Getreidesorten sowie Knollenfrüchte angebaut werden; (2.) die steilen und niederschlagsreichen Andenostabhänge,

die Valles, auf denen v. a. Früchte, Mais, Kaffee und Coca angebaut werden und (3.) das östliche und tropische Tiefland, auch Llanos oder Oriente genannt, in dem u. a. Viehzucht betrieben wird, Früchte angebaut und in großen agroindustriellen Komplexen v. a. Zuckerrohr und Soja produziert werden. Politisch ist das Land (Bevölkerung ca. 11 Mio.) in neun *departamentos* aufgeteilt, die wiederum in untergeordnete *provincias* und *municipios* gegliedert sind. Der Regierungssitz und Hauptstadt des gleichnamigen *departamentos* ist die Stadt La Paz. Zusammen mit der benachbarten Stadt El Alto stellt sie die größte urbane Agglomeration des Landes dar. Aus historischen Gründen ist die deutlich kleinere Stadt Sucre im *departamento* Chuquisaca die nominelle Hauptstadt des Landes.

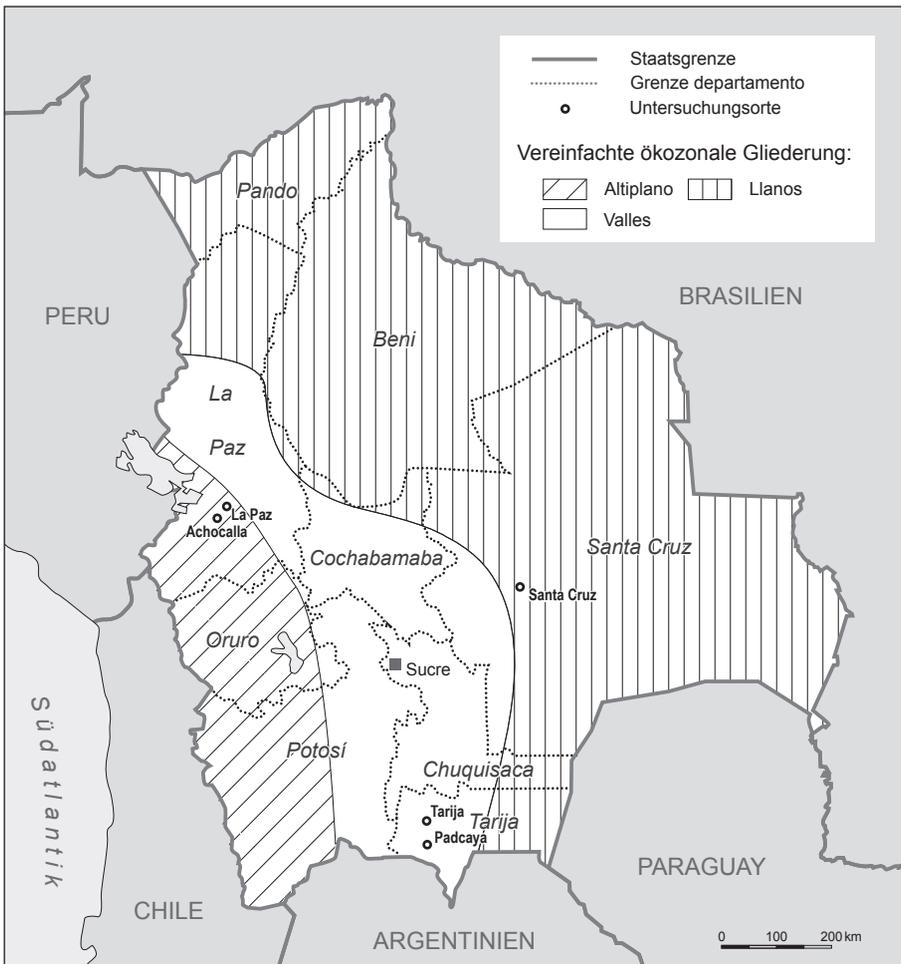


Abb. 6: Untersuchungsraum Bolivien: Politische Gliederung, Untersuchungsorte und vereinfachte ökozonale Gliederung

Quelle: Entwurf und Kartographie P. Sinuraya

Santa Cruz bildet als größte eigenständige Stadt das wirtschaftliche Zentrum Boliviens, da im gleichnamigen *departamento* die meisten der agroindustriellen Komplexe angesiedelt sind. Zusammen mit den *departamentos* Pando, Beni und Tarija verfügt es außerdem über reichhaltige Erdgas- und Erdölvorkommen. Diese vier *departamentos* bilden die sogenannte Media Luna (Kap. 4.2.2), deren Regierungen in politischer Opposition zu den fünf westlich gelegenen *departamentos* stehen.

#### 4.2.1 Ernährungssouveränität und das *vivir bien* als postneoliberale Leitbilder

In seiner jüngeren Geschichte hatte die bolivianische Bevölkerung infolge diverser Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre und der Einführung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik im Jahr 1985 mit extremen Armutsraten, sehr hohen Staatsschulden und damit einhergehenden Abhängigkeiten zu kämpfen. Vor allem die marktliberalen Strukturanpassungsprogramme in den 1990er und den frühen 2000er Jahren führten bei einem gleichzeitigen Ausbau des agroindustriellen und exportorientierten Sektors und dem massenhaften Import von Grundnahrungsmitteln zu einer strukturellen Unterminierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gegenüber den internationalen Wettbewerbsbedingungen. In der Folge wies Bolivien die größten wirtschaftlichen Ungleichheiten und höchsten Armutsraten in Lateinamerika auf und geriet im Zuge weiterer Privatisierungsmaßnahmen (u. a. von Wasser und Gas) in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand (vgl. BUXTON 2008; MCKAY und NEHRING 2013; PÉREZ LUNA 2003; SCHORR 2009; WEBBER 2011a).

Mit dem Regierungsantritt der Partei Movimiento Al Socialismo (MAS) im Jahr 2006 erfolgte jedoch ein grundlegender politischer Wandel. Das Kernanliegen der neuen Regierung war es, die Souveränität des bolivianischen Volkes zu verteidigen bzw. wiederherzustellen und die Abhängigkeiten von neoliberalen Strukturen und Prozessen zu überwinden (vgl. u. a. WEBBER 2011a; WEBBER und CARR 2013). Es sollte, ähnlich wie in Ecuador, eine Form der „alternativen Modernität“ (vgl. ESCOBAR 2010) realisiert werden, die auf einer andin-indigenen Tradition sowie auf einem kommunitaristischen und dekolonialen Gerechtigkeitsdiskurs basiert. Das Leitbild *vivir bien* (bzw. *buen vivir* in Ecuador – z. dt. „gut Leben“ oder das „gute Leben“) nimmt dabei eine besondere Rolle ein: In beiden Ländern wurde es als eine Grundnorm und Alternative zum westlichen Wachstums- bzw. Entwicklungsparadigma (vgl. ACOSTA 2009; GUDYNAS 2011) juristisch verankert. Zusammen mit dem Recht der *madre tierra* bezeichnet es eine aus der indigenen Tradition stammende Weltanschauung, die im Wesentlichen auf der Aufhebung einer anthropozentrischen Sichtweise auf Natur basiert. Die Natur wird damit zum Rechtssubjekt erklärt und das menschliche und nicht menschliche Dasein in wechselseitiger Beziehung zueinander gesetzt. Darüber hinaus basiert das *vivir bien* auf einem kommunitaristischen und solidarischen gesellschaftlichen Idealbild und ist nicht mit dem liberalen Gedanken des Individualismus vereinbar (vgl. ESCOBAR 2010, S. 39; FATHEUER 2011, S. 20ff.).

Im Jahr 2009 wurde dieser politische Umbruch, den die Regierung als *cambio* bezeichnet



Abb. 7: Graffiti: „Prozess des cambio MAS“  
 Quelle: Eigene Aufnahme 2015, Achocalla

(Kap. 3.2.2 und Abb. 7), mit einer neuen Verfassung juristisch verankert und der Staat offiziell als Plurinationaler Staat Bolivien bezeichnet (vgl. CPE 2009). Zu den Kerninhalten dieses, von einigen deutschsprachigen Lateinamerikaforschern als „neuer Konstitutionalismus“ (vgl. SCHILLING-VACAFLOR und BARRERA 2011) oder eher kritisch als „Verfassungspopulismus“ (vgl. NOLTE 2009) bezeichneten Prozesses zählen:

- die Deklaration als „freier, unabhängiger und souveräner Einheits- und Sozialstaat plurinationalen und kommunitären Rechtes“ (Artikel 1),
- die politische und soziale Anerkennung der indigenen Völker Boliviens (Artikel 2),
- das Leitbild *vivir bien* (Artikel 8),
- das Verbot ausbeuterischer Arbeitsbedingungen und die Beschränkung von Großgrundbesitz auf 5000 Hektar (Artikel 398),
- die Errichtung einer pluralen Ökonomie, bestehend aus privaten, staatlichen und gemeinschaftlich verwalteten Körperschaften (Artikel 306),
- die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen (Artikel 349) sowie
- die Verwirklichung von Ernährungssicherheit mit Ernährungssouveränität für das bolivianische Volk (*seguridad alimentaria con soberanía*) (Artikel 255, 309, 405 und 407).

Diese politische Strömung ist jedoch nicht auf Bolivien beschränkt. Vielmehr kann sie als eine regionale Variante eines umfassenderen antineoliberalen Projektes betrachtet werden, das der ehemalige venezolanische Präsident Hugo Chávez, in Anlehnung an die

zentrale Figur der südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, als Bolivarische Revolution bezeichnete (vgl. MARMON 2009). Von wissenschaftlicher Seite wird dieser Prozess zumeist als lateinamerikanischer Postneoliberalismus beschrieben (vgl. für Lateinamerika ESCOBAR 2010; GRUGEL und RIGGIROZZI 2012; YATES und BAKKER 2014; für Bolivien GRAY MOLINA 2012; KENNEMORE und WEEKS 2011; allgemeiner BRENNER et al. 2010). Die Ansätze in den jeweiligen Ländern – v. a. Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Nicaragua, Peru und Venezuela<sup>1</sup> – sind innenpolitisch zum Teil stark umstritten und reichen von eher gemäßigter sozialdemokratischer Politik zu sozialistischen Ansätzen (vgl. WEBBER und CARR 2013). Im Allgemeinen sind sie durch eine Restrukturierung staatlicher Institutionen, umverteilende Wirtschaftsmodelle sowie durch einen staatlich kontrollierten Abbau natürlicher Ressourcen charakterisiert, der häufig als Neuer Extraktivismus bezeichnet wird (vgl. BEBBINGTON 2009). Auch eine politisierte Zivilgesellschaft gilt als wesentlicher Bestandteil des lateinamerikanischen Postneoliberalismus (vgl. MITTAG und ISMAR 2009).

Dieses spezielle politische Klima bildet eine geeignete Voraussetzung für die Analyse eines neuen Rechtes wie Ernährungssouveränität: Vor allem die kleinbäuerliche Bewegung, die beim Regierungswechsel im Jahr 2006 als wichtigster Teil der MAS-Basis galt und einen wesentlichen gestalterischen Einfluss auf die Inhalte der Verfassung von 2009 hatte (vgl. BRAND et al. 2012), nimmt dabei eine besondere Rolle ein: Auch wenn es sich um vielschichtige Gruppen handelt – bestehend aus kleinbäuerlichen Organisationen, indigenen Völkern, Landlosen und *comunidades interculturales* (ehemals sog. *colonizadores*, Kap. 3.2.2) – die jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen, vereinen sie sich hinter der Forderung nach Ernährungssouveränität als gemeinsame Vision für ihre ernährungspolitische und landwirtschaftliche Praxis.

#### 4.2.2 *Tierra, territorio y dignidad*: die bolivianische Land-Thematik in historischer Perspektive

Mit einem Blick auf die ausbeuterische Kolonialgeschichte Boliviens und den daraus hervorgegangenen sozialen Ungleichheiten (vgl. GALEANO 2004 [1971]) verwundert es nicht, dass die sogenannte Land-Thematik (*el tema de la tierra*) eine der emotionalsten und konfliktbehaftetsten politischen Fragen des Landes darstellt (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 5). Auch lange nach dem Ende der kolonialen Epoche waren die Besitzverhält-

<sup>1</sup> Gegenwärtig (Stand 02/2017) scheinen die postneoliberalen Projekte in Venezuela, Peru und Brasilien jedoch durch oppositionelle Kräfte abgelöst zu werden. In Venezuela kommt es seit dem Jahr 2014 immer wieder zu gewaltsamen Protesten gegen die sozialistische Politik des (noch) amtierenden Präsidenten Maduro und das oppositionelle Parteienbündnis ging als klarer Sieger aus den Parlamentswahlen im Dezember 2015 hervor. In Peru wurde im Juli 2016 der linksnationale Präsident Humala vom wirtschaftsliberalen und neuen Präsidenten Kuczynski abgelöst. In Brasilien gab es im Laufe des Jahres 2016 ein umstrittenes Amtsenthebungsverfahren gegen die sozialdemokratische Präsidentin Rousseff, das schließlich in ihrer Absetzung mündete. Seitdem leitet der neue Präsident Temer eine liberal-konservative Regierung. Hingegen scheint die Regierung Morales in Bolivien eine relative Stabilität erlangt zu haben und sich nach den innenpolitischen Spannungen im Jahr 2008 (Kap. 4.2.2) durch politische Zugeständnisse (Kap. 5.1) mit den oppositionellen Kräften arrangiert zu haben (vgl. zu einer Diskussion hinsichtlich eines möglichen Endes der linken Epoche in Lateinamerika BRAND 2016).

nisse vor allem zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Eliten Boliviens verteilt. Der Ressource „Land“ kam somit nicht nur aus ökonomischer Sicht eine existentielle Funktion zu, sondern sie wurde auch zu einem zentralen Symbol der bäuerlichen bzw. indigenen Selbstbestimmung und der Dekolonialisierung.

Deutlich wird somit, dass die mit Ernährungssouveränität verbundenen Forderungen in Bolivien bereits eine spannungsgeladene und konfliktbehaftete Vorgeschichte haben und nicht erst mit der Gründung von La Vía Campesina entstanden sind (vgl. BEAUREGARD 2009, S. 54 ff.; MITTAG und ISMAR 2009). Um diese Zusammenhänge genauer nachvollziehen zu können, bietet es sich an, die wichtigsten historischen Entwicklungen nach der Unabhängigkeit von Spanien im Jahr 1825 zusammenfassen:

### **Vom *régimen de la hacienda* zur Regierung Morales**

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts installierten die damaligen, von oligarchischen Strukturen geprägten, republikanischen Regierungen ein auf Großgrundbesitz und rassistischer Ideologie basierendes Regime, mit dem die mehrheitlich indigene Bevölkerung systematisch enteignet, in Form von Leibeigenschaft ausgebeutet und politisch, sozial und wirtschaftlich ausgegrenzt wurde (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 7 f.). Trotz zahlreicher außen- und innenpolitischer Spannungen sowie einer Reihe von Staatskrisen, Militärputschen und wechselnden Regierungen bestand dieses durch die sogenannten *criollos* – eine Bezeichnung für die Nachfahren der spanischen Kolonialherren – dominierte Hacienda-Regime bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Es finanzierte sich vor allem durch die Ausbeutung der ertragreichen Zinnminen und weitete sich u. a. infolge des Kautschukbooms (1880-1915) auch auf die östlichen Teile Boliviens aus (vgl. SORUCO et al. 2008).

In den 1930er und 1940er Jahren geriet diese Hegemonie jedoch ins Wanken: Infolge einer schweren Wirtschaftskrise und des blutigen Chacokrieges mit Paraguay (1932-1935), der eine heftige Empörungswelle der unterdrückten Gesellschaftsschichten gegenüber den herrschenden Eliten auslöste, betraten trotzunistisch und marxistisch beeinflusste Bergarbeiterbewegungen die „politische Bühne“ und institutionalisierten sich in Form von Gewerkschaften (vgl. SCHORR 2009, S. 187). Aus diesem Gefüge heraus kam es nach einer Zeit erneuter, sehr intensiver innenpolitischer Spannungen im Jahr 1952 durch das linksnationale Bündnis Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) und ihrem Führer Víctor Paz Estenssoro zu einem Putsch des damaligen regierenden Generals Hugo Ballivián und zur sogenannten Nationalen Revolution, die neben der Verstaatlichung der Zinnbergwerke und der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes vor allem die umfassende Agrarreform des Jahres 1953 beinhaltete (vgl. Decreto Ley 3464).

Diese Reform ist insofern eines der wichtigsten historischen Ereignisse in Bolivien, da sie in vielen Teilen des Landes die Voraussetzung für die Entstehung kleinbäuerlicher

Strukturen schuf. Die Kerninhalte waren, den *solar campesino* und die *pequeña propiedad*, d. h. den „angestammten Bauern“ und dessen Länderei, juristisch und faktisch anzuerkennen, das Hacienda-Regime und die damit verbundene Leibeigenschaft zu beenden und ein korporativistisches, auf gewerkschaftlichen Strukturen basierendes Wirtschaftssystem zu etablieren (vgl. KALTMEIER 2009, S. 347). Insbesondere im Altiplano wurde so der Großgrundbesitz zugunsten der *comunidades originarias* aufgelöst (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 8) und von der damals gebräuchlichen, aber kolonial konnotierten Begrifflichkeit *indio* abgerückt. Hingegen wurde ganz bewusst der Begriff *campesino* (Bauer) verwendet, um der indigenen Bevölkerungsmehrheit das Gefühl zu vermitteln, sich als landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten mit den revolutionären Zielen der Regierungspartei identifizieren zu können (vgl. SCHORR 2009, S. 188). Im weitesten Sinne funktionierte diese Strategie, so dass seit ihrer Gründung 1979 die Gewerkschaft der ländlich Produzierenden bzw. Arbeitenden, die CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia), zum führenden Akteur der ländlichen Bewegung wurde. Eine wirtschaftliche Entwicklung blieb jedoch aus und viele der revolutionären Errungenschaften verblassten in den nachfolgenden Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre (ebd.).

Im Osten des Landes, im tropisch geprägten Tiefland, entwickelte sich die Agrarstruktur hingegen grundsätzlich anders: Begleitet von einem staatlich gelenkten Agrarkolonisationsprogramm, in dessen Rahmen quechua- und aymarastämmige Bevölkerung aus dem Altiplano in das östliche Tiefland migrierte, investierten die bolivianischen Regierungen der 1960er und 1970er Jahre massiv in den Ausbau von Produktionsstätten für Zuckerrohr und Petroleum, in die Forst- und Viehwirtschaft sowie in den Straßenbau. Diese staatlichen Programme wurden in den 1980er Jahren von einer wirtschaftsliberalen Politik abgelöst, so dass die „Eroberung des bolivianischen Ostens“ (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 9) zunehmend durch private Unternehmen vorangetrieben wurde. Vor allem der rapide internationale Preisanstieg für Soja in den 1990er Jahren bewirkte schließlich eine sich exponentiell entwickelnde landwirtschaftliche Industrialisierung.

Die hohe Nachfrage nach bebaubarem Land trug allerdings zu einem Erstarren der indigenen Bewegung bei, die im Jahr 1990 mit dem legendären Protestmarsch für Territorium und Würde (*Marcha por el Territorio y la Dignidad*) aus dem östliche Tiefland von Trinidad bis nach La Paz eindrucksvoll in Erscheinung trat (vgl. BALZA ALARCÓN 2001, S. 42 ff.; CHÁVEZ LEÓN und MOKRANI CHÁVEZ 2012, S. 44). Die indigenen Völker des Tieflandes formulierten in dieser Zeit, vertreten durch die CIDOB (Confederación de Indígenas del Oriente de Bolivia), eine identitätspolitische Anerkennungsforderung, die mit Forderungen nach Territorien sowie nach einer Beendigung jahrhundertelanger Unterdrückung und Entwürdigung verbunden wurde. Aus dieser Epoche stammt auch der diskursive Wandel des Konzeptes der *tierra*, hinter dem sich der Begriff „Boden“ als wirtschaftlicher Faktor und Bestandteil des revolutionären Projektes verbirgt (hervorgegangen aus

dem legendären Leitspruch der mexikanischen Zapatistas *la tierra es de quien la trabaja*), zum Konzept des *territorio*, das deutlich weiter gefasst ist und die indigene Identität bzw. Tradition hervorhebt (vgl. URIOSTE et al. 2007, S. I).

Das Erstarren der indigenen Bewegung führte jedoch nicht zu einer Überwindung der neoliberalen Politik, sondern mündete eher in einer politischen Allianz von Neoliberalismus und Multikulturalismus (Kap. 3.2.2). Im Form eines „erlaubten Indianers“ (*indio permitido* – vgl. HALE 2005; HALE 2006; MCNEISCH 2008) wurden die Identität und die Rechte der indigenen Völker affirmativ anerkannt, was dazu beitrug, dass der politische Druck der indigenen Bewegungen auf den Staat reduziert wurde (vgl. KALTMEIER 2009, S. 356). Symptomatisch für diese Allianz ist neben Beschlüssen wie der Ley de Participación Popular von 1994 (Gesetz der öffentlichen Beteiligung – Ley 1551) vor allem die Bodengesetzgebung von 1996, die Ley INRA (Ley 1715), mit der es den indigenen Völkern in einem aufwändigen Prozess der Flurbereinigung und Landvergabe – dem sogenannten *saneamiento* – ermöglicht wurde, ihre ursprünglichen Territorien (TCO) zurückzuerlangen (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 32). In der Folge führte diese Gesetzgebung im Osten Boliviens zu einem langsamen aber sukzessiv fortschreitenden Prozess der Zuweisung von Landrechten, der jedoch wiederum neue Landkonflikte mit den bereits seit mehreren Jahrzehnten ansässigen Kleinproduzierenden erzwirkte.

Zu Beginn der 2000er Jahre entstand in Bolivien eine neuerliche Protestwelle: Zunächst entwickelten sich ausgehend von der Stadt Cochabamba gewaltsame Proteste infolge der Privatisierung der Wasserversorgung. Anschließend setzten sich die Auseinandersetzungen im sogenannten Gaskrieg fort, der auf den von der Regierung geplanten Gasexport in die USA zurückzuführen war (vgl. SCHORR 2009, S. 207ff.). Im Jahr 2003 eskalierte dieser bürgerkriegsartige Zustand in den sogenannten Schwarzen Oktober, als der damalige Präsident, Gonzalo Sánchez de Lozada, die Proteste in der Stadt El Alto militärisch mit über 80 Todesopfern niederschlagen ließ und damit letztlich auch seine eigene Präsidentschaft vorzeitig beendete. Die nachfolgende Regierung von Carlos Mesa konnte lediglich eine vorübergehende Beruhigung herbeiführen (ebd.).

Erst die Wahl des aymarastämmigen Kokabauern und Gewerkschaftlers Evo Morales zum amtierenden Präsidenten und die Machtübernahme des linken Parteienbündnisses Movimiento Al Socialismo (MAS) im Jahr 2005 bzw. 2006 beendeten diese Konflikte und leiteten einen umfassenden politischen Transformationsprozess ein. Dieser basierte im Wesentlichen auf der politischen Geschlossenheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen – dem sogenannten Pacto de Unidad<sup>2</sup> (vgl. CHÁVEZ LEÓN und MOKRANI CHÁVEZ 2012, S. 54) – und ermöglichte eine Reihe an neuen politischen Spielräumen

2 Der Pacto de Unidad hat mittlerweile aufgrund des gespaltenen Verhältnisses zwischen den regierungskritischen indigenen Organisationen und den eher regierungstreuen Organisationen der Kleinproduzierenden an Stabilität eingebüßt. Spätestens seit dem sog. TIPNIS-Konflikt (Kap. 3.2.2) gilt er als nicht mehr so geschlossen wie noch zur Zeit des Regierungsantrittes des MAS.

(vgl. RADHUBER und SCHILLING-VACAFLOR 2012). Der entscheidende Akteur bei diesem politischen Wandel war die aymarastämmige Bevölkerung des ländlichen Altiplano, die zusammen mit der Bewegung der Stadt El Alto durch ihren hohen Organisationsgrad und ihre politische Nähe zu marxistischen und trotzkistischen Ideologien die Proteste über mehrere Jahre hinweg trugen und antrieben (vgl. WEBBER 2011a, S. 48).

Gleichzeitig entwickelte sich durch die veränderte politische Konstellation ein neuer Konflikt. Dieser war vor allem auf die von der MAS-Regierung angekündigte Verstaatlichung der zum überwiegenden Teil in den östlichen Landesteilen vorhandenen natürlichen Ressourcen (v. a. Erdöl und Erdgas) zurückzuführen und führte in den von wirtschaftsliberalen und konservativen Kräften dominierten *departamentos* Pando, Beni, Santa Cruz, Tarija (die sogenannte Media Luna) zu gewaltsamen Protesten und zu einer politischen Kluft zwischen den östlichen und den westlichen *departamentos*. Diese Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt damit, dass das *departamento* Santa Cruz ernsthafte Schritte für ein Autonomiestatut unternahm, das jedoch letztlich scheiterte (vgl. GRAY MOLINA 2010, S. 60).

#### **4.2.3 Zwischen kleinbäuerlicher Landwirtschaft und der Agrarindustrie**

Die mit der sogenannten Land-Thematik verbundenen Konflikte sind also keine politischen Fragen, die mit dem Regierungswechsel und dem antiimperialistischen Diskurs des MAS einfach beseitigt oder gelöst wurden; auch gegenwärtig sorgen sie für politische Spannungen. Im Wesentlichen werden sie dadurch aufrechterhalten, dass Bolivien durch zwei unterschiedliche Modelle der landwirtschaftlichen Produktion charakterisiert ist (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 9). Zum einen handelt es sich um unterschiedliche Formen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und zum anderen um große kapitalintensive und agroindustrielle Komplexe, die fast ausschließlich im *departamento* Santa Cruz angesiedelt sind (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 6f.). Zwar gibt es zwischen diesen Extremen eine Reihe von mittelständischen und eher marktwirtschaftlich orientierten Betrieben (vgl. ORMACHEA 2009), die sich nicht ohne Weiteres in die Dichotomie der verarmten kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der kapitalintensiven Agrarindustrie einsortieren lassen (Kap. 2.6.2). Dennoch soll dieses Schema im Folgenden gedanklich weiterverfolgt werden, da es für die weitere Argumentation von Bedeutung sein wird.

#### **Allgemeine Charakteristika der kleinbäuerlichen Landwirtschaft**

Im ländlichen Raum des westlich gelegenen Altiplano und in den Valles leben zumeist in gemeinschaftlich verwalteten *comunidades* oder *ayllus* eine große Anzahl gewerkschaftlich und in Verbänden organisierter Kleinproduzierender (vgl. BARRAGÁN 2007). Je nach Region bauen diese vor allem Grundnahrungsmittel für regionale Märkte und für den Eigenbedarf an wie Knollenfrüchte, Getreide, Gemüse und Früchte. Vermehrt werden aber auch Exportprodukte wie Kakao, Kaffee, Coca und Quinoa hergestellt (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 6f; Kap. 5.1.4). Diese Gruppen identifizierten sich im Rahmen

einer Volkszählung von 2012 zu großen Teilen als indigen, vor allem als quechua- und aymarastämmig (INE 2012, S. 31).

Auch in den östlichen, tiefer gelegenen und tropisch geprägten Landesteilen Boliviens, den Llanos, existieren verschiedene Formen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Es handelt sich dabei zu großen Teilen ebenfalls um quechua- und aymarastämmige Produzentinnen und Produzenten, die im Rahmen eines staatlich gelenkten Agrarkolonisationsprogramms seit den 1950er Jahren aus den westlichen Landesteilen (v. a. Oruro und Potosí) in das *departamento* Santa Cruz migrierten und über relativ kleine Parzellen verfügen (vgl. WINTER 2006; FAUST 2007). Im Gegensatz zu den bäuerlichen Gemeinschaften des Altiplano handelt es sich dabei allerdings um eine deutlich marktorientiertere Landwirtschaft. Darüber hinaus sind im Osten Boliviens weitere indigene Gruppen beheimatet (ca. 35 Gruppen, u. a. Guaraní, Mojeño, Chiquitano), die insgesamt zwar nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen (ca. 4,5 % der über 15-jährigen Bolivianerinnen und Bolivianer – INE 2012, S. 31), aber seit der Bodengesetzgebung von 1996 über sehr großflächige Territorien verfügen (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 32; Kap. 4.2.2).

### **Allgemeine Charakteristika der agroindustriellen Landwirtschaft**

Im Osten des Landes, mit einer starken Konzentration im *departamento* Santa Cruz, ist seit den 1990er Jahren hingegen eine Oligarchie von agroindustriellen Unternehmen entstanden, die unter hohem Kapital-, Chemikalien- und Technologieeinsatz und unter Zuhilfenahme gentechnisch modifizierten Saatgutes vor allem Soja, Sonnenblumen, Zuckerrohr und andere, vornehmlich für den Export orientierte Produkte herstellen (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 17). Damit stellen diese Unternehmen idealtypische Repräsentationsformen des *food regimes* bzw. des *food empires* (Kap. 2.4) dar. Die Dominanz dieses industriellen Modells der landwirtschaftlichen Produktion ist auch ein wesentlicher Grund für die relative Stärke wirtschaftsliberaler Parteien in den östlichen *departamentos* (Kap. 4.2.2).

Als wichtigste Akteure gelten dabei die Unternehmen ADM und Cargill (als Produzenten von Soja und Sonnenblumenöl), der Weltmarktführer für Landtechnik John Deere sowie die Unternehmen Monsanto und Calgene als Lieferanten für das meist gentechnisch veränderte Saatgut und die dazugehörigen Agrochemikalien (vgl. BURBACH 2008). In vielen Fällen sind die Landbesitzverhältnisse jedoch nicht geklärt, so dass zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer wieder Konflikte über Zugangs- und Nutzungsrechte auftreten (vgl. URIOSTE und KAY 2005, S. 54). Bemerkenswert ist außerdem, dass sich die von agroindustriellen Betrieben eingenommene Produktionsfläche aufgrund der wirtschaftsliberalen Reformen der 1990er Jahre und der rapide gestiegenen Weltmarktpreise für Soja in den letzten 20 Jahren in etwa verfünffachte, während die kleinbäuerliche Produktion, gemessen an ihrer Produktivität, stark an Bedeutung verlor (vgl. BUR-

BACH 2008; CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 6f.; ORMACHEA 2009; SORUCO et al. 2008; URIOSTE 2011).

### 4.3 Erkenntnistheoretische und methodologische Grundannahmen

Bolivien bildet somit einen geeigneten „Suchraum“ und einen inhaltlichen Kontext für die empirische Untersuchung. Doch wie kann nun der in Kapitel 3 ausgearbeitete Analyserahmen auf die praktische Feldforschung übertragen werden? Und welche erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundannahmen gelten dabei?

#### 4.3.1 Erkenntnistheoretische Positionierung, reflexive Forschungspraxis und zur Bedeutung theoriegeleiteten Arbeitens

Da das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit darin besteht, die Sinnhaftigkeit von spezifischen sozialen Praktiken nachzuvollziehen, ist es naheliegend, eine hermeneutische, d. h. interpretativ-verstehende Vorgehensweise in der Tradition GADAMERS (2010 [1960]) und WEBERS (1980 [1921]) zu wählen. Diese erkenntnistheoretische Grundannahme bildet die Basis für eine Form des qualitativen sozialwissenschaftlichen Arbeitens, die im anglophonen Sprachraum weitgehend als *ethnographies* bezeichnet wird (vgl. CRANG und COOK 2007). Sie zeichnet sich durch den Anspruch aus, den Sinn von sozial konstruierten Zusammenhängen intersubjektiv nachzuvollziehen, ihn zu deuten und „die sozialräumliche Welt aus dem Blickwinkel der beteiligten Menschen zu rekonstruieren“ (MATTISSEK et al. 2013, S. 137). Es geht demnach nicht darum, hypothetische Vorannahmen über objektiv vorhandene Wahrheiten zu validieren oder sie im Sinne des kritischen Rationalismus zu falsifizieren, sondern zu verstehen, wie Sozialität zwischen den Individuen (je nach theoretischer Perspektive) ausgehandelt oder praktiziert wird. Im Folgenden wird also nicht von einer essentialistischen sozialen Wirklichkeit ausgegangen, sondern immer, z. B. bei der Verwendung des Begriffes Realität, das konstruktivistische Paradigma vorausgesetzt.

Prägend für dieses Paradigma sind vor allem die Einflüsse der Cultural Studies, der Kritischen Theorie und des Poststrukturalismus. Im Zuge des sogenannten Cultural Turn führten diese Strömungen seit den späten 1990er Jahren zu einer Vielfalt an theoretischen Denkrichtungen und empirischen Betätigungsfeldern in der Humangeographie. Insbesondere die Disziplinen der Neuen Kulturgeographie (vgl. u. a. GEBHARDT et al. 2003) und der Politischen Geographie (vgl. u. a. MASSEY 2005) wurden auf diese Weise stark beeinflusst, z. B. durch eine vermehrte Rezeption diskurstheoretischer Ansätze (vgl. Glasze und Mattissek 2009a). Allerdings wird gegenwärtig, v. a. innerhalb der Kulturgeographie, gefordert, (wieder) die materielle und praktische Dimension von gesellschaftlichen Verhältnissen in den Blick zu nehmen, was in der jüngeren Vergangenheit durch starke Fokussierung auf Diskurstheorien zum Teil vernachlässigt wurde (vgl. LOSSAU et al. 2014, S. 22; ROTHFUSS und DÖRFLER 2013, S. 26f.).

Von diesem erkenntnistheoretischen Standpunkt aus betrachtet ist die Sicht auf die zu beforschenden sozialen Phänomene jedoch begrenzt und produziert immer ein partielles, in soziale Strukturen eingebettetes Wissen, so dass keine Ansprüche auf Vollständigkeit und Objektivität erhoben werden können. Demnach handelt es sich bei sozialwissenschaftlicher Forschung auch nie um eine wertfreie Praxis, da die Forschenden immer in bestimmte soziale und machtbeladene Kontexte eingebunden sind (vgl. KITCHIN und TATE 2013 [2000], S. 24; MAY 2011, S. 105 ff.). Diese soziale Positionierung (u. a. Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Identität, Einkommen, finanzielle Ressourcen, politische Position, wissenschaftliche Trends) spiegelt sich unweigerlich in bewussten oder unbewussten Vorannahmen wider und beeinflusst während des Forschungsprozesses z. B. die Bewertung von Problemstellungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie das Fällen relevanter Entscheidungen.

Jedoch handelt es sich bei der unüberwindbaren Subjektivität und der sozialen Einbettung der Forschenden nicht um grundsätzliche Probleme oder qualitative Schwächen gegenüber anderen erkenntnistheoretischen Positionen. Für ethnographisches Arbeiten ergebe sich, wie CRANG und COOK (2007, S. 13 f.) argumentieren, dadurch eher ein großes Potenzial, um ein tieferes Verständnis von komplexen, widersprüchlichen und ungeordneten sozialen Zusammenhängen zu erlangen. Die Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die eigene soziale Position im Forschungsprozess anerkannt und reflektiert werde:

„We might therefore say that the task for all researchers is to recognize and come to terms with their/our partial and situated ‘subjectivity’ rather than to aspire to an impossibly distanced ‘objectivity’. Once this is done, ‘subjectivity’ is much less a problem and much more a resource for deeper understanding.“ (CRANG und COOK 2007, S. 13)

Diese Selbstreflexion bedeutet jedoch nicht, dass nun die Möglichkeit besteht, sich rein intuitiv dazu verleiten zu lassen, nur nach den Dingen zu fragen, die „aus einer naiven Alltagsdeutung heraus“ (MATTISEK et al. 2013, S. 139) interessant erscheinen, sondern offenbart umso mehr die Notwendigkeit des theoriegeleiteten Arbeitens; das bedeutet, sich bestimmter theoretischer „Sehhilfen“ zu bedienen, durch die der Forschungsprozess angeleitet, für andere Personen plausibel, intersubjektiv nachvollziehbar und kontrollierbar wird und so wissenschaftliche Güte erlangt (vgl. CRANG und COOK 2007, S. 14 f.). Es wird, wie SCHMIDT und VOLBERS (2011, S. 36) es formulieren, z. B. bei der Herstellung von Beobachtbarkeit „nicht einfach das Sichtbare registriert, sondern mit verschiedenen Distanzen, Perspektiven und Kontrasten gearbeitet [...], um das, was transparent und ständig vor Augen ist, erkennbar zu machen, also zur Kenntlichkeit zu verfremden“. Dazu nutzen hermeneutisch arbeitende Forscherinnen und Forscher theoriegeleitete Verfahren, die es ermöglichen, bestimmte soziale Phänomene klarer und deutlicher zu sehen,

um sie entlang eines gedanklichen Konzeptes oder einer theoretischen Linie interpretieren zu können, so wie es auch Mattisek et al. verstehen:

„Ein im Vorfeld der Arbeiten ausgeführtes Theoriekonzept bildet sozusagen die „Geschäftsgrundlage“ des Verstehens, genauer gesagt die „Interpretationsanleitung“ für das Nachvollziehen der notwendigerweise subjektiven Rekonstruktionen der Forscher. Es zeigt an, nach welchem gedanklichen Konzept sie die von ihnen geführten Interviews und die Transkription interpretieren und die ihnen zur Verfügung stehenden Quellen rekonstruiert haben, entlang welcher theoretischen Leitlinie ihr Sinnverstehen erfolgt. Erst auf diese Weise wird aus einer naiven Hermeneutik eine kritische Hermeneutik, denn erst dann erfolgt die Rekonstruktion nicht aus einer naiven Alltagsdeutung heraus, sondern wird für Dritte nachvollziehbar von einem konzeptionellen Rahmen geleitet.“ (MATTISEK et al. 2013, S. 139)

Passend dazu spricht CRESSWELL (2013, S. 6) metaphorisch von einer „Linse“, die dabei helfe, Wahrnehmung und Erfahrung in Interpretationen umzuwandeln und bestimmte Dinge klarer sehen zu können. Dabei nennt er vier Aspekte, um die Notwendigkeit theoriegeleiteten Arbeitens in der Humangeographie zu unterstreichen (ebd., S. 4f.):

(1.) Erstens helfe Theorie zu entscheiden, was genau ein Problem darstellt und was der Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung sein kann. So ist es durchaus eine theoretische Vorentscheidung, ob man, wie es z. B. in der feministischen Theorie gebräuchlich ist, eher das Private untersucht und dadurch politisiert (vgl. z. B. SCHURR und WINTZER 2011) oder von vornherein einen Fokus auf die öffentliche Sphäre legt, wie es in der Mehrheit humangeographischer Studien der Fall ist. (2.) Zweitens zeige Theorie, auf welche Aspekte und Fragen es sich in der empirischen Arbeit zu konzentrieren gilt: Stehen z. B. Akteure und deren rationale Entscheidungen im Fokus oder sprachliche bzw. körperliche Repräsentationen? Oder aber sollte der Schwerpunkt auf gesellschaftliche Strukturen z. B. auf Institutionen oder Produktionsverhältnisse gelenkt werden? Und welche Rolle spielt dabei Materialität? Handelt es sich bei materiellen Dingen um externe und letztlich unwichtige Gegebenheiten oder sind sie von größerer Bedeutung für die empirische Arbeit? So können mit unterschiedlichen Theorien bei derselben Problemstellung nicht nur divergierende Ergebnisse erzielt werden, sondern auch einzelne Probleme durchaus unterschiedlich interpretiert werden. (3.) Drittens gebe Theorie vor, auf welche Weise Informationen gesammelt werden. Sie bestimmt also die Forschungsmethodik. Werden z. B. Fragen gestellt oder Beobachtungen durchgeführt? (4.) Viertens beeinflusse Theorie, wie wissenschaftliche Ergebnisse weitergegeben und veröffentlicht werden und ob sie gegebenenfalls in die Praxis zurückfließen. Handelt es sich um wissenschaftliche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften? Können wissenschaftliche Ergebnisse in Planungsprozesse und politische Entscheidungen einfließen oder werden sie auf andere Weise, z. B. im Sinne einer kritisch orientierten Public Geography (vgl. FULLER 2008), veröffentlicht?

Der in Kapitel 3 vorgestellte Analyseansatz hat den Anspruch, diesen Aspekten gerecht zu werden: Durch die systematische Verschneidung von unterschiedlichen aber dennoch kompatiblen sozialwissenschaftlichen Theorien soll er es ermöglichen, die Untersuchung eines komplexen sozialen Phänomens (die Forderungen nach einem neuen, emergenten Recht) anzuleiten und es in seiner empirischen Entfaltung analytisch zu rekonstruieren. Er soll also den Leitfaden für den gesamten Forschungsprozess darstellen und zusätzlich als theoretische Kontrolle dienen, so dass die Interpretation und Deutung der Ergebnisse nachvollziehbar und plausibel wird.

In der praktischen Umsetzung (Kap. 4.4.2 und 4.4.3) bedeutet dies jedoch nicht, dass die empirischen Erkenntnisse aus einer unantastbaren äußeren Perspektive auf das Forschungsfeld gewonnen werden sollen. Im Sinne der Autoethnographie (vgl. CHANG 2008) verstehe ich meine Forschungspraxis, als eine reflexive „Praktik unter Praktiken, [die sich] mitten im Geschehen [situiert]“ (SCHMIDT und VOLBERS 2011, S. 36) und die den *site of the social* nicht unberührt betrachtet, sondern ihn in Form einer mehr oder minder großen Intervention stört und verändert. Das beinhaltet auch, dass ich als forschende Person einen direkten Kontakt zu den Personen herstelle, deren Praktiken ich untersuche. Durch meine nicht zu verhindernde körperliche Präsenz verbinde ich mich – mit dem Vokabular Schatzkis gesprochen – mit dem existierenden Netz von Praktik-Arrangement-Bündeln und forme, passend zu den Ausführungen Crangs und Cooks, durch das Befragen oder das Beobachten eigenständige Bündel und damit vielfältige Forschungsorte:

„In reality, research is an embodied activity that draws in our whole physical person, along with all its inescapable identities. What we bring to the research affects what we get [...]. In sum, whether it is acknowledged or not, it is important to understand that research on social relations is made out of social relations which develop within and between the multiple sites of researchers’ ‘expanded fields’.“ (CRANG und COOK 2007, S. 9)

Das gilt insbesondere für Interviewsituationen, die ohne meine Anfrage nicht zustande gekommen wären. Durch die Praktik des Befragens und des Hervorhebens bestimmter Aspekte verändert sich möglicherweise auch die Perspektive der Beforschten auf das jeweilige Thema. Dadurch kann eine neue Diskussion angeregt, über einzelne Aspekte neu nachgedacht und diese in ein neues Licht gerückt werden. Auch bei Beobachtungen wird ein eigenständiger Forschungsort geschaffen. Das gilt vor allem für partizipative Verfahren (vgl. MCINTYRE 2008) und – wie auch in meinem Fall – für Feldforschung in interkulturellen Kontexten (vgl. LIAMPUTTONG 2008; ROTHFUSS 2009), die immer eine gewisse Auffälligkeit meinerseits (Sprache, Äußeres, etc.) und eine soziale Distanz, ein „Anderssein“, zu den Beforschten mit sich bringen.

Diese Formen der Intervention können auch programmatisch erfolgen, wenn die Forschung vom expliziten normativen Ziel begleitet wird, sozial manifestierte Strukturen (z. B. empfundene Ungerechtigkeitsverhältnisse) nicht nur zu untersuchen, sondern auch zu verändern (vgl. KITCHIN und TATE 2013 [2000], S. 23), z. B. im Rahmen der kritisch orientierten Radical Geographies (vgl. BELINA und MICHEL 2011 [2007]) oder der Feministischen Geographie (vgl. SCHURR und WINTZER 2011). Umso mehr ist dies der Fall, sobald die akademische Wissensproduktion ein Teil von sozialen Bewegungen ist, wie es auch bei der Bewegung für das Recht auf Ernährungssouveränität zu beobachten ist (Kap. 2). Demnach muss sozialwissenschaftliche Forschung – und dies gilt vor allem für empirisch orientiertes Arbeiten – immer als eine Form von sozialen Beziehungen verstanden werden, die sich mit den zu untersuchenden sozialen Beziehungen verbindet, sie möglicherweise beeinflusst und sogar verändert. Sie ist also niemals vom Forschungskontext losgelöst und ist je nach Zielsetzung und Vorgehensweise mehr oder minder stark mit dem zu untersuchenden Forschungsgegenstand verwoben.

#### 4.3.2 *Event spaces* als methodologische Ausgangspunkte

Bei der Einforderung von Ernährungssouveränität handelt es sich zwar um ein abstraktes Phänomen, jedoch kann es sich, wie in Kapitel 3.4.1 deutlich wurde, durch die Ausübung verschiedener sozialer bzw. politischer Praktiken räumlich konkretisieren und manifestieren. Das bedeutet, Ernährungssouveränität kann unterschiedliche Komplexitätsstufen und räumliche Reichweiten erlangen und damit selber Maßstabebenen herstellen, sie aber auch anfechten. Im Rahmen empirischer Feldforschung muss ich als forschende Person jedoch immer an konkreten, stationären Orten und in bestimmten Situationen (z. B. ein Marktplatz, eine Straße, ein Büro, ein Versammlungsraum) Daten erheben, unabhängig davon, welche Maßstabsebene dabei im Fokus steht. Der Grund dafür ist, dass nach SCHATZKI (2015, S. 12) körperliche Aktionen im Sinne von *doings* und *sayings* nur lokal, also an konkreten Orten, ausgeführt werden können.

Um nun beim empirischen Arbeiten die Essentialisierung der lokalen Ebene zu vermeiden und die *site ontology* Schatzkis anwendbar zu machen, bietet es sich an, den konzeptionellen Vorschlägen WOODWARDS et al. (2010) zu folgen. Diese basieren im Wesentlichen auf einer programmatischen Kritik an der unhinterfragten erkenntnistheoretischen Verwendung von Maßstabebenen und auf einem Plädoyer für ein „flaches“ oder „horizontales“ Denken in der Humangeographie (vgl. MARSTON et al. 2005; eine ähnliche Diskussion führt auch MOORE 2008). Da diese Überlegungen ebenfalls zu großen Teilen auf der Theorie Schatzkis beruhen, lassen sie sich mit dem topologischen Raumverständnis dieser Arbeit widerspruchsfrei vereinbaren: So plädieren Woodward et al. für eine Sichtweise, nach der Räumlichkeit als eine sich ständig verändernde, relational angeordnete und selbstorganisierende Gesamtheit von differenten, aber dennoch gleichberechtigten Entitäten, also von sozialen Praktiken und materiellen Arrangements, verstanden werden kann. Demnach handele es sich bei einem *site* um einen dichten und situativ

wahrnehmbaren *event space*, der sich aus genau diesen Elementen und aus einer sich selbst organisierenden Logik konstituiert (vgl. WOODWARD et al. 2010, S. 272).

Der Fokus bei der empirischen Betrachtung eines *sites* liegt demnach auf der situativen Beschaffenheit der jeweiligen ausgeübten Praktik und ihrer zugehörigen materiell-räumlichen Dimension (Körper, Dinge, Symbole sowie deren räumliche Anordnung), die jeweils in einem bestimmten Kontext stehen (z. B. Landwirtschaft, agrarökologische Produktion, Ernährung, bolivianisch, deutsch) und dadurch sozialen Sinn erzeugen. Dabei sind diese Praktiken nicht autark, im Sinne von isolierten „Inseln“. Sie stehen wiederum in Verbindung (z. B. durch Praktiken des Kommunizierens) mit anderen, möglicherweise räumlich weit entfernten *event spaces*, so dass diese in der Menge ein größeres soziales Phänomen – in Schatzkis Worten *constellations* – darstellen können, wie z. B. hegemoniale Ernährungsregime, Wirtschaftssysteme oder soziale Bewegungen (vgl. SCHATZKI 2016b; EVERTS 2016).

Daraus folgt, dass nicht nur enge Kontexte, also kleine soziale Phänomene mit begrenzter und geringer Reichweite Gegenstand einer praktikentheoretischen Analyse werden können, wie es z. B. NASSEHI (2006, S. 459; zit. in SCHMIDT und VOLBERS 2011, S. 26) kritisch anmerkt, sondern auch abstraktere Kontexte als große soziale Phänomene (z. B. demokratische Systeme, Ökonomien, Ideologien, Umweltsysteme, Nationalstaaten) (vgl. SCHATZKI 2016b). Erkenntnistheoretisch handelt es sich jedoch immer um die situative und kontextuelle Analyse von Bündeln sozialer Praktiken und materieller Arrangements, deren entscheidende Charakteristika darin bestehen, dass sie von anderen Individuen wahrgenommen werden können und dass sie intersubjektiv nachvollziehbar sind.

### 4.3.3 Wahrnehmbarkeit sozialer Praktiken

Wie lässt sich dieser Ort oder besser diese Orte des Sozialen nun empirisch wahrnehmen? SCHMIDT und VOLBERS (2011) sprechen von „öffentlichen Erscheinungen“ (ebd., S. 25) sowie von „Schauplätzen und Arenen des Sozialen“ (ebd., S. 33), dessen Protagonisten die Praktiken selbst sind. Sie argumentieren, dass die Wahrnehmbarkeit sozialer Praktiken im Wesentlichen auf der Öffentlichkeit des Tuns und Sagens basiere, die sie als eine plurale Perspektive auf allgemein verfügbare materielle Arrangements verstehen:

„Öffentlichkeit ist demnach als eine gemeinsam geteilte, in sich plurale Aufmerksamkeit zu verstehen, die nicht auf die unmittelbare Begegnung beschränkt bleibt, sondern sich über Symbole, Artefakte und Medien auch über Raum und Zeit hinweg konstituiert.“ (SCHMIDT und VOLBERS 2011, S. 29)

Zur Untermauerung dieser Argumentation greifen die Autoren sowohl auf ARENDTS (2003, S. 62; zit. in SCHMIDT und VOLBERS 2011, S. 29) Konzeption der Öffentlichkeit als eine Pluralität an Perspektiven als auch auf das aus der Entwicklungspsychologie

stammende Konzept der *joint attention* zurück (vgl. MOORE und DUNHAM 2014 [1995]; zit. in SCHMIDT und VOLBERS 2011, S. 29 sowie TOMASELLO und FARRAR 1986). Als Träger fungiert dabei konkrete Materialität, z. B. Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, die über eine ihnen zugeschriebene soziale Bedeutung verfügen und damit in ihrer Verwendung auch von anderen Teilnehmenden einer Praktik nachvollzogen werden können. Diese Träger dienen dazu, entsprechende Praktiken für einen bestimmten Zeitraum räumlich zu binden. Sie sichern also ihre zeitliche Stabilisierung und die räumliche Ausbreitung und konstituieren somit einen gemeinsam geteilten, materiellen Raum. Die Art und Weise, wie diese „vergegenständlichte Öffentlichkeit“ wahrgenommen und interpretiert wird, kann jedoch auch durchaus verschieden sein und andere Schlüsse und Perspektiven zulassen. Es handelt sich damit immer um einen öffentlichen aber perspektivisch pluralen Raum.

Für die Wahrnehmbarkeit sozialer Praktiken bedeutet dies, dass es sich um Phänomene handelt, die unmittelbar von den jeweiligen Forschenden als eine situative und kontextuelle Erscheinung in Form eines *event space* (z. B. einer Marktsituation, einer Versammlung, einer Situation der landwirtschaftlichen Produktion) beobachtet und erfahren werden können. Allerdings handele es sich nach SCHMIDT und VOLBERS (2011, S. 27) nicht einfach um eine reine Form der Sinneswahrnehmung wie Sehen, Hören oder Tasten, d. h. um die Perzeption eines äußeren Reizes, sondern es bedeute, dass der oder die Forschende das zu beobachtende Phänomen in „übergeordnete Sinn- und Bedeutungszusammenhänge“ einsortiere und gemäß seiner oder ihrer eigenen Position im Sozialen (Kap. 4.3.1) und der daraus resultierenden Perspektive interpretiere. Es handele sich demnach immer um Prozesse des „sozialen und analytischen Verstehens“ (ebd., S. 35).

Obwohl ich an der von Schmidt und Volbers verteidigten „Öffentlichkeitsthese“ und dem daraus abgeleiteten Plädoyer für die Beobachtbarkeit von sozialen Praktiken im Folgenden festhalten werde – nicht zuletzt da sie mit der These vereinbar ist, dass politische Praktiken wesentlich auf der öffentlichen Sphäre beruhen (Kap. 3.3.4) – sollte bedacht werden, dass die oftmals verdeckten, bewussten oder auch unbewussten Zielvorgaben eine besondere Rolle bei der Ausführung sozialer Praktiken spielen. Diese teleoaffektiven Strukturen (Kap. 3.3.2) sind demnach nicht in jedem Fall von außen beobachtbar. Es ist z. B. möglich, dass Praktiken, die nach außen hin identisch erscheinen, mit unterschiedlichen Zielvorgaben durchgeführt werden. Demnach können Erkenntnisse hinsichtlich einer analytischen Unterscheidung, ob es sich um politische Praktiken handelt oder nicht (vgl. zu dieser Unterscheidung Kap. 3.3.4), in einzelnen Fällen nur durch introspektive Perspektiven und Verfahren gewonnen werden wie etwa durch das methodische Spektrum des Befragens.

Im Gegensatz zu der Argumentation SCHMIDTS und VOLBERS (2011, S. 35) sollte also davon ausgegangen werden, dass das Befragen nicht in Konkurrenz zum Beobachten

stehen sollte, sondern komplementär dazu dienen kann, ein tieferes Verständnis über sämtliche Organisationskomponenten von sozialen Praktiken, also über die praktischen Verständnisse, Regeln, teleoaffektive Strukturen und grundlegenden Verständnisse (Kap. 3.3.2) zu erlangen. Als Grundlage dafür dienen auch die Erfahrungen HITCHINGS (2012), der sich gegen die verbreitete Zurückhaltung gegenüber Interviewmethoden zur Untersuchung sozialer Praktiken wendet, mit dem Argument, dass diese – wenn auch nicht als alleinige Erhebungsmethoden – durchaus dazu geeignet seien, den Sinn, die Intention und Motivation und somit auch die Logik hinter vermeintlich unbewusst ablaufenden alltäglichen Praktiken zu erkennen. Demzufolge sei es offensichtlich, wie HITCHINGS (2012, S. 61) anmerkt, dass Menschen reflektiert und ausführlich über die Ausführung ihrer alltäglichen Praktiken reden könnten, auch wenn es oftmals in der empirischen Forschung nicht leicht sei, sie dazu zu bringen.

#### **4.4 Forschungsprozess, methodische Verfahren und Auswertung der Ergebnisse**

In diesem Abschnitt werde ich nun auf den zeitlichen Ablauf des Gesamtvorhabens und auf die konkreten Forschungsmethoden eingehen. Außerdem wird die Auswahl der Untersuchungsorte begründet und der Prozess der Datenauswertung dargestellt.

##### **4.4.1 Ablauf des gesamten Forschungsprozesses**

Mit Beginn des Jahres 2012 entwickelte sich an der Universität Kiel der thematische Schwerpunkt dieser Arbeit (Phase 1) (Tab. 3). Konkret beschäftigte ich mich mit der politischen Situation in Bolivien und mit der wissenschaftlichen Literatur zu Ernährungssouveränität sowie allgemeiner mit Hegemonie- und Gerechtigkeitstheorien (Kap. 3.1 und 3.2). Außerdem bereitete ich mich inhaltlich und organisatorisch auf einen Feldaufenthalt in Bolivien vor.

Dieser erste Feldaufenthalt (Phase 2) von April bis Juli 2013 in La Paz und Santa Cruz hatte einen überwiegend explorativen Charakter und diente dazu, induktiv einen Überblick über das zu untersuchende Phänomen zu erlangen und nachzuvollziehen, wie es im konkreten empirischen Kontext aus Sicht der einzelnen Organisationen verstanden wird. Ich verfügte zwar bereits über entsprechende theoretische Vorannahmen, die durchaus Einfluss auf meine Vorgehensweise hatten, es existierte jedoch noch kein ausdifferenzierter Analyserahmen. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse dienten im Anschluss des ersten Feldaufenthaltes dazu, den in Kapitel 3.4 vorgestellten Analyserahmen und die in Kapitel 4.1 konkretisierten Fragestellungen zu entwickeln (Phase 3). Der inhaltliche Schwerpunkt bestand darin, die Ansätze aus der Politischen Theorie empirisch anwendbar zu machen. Das beinhaltete vor allem die theoretische Verknüpfung der agonistischen Demokratietheorie mit der Praktikentheorie Schatzkis und den humangeographischen Ansätzen.

Tab. 3: Ablauf des gesamten Forschungsprozesses

<b>Forschungsphase</b>	<b>Zielsetzung</b>	<b>Inhaltliche Schwerpunkte</b>	<b>Methodisches / Praktisches Vorgehen</b>
Phase 1 von Oktober 2011 – März 2013 in Kiel	Einarbeitung in die Thematik, Erarbeitung erster Fragestellungen	Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Literatur zu Ernährungssouveränität sowie mit Theorien zu Hegemonie, Souveränität und Gerechtigkeit	Literaturrecherche; Reflexion des Vorhabens auf wissenschaftlichen Konferenzen; Vorbereitung des Feldaufenthaltes
Phase 2 von April – Juli 2013 in La Paz und Santa Cruz, Bolivien	Erste Explorative Datenerhebung; Erlangen eines Überblicks über die Thematik	Inhaltliche Auseinandersetzung mit der Forderung nach Ernährungssouveränität in Bolivien	Befragungen und Beobachtungen
Phase 3 von August 2013 – Dezember 2014 in Kiel	Auswertung der Ergebnisse; Konkretisierung der Fragestellung; Entwicklung des Analyserahmens	Verschneidung von Agonistischer Theorie, Gerechtigkeitstheorie und Praktikentheorie; Fokussierung auf theoretische Forschungslücken; inhaltlicher Abgleich mit den eigenen empirischen Ergebnissen	Literaturrecherche; Transkription und Protokollierung der Interviews; Reflexion des Analyserahmens auf wissenschaftl. Konferenzen
Phase 4 von Januar – April 2015 in La Paz und Tarija, Bolivien	Erweiterte Datenerhebung; Anwendung des Analyserahmens im Feld	Annäherung an die konkretisierten Fragestellungen (Kapitel 4.1)	Befragungen und Beobachtungen
Phase 5 von Mai – August 2015 in Kiel	Auswertung der Ergebnisse des zweiten Feldaufenthaltes	Inhaltliche Kategorisierung und Typisierung entsprechend der Fragestellungen und des Analyserahmens	Transkription und Protokollierung der Interviews; Reflexion des Analyserahmens und der Ergebnisse auf wissenschaftl. Konferenzen
Phase 6 von September 2015 – Februar 2017 in Kiel und Hamburg	Fertigstellung Dissertation und Veröffentlichung der Ergebnisse	Inhaltliche Aufbereitung des Gesamtprozesses; Beantwortung der Forschungsfragen	Verfassen der Dissertation; Reflexion des Analyserahmens und der Ergebnisse auf wissenschaftl. Konferenzen;

Quelle: Eigener Entwurf

Auf dieser Grundlage führte ich einen zweiten Feldaufenthalt von Januar bis April 2015 in La Paz und Tarija durch (Phase 4). Dieser war enger strukturiert und orientierte sich in seiner Durchführung an dem ausgearbeiteten Analyserahmen und an der Annäherung an die konkretisierten Fragestellungen. Der Fokus war demzufolge darauf gerichtet, kleinbäuerliche Praktiken zu erheben und sie hinsichtlich ihres politischen Charakters zu untersuchen. Im Anschluss (Phase 5) konzentrierte ich mich auf die Auswertung der erhobenen Daten (Kap. 4.4.4), um im Weiteren (Phase 6) diese Dissertation zu erstellen. Begleitet wurde dieser Gesamtprozess von der Rückkopplung und Reflektion des Forschungsprozesses auf fachspezifischen Konferenzen und Workshops im nationalen und internationalen Kontext.

#### 4.4.2 Ablauf der Feldforschung

Im Verlauf des ersten Feldaufenthaltes hielt ich mich primär in der Stadt La Paz auf, da die meisten der für meine Arbeit relevanten kleinbäuerlichen Organisationen (Gewerkschaften, Verbände, indigene Organisationen), relevante Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche Institutionen dort vertreten sind. Darüber hinaus reiste ich nach Santa Cruz, um mit der bolivianischen Landlosenbewegung (MST-B) und der Vertretung der indigenen Völker des Tieflandes (CIDOB) in Kontakt treten zu können.

Während des zweiten Feldaufenthaltes führte ich die Befragungen mit kleinbäuerlichen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen in La Paz fort. Das Hauptanliegen bestand bei diesem Aufenthalt darin, die Untersuchung auf den ländlichen Raum auszuweiten, um konkrete kleinbäuerliche Praktiken beobachten und verschiedene Produzierende befragen zu können. Auf Grundlage der Erkenntnisse des ersten Forschungsaufenthaltes wählte ich dafür die *municipios* Achocalla (*departamento* La Paz) in unmittelbarer Nähe der Städte La Paz und El Alto im Westen Boliviens und das *municipio* Padcaya (*departamento* Tarija) in der Nähe der Stadt Tarija im Südosten des Landes (Abb. 6). Ich betrachtete diese *municipios* jedoch nicht als repräsentative Einzelfallstudien im Sinne LAMNEKS (2010 [1988], S. 286 ff.), sondern als einzelne Forschungs- und Beobachtungsorte innerhalb meines „Suchraumes“, die mir im Sinne einer *multi-sited ethnography* (vgl. MARCUS 1995) dazu dienten, meine Fragestellungen zu beantworten. Die Gründe für diese Auswahl sind wie folgt:

- Sowohl das *municipio* Achocalla (ca. 22.000 Einwohnerinnen und Einwohner) als auch das *municipio* Padcaya (ca. 18.000 Einwohnerinnen und Einwohner) sind durch kleinbäuerliche und ländliche Strukturen geprägt. Klimatisch bedingt werden in Achocalla (im Mittel auf ca. 3800 m ü. NN) hauptsächlich Gemüse sowie Knollen- und Hülsenfrüchte angebaut. Außerdem wird Milch produziert. In Padcaya (auf ca. 2000 m ü. NN) werden ebenfalls verschiedene Gemüsesorten aber auch Früchte (v. a. Weintrauben) angebaut.

- Ausgehend von Teilen der ansässigen Kleinproduzierenden existiert in beiden *municipios* das erklärte Ziel, Ernährungssouveränität v. a. durch agrarökologische Anbaumethoden und direkte Vermarktungswege zu erreichen.
- Die jeweiligen kommunalen Regierungen, die *gobiernos municipales*, fördern dieses Ziel in unterschiedlichem Ausmaß. Beide haben ihr Einflussgebiet zu sogenannten *municipios ecológicos* erklärt und es existieren Bestrebungen, selbstverwaltete Zertifizierungssysteme für ökologisch produzierte Produkte aufzubauen, sogenannte *sistemas participativos de garantía* (SPG).
- Beide *municipios* sind direkt an Großstädte angebunden (Achocalla an La Paz und El Alto; Padcaya an Tarija), d. h. sie sind jeweils innerhalb von ca. ein bis zwei Stunden mit dem Nahverkehr von den jeweiligen Stadtzentren zu erreichen.

#### 4.4.3 Auswahl der Untersuchungsmethoden

Während der Feldaufenthalte führte ich sowohl Beobachtungen als Befragungen durch. Wie in Kapitel 4.3.3 begründet, ermöglichen es diese komplementären Methoden, sowohl introspektive Einblicke in die Organisationskomponenten sozialer Praktiken zu erlangen als auch die konkrete Ausübung, d. h. die Aktionskomponenten, wahrnehmen zu können (eine Übersicht der zitierten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner befindet sich im Anhang). Die Datensicherung erfolgte bei den Befragungen bis auf wenige Ausnahmen durch Audioaufzeichnungen, bei den Beobachtungen durch das Führen eines Forschungstagebuches und durch Fotografien. Insgesamt verwendete ich bei beiden Feldaufenthalten vier Untersuchungsmethoden des qualitativen Spektrums, die situationsbedingt Anwendung fanden:

##### Narrative Interviews

Im Rahmen beider Feldaufenthalte führte ich insgesamt 21 offen gestaltete, d. h. gering strukturierte, narrative Interviews (vgl. SCHÜTZE 1977) durch. Bei den befragten Personen handelte es sich um repräsentative Vertreterinnen und Vertreter kleinbäuerlicher Organisationen aus verschiedenen Teilen des Landes, sog. *dirigentes*, die neben ihrer politischen und repräsentativen Funktion meist auch selbst als Kleinproduzierende in der Landwirtschaft tätig waren. Der offene und narrative Charakter dieser Interviews gab mir die Möglichkeit, Erkenntnisse zu erlangen, ohne meine theoretischen Vorannahmen zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Ich versuchte es zu vermeiden, selbst auf bestimmte Problematiken aufmerksam zu machen. Vielmehr sollten die Befragten innerhalb der von mir vorgegebenen Thematik die Möglichkeit erhalten, eigene Schwerpunkte zu setzen. Dabei liefen die Interviews in der Regel nach dem von LAMNEK (2010 [1988], S. 327f.) beschriebenen vierphasigen Schema ab:

Nach einer (1.) Einleitungsphase, in der ich mein Anliegen vorstellte und eine eröffnende Frage stellte, ließ ich mir in der (2.) Erzählphase berichten, wie die Forderung nach Er-

nahrungssouveränität aus Sicht der jeweiligen Befragten verstanden und interpretiert wird. Darüber hinaus versuchte ich einen Einblick in die Praxis der alltäglichen landwirtschaftlichen Abläufe zu erhalten: welche Produkte hergestellt werden, inwiefern es sich um ökologischen Anbau handelt und mit welcher räumlichen Reichweite sie vermarktet und verkauft werden. Auf diese Weise erfuhr ich, in welche marktwirtschaftlichen Strukturen die Produzierenden eingebunden sind, in welche Abhängigkeiten sie sich begeben bzw. ob diese Strukturen überhaupt als Abhängigkeiten verstanden werden oder eher als Potenziale, einen verbesserten Marktzugang zu erreichen. In der (3.) Nachfragephase wurde ich spezifischer: Wird z. B. versucht, sich eher von äußeren Einflüssen zu befreien oder sich stärker in sie einzubinden? Welche Rolle spielen dabei traditionelle Formen der Nachbarschaftshilfe und die Einbindung in Gewerkschaften oder Genossenschaften? Außerdem fragte ich, welche Nahrungsmittel tagtäglich konsumiert werden, welche Konflikte sich durch die Umstellung auf ökologische Anbauweisen ergeben, wie viel dazu gekauft und wie viel selbst produziert wird, und vor allem, wie die Befragten diese Art des Nahrungsmittelkonsums qualitativ bewerten: Gelten z. B. industriell gefertigte Produkte als etwas Wertvolles oder eher als notwendiges Übel? In der (4.) Bilanzierungsphase stellte ich vor allem Fragen hinsichtlich der Motivation und der Intention dieser Praktiken.

### **Gruppendiskussionen und Gruppeninterviews**

Während beider Aufenthalte führte ich vier Gruppendiskussionen bzw. Gruppeninterviews (vgl. DREHER und DREHER 1991) mit Vertreterinnen und Vertretern kleinbäuerlicher Organisationen durch, die sich situationsbedingt ergaben. Das bedeutet, die Initiative in der Gruppe oder alleine interviewt zu werden, ging meist von den befragten Personen aus, die somit auch die Zusammensetzung der Teilnehmenden und die Gruppengröße festlegten.

Diese Methode zeichnet sich dadurch aus, dass es sich nicht einfach um eine Form des qualitativen Interviews handelt, das anstelle mit einem oder einer Befragten mit mehreren Teilnehmenden durchgeführt wird, sondern um den Versuch, sich einem bestimmten Thema im Rahmen einer Diskussion anzunähern und dabei die Eigendynamik der Gruppe zuzulassen und zu nutzen (vgl. MATTISSEK et al. 2013, S. 183 ff.; LAMNEK 2010 [1988], S. 372 ff.). Der Unterschied zwischen einem Gruppeninterview und einer Gruppendiskussion ist daher im Vorfeld nicht klar auszumachen und entwickelt sich erst im Verlauf des Gesprächs. Im Falle einer höheren Diskussionsbereitschaft der Teilnehmenden hält sich die befragende Person möglichst weit zurück und übernimmt eher eine moderierende Funktion. Die Angaben zur Gruppengröße sind dabei in der Literatur unterschiedlich (vgl. LAMNEK 2010 [1988], S. 396 für einen Überblick); es wird jedoch von einer Mindestgröße von drei Personen ausgegangen. In meinen Fällen waren es kleine Gruppen von drei bis vier Personen.

Von dieser Methode erwartete ich – so wie es vor allem LAMNEK (2010 [1988], S. 389 ff.) beschreibt – dass die Gruppendynamik dazu beiträgt, kollektive Phänomene, d. h. in meinem Fall soziale Praktiken (z. B. der ökologischen Landwirtschaft oder des Nahrungsmittelkonsums), besser ermitteln und wahrnehmen zu können. Durch die gemeinsame Einbettung in einen sozialen Kontext sowie durch die wechselseitige Interaktion der Teilnehmenden während der Diskussion können kollektiv empfundene Realitätskonstruktionen wie Meinungen, Werturteile oder auch kontrovers diskutierte Probleme schneller und direkter geäußert und unmittelbar sinnhaft nachvollzogen werden. Auch das in der Literatur häufig beschriebene Problem, dass die Befragten sich politisch „korrekter“ ausdrücken möchten und letztlich das erzählen, was die befragende Person hören möchte, wird durch die Gruppendynamik zumindest zum Teil umgangen (vgl. MATTISSEK et al. 2013, S. 184).

Diese offensichtlichen Vorteile bergen jedoch den Nachteil, dass individuelle oder abweichende Meinungen aufgrund eines empfundenen sozialen Drucks möglicherweise nicht geäußert und dementsprechend vernachlässigt werden. Auch introspektive Einblicke in die Intentionalität und Emotionalität sozialer Praktiken sind bei Gruppenverfahren häufig schwerer in Erfahrung zu bringen als bei Einzelinterviews.

### **Problemzentrierte Interviews**

Als dritte Methode führte ich während beider Feldaufenthalte 40 problemzentrierte Interviews (vgl. WITZEL 1985) in La Paz, Santa Cruz und Tarija aber auch in den *municipios* Achocalla und Padcaya durch. Diese konnten zum Teil auch als Expertinnen- bzw. Experteninterviews oder als informatorische Interviews (vgl. LAMNEK 2010 [1988], S. 304 f.) bezeichnet werden, da mein Erkenntnisinteresse in der Ermittlung des spezifischen Fachwissens der Befragten bestand. Die Zielgruppe bei diesem Interviewtyp waren vor allem Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen, staatlicher Behörden und Ministerien. Aber auch mit unabhängigen Einzelpersonen, die keiner bestimmten Organisation angehörten, jedoch über bestimmte, für meine Fragestellung relevante Kenntnisse verfügten, führte ich entsprechende Gespräche.

Problemzentrierte Interviews sind stärker an einer bestimmten gesellschaftlichen Problemstellung orientiert. Sie werden ähnlich wie narrative Interviews weitestgehend offen durchgeführt; es werden also keine Antwortvorgaben gegeben und es ergibt sich für die Gesprächsführenden die Möglichkeit, flexibel auf den Gesprächsverlauf zu reagieren und einzuwirken. Im Unterschied zum narrativen Interview richten sich die Forschenden nach einem Gesprächsleitfaden (vgl. MATTISSEK et al. 2013, S. 166 f.). Es geht demnach nicht darum zu erkennen, was generell das Problem ist, sondern eher, wie ein bestimmtes, durch eigene Vorüberlegungen festgelegtes Problem aus verschiedenen Perspektiven dargestellt wird.

Die inhaltlichen Schwerpunkte meiner Interviews bestanden vor allem darin, die ernährungspolitische Haltung der bolivianischen Regierung nachzuvollziehen zu können. Konkret ging es dabei um die gesetzlichen Deklarationen, mit denen das Recht auf Ernährungssouveränität umgesetzt werden soll. Außerdem war für mich von Interesse, wie sich die Preispolitik für Grundnahrungsmittel darstellt, inwiefern die ökologische und kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützt wird und vor allem welche Konsequenzen sich aus dem derzeit in Bolivien zu beobachtenden Quinoaboom ergeben.

### **Beobachtungen**

Als vierte Methode ergaben sich während beider Feldaufenthalte diverse situative Beobachtungsorte bzw. *event spaces* (Kap. 4.3.2). Dazu gehörten:

- sämtliche Einzel- und Gruppeninterviewsituationen (das Umfeld des Interviews),
- Märkte und andere Verkaufsorte für ökologische hergestellte Produkte (in Tarija und La Paz) sowie eine Messe mit dem Namen BioBolivia, bei der ökologisch Produzierende aus ganz Bolivien vertreten waren,
- Versammlungen und Workshops für ökologisch Produzierende, die vor allem der Zertifizierung ihrer Produkte dienen sollten,
- Orte landwirtschaftlicher Produktion und Weiterverarbeitung.

Die Art der Beobachtung war dabei immer nichtstandardisiert und abhängig von der jeweiligen Forschungssituation. In Anlehnung an GOLDS (1958, S. 221) Typisierung handelte es sich bei einer Vielzahl der Beobachtungen um Situationen, die in Zusammenhang mit Befragungen zustande kamen, in denen ich also als teilnehmender Beobachter (*observer-as-participant*) in Erscheinung trat. Das bedeutet, dass meine Rolle als Beobachter klar zu erkennen war und ich mit den beteiligten Personen durch die Befragungen interagierte. In Interviews und Gruppendiskussionen erfüllte ich somit eine Doppelfunktion: die des Befragers bzw. Moderators und die des Beobachters. Ich stellte also nicht nur Fragen, sondern versuchte auch immer, die Umgebung des Interviews wahrzunehmen: mit welcher Art und Weise geantwortet wurde, wie das Interview arrangiert wurde, in welchen Räumlichkeiten es stattfand und mit welcher Emotionalität die befragten Personen auf bestimmte Fragen reagierten. Das galt besonders für die Gruppendiskussionen, bei denen ich mich in der Befragung etwas zurücknehmen konnte.

In anderen Situationen, z. B. im Rahmen von Versammlungen und Workshops, bei der Beobachtung landwirtschaftlicher Produktionsabläufe oder dem Verkauf agrarökologischer Produkte beschränkte ich mich zumeist auf die Rolle des Zuhörers bzw. Beobachters im Sinne des *complete observer* (vgl. GOLD 1958, S. 221 f.) und beteiligte mich in diesen Fällen nicht direkt an den ausgeübten Praktiken. Bei den Versammlungen ver-

suchte ich spezifische Argumentationsmuster zu erkennen aber auch sonstige Details wahrzunehmen: wer wo sitzt, welche Personen sich zu Wort melden, welche Geschlechterverhältnisse vorherrschen, in welcher Sprache gesprochen wird, wie die Diskussionsabläufe sind, wie sich begrüßt und verabschiedet wird und welche Emotionen bei den Versammlungen zu Tage treten. Auch mir gegenüber geäußerte Emotionen der Befragten und Beobachteten versuchte ich dabei zu dokumentieren. Auf den Märkten und den Orten der landwirtschaftlichen Produktion hingegen konzentrierte ich mich u. a. darauf, wie die Produkte inszeniert und welche Anbaumethoden verwendet werden.

Auch wenn es sich bei dieser Methodik um nichtteilnehmende Beobachtungen handelte, war ich kein vom Forschungskontext losgelöster und unsichtbarer Beobachter (Kap. 4.3.1). Meine Interaktion mit dem Feld war insofern stark ausgeprägt, als dass ich die beobachteten Personen teilweise während (oder unmittelbar nach) der Ausübung ihrer Praktiken befragte, ihre Produkte kaufte und dabei fotografierte. Die Fotografien dienten mir dabei vor allem als Gedächtnisstützen und waren zur späteren Illustration und Rekonstruktion meiner schriftlichen Notizen gedacht. Darüber hinaus machte ich, ähnlich wie es auch SCHURR (2012, S. 198) mit der Methodik der visuellen Ethnographie beschreibt, in Einzelfällen die Erfahrung, dass die Präsenz der Kamera und meine offensichtliche Absicht, zu fotografieren, bestimmte Praktiken, wie z. B. das Präsentieren von Saatgut, erst hervorrief.

Ich suchte insgesamt also nicht die Distanz, sondern eher die Nähe und Interaktion mit dem Feld. Ich ordnete mich den Regeln und der Dynamik des Feldes unter, ohne mich zu „verstecken“, was durch mein offensichtlich europäisches Äußeres auch nur schwer möglich gewesen wäre. In Abhängigkeit der jeweiligen Situationen fiel ich mal mehr und mal weniger stark auf und verband mich allein schon durch die bloße körperliche Anwesenheit mit den sozialen Praktiken der jeweiligen Untersuchungsorte (Kap. 4.3.1).

#### **4.4.4 Aufbereitung und Auswertung der Daten**

Die narrativen Interviews und die Gruppendiskussionen bzw. Gruppeninterviews transkribierte ich bis auf wenige Ausnahmen vollständig. Dabei verblieb ich – bis auf die zum Verständnis übersetzten Zitate in Kapitel 5 – im Sinne einer literarischen Umschrift (vgl. MATTISSEK et al. 2013, S. 192 ff.) grundsätzlich im Spanischen und unternahm kaum grammatikalische Korrekturen. Ich wollte möglichst nah am Gesprochenen bleiben und es erreichen, den genauen Wortlaut und sprachliche Nuancen erkennen zu können. Für die hermeneutische Interpretation des Transkriptionstextes (vgl. KLEINING 1995), also für das Verstehen von Deutungsmustern und Realitätskonstruktionen, erwies sich dieses Verfahren als sinnvoll. Das bedeutete allerdings nicht, dass ich mir dadurch eine möglichst realitätsnahe Wiedergabe meiner Daten versprach, sondern dass ich die Transkription vielmehr als eine Interpretation (das Verfassen des Transkriptionstextes) von Interpretationen (die Erzählungen der Befragten) verstand (vgl. MATTISSEK et al. 2013, S. 195).

Die auf diese Weise erstellten Texte dienten als Grundlage für einen weiteren hermeneutischen Interpretationsschritt. Dieser bestand in einer offenen Kodierung (vgl. FLICK 2007 [2002], 392 ff.) mittels des Textanalyseprogrammes MAXQDA. Es diente dazu, die Transkriptionstexte strukturiert „aufzubrechen“, in den jeweiligen Erzählungen nach inhaltlichen Mustern und Sinnzusammenhängen zu suchen und diese in Kategorien (Kodierungen) zu übertragen. Wie es auch in Kapitel 4.3.1 deutlich wurde, fungierte der in Kapitel 3 ausgearbeitete theoretische Ansatz dabei als eine „Interpretationsanleitung“, so dass die Bildung der Kategorien zwar offen aber nicht intuitiv, sondern theoriegebunden erfolgte.

Für die problemzentrierten Interviews erstellte ich dagegen inhaltlich strukturierte Gesprächsprotokolle, da ich weniger am genauen Wortlaut der Erzählungen interessiert war, sondern eher an spezifischen Inhalten. Zudem handelte es sich um eine zeitlich sehr effiziente Variante der Datenauswertung. Nur in Einzelfällen transkribierte ich bestimmte Passagen, bei denen mir die genaue Formulierung für die spätere Interpretation von Bedeutung erschien.

Die Feldnotizen, Postscripts und Fotografien dienten als schriftliche Fixierung und Visualisierung für die Nachvollziehbarkeit der in Kapitel 5 wiedergegebenen Beobachtungen. Zur Illustration boten sich außerdem zahlreiche, in Bolivien häufig zu sehende, politische Graffiti an, die einen illustrativen Einblick in die politische Stimmung des Landes ermöglichen.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die angewendeten Methoden, die jeweiligen Auswertungsverfahren und Untersuchungsorte.

Tab. 4: Methodenspektrum der empirischen Forschung

<b>Methode</b>	<b>Zielpersonen</b>	<b>Auswertungsverfahren</b>	<b>Untersuchungsorte</b>
<b>Narrative Interviews/ Gruppeninterviews</b>	Vertreter(innen) kleinbäuerlicher Organisationen und kleinbäuerliche Produzent(innen)	Audio-Aufzeichnung, Transkription, Kodierung, Textinterpretation	La Paz, Santa Cruz, Achocalla, Padcaya
<b>Problemzentrierte Interviews/ Experteninterviews</b>	Vertreter(innen) von NROs, Forschungsinstitutionen und staatlichen Einrichtungen	Audio-Aufzeichnung Gesprächsprotokolle Kodierung, Textinterpretation	La Paz, Santa Cruz, Tarija, Achocalla, Padcaya
<b>Teilnehmende/ Nicht-Teilnehmende Beobachtungen</b>	Vertreter(innen) kleinbäuerlicher Organisationen und kleinbäuerliche Produzent(inn)en	Feldnotizen, Postscripts, Fotografien	La Paz, Santa Cruz, Achocalla, Padcaya

Quelle: Eigener Entwurf

## 4.5 Zusammenfassung

Das Ziel des empirischen Teils dieser Arbeit ist es, das Recht auf Ernährungssouveränität in seinem konkreten empirischen Wirkungsgefüge zu untersuchen. Die beiden erkenntnisleitenden Fragestellungen richten sich (a) an die konkreten kleinbäuerlichen „Souveränitätspraktiken“ und (b) an die „Gerechtigkeitsstopologien“ bzw. an die die „Geographien der Ernährungssouveränität“. Bolivien stellt als Untersuchungsraum für diese Arbeit einen geeigneten Kontext dar: Zum einen bestehen sowohl von zivilgesellschaftlicher als auch von staatlicher Seite Bemühungen, das Recht auf Ernährungssouveränität als Leitbild zu verfolgen. Zum anderen sind die inhaltlichen Forderungen, die sich hinter der Forderung nach Ernährungssouveränität verbergen, den historisch bedingten Ungleichheiten in der Landverteilung geschuldet und entsprechend emotional und politisch vorbelastet. Das bolivianische Beispiel zeigt daher in aller Deutlichkeit, wie die Forderung nach Ernährungssouveränität ihre vereinende Kraft entfaltet, indem bestehende und nicht notwendigerweise zusammengehörige Gerechtigkeitsforderungen gebündelt, moralisch „aufgeladen“ und politisch neu eingefordert werden.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich demnach auf spezifische soziale Praktiken, die Ernährungssouveränität als eine Gerechtigkeitsforderung konstituieren und die in Form von *event spaces* wahrnehmbar werden. Dazu bieten sich, aufbauend auf einem konstruktivistischen Paradigma und einer interpretativ-verstehenden Vorgehensweise, sowohl Beobachtungsverfahren als auch Befragungen an, um die Ausübung bzw. die Organisation sozialer Praktiken sinnhaft nachzuvollziehen und intersubjektiv rekonstruieren zu können. Wichtig ist dabei, dass ein solcher Forschungsprozess theoretisch fundiert und reflektiert abläuft, um einerseits nicht ausschließlich der eigenen und unüberwindbaren sozialen Positionierung zu unterliegen und um andererseits den Forschungsprozess für andere Personen plausibel und nachvollziehbar zu gestalten und ihm so wissenschaftliche Güte zu verleihen.

Für den empirischen Teil dieser Arbeit, der auf zwei ca. dreimonatigen Feldaufenthalten in Bolivien basiert, bedeutet dies, dass ich die eigene Forschung als eine Praktik verstehe, die sich mit den zu untersuchenden Praktiken verbindet und einen Untersuchungsort nie unangetastet hinterlässt. Dabei führte ich narrative und problemzentrierte Interviews, Gruppeninterviews bzw. Gruppendiskussionen sowie teilnehmende und nichtteilnehmende Beobachtungen durch, um sowohl unbewusstes und inkorporiertes Tun und Sagen als auch bewusste jedoch ausschließlich introspektiv zugängliche Organisationskomponenten von sozialen Praktiken rekonstruieren zu können. Anschließend wertete ich die Ergebnisse mittels Audioaufzeichnungen, Transkriptionen, Protokollen und Fotografien interpretativ-verstehend aus.

**Zwischenfazit III:****Vom Forschungsdesign zur Forschungspraxis**

„[H]ow things unfold depends very much on how a new right is received, defended, and practiced even after its entrenchment, politically engaged and contested after that. In short, the right opens some possible doors but all by itself [...] it means very little. The *practice* of the right [...] means everything.“ (HONIG 2009, S. 52f.)

Mit diesem Forschungsdesign ist es nun möglich, die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit aufzuzeigen. Unter Berücksichtigung der in diesem Kapitel dargestellten Fragestellungen und der erkenntnistheoretischen Grundannahmen soll im folgenden Kapitel dargestellt werden, wie sich das „tatsächliche Verhalten“ von Ernährungssouveränität, d. h. die konkrete und empirisch wahrnehmbare Praxis dieses Rechtes, entfaltet; denn wie HONIG (s.o.) es treffend anmerkt, bedeutet ein Recht an sich nur sehr wenig. Die praktische Ausgestaltung, die Inkraftsetzung und Anfechtung eines Rechtes hingenen bedeuten alles.

Dabei ist es selbsterklärend – aber dennoch sollte darauf hingewiesen werden – dass ich aufgrund meiner subjektiven Sichtweise nicht die Gesamtheit an Praktiken und Arrangements wahrnehmen kann, die die Forderung nach Ernährungssouveränität in Bolivien konstituieren, sondern immer (nur) bestimmte kontextuelle Ausschnitte. Folglich geht es auch nicht um die Wiedergabe von Fakten oder um eine Annäherung an objektive Wahrheiten. Dies würde der konstruktivistischen Sichtweise des interpretativ-verstehenden Paradigmas von Grund auf widersprechen. Jedoch ermöglicht es diese Perspektive, soziale Deutungsmuster und Realitätskonstruktionen nachvollziehen und theoretisch angeleitet wiedergeben zu können. Daher verstehe ich den in diesem Kapitel dargestellten Forschungsprozess und die nun folgenden Ergebnisse, ähnlich wie es auch SWYNGEDOUW (2015, S. 226) formuliert, als eine „persönliche Geschichte“, die ich autoethnographisch, d. h. aus meiner eigenen, unüberwindbar subjektiven, aber dennoch nicht unwissenschaftlichen Perspektive heraus erzähle, um auf diese Weise theoretische Konzepte „zum Leben“ zu erwecken.

Der Fokus bei dieser Betrachtung liegt immer auf den sozialen Praktiken selbst, die analytisch zwar trennbar, empirisch jedoch auf komplexe Art und Weise miteinander verwoben sind. Sie formen eine Art des sozialen Zusammenlebens, das nicht – wie ich in Hinblick auf meinen Analyserahmen und die erkenntnistheoretischen Grundannahmen behaupte – rationalen Entscheidungen, Kausalitäten und Gesetzmäßigkeiten im Sinne eines in sich geschlossenen und kohärenten Systems folgt, sondern eher durch Paradoxien, Antagonismen, ungleiche Machtverhältnisse und Emotionen charakterisiert ist. Dennoch zeichnet es sich durch einen gewissen Organisationsgrad aus und läuft nicht rein willkür-

lich oder chaotisch ab. Mein Anspruch ist es, diese Komplexität in Bezug auf die Forderung nach Ernährungssouveränität im folgenden Kapitel nachvollziehbar darzustellen, sie jedoch nicht zu vereinfachen oder unlogisch erscheinende Widersprüche aufzulösen.

## 5 Ein neues Recht und seine Realität: Ernährungssouveränität in Bolivien

Wie entfaltet sich die Forderung nach Ernährungssouveränität nun in der Realität? Das Ziel dieses Kapitels ist es, der Beantwortung dieser Frage gerecht zu werden und eine theoriegeleitete Darstellung der Bestrebungen nach selbstbestimmter und gerechter Ernährung in Bolivien anzufertigen. Im ersten Teil des Kapitels werde ich zunächst den engeren inhaltlichen und politischen Rahmen, in Form der staatlichen Politik der *soberanía y seguridad alimentaria* (Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit), aufzeigen. Dabei handelt es sich zwar nicht unmittelbar um den inhaltlichen Kern meiner Untersuchung aber um einen nicht weniger wichtigen und bedeutungsverleihenden „Saum mehr oder minder deutlich assoziierter Vorstellungen“ (HANNAH 2015, S. 137), der den Fokus meiner Aufmerksamkeit umgibt. Methodisch werde ich dabei mit den problemzentrierten Interviews und der verfügbaren wissenschaftlichen Literatur arbeiten und die Inhalte anschließend mit Rückgriff auf die in Kapitel 3 beschriebenen hegemonietheoretischen Ansätze zusammenfassen und interpretieren.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als inhaltliche Basis für den zweiten Teil des Kapitels und zwar für die Illustration einzelner Ausschnitte aus den kleinbäuerlichen Praktiken der Ernährungssouveränität. Diese bilden als zentrale Untersuchungsgegenstände den Fokus dieser Arbeit. Dabei werde ich zu großen Teilen auf narrative Interviews sowie auf eigene Beobachtungen und Fotografien zurückgreifen und anschließend – ohne die diskurstheoretischen Gedanken Laclaus und Mouffes aus dem Blick zu verlieren – mit den praktikentheoretischen Begriffen Schatzkis interpretative Schlussfolgerungen hinsichtlich der Aktions- und Organisationskomponenten dieser Praktiken ziehen.

Abschließend soll im dritten Teil des Kapitels eine theoriegeleitete Synthese erstellt werden, um die im vorigen Kapitel aufgestellten Forschungsfragen zu beantworten.

### 5.1 Die Politik der *soberanía y seguridad alimentaria* und ihre Widersprüche

Spätestens seit Inkraftsetzung der neuen Verfassung im Jahr 2009 gelten die Konzepte der Ernährungssouveränität und der Ernährungssicherheit als Leitbilder für die bolivianische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Sie sollen dazu beitragen, eine souveräne und unabhängige bolivianische Ernährung zu gewährleisten und damit das übergeordnete, einer andin-indigenen Tradition entstammende Leitbild des *vivir bien*, des „guten Lebens“, zu erfüllen (Kap. 4.2.1). Bereits einige Jahre zuvor wurde dieses Ziel im Nationalen Entwicklungsplan für die Jahre 2006 – 2011 verankert (vgl. PND 2007, S. 103; ARAÚJO 2010, S. 503 ff.). Aus beiden Deklarationen geht hervor, dass der Staat in seiner Funktion als souveräne Kraft verschiedene politische Maßnahmen für eine selbstbestimmte, hei-

mische und qualitativ hochwertige und ausreichende Ernährung verwirklichen soll. Zusammengefasst gehören dazu:

- die Stärkung des Binnenmarktes und der nationalen Produktion,
- die Beschränkung des Exportes,
- das Verbot der Herstellung, Verbreitung und Einfuhr gentechnisch veränderter Organismen und giftiger Substanzen, die schädlich für Mensch und Umwelt sein könnten,
- die Förderung klein- bis mittelständischer landwirtschaftlicher Produzentinnen und Produzenten im Rahmen einer diversifizierten, solidarischen und pluralen Wirtschaft,
- die Entwicklung einer gerechten Preispolitik für Grundnahrungsmittel,
- die Unterstützung von Subsistenzwirtschaft sowie agrarökologischer und diversifizierter Produktion im Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und der ökologischen Tragfähigkeit und
- die Entwicklung von Bildungs-, Informations- und Kommunikationsprogrammen für einen verantwortungsvollen und bewussten Konsum von Nahrungsmitteln. (PND 2007, S. 103; CPE 2009, Artikel 255, 306, 307, 311, 405 und 407).

Hervorzuheben ist, dass diese Maßnahmen nicht als Top-Down-Ansätze betrachtet werden können; vielmehr handelt es sich – so wie es auch bei der Erarbeitung der gesamten Verfassung der Fall war (vgl. SCHILLING-VACAFLOR und BARRERA 2011) – um einen partizipativen Prozess, in den diverse kleinbäuerliche Organisationen involviert waren. Bereits im Jahr 2002, also noch deutlich vor dem Amtsantritt der MAS-Regierung, erarbeiteten diverse kleinbäuerliche Verbände in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen (dem Netzwerk AIZE) einen von der damaligen bolivianischen Regierung zunächst noch wenig beachteten Vorschlag für eine Reihe von ernährungspolitischen Forderungen. Diese wurden zu großen Teilen bei den gesetzlichen Beschlüssen zu Ernährungssouveränität berücksichtigt (vgl. DÁRAVOS SARAVIA 2013, S. 3), was jedoch nicht dazu führte, dass die gegenwärtige Agrar- und Ernährungspolitik des MAS vorbehaltlos von den kleinbäuerlichen Organisationen getragen wird. Es offenbarten sich eher eine Reihe an Widersprüchen, die den paradoxen Charakter von Ernährungssouveränität in aller Deutlichkeit zutage treten lassen. Wie im Folgenden deutlich wird, zeigen sie, dass die Bemühungen, Ernährungssouveränität politisch umzusetzen und in ein bestehendes „Gerechtigkeitsregister“ zu integrieren, mit großen Hindernissen verbunden sind und eher zu neuen Konflikten und Antagonismen führen.

### **5.1.1 Von Definitionen und Hintertüren: Die Deklarationen**

Als legislative Säulen für die staatliche Politik der Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit gelten im Wesentlichen zwei Gesetze: die Ley 144, der „gemeinschaftlichen und produktiven Agrarrevolution“ aus dem Jahr 2011 und die Ley 338, „der indi-

genen, originären und bäuerlichen Wirtschaftsorganisationen für die Integration der familiären Landwirtschaft und der Ernährungssouveränität“ aus dem Jahr 2013. Das erstere und ältere Gesetz nennt als zentrale Zielsetzung: „Ernährungssouveränität für das gute Leben der Bolivianerinnen und Bolivianer unter den Bedingungen der Lebensmittelsicherheit und Qualität durch die gemeinschaftliche und produktive Agrarrevolution im Rahmen einer pluralen Wirtschaft herzustellen.“ (übersetzt nach Ley 144, Artikel 3) und richtet sich dabei an:

„die zentralen Einheiten des Staates, an die Autonomiegebiete, der indigenen, originären und bäuerlichen Gemeinschaften sowie Gemeinschaften von Interkulturellen und Afrobolivianern als auch an andere öffentliche, private und gemischte Körperschaften sowie an die unabhängigen und gemeinschaftlichen Produzenten, die auf direkte oder indirekte Weise die produktive Entwicklung und die Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität sicherstellen oder damit in Verbindung stehen.“ (übersetzt nach Ley 144, Artikel 4)

Wie aus dieser Formulierung hervorgeht, werden damit alle landwirtschaftlichen Produzentinnen und Produzenten sowie sämtliche politischen Ebenen, die sich dem Ziel der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität verschreiben, juristisch vereinheitlicht. Es werde, wie es Germán Gallardo, ein hochrangiger Vertreter des Ministeriums für Ländliche Entwicklung und Land, erläutert, kein Unterschied zwischen dem Staat oder untergeordneten Verwaltungsebenen, Autonomiegebieten, Kleinbauerinnen und Kleinbauern, familiärer Landwirtschaft, klein- und mittelständisch oder großen Betrieben gemacht. Alle würden „unter einen Regenschirm“ treten und die gleichen Rechte, Zugeständnisse und Befugnisse als landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten erhalten (PZI 1, 07.05.2013)<sup>1</sup>.

Passend zu den theoretischen Argumenten in Kapitel 2.6 wird damit deutlich, wie in Bolivien eine große Offenheit hinsichtlich der Subjekte bzw. der Zielgruppe von Ernährungssouveränität und damit auch der räumlichen Maßstabsebene hergestellt wird: Die Forderung beinhaltet die Selbstbestimmung in Bezug auf die Produktion, den Konsum und die Verteilung von Nahrungsmitteln und kann damit definitionsgemäß auch keine bestimmten Produktionsformen ausschließen. Jedoch beinhaltet sie auch – und hier zeigt sich ihr paradoxer Charakter – dass Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten bevorzugt werden sollen und die Nahrungsmittelproduktion bestimmten normativen Leitlinien unterliegen sollte. Es verwundert daher nicht, dass die Ley 144 vor allem seitens des Produzierendenverbandes CIOEC und der CONAMAQ, der Vertretung der indigenen

---

<sup>1</sup> Interviewzitate werden im Folgenden nummeriert und mit den folgenden Kodierungen angegeben: PZI = problemzentriertes Interview; NI = narratives Interview; GI = Gruppeninterview bzw. -diskussion; BKI = Beobachtungen und Kurzinterviews. Zusätzlich wird das Datum des Interviews genannt. Eine Übersicht aller Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner befindet sich im Anhang.

Völker des Hochlandes, vehement kritisiert wird. Es fehle, wie Vertreter dieser Organisationen erläutern, die notwendige Priorisierung von familiärer und kleinbäuerlicher Landwirtschaft und eine klare Haltung hinsichtlich der Verwendung bzw. des Verbotes von Agrochemikalien und gentechnisch veränderten Organismen sowie konkrete politische Maßnahmen für die Umsetzung der Richtlinien (PZI 2, 07.05.2013; PZI 3, 29.05.2013; NI 1, 09.05.2013).

Auch die als Zusatz zur Ley 144 gedachte Ley 338, die sogenannte Ley OECAS<sup>2</sup>, aus dem Jahr 2013, mit dem Ziel, „im öffentlichen und nationalen Interesse die familiäre und nachhaltige Landwirtschaft als Basis der Ernährungssouveränität des bolivianischen Volkes zu erklären“ (übersetzt nach Ley 338, Artikel 6), konnte diese Kritik nicht abmildern. Insgesamt werde bei beiden Richtlinien nicht oder nur kaum differenziert dargelegt, wie sie umgesetzt werden sollen. Sie würden eher aus einer Reihe von redundanten Prinzipien und Leitbildern bestehen und es handele sich – ganz im Sinne eines überdefinierten „leeren Signifikanten“ (Kap. 3.1.1) – um Definitionen, die keine konkrete Bedeutung beinhalteten. Enrique Ormachea, ein zu diesem Thema arbeitender Wissenschaftler der gewerkschaftsnahen Forschungsinstitution CEDLA (vgl. ORMACHEA 2009) formuliert diese Kritik wie folgt:

„Vor einer Weile hat man das Gesetz OECAS erlassen. Aber das hat keinen Sinn. Es besagt nichts. Es ist ein rein diskursives Gesetz. Es ist ein Gesetz voller Definitionen. Es definiert Dinge. Die OECAS sind dies und das, aber man gibt ihnen keine Bestimmung. Es ist kein Gesetz, das wirklich Dinge stärken wird. Es bewirkt nichts.“ (PZI 4, 25.04.2013)

### **„Sie töten, sie ernähren dich nicht“**

Ein gesellschaftlich stark kontrovers diskutiertes Thema sind in diesem Zusammenhang die gesetzlichen Regelungen zu gentechnisch veränderten Organismen. Laut dem Artikel 408 der Verfassung Boliviens (vgl. CPE 2009) sind die Produktion, der Import, die Verwendung und die Vermarktung von gentechnisch veränderten Organismen und entsprechenden Technologien verboten. Allerdings wurde dieses Verbot wenig später relativiert und es wurde darauf verwiesen, dass die genaue Verwendung durch ein entsprechendes Gesetz geregelt werden soll. Dieser Richtlinie, der Ley 144, ist wiederum zu entnehmen, dass gentechnische Veränderungen nur bei Organismen verboten werden, die ursprünglich aus Bolivien stammen und mit denen das „genetische Erbe des Landes“ angegriffen werden könnte (Artikel 15, Abs. 2; GIAVARINI 2013, S. 7f.). Damit werden jedoch *de facto* sämtliche gentechnische Veränderungen bei Organismen, die nicht aus Bolivien stammen, geduldet und automatisch legalisiert wie z. B. im Rahmen der Produktion von Soja und diversen Reissorten (vgl. MOLINA 2011).

2 Die Abkürzung OECAS bezeichnet die Organizaciones Económicas Campesinas, Indígenas Originarias.

Ein Repräsentant der CONAMAQ verdeutlicht in einem Interview seinen Unmut mit der Ley 144 und das Gefühl des „Übergangen-Werdens“: Die CONAMAQ sei als Vertretung der indigenen Völker des Altiplano selbst wesentlich an der Ausarbeitung des neuen Gesetzes und auch der neuen Verfassung beteiligt gewesen, die Regierung habe sie jedoch hintergangen und es bestehe nun, entgegen ihrem ursprünglichen Vorschlag, die uneingeschränkte Möglichkeit, transgenes Saatgut und Agrochemikalien einzusetzen:

„Der Präsident Evo Morales hat ein Gesetz der gemeinschaftlichen Agrarrevolution verabschiedet. [...] Auch wir haben das Gesetz mit ausgearbeitet, um die landwirtschaftliche Produktion im Osten und Westen, ganz gleich ob Soja, Mais, Weizen, Bohne, Erbse, Quinoa, kurz gesagt alles, zu verbessern. Aber sie, die Regierung, hat uns eine Falle gestellt und uns angelogen! [...] Ja, sie lassen uns [die Herstellung] der Produkte, gleich ob Mais, Weizen, Bohne, Erbse oder Quinoa, verbessern, aber mit dem Begriff der Ernährungssouveränität muss man natürlich produzieren, mit natürlichen Düngemitteln, mit allem außer Chemie. Und deswegen lehnt die CONAMAQ dieses Gesetz ab [...] und den gesamten Artikel 15 über Ernährungssicherheit, Ernährungssouveränität und die Verwendung von transgenen Organismen und Agrochemikalien. Sie wollen, dass wir nur noch Chemikalien verwenden und dann können wir [Produkte] mit diesen Ausmaßen produzieren, Mais mit solchen Kolben und dann auch Quinoa. [...] Aber das bringt nichts. Es wird unsere Körper töten und unsere Gesundheit und es wird uns vernichten! [...] Aus diesem Grund lehnt die CONAMAQ diesen Vorschlag der Regierung ab.“ (PZI 2, 07.05.2013)



*Abb. 8: Politisches Graffiti gegen gentechnisch veränderte Organismen „Sie töten, sie ernähren Dich nicht“*

*Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz*

Auch in der Ley 300 der *madre tierra* aus dem Jahr 2012 (Artikel 24, Abs. 7) wird dieses Verbot ähnlich relativierend oder – je nach Sichtweise – strategisch formuliert. Es wird somit eine Art politische „Hintertür“ für die Verwendung, den Verkauf und die Einfuhr von sämtlichen gentechnisch veränderten Organismen geschaffen, die nicht aus Bolivien stammen, um das Projekt der „produktiven und gemeinschaftlichen Agrarrevolution“ (s.o.) insbesondere mit Blick auf die agroindustrielle Entwicklung im Osten des Landes (Kap. 4.2.2) sowie auf die nationale Ernährungssicherheit nicht zu behindern.

Staatliche Kontrollen oder wissenschaftliche Studien zum Anteil der transgenen Organismen in der Landwirtschaft sind kaum vorhanden, so dass nur Schätzungen existieren, in welchem Ausmaß sie tatsächlich in Bolivien verwendet werden: So wird z. B. im Rahmen der Sojaproduktion von einem Anteil von mindestens 90 % ausgegangen (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 17) und auch bei der Reis- und Maisproduktion wird geschätzt, dass der Anteil insgesamt sehr hoch ist und weiter steigen wird. Alcides Vadillo Pinto, Direktor der Regionalvertretung der Fundación Tierra in Santa Cruz (eine regierungsunabhängige Forschungseinrichtung, die sich v. a. mit der Thematik um die Verteilung von Land auseinandersetzt), beschreibt die Situation wie folgt:

„Zu einem gewissen Zeitpunkt hat man hier die Verwendung von transgenem Saatgut verboten. Jedoch gab es niemals die Kapazitäten, die Einfuhr von gentechnisch veränderten Produkten im Lebensmittelbereich zu kontrollieren. Wir haben hier z. B. den transgenen Mais verboten, aber wir kaufen verpackte und umgewandelte Produkte aus Argentinien. Das war schon immer ein Problem. [...] Diese Regierung konzentriert sich bei der Agrarrevolution auf eine Umverteilung von Land. Das war von 2006 bis 2010. Im Jahr 2011 hat man ein neues Gesetz mit dem Namen *revolución productiva* erlassen: Auf Wiedersehen Agrarrevolution, jetzt ist nur noch die Produktion von Bedeutung. Und für die Produktion heißt es: willkommen transgene Organismen! Willkommen Agrochemikalien! Willkommen Produktion, die die Agrarfront ausweitet! Und wenn es in Hinblick auf das Gesetz der *madre tierra*, mit dem man die transgenen Organismen wiederholt verboten hat, irgendwelche Proteste gab, dann protestierte wiederum die Agroindustrie dagegen, so dass man eine Richtlinie erließ, mit der das Verbot nur für die aus Bolivien stammenden Produkte gilt. Und das, was in diesem Sinne aus Bolivien stammt, ist vielleicht die Kartoffel und ich weiß nicht was... Es bedeutete die Liberalisierung von genetisch verändertem Soja, Reis, Mais. Und das, was man heute an Soja anbaut, ist zu hundert Prozent gentechnisch verändert. Man verwendet auch viel bei Reis und Mais. Ich weiß nicht in welchem Anteil, da haben wir keine Informationen, aber man verwendet mehr und mehr.“ (PZI 5, 22.05.2013)

### **Von Gerüchten und Gelegenheiten**

Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem eine Aussage von Germán Gallardo, Vertreter des Ministeriums für Ländliche Entwicklung und Land, mit der die politische Tolerierung der oben beschriebenen Praktiken aus Perspektive der Regierung nachvollzogen werden kann: Er verdeutlicht, dass es sich bei den Diskussionen um gentechnisch veränderte Organismen einerseits um ein politisch kontroverses und emotional aufgeladenes Thema handele, das voll sei von Gerüchten, Mythen und übertriebenen Wertvorstellungen. Andererseits gebe es keinen berechtigten Grund, auf technologische Lösungen zu verzichten, nicht zuletzt da ein Ausstieg aus den entsprechenden Produktionsweisen erhebliche ökonomische und politische Schwierigkeiten mit sich bringen würde und bisher in den Ländern, die mit transgenen Organismen experimentiert hätten, auch keine negativen Auswirkungen zu beobachten seien:

„Das hier ist das Ministerium für Ländliche Entwicklung. Ich denke so, wie jemand, der produziert. Ich sehe also in diesem gesetzlichen Rahmen in keiner Weise einen Widerspruch zwischen der Nachhaltigkeit und den transgenen Organismen. Das ist ein Mythos. Es gibt keinen wirklichen Beweis, der uns zeigt, dass transgene Organismen untauglich sind. Die Politik spricht von Gelegenheiten, wenn du sie nehmen willst, dann nimm sie! Wenn man sich den transgenen Organismen verschließt, dann verwehrt man sich auch der Möglichkeiten. Jemand der schon investiert hat, der eine Perspektive und eine Ausbildung hat und Entscheidungen für die Zukunft gefällt hat, dem würden wir einen wichtigen Bestandteil seiner Variabilität nehmen, die in einem Moment sehr gelegen kommen kann. Und dann kommt immer das Märchen, dass wir die transgenen Organismen in der Welt vernichten können. Das ist nicht realistisch, denn das Saatgut, mit dem weltweit produziert wird, ist gentechnisch modifiziert. Es gibt praktisch auf der ganzen Welt kein Saatgut, das nicht gentechnisch modifiziert ist – in vielen Sektoren. Wenn man also sagt: ‚In diesem Land verwende ich keine transgenen Organismen‘, dann heißt das, ‚ich werde auch nicht säen.‘ Und das ist eine Verantwortung, der wir uns nicht stellen können.“

[B.F.]: „Ich verstehe. Aber ich frage auch, weil es ja die Sichtweise vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen ist, dass Ernährungssouveränität nur ohne transgene Organismen zu realisieren ist.“

„Hier gibt es zwei Visionen. Es gibt Produzenten, die tatsächlich nicht wollen. [...] Und die CIOEC [Produzierendenverband] hat ihre Meinungen, die haben sich stark entwickelt, das hat keiner kommen sehen. Aber sie sind weder der Staat noch eine Vertretung des Landes. Es ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die ihren Platz hat [...] und von der wir die Meinungen respektieren und die wir zum Dialog

einladen. Aber es gibt Positionen, die wir nicht teilen. Das ist auch klar. [...] Wenn es so einfach wäre, transgene Organismen zu vernichten, was vernichten wir dann? Aber letztlich hängen gegenwärtig 500 Millionen Dollar des Landeseinkommens von den transgenen Organismen ab. Mit all diesen Familien, die davon leben, die diese Körner transportieren. Es ist also einfach das zu sagen. Aber so funktioniert das nicht.“ (PZI 1, 07.05.2013)

Ersichtlich wird hier nun, dass die Regierung, in diesem Fall vertreten durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung und Land, transgene Organismen tatsächlich nicht ablehnt, sondern sie vielmehr als opportun und essentiell für die ökonomische Entwicklung des Landes erachtet – eine Sichtweise, die ganz offensichtlich nicht den Paradigmen der *madre tierra* und des *vivir bien* entspricht, sondern eher einem produktivistischen Wirtschaftsmodell zuzuordnen ist. Deutlich wird dabei auch, wie unterschiedliche Souveränitätsansprüche und Gerechtigkeitsforderungen miteinander kollidieren: zum einen die auf einem Umverteilungsdiskurs basierende Politik der bolivianischen Regierung und zum anderen die Forderungen nach politischer Teilhabe von Kleinproduzierenden, die einen Verbot von Gentechnik und ein konsequentes Vorgehen gegen entsprechende Praktiken einklagen. Wie Gallardo hervorhebt, respektiere die Regierung zwar die Forderungen der CIOEC und es finde auch ein Dialog statt, jedoch scheint es das vorrangige politische Ziel der Regierung zu sein, die ökonomische Entwicklung des Landes voranzutreiben und sie zu stabilisieren, was eine Nutzung entsprechender effizienzoptimierender Technologien grundsätzlich rechtfertige. In Anbetracht der enormen Bedeutung und des möglichen Potenzials für die nationale Wirtschaft, so lässt es sich aus diesem Interviewausschnitt herauslesen, sei es genauso wenig vertretbar, auf Gentechnik zu verzichten als diese Technologie bzw. entsprechende Organismen auf Grundlage von kursierenden Gerüchten und Mythen zu verbieten.

So wird nun auch nachvollziehbar, dass in Bolivien letztlich jene Praktiken politisch toleriert bzw. gefördert werden, die VAN DER PLOEG (2008) und MCMICHAEL (u. a. 2009a) mit den Ansätzen der *food empires* bzw. *food regimes* (Kap. 2.4) beschreiben. Wenn jedoch – und damit offenbart sich erneut der paradoxe Charakter von Ernährungssouveränität – zugrunde gelegt wird, dass einem Staat grundsätzlich das Recht zusteht, seine eigene Ernährungspolitik selbst zu definieren, handelt es sich bei der von Gallardo beschriebenen Politik zwangsläufig um eine Form der staatlich garantierten Ernährungssouveränität. Problematisch ist dabei jedoch, dass im Rahmen dieses produktivistischen Paradigmas die Bedingungen und Praktiken der Nahrungsmittelproduktion nicht zu Gunsten einer kleinbäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft verändert, sondern eher in Hinblick auf eine industrielle Landwirtschaft und einer Stabilisierung des *food regime* belassen werden.

Auch im folgenden Abschnitt wird dieser Widerspruch deutlich werden.

### 5.1.2 Zwischen internationaler Marktintegration und nationaler Preisstabilität

Die staatliche Agrar- und Ernährungspolitik Boliviens basiert in ihrem Sagen auf einer protektionistischen Stärkung des Binnenmarktes, einer Unterstützung der landwirtschaftlichen Kleinproduzierenden und einer Verringerung des Außenhandels (vgl. DÁRAVOS SARAVIA 2013, S. 10). Dennoch zeigen verschiedene quantitative Indikatoren (vgl. ORMACHEA 2009; ORMACHEA und RAMIREZ 2013) eine hohe Weltmarktintegration sowie eine internationale Abhängigkeit in Bezug auf die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und damit eher einen entgegengesetzten Trend. Vor allem der hohe Anteil importierten Weizenmehls für die Herstellung von Brot ist in den entsprechenden Studien deutlich zu erkennen und beläuft sich mit steigender Tendenz auf etwa 60 % (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014; DÁRAVOS SARAVIA 2013). Gleichzeitig ist eine starke Expansion des Anbaus exportorientierter Produkte, insbesondere von Soja mit einer Verfünffachung zwischen 1991 und 2012, zu beobachten (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 27).

Bei einer reinen Betrachtung der Außenhandelsströme von Agrarprodukten kann momentan also nicht von einer Annäherung an Ernährungssouveränität im Sinne einer Selbstbestimmung der bolivianischen Kleinproduzierenden und einer Bevorzugung der nationalen Produktion gesprochen werden. Widersprüchlich ist dabei vor allem die Rolle der EMAPA (das seit 2007 bestehende nationale Unternehmen zur Unterstützung der inländischen Nahrungsmittelproduktion), das den Import sowie die agroindustrielle Produktion von Grundnahrungsmitteln im Inland eher zu fördern scheint, anstatt seiner eigentlichen Bestimmung gerecht zu werden und die Produktion von mittel- und kleinständischen Unternehmen für den Binnenmarkt zu unterstützen (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 13).

Ein Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums, des Ministerio de Desarrollo Productivo, begründet dieses Vorgehen mit der ernährungspolitischen Zielsetzung des Staates, durch eine staatliche Preiskontrolle der inländischen und zumeist agroindustriellen Produktion sowie durch die Festlegung von Importquoten für Grundnahrungsmittel (er nennt u. a. Weizen, Speiseöl, Reis, Geflügel) für stabile inländische Nahrungsmittelpreise zu sorgen. Damit soll das Primärziel der Politik der *soberanía y seguridad alimentaria* erreicht werden: nämlich eine Form der staatlich-souveränen Ernährungssicherheit herzustellen (PZI 6, 19.06.2013). Allerdings führt dieser staatliche Kontrollmechanismus und die damit verbundene Bevorzugung agroindustrieller Produktion aus dem In- und Ausland nicht nur zu stabilen Preisen, sondern auch zu einem andauernden Niveau niedriger Preise, zu dem Klein- und Kleinstproduzierende nicht ökonomisch effizient wirtschaften können. Dadurch wird zwar die Ernährungssicherheit insbesondere für die nicht selbst produzierende und vor allem städtische Bevölkerung mit einem sehr geringen Haushaltseinkommen gewährleistet, jedoch die kleinbäuerliche Produktion strukturell unterminiert.

Das Phänomen, nach dem die Aneignung und Ausübung von Souveränität auf einer bestimmten Ebene (in diesem Fall der nationalstaatlichen) zu einer Verringerung der Selbst-

bestimmung anderer Ebenen führen kann und damit andere Souveränitätsansprüche hierarchisch unterordnet (in diesem Fall die kleinbäuerliche Selbstbestimmung), wird somit deutlich (Kap. 2.6.3). Enrique Ormachea von der Forschungsorganisation CEDLA beschreibt dieses Dilemma wie folgt:

„Es ist eine Regierung, die eine Preisstabilität bevorzugt [...]. Diese Politik funktioniert in etwa so: Mangelt es an der Produktion eines bestimmten Produktes? Dann importieren wir [es]. [...] Und das passt auch dazu, dass die Löhne der städtischen Arbeiter weiter niedrig bleiben sollen. Denn diejenigen, die die Nahrungsmittel kaufen, sind die Lohnarbeiter. Ich habe jetzt zwar nicht die letzten Zahlen der Importe aber zumindest in den Jahren 2010 und 2011 hat man gesehen, wie sie stetig stiegen. Den meisten Import gibt es gerade bei den Produkten, die man sehr leicht hier produzieren kann, z. B. Kartoffeln. Bolivien begann damit Kartoffeln zu importieren, verschiedene Gemüsesorten zu importieren und auch Tomaten, Zwiebeln, usw. Und das alles sind Produkte, bei denen es grundsätzlich zu Lasten der *campesinos* geht. Das ist also die Situation.“ (PZI 4, 25.04.2013)

Es deutet also vieles darauf hin, dass es nicht die oberste Priorität des MAS zu sein scheint, der Ley 338 gerecht zu werden und die familiäre Landwirtschaft als Basis der bolivianischen Ernährungssouveränität zu unterstützen, sondern eher eine Form der staatlich-souveränen Ernährungssicherheit zu festigen. Dabei sei jedoch, so hebt mein Gesprächspartner hervor, nicht nur von Bedeutung, die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu gewährleisten, sondern auch eine politische Konsolidierung mit den agrarindustriellen Interessengruppen im Osten des Landes herzustellen. Passend dazu beschreibt eine in La Paz lebende Wissenschaftlerin und regierungskritische Aktivistin, dass zwar zum Regierungsantritt von Evo Morales argumentativ das Paradigma der Ernährungssouveränität vertreten worden sei, es in den letzten Jahren jedoch einen Wandel in der nationalen Ernährungspolitik gegeben habe: weg von Ernährungssouveränität und hin bzw. zurück zum produktivistischen Paradigma der Ernährungssicherheit:

„Das zentrale Argument der Unternehmen und auch der Regierung ist, dass wir Ernährungssicherheit gewährleisten müssen. Das Konzept der Ernährungssouveränität ist also mit der Zeit hier in Bolivien verschwunden und es wurde damit begonnen, es durch das der Ernährungssicherheit zu ersetzen. Zu Beginn war es eher Souveränität jetzt ist es mehr Sicherheit.“ (PZI 7, 20.02.2015)

Doch inwiefern existieren in Bolivien überhaupt politische Maßnahmen, die zumindest im Ansatz den gesetzlichen Vorgaben entsprechen und mit denen eine kleinbäuerliche und / oder agrarökologische Landwirtschaft unterstützt und gefördert wird? Wie sehen diese aus? Und wie gestaltet sich die Situation der ländlichen Bevölkerung, bezogen auf ihre Rolle als Nahrungsmittelproduzierende und als zentrale Zielgruppe bzw. Trägerinnen und Träger der Forderung nach Ernährungssouveränität?

### 5.1.3 Zur politischen Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft

„Tatsächlich ist es so, dass die bäuerliche Landwirtschaft in Bolivien an Bedeutung verliert. In der Vergangenheit war sie die wichtigste Quelle für Nahrungsmittel im Land aber nach und nach hat sie an Stärke gegenüber der Agrarindustrie eingebußt. Und das sieht man auch ganz einfach an der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt. Die Agroindustrie kann [die Produkte] deutlich günstiger herstellen. Natürlich nicht mit den gleichen positiven, sozialen und ökologischen Auswirkungen, die die bäuerliche Landwirtschaft hat. Große Teile des Gemüses, das wir in La Paz essen, kommt aus Comarapa [eine Kleinstadt im *departamento* Santa Cruz] und anderen Tälern in Santa Cruz, die weitaus mehr Technik zu Verfügung haben, das haben wir in unseren Fallstudien gesehen. Und die bäuerliche Landwirtschaft, vor allem im Altiplano und in den Valles, verliert an Kraft.“ (PZI 8, 25.04.2013)

Dieser Interviewausschnitt mit Enrique Castañón Ballivián, ein zu diesem Thema arbeitender Wissenschaftler (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014) der Fundación Tierra in La Paz, beschreibt die gegenwärtige Situation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sehr anschaulich: Insgesamt habe der kleinbäuerliche Sektor (v. a. von Kartoffeln, Gemüse, Früchten) im Wettbewerb gegenüber industriell hergestellten Produkten aus dem In- und Ausland das Nachsehen. Damit zeigt sich auf den ersten Blick auch das vielfach beobachtete und beschriebene Phänomen, dass sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft den Regeln des internationalen Marktes unterordnen muss (vgl. auch ORMACHEA und RAMIREZ 2013 sowie Kap. 2.5). Diese Tendenz gilt besonders für verschiedene Grundnahrungsmittel (Gemüse, Getreide, Früchte), die im Rahmen kleinbäuerlicher Landwirtschaft in den Valles und im Altiplano angebaut werden.

Um dem allgemeinen Trend des Bedeutungsverlustes sowie der damit einhergehenden wirtschaftlichen Verarmung entgegenzuwirken und die kleinbäuerliche und familiäre Landwirtschaft zu stärken, existieren von Seiten des Ministeriums für Ländliche Entwicklung und Land zwar einige konkrete Maßnahmen. Dazu gehören vor allem die Programme EMPODERAR, CRIAR und PASA, mit denen verarmte und vulnerable Gemeinden bei der Finanzierung verschiedener Projekte wie z. B. Bewässerungssysteme unterstützt werden sollen. In entsprechenden Studien wird jedoch gezeigt, dass diese Programme aufgrund unzureichender finanzieller Ressourcen weitestgehend wirkungslos sind (vgl. CASTAÑÓN BALLIVIÁN 2014, S. 11f.; DÁRAVOS SARAVIA 2013, S. 15). Hingegen wird die Initiative des *desayuno escolar* (Schulfrühstück), die gesetzlich im Jahr 2014 (mit der Ley 622) verankert wurde und auf kommunaler Ebene umgesetzt werden soll, von verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der im ernährungspolitischen Bereich arbeitenden Nichtregierungsorganisationen AVSF (PZI 9, 11.06.2013) AOPEB (PZI 10, 26.01.2015), AIPE (PZI 11, 03.06.2013) und VSF (PZI 12, 26.06.2013) als grundsätzlich positiv bewertet. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme, mit der öffentliche Schulen mit Produkten aus kleinbäuerlicher und regionaler Produktion versorgt und

dadurch ein geregelter Absatz sowie eine dauerhafte, mit öffentlichen Mitteln gewährleistete Nachfrage für diese Produkte geschaffen werden soll.

Eine weitere Maßnahme, die noch für den zweiten Teil dieses Kapitels von Bedeutung sein wird (v. a. Kap. 5.2.5), ist darüber hinaus die staatliche Initiative zur Unterstützung agrarökologischer Produktion aus kleinbäuerlicher Herstellung: Bereits im Jahr 2007, d. h. noch vor der Inkraftsetzung der neuen Verfassung, wurde mit der Ley 3525 eine Richtlinie erlassen, die beinhaltet, einen dem Landwirtschaftsministerium unterstellten aber dennoch unabhängig arbeitenden Nationalen Rat für Ökologische Produktion, kurz CNAPE, zu gründen (Artikel 9 und 10). Dieser hat das Ziel, verschiedene Programme in diesem Bereich zu koordinieren und wird aus Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Ministerien und zivilgesellschaftlicher Organisationen gebildet. Das zentrale Projekt dieses Rates ist es, ein von den Produzierenden selbstentwickeltes Zertifizierungssystem für ökologische Produkte, das *sistema participativo de garantía* (SPG), zu installieren. Dadurch soll eine verlässliche und transparente Abgrenzung zu konventionell hergestellten Produkten sowie eine verbesserte Vermarktung und höhere gesellschaftliche Wertschätzung dieser Produkte gewährleistet werden (PZI 13, 19.06.2013; PZI 14, 26.01.2015).

Die Verantwortung bei der Umsetzung dieses Programmes soll jedoch nicht beim Staat liegen, sondern bei den jeweiligen *municipios* und den Produzierenden selbst: Zum einen sollen sogenannte Kommunale Räte für Ökologische Produktion (CMUPE) gegründet werden, die aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltung, lokal Produzierenden, Vertreterinnen und Vertretern des CNAPE sowie des Dachverbandes der ökologisch Produzierenden (AOPEB) zusammengesetzt werden. Zum anderen erhalten die jeweiligen kommunalen Regierungen die Möglichkeit, ihren Verwaltungsbereich zu sogenannten *municipios ecológicos* zu erklären, um damit den ökologischen Gedanken zum politischen Leitbild zu erklären (PZI 15, 02.02.2015). Wie jedoch eine Mitarbeiterin der AOPEB berichtet, bestehe dabei häufig das Problem, dass die finanziellen Mittel nicht in ausreichendem Maße vorhanden seien und trotz der Absichtserklärungen der kommunalen Regierungen oftmals auch der politische Wille für entsprechende Maßnahmen fehle (PZI 10, 26.01.2015).

Der Eindruck einer wirtschaftlich schwachen und nur sehr begrenzt politisch unterstützten bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft ist jedoch nur ein Teil des Gesamtbildes. Es existieren in Bolivien durchaus kleinbäuerliche Sektoren, die in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen haben und eine neue Form der landwirtschaftlichen Industrialisierung und Internationalisierung bewirkt haben (vgl. ORMACHEA und RAMIREZ 2013, S. 51). Im Folgenden werde ich mich mit einem dieser Sektoren beschäftigen und zeigen, wie sich der paradoxe Charakter der Forderung nach Ernährungssouveränität erneut in aller Deutlichkeit entfaltet.

### 5.1.4 Der Quinoaboom und seine Folgen

Quinoa (spanisch meist *quinua*) ist ein glutenfreies sogenanntes Pseudogetreide, das vor allem im bolivianischen Altiplano (sowie in Peru und Ecuador) in Höhen bis über 4200m ü. NN. angebaut werden kann. Aufgrund seines hohen Nährstoffgehalts ist es in Europa und den USA aber auch bei der städtischen Oberschicht in Bolivien in den letzten Jahren sehr beliebt geworden und wird im Rahmen von entsprechenden Marketingkampagnen und Ernährungstrends (z. B. *clean eating*) auch als ein sogenanntes *superfood* beworben. Seit ca. sieben Jahren stellt die Produktion dieser Pflanze daher eine vielversprechende Einkommensquelle für landwirtschaftliche Kleinproduzentinnen und -produzenten im Altiplano dar (vgl. KERSEN 2013).

Dieser sektorale Boom ist jedoch nicht unproblematisch: Im Gegensatz zu ebenfalls primär exportierten Produkten wie Kakao oder Kaffee handelt es sich bei Quinoa um ein traditionelles Grundnahrungsmittel, das jahrhundertlang in der Region des Altiplano eine wichtige Rolle bei der Ernährungssicherheit einnahm (vgl. KERSEN 2013, S. 4). Die hohe internationale Marktintegration und der damit verbundene extreme Preisanstieg (leichte Erhöhung seit 1985 und extremer Anstieg seit 2007) wirkte sich in der Vergangenheit auch auf den nationalen Markt aus und führte dazu, dass der Quinoapreis im Jahr 2010 etwa vier- bis fünfmal (1300 USD/t) über dem Niveau anderer im Altiplano angebaute Grundnahrungsmittel lag (z. B. Knollenfrüchte 200-400 USD/t – vgl. KERSEN 2013, S. 12). Daher besteht die Tendenz, dass es nur noch sehr selten von der einkommensschwächeren Bevölkerung und den Quinoaproduzierenden selbst konsumiert wird (PZI 16, 10.02.2015; PZI 4, 25.04.2013). Aufgrund der hohen Preise und der gestiegenen Wertschätzung bei der einkommensstarken Bevölkerung hat es sich mittlerweile zu einem hochpreisigen Luxusgut entwickelt. Wie die ehemalige Leiterin der AOPEB berichtet, werde es paradoxerweise zum Teil sogar aus dem Ausland (v. a. aus Peru) importiert, um zu günstigeren Preisen den nationalen Bedarf zu decken (PZI 17, 31.05.2013). Insgesamt, so zeigt die Analyse von CASTAÑÓN BALLIVIÁN (2014, S. 15), entspricht diese Entwicklung auch dem allgemeinen Trend, dass traditionelle Grundnahrungsmittel (u. a. Mais, Kartoffeln oder Lamafleisch) in Bolivien zunehmend durch günstigere, häufig importierte und industriell hergestellte Nahrungsmittel wie Reis und Weizen in Form von Nudeln und Brot, Hühnerfleisch und pflanzliche Öle ersetzt werden.

In Interviews mit Führungspersonen der beiden wichtigsten Verbände der Quinoaproduzierenden (PZI 16, 10.02.2015; PZI 18, 21.01.2015) sowie mit einem Quinoaproduzenten und ehemaligen Vertreter der CIOEC (NI 1, 09.05.2013) wird jedoch deutlich, dass es sich bei der rasanten Entwicklung nicht unbedingt um einen Prozess handelt, der ausschließlich auf die internationale Nachfrage und die damit verbundene Preisentwicklung der letzten Jahre zurückzuführen ist. Vielmehr hätten die Initiative und die Selbstorganisation der Produzierenden innerhalb der letzten 35 Jahre diesen Boom erwirkt. Begünstigt durch die marktliberalen Reformen der 1980er Jahre (Kap. 4.2.2) werde seit dieser Zeit

versucht, einen Wandel von der Subsistenzwirtschaft zur Marktwirtschaft zu vollziehen und diese ehemals ausschließlich kleinbäuerliche und vornehmlich für den Eigenbedarf orientierte Landwirtschaft (ca. ein bis zwei ha je Produzentin oder Produzent vor ca. 30 Jahren) zu einem mechanisierten aber dennoch ökologischen Sektor umzugestalten.

Als Resultate dieser Entwicklung nehmen die für die Quinoaproduktion bestimmten landwirtschaftlichen Flächen gegenwärtig durchschnittlich ca. 17-20 ha je Produzentin oder Produzent ein und werden in der Regel unter Zuhilfenahme landwirtschaftlicher Maschinen (Sämaschinen, Traktoren, Dreschmaschinen) bearbeitet. Jedoch würden, wie Enrique Castañón Ballivián von der Fundación Tierra berichtet, die expandierende, häufig unorganisierte Anbauweise sowie der Einsatz von Traktoren die empfindlichen ariden und semiariden Böden des Altiplano schädigen. In der Folge sei eine fortschreitende Boden-degradation zu beobachten, die durch die klimawandelbedingten Veränderungen der Niederschlagsmuster noch verstärkt werde (PZI 8, 25.04.2013). Deshalb ergebe sich mittlerweile für viele Produzierende ein Anreiz, sich in Verbindung mit den verbesserten internationalen Zertifizierungsmöglichkeiten den entsprechenden sektoralen Genossenschaften (v. a. der ANAPQUI und CECAOT) anzuschließen und auf ökologischen Anbau umzustellen (PZI 16, 10.02.2015).

Offensichtlich verfolgt die bolivianische Regierung in diesem Zusammenhang eine Politik, die die Mechanisierung und Exportorientierung dieses Sektors aktiv unterstützt (vgl. ORMACHEA und RAMIREZ 2013, S. 60ff.). Zugleich wird von staatlicher Seite versucht, die gesellschaftliche Wertschätzung für dieses Produkt im In- und Ausland sowie die Akzeptanz für den Export innerhalb der bolivianischen Bevölkerung zu steigern (Abb. 9). Hervorzuheben sind dabei v. a. die im Jahr 2013 von Bolivien initiierte internationale Werbekampagne des Internationalen UN-Jahres der Quinoa (Abb. 10) sowie öffentlich inszenierten Übergaben von staatlich finanzierten Traktoren (vgl. KERSEN 2013, S.12). Ein deutlicher Widerspruch zu den Deklarationen der Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit ist dabei jedoch, dass mittlerweile der Großteil der Quinoaproduktion exportiert wird und es keine regulierende Preispolitik für den Binnenmarkt zu geben scheint, die sich positiv für die



Abb. 9: Werbeplakat für den Quinoa-Export:  
„Ein Lebensmittel, das von nun an  
der ganzen Welt zugutekommt“

Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz



Abb. 10: Werbeplakat für das Internationale Jahr der Quinoa  
Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz

einkommensschwache Bevölkerung auswirken würde. Enrique Ormachea von der Forschungsorganisation CEDLA merkt dazu an:

„90 Prozent der Quinoaproduktion verlässt das Land. Und die Bolivianer, wir essen kein Quinoa mehr. Und es gibt auch keine Politik mit der man sagt: Der Quinoapreis in Bolivien soll tief bleiben, so dass man den internationalen Preis nicht zahlt. Hier zahlt man den deutschen Preis für Quinoa. Und frag mal, wer hier Quinoa isst. Niemand! Auch nicht die Produzenten selbst, denn die bevorzugen, alles zu exportieren bis zum letzten Gramm. Das ist also ein Thema, das mit politischen Entscheidungen zu tun hat. Und so wie wir es sehen, wird sich diese Situation mit dieser Regierung nicht ändern.“ (PZI 4, 25.04.2013)

Von Seiten des zuständigen Ministeriums für Ländliche Entwicklung und Land wird diese Situation im Quinoasektor jedoch anders interpretiert: Germán Gallardo beurteilt den internationalen Preisanstieg für Quinoa eher als eine Form der internationalen Anerkennung, mit dem Argument, dass Quinoa in früheren Zeiten ein Nahrungsmittel der *indios* gewesen sei und heute aufgrund seiner hervorragenden Nährwerte als Luxusprodukt angesehen werde. Diese Form der Anerkennung sei als eine Art der Repräsentation des Landes zu betrachten und komme letztlich auch dem nationalen Konsum zugute, da der höhere Preis und die internationale Nachfrage auch eine höhere Wertschätzung im Inland hervorrufe und diese einen erhöhten inländischen Konsum fördere:

„Auf dem nationalen Markt hat es einen Preisanstieg für Quinoa gegeben. Er hat sich verdreifacht, vervierfacht. Frage: Konsumieren sie [die Bolivianer] weniger? Nein! Sie konsumieren mehr. Denn [früher] konsumierte man kein Quinoa, es war ein Nahrungsmittel der *indios* und deswegen war es auch sehr günstig. Ein Beispiel: Der Export von Quinoa erreichte im Jahr 2008 sieben Millionen Dollar. In 2012 erreichten wir ungefähr 90 Millionen Dollar. Zehnmal mehr. Und für dieses Jahr erwarten wir, dass wir 100 Millionen Dollar übertreffen werden. Der Wert ist gestiegen. Aber der nationale Konsum ist von 300 Gramm pro Person, im Jahr 2008, auf heute 1 kg und 100 Gramm gestiegen. Wir sprechen also von Quinoa als eine Repräsentation. Das heißt, es war [früher] gesellschaftlich so sehr verankert, dass [der Konsum] auf die Regionen reduziert war, wo es produziert wurde. Niemand sonst wollte Quinoa essen. Das heißt, es ist ein soziologisches Problem. Heute kostet es mehr und die Menschen konsumieren es mehr. Heutzutage ist es ein Luxus.“ (PZI 1, 07.05.2013)

Interessant an diesen Aussagen ist, dass die gesellschaftliche Anerkennung von Quinoa über einen Marktmechanismus bzw. über eine entsprechende Zahlungsbereitschaft hergestellt wird. Die Wertigkeit des Produktes wird somit ausschließlich über seinen Tauschwert bemessen. Gleichzeitig offenbart sich in diesem Interviewausschnitt eine Sichtweise, nach der es in früheren Zeiten keine Wertschätzung für Quinoa geben konnte, da es ja ein Nahrungsmittel der *indios* war, kein nennenswerter überregionaler Marktzugang bestand und es dementsprechend günstig war. Damit wird implizit die Möglichkeit ausgeschlossen, dass es auch dann schon ein Produkt war, das durch seinen hohen Gebrauchswert eine hohe Wertschätzung derjenigen genoss, die es in traditioneller Weise anbauten und konsumierten. Da die *indios* früher nicht als gleichwertige Subjekte anerkannt waren und nicht, wie Fraser argumentieren würde, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben partizipierten (Kap. 3.2.3), war es auch selbstverständlich, dass ihre Nahrung nicht gleichwertig sein konnte. Dementsprechend aß sie auch niemand außer den *indios* selbst.

Auch die Auslegung der Zahlen hinsichtlich des nationalen Konsums von Quinoa ist in diesem Interview interessant: Zwar hebt mein Gesprächspartner hervor, dass in Bolivien der Konsum von Quinoa in den letzten Jahren gestiegen sei – und dies entspricht auch in etwa den Zahlen bzw. Trends, auf die in Studien der FAO zurückgegriffen wird (jährlicher Gesamtkonsum in Bolivien von 4000 t in 2008 gestiegen auf 12.000 t in 2012; vgl. CARIMENTRAND et al. 2015, S. 332). Jedoch handelt es sich im Vergleich zu anderen Grundnahrungsmitteln (v. a. Reis, Weizen) nach wie vor um einen extrem niedrigen jährlichen Konsum von ca. 1 kg pro Kopf (ebd.), bei dem nicht nach Einkommensschichten differenziert wird. In Anbetracht der gegenwärtigen Preise ist es jedoch durchaus zu bezweifeln, dass der Konsum bei den weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsschichten und bei den Quinoaproduzierenden selbst zunimmt.

Ungeachtet dieser Konsequenzen, stellt der expandierende Quinoasektor eine vielversprechende Einkommensquelle für die beteiligten Produzentinnen und Produzenten dar, durch den sich in den letzten Jahren ein deutlich zu vernehmender ökonomischer Wohlstand in den entsprechenden Regionen ergeben hat (PZI 16, 10.02.2015; PZI 18, 21.01.2015). Doch genau auf diese Weise zeigt sich der paradoxe Charakter von Ernährungssouveränität: Sobald einer landwirtschaftlichen Produzentin oder einem Produzenten das Recht eingestanden wird, ihre oder seine Produktion und die Vermarktung selbst zu bestimmen und dadurch eine gesellschaftliche Anerkennung für das jeweilige Produkt zu erlangen, entspricht dies auch dem Ideal der bäuerlichen Selbstbestimmung, das La Via Campesina verfolgt und das auch gegenwärtig im Quinoasektor zu beobachten ist. So berichtet der in der Einleitung dieser Arbeit bereits zitierte Quinoaproduzent und ehemaliger Funktionär der CIOEC, dass er und die anderen Produzierenden es nun endlich nach 35 Jahren Arbeit geschafft hätten, dieses Produkt dort zu positionieren, wo es gemessen an seiner Qualität hingehöre und sich dadurch für sie eine Form der Souveränität ergeben hätte:

„Quinoa hatte keinen Wert. Es war das Essen der Tiere, der *indios* oder der ärmsten Menschen. Dieses Nahrungsmittel war für die gegenseitige Hilfe. [...] Und jetzt, seit kurzem, gibt es eine Anerkennung auch weltweit. Nach so vielen Jahren. Wir haben seit 35 Jahren mit Quinoa gearbeitet, um es dort zu positionieren, wo ein Produkt sein kann. Und um über Souveränität sprechen zu können, braucht man einen längeren Zeitraum.“ (NI 1, 09.05.2013)

Auf der anderen Seite hebt er jedoch auch kritisch hervor, dass es im Land keine Ernährungssicherheit und eine entsprechende Politik der Regierung gebe. Hingegen würden die besten Produkte Boliviens, wie Quinoa, Kakao, Amaranth und andere Produkte, wegen ihrer hohen Qualität und der daraus resultierenden internationalen Anerkennung exportiert werden:

„Bolivien hat keine Ernährungssicherheit. Einige Produkte importieren oder exportieren wir. Und es gibt [dafür] auch immer noch keine Politik der Regierung. Das Beste aus Bolivien verlässt das Land. So wie Quinoa, so wie Kakao, Amaranth und andere [Produkte]. Es ist der wilde Kakao der gute Nährwerte hat, die werden auf der internationalen Ebene anerkannt. Und Quinoa momentan durch die NASA [als Astronautennahrung], die Biologen erkennen das an.“ (NI 1, 09.05.2013)

In ihrer Konsequenz entspricht die boomende Quinoaproduktion daher nicht den normativen Leitbildern von Ernährungssouveränität, sondern eher dem Gegenteil: Der hohe Exportanteil, der Wandel von kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft zu einer kapital- und technologieintensiven Marktwirtschaft, die – trotz der agrarökologischen Initiativen und Absichtsbekundungen – auftretenden ökologischen Schäden sowie der Verlust eines tra-

ditionellen und günstigen Grundnahrungsmittels in ländlichen Gebieten deuten allesamt auf Tendenzen hin, die La Vía Campesina mit der Forderung nach Ernährungssouveränität bekämpft. Seitens der Regierung scheint dies nicht als bedenklich angesehen zu werden, sondern in hohem Maße als unterstützenswert. Allerdings wird bei einer Betrachtung der ausbeuterischen und auf Fremdbestimmung basierenden Geschichte Boliviens die produktivistische Haltung der Regierung nur zu verständlich: Die nun vorhandene Möglichkeit, aus eigener Kraft mit einem originär andinen Produkt eine Form der internationalen Anerkennung zu erreichen und einen lukrativen landwirtschaftlichen Sektor mit möglicherweise weiterverarbeitender Industrie aufzubauen, würde tatsächlich einen historischen Bruch darstellen und den postneoliberalen Deklarationen der Regierung entsprechen (Kap. 4.2.1).

### **5.1.5 Normen für die Industrie: Lebensmittel(un)sicherheit**

Ein weiterer und wichtiger ernährungspolitischer Aspekt umfasst die Kontrolle und die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit. Gemeint sind damit die politischen und technischen Maßnahmen, die in Hinblick auf mögliche Kontaminationen zu einer ungefährlichen, unbelasteten und verträglichen Ernährung beitragen sollen. Offensichtlich existiert dabei ein Widerspruch zwischen einerseits sehr hohen Hygienevorschriften und der strengen Kontrolle von Lebensmitteln auf bestimmte Keime sowie andererseits dem Fehlen von Regularien und Kontrollen hinsichtlich der Verwendung und der Einfuhr von Pestiziden und Agrochemikalien. Ein Besitzer einer Käserei in Achocalla berichtet über entsprechende Beobachtungen. Dieser Widerspruch, so sein Argument, wirke sich besonders negativ auf die allgemeine Gesundheit und auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft aus:

„Hier in Bolivien sind die Toleranzbereiche für Lebensmittel sehr streng. Sie erfordern, dass die Firmen immer keimfreie Lebensmittel produzieren, die weniger mikrobiologisches Leben enthalten. Sie haben Angst vor coliformen Bakterien und vor vielen anderen Dingen [...] Und auf der anderen Seite gibt es bei den Pestiziden hier in Bolivien keine Kontrollen. Die Mehrheit des Gemüses, der Tomaten und anderer [Produkte] werden mit Pestiziden produziert, die man nicht in Europa verkaufen kann, die man aber herschickt und die man hier ohne Richtlinien verwenden kann. Richtlinien sind hier bei der Verwendung von Pestiziden nicht vorhanden. Es ist zwar schwierig das zu kontrollieren aber möglich, es hat eben seine Kosten. [...] Aber im mikrobiologischen Bereich, da nimmt man die Proben, schickt sie in Labor, und wenn es dann einen Toleranzbereich gibt... bis [sagen wir] Hundert, dann wird das Produkt abgelehnt. [...] Und parallel dazu können die großen Industriellen immer keimfrei produzieren, da ihnen die strengen Richtlinien nichts anhaben können. Die können die Luft filtern, und auch Filter in verschiedenen Produktionsabläufen verwenden und die Produkte in einer streng kontrollierten Umgebung produzieren. Für mich ist das eine heftige Ausbremsung der familiären Landwirtschaft und der ökologischen und gesunden Ernährung. Denn gesunde Ernährung ist

für mich eine vielfältige Ernährung, voll mit Leben, die deinen Körper anspricht, auf die dein System reagieren muss und die es dir erlaubt, ohne viele Medikamente leben zu können und ohne viele Allergien. [...] Zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbände alle Richtlinien befolgen müssen, müssen sie alle schließen. Und diejenigen, die dann übrigbleiben, sind die großen Firmen, die die Normen erfüllen und die Lebensmittel produzieren können.“ (PZI 19, 02.02.2015)

Diese Ausführungen verdeutlichen, inwiefern die durchaus vorhandenen politischen Bemühungen, eine kleinbäuerliche und auf ökologischen Anbaumethoden beruhende Landwirtschaft zu stärken (Kap. 5.1.3), offensichtlich durch die von der nationalen Behörde für Lebensmittelsicherheit (SENASAG) festgelegten Grenzwerte konterkariert werden. Zudem wird ersichtlich, wie diese Vorschriften *ad absurdum* geführt werden, da die Verwendung von Pestiziden und chemischen Düngemitteln, bei denen die gesundheitlichen Auswirkungen weitestgehend unbekannt sind, nicht kontrolliert wird und auch keine entsprechenden und wirkungsvollen gesetzlichen Regularien existieren.

Passend dazu berichtet eine Bewohnerin Achocallas und kritische Beobachterin der nationalen Ernährungspolitik (PZI 20, 30.01.2015), dass durch die strengen Hygienevorschriften die Produkte von Kleinproduzierenden fast ausschließlich auf Märkte verdrängt würden, auf denen der Verkauf ohne jegliche Kontrollen erfolge (z. B. in El Alto und in den periphereren Gebieten von La Paz). Hingegen würden die zumeist agroindustriell hergestellten und nährstoffärmeren Produkte, die den Lebensmittelkontrollen unterliegen, auf zentraler gelegene Märkte (Abb. 11) gelangen und an die Ober- und Mittelschichten verkauft werden. Sie spricht von einer sich dadurch verstärkenden Zweiklassengesell-



Abb. 11: Märkte in La Paz: in peripheren (links) und zentralen (rechts) Stadtteilen  
Quelle: Eigene Aufnahmen 2013, La Paz

schaft und vermutet, dass diese Situation nicht rein zufällig herbeigeführt werde, sondern dass die Grenzwerte bewusst zum Vorteil der Agrarindustrie festgelegt wurden. Die Bedienung dieser Interessen sei zudem nicht nur ein wirtschaftliches Thema, sondern vor allem ein politisches, da es nur durch solche Zugeständnisse an die oppositionellen Kräfte im Osten des Landes möglich sei, die nationale Hegemonie des MAS aufrecht zu erhalten und zu festigen (siehe Kap. 4.2.2 zu den innenpolitischen Spannungen in Bolivien).

### **5.1.6 Zusammenfassung und hegemonietheoretische Interpretation**

Was bedeutet es nun für einen Staat wie Bolivien in Hinblick auf seine Ernährungspolitik souverän zu sein bzw. diese Souveränität einzufordern, zu festigen oder zu verteidigen?

Germán Gallardo liefert dazu ein interessantes Argument:

„Ernährungssouveränität in Bolivien bedeutet, dass die Bevölkerung angemessen ernährt werden kann und zweitens, dass die Regierung und der Staat die Produktion garantieren und festlegen, wohin die Produkte kommen sollen. Das ist Souveränität, selbst zurechtkommen in Bezug auf die Lebensmittel. Aber warum ist man überhaupt in dieser Situation? In der Vergangenheit wurde unsere Ernährungssouveränität angegriffen. Die Vereinigten Staaten hatten ein Programm installiert, das PL 480 hieß [der Food for Peace Act] [...]. Das hat USAID gesteuert [...] und es beinhaltete, dass [unserer] Weizenproduktion der Anreiz genommen wurde. Denn wer kann schon mit einem Geschenk konkurrieren? Und damit hat man unsere Souveränität angegriffen. Bis wir uns zu einem Zeitpunkt sagten: ‚Sorg selbst für dich, sonst wird dir das Brot für die Menschen fehlen.‘ Und deswegen hat man das Programm PL 480 bzw. diese Fortschritts-Allianz beendet, denn sie fand letztlich in einem Rahmen statt, der von außen gesteuert wurde und der sich nicht nach den Zielen [unseres] Landes richtete, sondern der vielmehr unsere produktiven Strukturen angriff. Daher ist die Landesverweisung von USAID wahrscheinlich eine der besten politischen Maßnahmen, die das Land gegenwärtig getroffen hat. Nun haben unsere Produzenten wieder die Möglichkeit konkurrenzfähig zu sein und eine neue Produktion zu generieren. Das ist also unsere Vision von Ernährungssouveränität.“ (PZI 1, 07.05.2013)

Zunächst wird mit diesem Zitat deutlich, wie Ernährungssouveränität unmittelbar mit der staatlichen Ebene verknüpft wird: Mein Gesprächspartner beschreibt, wie die von der US-Entwicklungsbehörde USAID jahrelang geförderte Einfuhr von Weizenmehl aus den USA für die Brotherstellung dazu geführt habe, dass sich die bolivianische Regierung in Bezug auf den produktiven Sektor des Landes in ihrer Souveränität bedroht fühlte. Daraufhin wurde das Programm beendet und USAID in einem symbolischen Akt – mit dem Argument, dass die Behörde die souveränen Interessen Boliviens unterwandere<sup>3</sup> – durch

3 Vgl. die Meldung der spanischen Tageszeitung El País vom 01.05.2013

eine Ansprache des Präsidenten am Tag der Arbeit 2013 des Landes verwiesen. Das bedeutet, dass die staatliche Ebene als territoriales Fundament für die Verteidigung bzw. die Erlangung von Ernährungssouveränität dient. Ganz offensichtlich wird dabei ein räumliches „Innen-Außen-Schema“ konstruiert, mit dem sämtliche Störfaktoren der Ernährungssouveränität Boliviens als von „außen“ kommend betrachtet werden, insbesondere aus den USA.

Diese Sichtweise ist fest in den postneoliberalen Diskurs des *cambio* eingebettet (Kap. 4.2.1), mit dem die Überwindung des Neoliberalismus, die Anerkennung und verbesserte politische Partizipation der indigenen Völker sowie die Umverteilung von Gemeingütern erreicht werden sollen. Verbal schlagen sich diese Forderungen vor allem in unterschiedlichen Gesetzen sowie wörtlich formulierten und inhaltlich konsistent erscheinenden, politischen Absichtserklärungen nieder. Im Sinne LACLAUS und MOUFFES (2001 [1985], S. 113) handelt es sich somit beim *cambio* um einen repräsentativen „Knotenpunkt“, der eine Äquivalenzrelation zu den Diskursen der Ernährungssouveränität, der *madre tierra* und dem *vivir bien* herstellt. Je nach Betrachtungsweise können diese beiden, ebenfalls sehr weit gefassten Begriffe jedoch wiederum eigenständige „Knotenpunkte“ innerhalb des diskursiven Feldes bilden (Kap. 3.1.1). Verbunden mit unterschiedlichen Praktiken der räumlichen Einhegung innerhalb des nationalstaatlichen Territoriums konstituiert sich diese Äquivalenz insbesondere durch ihre radikale Differenz zum globalen Neoliberalismus bzw. Neoimperialismus und zieht daraus ihre politische Stärke.

In Hinblick auf ihr grundlegendes Verständnis (wie Schatzki es sagen würde) sind die meisten der agrar- und ernährungspolitischen Maßnahmen jedoch Ausdrucksformen eines produktivistischen und extraktivistischen Paradigmas (vgl. ORMACHEA und RAMIREZ 2013). Konkret beinhaltet dies die Bevorzugung und Unterstützung von agroindustrieller und exportorientierter Produktion, eine ernährungssichernde Niedrigpreispolitik in Hinblick auf die Verfügbarkeit von (zu großen Teilen) importierten Grundnahrungsmitteln, die Duldung gentechnisch veränderten Organismen und die Verwendung entsprechender Technologien sowie die fehlende Kontrolle hinsichtlich der Verwendung von Agrochemikalien. Diese Politik schränkt die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft offensichtlich in ihrer Souveränität ein und gewährt ihr nur unzureichende Unterstützung. So sind bislang weder eine substanzielle und effektive Förderung kleinbäuerlicher Produktion (mit Ausnahme der exportorientierten Sektoren), noch ein entscheidendes Vorgehen gegen die Verwendung von Agrochemikalien oder gentechnisch veränderten Produkten zu beobachten. Entgegen den Deklarationen, einen transformativen gesellschaftlichen Wandel im Sinne des *vivir bien* herbeizuführen, handelt es sich bei den gegenwärtig zu beobachtenden agrar- und ernährungspolitischen Maßnahmen vielmehr um wesentliche Bestandteile des hegemonialen *food regimes*, da sie die notwendigen strukturellen Voraussetzungen für den Prozess der uneingeschränkten Kapitalakkumulation schaffen und aufrechterhalten (Kap. 2.4).

Diese Politik wird im Kern von der Zielsetzung geleitet, die Souveränität der Regierungspartei, des Movimiento Al Socialismo, zu legitimieren und sie gegenüber externen Einflüssen zu behaupten und zu verteidigen. Es handelt sich damit um hegemoniale „Souveränitätspraktiken des Regierens“ (Kap. 3.4.2), die sich durch genau diese bewusste und ideologisch-reflektierte Zielvorgabe auszeichnen; und zwar einen bestimmten *status quo* in Form einer souveränen Macht innerhalb eines bestimmten Territoriums zu legitimieren und keinen transformativen sozialen Wandel zuzulassen. Wie es der Politikwissenschaftler Jeffrey WEBBER (2010; 2011b) aufzeigt, war in der Vergangenheit in Bolivien eher eine Tendenz zu einem „rekonstituierten Neoliberalismus“ bzw. zu einem staatlich kontrollierten Kapitalismus zu beobachten. Dieser grenzt sich zwar in einigen Bereichen von der neoliberalen Orthodoxie ab, beruht aber grundsätzlich auf einem dominanten kapitalistischen Wachstumsmodell. Wesentliche Charakteristika sind dabei: ein flexibler Arbeitsmarkt, geringe Sozialausgaben, exportorientierte Produktion (v. a. von mineralischen und landwirtschaftlichen Primärgütern), eine fortschreitende Industrialisierung sowie diverse strategische Allianzen mit transnationalen Unternehmen (vgl. entsprechend ORMACHEA und RAMIREZ 2013).

Alcides Vadillo Pinto, Direktor der Regionalvertretung der Fundación Tierra in St. Cruz, illustriert dieses Paradigma wie folgt:

„Es ist ein extraktivistischer Staat, dem wir das Blut nehmen, wie das Gas und das Petroleum. Die Knochen durch den Bergbau, die *madre tierra*. Und wir essen seine eigenen Muskeln durch die landwirtschaftliche Ausbeutung. Wie nehmen ihm den Wald, wir säen, wir nutzen Agrochemikalien, hybrides Saatgut und Saatgut, das technologisch bearbeitet ist und all das ist nicht wichtig. Das heißt also, die *madre tierra* zerstören und ruinieren wir. Was hier zählt, ist, dass Geld eingenommen wird. Die Regierung arbeitet nicht gegen einen bestimmten Sektor, die Logik ist vielmehr: mehr Produktion, mehr Ressourcen und mehr Ertrag.“ (PZI 5, 22.05.2013)

Es kann somit festgehalten werden, dass die Praktiken des politischen Sagens in vielerlei Hinsicht nicht dem politischen Tun entsprechen. Es werden eher Strukturen verfestigt und legitimiert, gegen die sich das Sagen richtet. Diese Widersprüchlichkeit wird jedoch bei einem Blick auf die Interessen- und Machtkonstellationen innerhalb der Regierung nachvollziehbar: Wie Enrique Castañón Ballivián von der Fundación Tierra erläutert, bestehe in der Regierung zwar durchaus eine gewisse politische Bereitschaft, die landwirtschaftlichen Strukturen des Landes zu verändern. Seines Erachtens stoße dieser Wille jedoch auf große Hindernisse:

„Die Regierung des MAS ist die erste Regierung, die ausdrücklich von Ernährungssouveränität und der *madre tierra* redet. Das sind ziemlich progressive Themen, die auf einer Linie mit der Souveränität liegen. Ich glaube, dass es auch einen Willen in

der Regierung gibt, diese Strömung voranzutreiben aber gleichzeitig stoßen sie auf klare Grenzen. Vor allem ist durch die neoliberalen Tendenzen in den Vorgängerregierungen all das zerstört worden, was Ernährungssouveränität war. Wenn nun jemand in den ländlichen Raum fährt [und sich dort umhört] dann gibt es auch das gemeinsame politische Verständnis über [die Idee der] Ernährungssouveränität. Aber wenn man sich die landwirtschaftlichen Praktiken ansieht, dann sieht man viele Agrochemikalien und Saatgut aus dem Ausland. Die Regierung hat zwar die Initiative ergriffen, dass sie diesen politischen Willen diskursiv vertritt aber in der Praxis muss man die landwirtschaftliche Struktur des Landes ändern. Und das ist sehr schwierig. [...] Und auf der anderen Seite gibt es innerhalb der Regierung zwei Visionen, die um die Macht kämpfen. Die eine ist die indigenistische Vision der Ernährungssouveränität und die andere [...] das sind marxistisch-leninistische Leute und die sehen alles ein wenig pragmatischer. Für die ist vieles dieser Dinge, [d.h.] bei bestimmten Fragen an die *madre tierra* zu denken, Romantik und sie betrachten sie als einen nützlichen politischen Diskurs, aber in der Praxis denken sie, dass es romantische Dinge sind. Und kurzfristig kann man auch nicht den Extraktivismus beenden, denn das Land lebt davon.“ (PZI 8, 25.04.2013)

Damit wird deutlich, wie durch diese „Souveränitätspraktiken des Regierens“, das *food regime* legitimiert, aufrechterhalten und reproduziert wird. Wie aus dem obigen Zitat hervorgeht, scheinen die postneoliberalen Diskurse des *cambio*, der *madre tierra* und der Ernährungssouveränität dabei instrumentalisiert zu werden, um die produktivistische und extraktivistische Politik ideologisch zu legitimieren. Nach PEET (2007) handelt es sich damit um eine Naturalisierung und Legitimierung der Hegemonie des MAS innerhalb der ideologischen Sphäre (Konstruktion einer postneoliberalen Ideologie), der politischen Sphäre (Installation einer neuen Verfassung und diverser gesetzlicher Beschlüsse, mit der die postneoliberale Ideologie juristisch verankert wird) und der ökonomischen Sphäre (Extraktivismus, Produktivismus, staatlich kontrollierter Kapitalismus bzw. „rekonstituierter Neoliberalismus“).

Jedoch ist diese Souveränitätsausübung nicht unumstritten: zum einen durch die wirtschaftsliberalen und agrarindustriellen Kräfte im Osten des Landes, die sogenannte *media luna* (auf die ich in dieser Arbeit nicht weiter eingehen werde) und zum anderen durch eine emanzipatorische und zivilgesellschaftliche Bewegung, die vor allem von den ländlichen und indigenen Organisationen des Landes getragen wird. Ursprünglich trugen diese, in Form des *pacto de unidad*, zwar maßgeblich dazu bei, dass der MAS gegenwärtig die Regierung stellt. Aufgrund wachsender Differenzen müssen sie jedoch als ein eigenständiges und regierungsunabhängiges Projekt betrachtet werden (vgl. ESCOBAR 2010, S. 30; Kap. 4.2.2). So prognostiziert WEBBER (2011b, o. S.), dass nicht der MAS in Bolivien einen transformativen und gegen-hegemonialen Wandel bewirken werde, sondern dass dafür ausschließlich die ländlichen sozialen Bewegungen infrage kämen.

Im nun folgenden zweiten Abschnitt dieses Kapitels werde ich mich einem Teil dieser Bewegung widmen. Dabei handelt es sich nicht um die offensichtlichen, in Bolivien sehr etablierten und häufig zu beobachtenden Formen des zivilgesellschaftlichen Protests wie Streiks, Demonstrationen oder Straßenblockaden, sondern um die Praktiken einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft, die als kleinbäuerliche Praktiken der Ernährungssouveränität interpretiert werden können.

## 5.2 Kleinbäuerliche Praktiken der Ernährungssouveränität

„Ernährungssouveränität. Das was wir darunter verstehen ist vor allem: eine ökologische Produktion zu erhalten und anzuwenden. Ohne Chemikalien wollen wir produzieren. Warum sagen wir Ernährungssouveränität? Weil wir in unseren eigenen Territorien produzieren wollen. Wenn das Produkt gesund und ohne Chemikalien ist, dann ist es auch ein Wohl für die Gesundheit. Aber wenn es mit irgendwelchen Chemikalien [produziert wird], dann bringt es Krankheiten mit sich. Denn unsere Großeltern haben uns gezeigt, haben uns Wissen hinterlassen, unsere eigenen und ökologischen Düngemittel zu verwenden, ohne Chemie und natürlich. Und das wollen wir verbessern. Damit wir gesund sind.“ (NI 2, 06.02.2015)

So wie es stellvertretend aus diesem Zitat eines Vertreters der CONAMAQ herausgelesen werden kann, wird das Recht auf Ernährungssouveränität von den kleinbäuerlichen Organisationen Boliviens in der Regel mit einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft gleichgesetzt und auf diese Weise vom hegemonialen *food regime* abgegrenzt. Offensichtlich wird diese Gleichsetzung bzw. Abgrenzung zunächst durch eine verbale Praktik der Fremd- und Selbstzuschreibung hergestellt. Doch inwiefern spielen darüber hinaus Praktiken des landwirtschaftlichen Tuns eine Rolle? Und welche Bedeutung kommen dem Konsum und der Vermarktung der Produkte sowie der Vernetzung der Produzierenden zu?

In der nun folgenden Darstellung dieser facettenreichen und kausal eng miteinander verzahnten Praktiken werde ich sowohl auf die Diskurstheorie Laclaus und Mouffes zurückgreifen (v. a. in Kap. 5.2.1) als auch (v. a. im interpretativen Kap. 5.2.7) die Sozialontologie Schatzkis verwenden. Erstere dient dazu, aufzuzeigen, wie durch die Ausübung dieses Tuns und Sagens spezifische Äquivalenzrelationen hergestellt werden und damit machtbeladene Bedeutungen produziert werden. Komplementär dazu bietet letztere die Möglichkeit, einen introspektiven Blick in die einzelnen Komponenten zu erlangen, die diese Praktiken in ihrer Ausübung anleiten, dirigieren und steuern. Ähnlich wie es auch BAUMANN et al. (2015, S. 232) vorschlagen, soll damit der Versuch unternommen werden, die komplexitätsreduzierende Perspektive Laclaus und Mouffes mit der komplexitätsaffirmierenden Perspektive Schatzkis zu vereinen. Dadurch kann aufgezeigt werden, wie und mit welchem Wissen diese Praktiken ausgeführt werden, wie sie kausal und sinnhaft

miteinander verbunden werden, wie sie sich materiell verfestigen, mit welcher Motivation bzw. Zielsetzung sie ausgeführt werden und vor allem, wie damit Bedeutung und Antagonismen hergestellt und angefochten werden.

Im Einzelnen handelt es sich um: (1.) Praktiken der Einhegung, der Fremd- und Selbstzuschreibung sowie der physisch-materiellen Abgrenzung; (2.) Praktiken des landwirtschaftlichen Produzierens z. B. die Verwendung von natürlichen und selbstproduzierten Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie die Anwendung traditioneller Sitten und Gebräuche; (3.) Praktiken des Umstellens von konventioneller auf ökologische Produktion und des damit verbundenen Erlernens, Wiederentdeckens und des Zurückbesinnens; (4.) Praktiken des Lagerns und des Konsumierens der selbst hergestellten Produkte; (5.) Praktiken des sich Vernetzens sowie (6.) des Inszenierens einer bäuerlichen Identität und Landwirtschaft.

### **5.2.1 „Das Unsere“: Praktiken des sich Einhegens und Abgrenzens**

Interessanterweise werden bei der Einforderung von Ernährungssouveränität nicht nur eine Differenz zur hegemonialen Agrarindustrie und eine Äquivalenz zur traditionell-ökologischen Landwirtschaft hergestellt. Das neue Recht dient im bolivianischen Kontext vielmehr als ein Mittel, zur Stärkung und Hervorhebung der „eigenen“ materiellen und immateriellen Dinge (wie Identität, Kultur, Land, Produkte, Saatgut, etc.) und beinhaltet damit eine Abgrenzung von allem, was als fremd und anders empfunden wird. Diese Praktik des *othering*, wie es die Soziologin Julia REUTER (2002) nennt, lässt sich mit dem folgenden Zitat von Silvestre Saisari, dem ehemaligen Führer und Mitbegründer der bolivianischen Landlosenbewegung (MST-B), anschaulich zeigen:

„Für uns basiert Ernährungssouveränität auf der Produktion der eigenen Lebensmittel mit unserem eigenen heimischen Saatgut. Aber vor allem nicht abhängig zu sein von anderen internationalen Organisationen wie der FAO oder internationalen Firmen, die transgenes Saatgut fördern. Ernährungssouveränität ist für uns, das zu produzieren, was wir haben. Und nicht dem transgenen Saatgut oder Agrochemikalien zu unterstehen. Ernährungssouveränität ist für uns also die natürliche Produktion von unseren Lebensmitteln und der Konsum derselben in unserer Region, in unserem Land und in unseren Gemeinden.“ (PZI 21, 07.06.2013)

Ganz ähnlich beschreibt es auch Justino Loayza, Präsident des Kleinproduzierendenverbandes CIOEC, indem er die Bedeutung der Produkte seiner Organisation hervorhebt und in diesem Zusammenhang die Abhängigkeit von Importen kritisiert, die die Produktivität und damit auch die Selbstbestimmung der Produzierenden einschränke: Eine souveräne Form der Ernährungssicherheit, so sein Argument, könne dagegen nur mit den eigenen und selbst produzierten Produkten im eigenen Land erreicht werden:

„Wir verstehen Ernährungssouveränität als das Unsere. Das ist Souveränität. Das Unsere. Wir verstehen es als unsere Produktion und als das Unsere und offensichtlich kommt dann der Import und das ist auch das, was wir beklagen, das betrifft uns. [...] Das heißt, mit dem, was wir haben, mit dem, was wir produzieren, mit all der Vielfalt an Produkten, die wir im Land haben, wollen wir die Ernährung für das Volk sicherstellen. Das ist Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit.“ (PZI 3, 29.05.2013)

Ernährungssouveränität wird jedoch nicht immer als eine homogene zivilgesellschaftliche Forderung eingeklagt, sondern kann auch als Instrument eingesetzt werden, bestimmte raum- und identitätsgebundene Interessen und Vorstellungen (z. B. von *campesinas/campesinos* und *indigenas*) durchzusetzen. Damit einher geht notwendigerweise auch die Herstellung einer Differenz zu einer jeweils „anderen“ Identität, z. B. die Aneignung von Ernährungssouveränität als eine indigene oder als eine bäuerliche Forderung. Im folgenden Ausschnitt aus einem Gruppeninterview mit Vertretern der CIDOB, dem Dachverband der indigenen Völker des bolivianischen Tieflandes, werden diese Praktik und die damit verbundene Identitätskonstruktion sehr deutlich. So handele es sich bei Ernährungssouveränität um eine originär indigene Idee, die nicht im Einklang mit der Vision der Regierung und der *campesinos* stehe. Nur mit der Verfügbarkeit und der Ausweisung des *territorio indígena*, das sie als eine materielle Grundvoraussetzung für ihre Existenz und das *vivir bien* ansehen, könne Ernährungssouveränität verwirklicht werden:

„Ernährungssouveränität wurde als indigene Bewegung entworfen. Denn, mit allem Respekt, die Regierung arbeitet mit einer Vision der Ernährungssouveränität, sagen wir, um zu produzieren. Zum Beispiel hat die Regierung eine Vision der *campesinos*, des Säens. Während die indigene Bewegung, das hat man gesehen, daran arbeitet, eine Ernährungssouveränität für das *vivir bien* zu erreichen. Wir arbeiten also mit einer Vision, sagen wir, des Respekts. Deswegen auch die Selbstbestimmung der Ernährungssouveränität der indigenen Bewegung. [...] Für dieses Ziel kämpft man. Und wir sehen auch, dass die Regierung jetzt sagt: ‚Jetzt haben sie [die Indigenen] sehr viel Land, wir müssen für die Ernährungssouveränität sehen, dass wir produktive Projekte machen, die auf den *campesinos* basieren.‘ Aber mit welcher Vision? Mit einer Zerstörung des Waldes? Denn den zerstören sie [...] für die Kommerzialisierung.“ (GI 1a, 16.05.2013)

„Ohne das Territorium existiert das [indigene] Volk nicht. Die Kultur, die Tradition, die Sprache. Das Zusammenleben würde, sagen wir, verschwinden. [...] Um Ernährungssouveränität zu erlangen, müssen wir das Territorium ganz klar und deutlich ausgewiesen bekommen und dann auch respektiert werden. Deswegen kämpft man für die territoriale Autonomie der Indigenen. [...] Sie müssen zuallererst in ihren Territorien sein und dort werden wir alles haben: Gesundheit und Bildung, Kultur

und alles... und von dort aus wird man an Stärke gewinnen. Denn ein Volk ohne Territorium hat keine Kultur. Es hat nichts.“ (GI 1b, 16.05.2013)

Deutlich wird hier auch das Dilemma zwischen Anerkennung und Umverteilung (Kap. 3.2.2). Die auf einer affirmativen Anerkennungsforderung basierende Vision von Ernährungssouveränität der indigenen Völker scheint mit dem produktivistischen und transformativen Umverteilungsdiskurs der Regierung und – wie es hier artikuliert wird – auch der *campesinos* zu kollidieren. Diese staatliche und auf Umverteilung basierende Vision von Ernährungssouveränität ist aus Sicht der indigenen Völker offensichtlich nicht mit ihrem Verständnis des *vivir bien* und des gegenseitigen Respekts zu vereinbaren.

Bei der Artikulation der bäuerlichen Forderung nach Ernährungssouveränität wird hingegen weniger eine spezifische Identität hervorgehoben als vielmehr ein stärkerer Fokus auf das eigentliche Produzieren von Nahrungsmitteln gelegt und dadurch wiederum eine Differenz zu den indigenen Völkern, den *indigenas* oder *originarios*, hergestellt. Im folgenden Ausschnitt aus einer Gruppendiskussion<sup>4</sup> mit Vertretern der Produzierendengewerkschaft CSUTCB in Santa Cruz geht dieser Aspekt deutlich hervor, indem argumentiert wird, dass es sich bei den indigenen Völkern nicht um landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten handele, sondern vielmehr um Personen, die ihre riesigen Territorien ausbeuteten und die darin enthaltenen Rohstoffe an landwirtschaftliche Unternehmen verkaufen würden. Die *campesinos* hingegen seien diejenigen, die zwar nur sehr wenig Land zur Verfügung hätten, die aber als Nahrungsmittelproduzierende die eigentliche und genuine Zielgruppe der Forderung nach Ernährungssouveränität sei:

„Die CIDOB, das sind *originarios*. Sie sind ganz anders als die *campesinos*. Der *campesino* ist derjenige der produziert. Die *originarios* sind die, die essen und *chau*... Sie jagen die Vögel, verkaufen das Land, fällen das Holz und man gibt ihnen ein Land, ein Gebiet größer als 20.000 [ha] und dort leben sie. Sie jagen und fischen alles. Sie produzieren nicht viel, nur für ihren eigenen Erhalt. [...] Sie zerstören also einfach nur den Wald, die *indigenas*. Sie widmen sich der Jagd und dem Fischfang und zerstören die großen Waldreservate, die wir haben. [...] (Und dort profitieren sie auch von den *empresarios*) Und von den *empresarios* profitieren sie auch, die Leute, die Traktoren haben und das Holz ausbeuten, an die verkaufen sie... Sie machen also eine zweiseitige Sache mit der Regierung. (Dagegen ist der *campesino* ein Hüter) Ja, ein Hüter (der Umwelt, des Bodens und der Ernährungssouveränität). [...] Das ist unsere Art und Weise, wie wir als *campesinos* [die Umwelt] schützen. Denn für uns gibt es nur sehr limitierte [Mengen der] Entwaldung, zwei oder drei Hektar (pro Jahr... und dann importiert der Staat andere Sachen aus anderen Ländern) Hier kann man alles produzieren. (Das ist Ernährungssouveräni-

4 Der Text in den Klammern stammt von einem weiteren Teilnehmer der Gruppendiskussion, der gelegentlich Kommentare einstreute

tät und der Staat verletzt das... und man sät darüber hinaus Soja) In großen Mengen! (Das sind die Klassen, die sie [die Politiker] unterstützen und das verschleiert man und es gibt keine... Aber der *campesino*, der kann das nicht!)“ (GI 2a und GI 2b, 17.05.2013)

Interessant an diesem Ausschnitt ist vor allem, wie parallel zur Abgrenzung zu den *indígenas* bzw. *originarios*, auch eine Differenz zur Regierung hergestellt wird, mit dem Argument, dass die staatliche Politik die „bäuerliche Ernährungssouveränität“ durch den Import und die Unterstützung der Sojaproduktion verletze. Durch diese gemeinsame negative Abgrenzung wird – ganz im Sinne Laclaus und Mouffes – automatisch auch eine Äquivalenz zwischen der Regierung und den *indígenas* hergestellt.

Das räumliche Abgrenzen wird allerdings nicht nur verbal hergestellt, sondern vor allem durch körperliches Tun, z. B. in Form des alternativen landwirtschaftlichen Produzierens und des Errichtens materieller Grenzen. Diese physische Einhegung kann durchaus sehr kleinräumig erfolgen, zum Beispiel in Form von nachbarschaftlichen Grundstücken oder Feldern. So beschreibt eine ökologische Produzentin aus dem *municipio* Achocalla, dass sich für sie das Bedürfnis ergebe, Grenzen zu ihrem Nachbarn zu ziehen, da dessen konventionelle Praktiken der Düngung und Schädlingsbekämpfung in der unmittelbaren Nähe zu ihren Anbauflächen negative Konsequenzen für ihre Produkte hätten:

„Schau mal, was nützt es, wenn ich mein Land gut bewirtschafte aber der andere Nachbar immer noch diese Chemikalien verwendet. Deswegen muss es Begrenzungen geben oder am besten Steinmauern damit nichts aus der Nähe durchkommt. Aber man ist immer davon betroffen.“ (NI 3, 30.01.2015)

Eine weitere Produzentin aus Achocalla beschreibt diese Praktik des sich Einhegens in ganz ähnlicher Weise. Sie hebt aber auch hervor, dass dadurch immer wieder Konflikte zwischen Nachbarn entstehen würden:

„Es gibt Konflikte, ja. Denn manchmal müssen wir Begrenzungen zu einer Seite errichten. Ich bin eine ökologische [Produzentin] und wenn [der Nachbar] weiterhin spritzt und verunreinigt, dann gibt es immer Streit.“ (NI 4, 02.02.2015)

Die auf diese Weise abgegrenzten Territorien können auch großflächiger sein: Besonders deutlich wird dies bei den sogenannten *asentamientos* (Landbesetzungen) des bolivianischen Movimiento Sin Tierra (MST-B), die die Organisation als sogenannte *comunidades agroecológicas* deklarieren. Dabei handelt es sich um dorfähnliche und selbstverwaltete Gemeinschaften bzw. Ländereien, die hauptsächlich von verarmten und ehemals landlosen Familien aus dem westlichen Altiplano bewohnt werden und im Osten des

Landes in den *departamentos* Santa Cruz und in der Region des Gran Chaco, im Südosten Boliviens, aus Landbesetzungen hervorgegangen sind. Mittlerweile verfügen einige dieser Territorien, wie z. B. die größte dieser *comunidades* mit dem Namen Tierra Prometida, über einen gesetzlichen Landtitel sowie über einen Raumordnungsplan (*plan de gestión territorial*), in dem der ökologische Gedanke als Leitbild für den landwirtschaftlichen Anbau und damit zur bestimmenden Regel erklärt wird (vgl. COLLIERE und CRUZ 2011). Wie Silvestre Saisari, Mitbegründer der Landlosenbewegung berichtet, handele es sich bei den *asentamientos* somit um „Inseln“ inmitten der konventionellen Produktion, die sich durch die Ausübung von agrarökologischen Praktiken vom zumeist agroindustriell genutzten Umland abgrenzen würden:

„Ein *asentamiento* ist wie auf einer Insel umgeben von der transgenen und monokulturellen Produktion, gleich ob Soja, Mais oder andere monokulturelle Arten, die dort angebaut werden. Die werden von ausländischen Produzenten wie den Brasilianern, Argentinern, Russen oder Mennoniten angebaut. Daher ist es für uns schwierig, in dieser Umgebung ökologische Produktion zu betreiben oder effektiv Ernährungssouveränität herzustellen. Denn wir produzieren ökologisch und neben uns bauen sie Monokulturen an, mit einem hohen Aufwand an landwirtschaftlichen Giften und Maschinen, mit denen die Umgebung bewässert wird. Das heißt, für uns ist es sehr kompliziert, aber nichtsdestotrotz stehen wir vor der Herausforderung, Ernährungssouveränität und ökologischen Anbau in diesem Raum, in diesem Bereich zu machen.“ (PZI 21, 07.06.2013)

Durch die direkte Nähe zu industriellen bzw. konventionellen landwirtschaftlichen Praktiken würden sich außerdem diverse Schwierigkeiten ergeben: zum einen durch die Verwendung von Chemikalien und gentechnisch veränderten Organismen, die sich auf die Bestäubungsleistung der Insekten auswirke und zum anderen durch den psychologischen Effekt des vermeintlich „schnellen Geldes“, den der benachbarte, agroindustrielle Anbau von *cash crops* auf die Bewohner der *asentamientos* habe:

„Das Ungeziefer kommt zu den Orten, an denen keine Gifte verwendet werden. Und das betrifft offensichtlich die Bestäubung und viele andere Dinge. Es betrifft ganz direkt die ökologische Produktion und die Realisierung der Ernährungssouveränität, nicht nur über die Bestäubung oder über die vom Wind transportierten Pollen, sondern auch psychologisch: Die Bauern sehen in der Nähe ihrer Parzelle, ihres Landes andere Produzenten, die viel Geld verdienen und wollen es ihnen gleichtun. Aber so wie es die Regeln unserer Organisation vorschreiben, bleiben sie dabei und wehren sich dagegen. Es ist also sehr schwierig für uns, inmitten der Agrarindustrie Ernährungssouveränität oder ökologische Landwirtschaft zu betreiben.“ (PZI 21, 07.06.2013)

An diesem Beispiel wird vor allem deutlich, wie durch die Deklaration eines ernährungssouveränen Territoriums inmitten agroindustrieller und monokultureller Produktion ein räumlich und zeitlich fixierter „Ausnahmestand“ (Kap. 3.1.4) geschaffen wird. Die agrarökologischen Praktiken werden hier, wie AGAMBEN (2005) es bezeichnen würde, als eine raumzeitlich gebundene „Ausnahme“ zur konventionellen Produktion erklärt und durch ihre längerfristige Ausübung zu einer Routine und damit zu einer Regel gemacht („so wie es die Regeln unserer Organisation vorschreiben“, s.o.). In einem Akt der Selbstautorisierung erhält die agrarökologische Praxis so eine bestimmende und regulierende Macht über das jeweilige Territorium. Damit handelt es sich bei den *asentamientos* sowohl um physisch abgegrenzte Räume als auch um *immaterial territories* (vgl. FERNANDES 2009), also um Territorien, die durch eine ideelle Dimension – in diesem Fall die normativierte Praktik der Agrarökologie – konstituiert und legitimiert werden. Doch wie genau stellen sich diese Praktiken dar? Inwiefern unterscheiden sich die Praktiken des ökologischen Anbaus von konventionellen Methoden und mit welchem konkreten Nutzen werden sie verbunden?

### 5.2.2 „Unsere Art, ökologisch zu arbeiten“: Praktiken des Produzierens

„Wenn du [die Produktion] diversifizierst, dann greifen dich keine Schädlinge an. Wenn du dann eine Monokultur betreibst, dann schon, dann greifen sie dich an. Auf offenem Feld muss man das machen, wie sagt man... wechseln: Ein Jahr sind da Kartoffeln. Das [nächste] Jahr sind da Bohnen, Hafer, Gerste. Rotierend, ja rotierend. [...] Ich muss diversifizieren, Ja. Wenn ich nicht diversifiziere, dann bleibt es gleich [...] Die Schädlinge greifen dich an.“ (NI 4, 02.02.2015)

Mit diesem Zitat einer ökologischen Produzentin aus Achocalla wird deutlich, dass es sich bei der Diversifizierung der Produktion und der Felderwirtschaft (d. h. wechselnde Fruchtfolgen) um bewährte und erfolgreiche Methoden des ökologischen Anbaus handelt. Neben diesem universellen und auf unterschiedliche Kontexte übertragbaren Prinzip kommen aber vor allem Praktiken zum Tragen, die auf einem tradierten, spezifischen und lokal begrenzten Wissen basieren, wie es das folgende Beispiel zeigt.

### Pflügen, Düngen, Säen und Tauschen

In La Paz treffe ich eine Quinoaproduzentin und Züchterin von Lamas und Alpakas, die aus dem *departamento* Oruro im südlichen Altiplano stammt und zugleich die Kleinbäuerinnengewerkschaft „Bartolina Sisa“ (CNMCIQB-BS) für ihre Region vertritt. Sie berichtet zunächst über das landwirtschaftliche Leben im Altiplano, über die allgemeinen Probleme der Wasserknappheit sowie über die sich dadurch verschlechternden Produktionsbedingungen. Viele *hermanos* (wörtl. „Geschwister“, im übertragenden Sinne eher „Gleichgesinnte“) hätten deswegen die Landwirtschaft aufgegeben und seien in die Stadt oder ins Ausland, v. a. nach Argentinien oder Brasilien migriert, um dort bessere Lebensbedingungen zu suchen. Hinzu komme, dass viele ihrer Nachbarinnen und Nachbarn, die nicht die Region

verlassen, beim Quinoaanbau zunehmend chemische Düngemittel verwenden würden, mit dem Ziel, kurzfristig die Erträge zu erhöhen. Diese Praktiken würden jedoch die knappen Grundwasserressourcen verschmutzen und die empfindlichen Böden des Altiplano zerstören. Dies stelle ein sehr ernstzunehmendes Problem dar, da für die traditionelle Viehzucht und die Fleischproduktion eine intakte Natur von großer Bedeutung sei. Daher sei es wichtig, berichtet sie, nicht weiter in dieses Muster zu verfallen, sondern vielmehr auf die Verwendung von Chemikalien zu verzichten und die ökologischen und traditionellen landwirtschaftlichen Gebräuche, die sie und ihre *hermanos* von Ihren Vorfahren übernommen hätten, wieder anzuwenden.

Auf meine Frage hin, wie genau sich die ökologische Produktion in der Praxis darstellt, antwortet sie:

„Eine ökologische Bearbeitung des Bodens ist es, wenn der Dünger von den Rindern und den Lamas kommt und vom Brennholz. Das kippen wir zusammen und es verfault dann. Das ist unser Dünger. Früher machte man den Dünger mit Schwefel. Und warum? Der Schwefel tötet die Viecher, diese kleinen schädlichen Tiere. Das ist ein normaler Dünger ohne Chemikalien. Denn der Schwefel, der aus der Erde kommt, der ist rein und nicht, sagen wir, vermischt oder verarbeitet. Nichts davon. [...] Das ist der Dünger, den wir meistens verwenden. Die Kuhfladen. [...] Von den Schafen ist es schlechter, weil das noch stärker ist. [...] Und das fermentiert dann. Das ist also das einzige, was wir benutzen. Und dann das Stroh, es bekommt dann diese Farbe. Das verstreut man auf denselben Boden und dann kann man pflügen. Pflügen sagen wir, wenn wir die Erde umgraben, sie bearbeiten [...] Die wir dann zum Säen vorbereiten. [...] Aber dann, beim Säen, legen wir einfach die kleinen Kartoffeln rein oder Quinoa, dann bedeckt man das und dann kommt da ein Löffel mit diesem Dünger drauf. Sonst nichts. Fertig. Das ist alles, was wir machen, wenn es das sein soll, was es ist: das Unsere. Denn wir benutzen keine Chemikalien. [...] Das ist also unsere Art, das Ökologische zu erhalten. Das mit dem Spritzen ist [dagegen] unser Problem. Der Schwefel von dem ich dir erzählt habe. Schwefel und Asche [...] das schmeißen wir nicht weg. Das verteilen wir um die Pflanzen herum, denn das schützt auch vor den Viechern. Das sind Dinge, die mir früher meine Mutter gezeigt hat, für den Hof muss man die Asche sammeln. Und wie schön waren die Kartoffeln. Super Kartoffeln haben die früher produziert! Auch Quinoa haben die produziert. Aber früher war es auch gut, denn es gab Regen. Das Problem ist, dass wir jetzt Dürre haben. Das ist die Art und Weise, wie wir ökologisch arbeiten.“ (NI 5, 06.03.2015)

Deutlich wird hier, dass es sich in hohem Maße um routinierte und prozesshafte Praktiken handelt, die nicht ohne ein spezifisches, den Praktiken innewohnendes Verständnis ausgeführt werden können. Dieses, im Sinne BERKES (1999) (Kap. 2.5), traditionell-ökologische und „verkörperlichte“ Wissen, wie genau diese Praktiken ausgeübt werden, ist

somit immer ein organisierender Bestandteil der jeweiligen Praktik und kann nur auf Grundlage der konkreten Ausführung existieren und entstehen. Zwar ist es auch möglich über dieses Wissen zu reden, es auf diese Weise verständlich zu machen und weiterzugeben (vgl. HITCHINGS 2012; Kap. 4.3.3), aber ohne das landwirtschaftliche Tun wäre es nie entstanden. Auch im folgenden Beispiel wird dieser Aspekt deutlich.

In einer Gruppendiskussion mit Repräsentantinnen der Kleinbäuerinnengewerkschaft „Bartolina Sisa“ beschreibt eine der Teilnehmerinnen, welchen Vorteil für sie die Konservierung und Verwendung des eigenen Saatgutes im Gegensatz zu extern bezogenem Saatgut habe. Nur dadurch sei es möglich, wie sie es formuliert, verlässlicher zu produzieren und dem *negocio*, d. h. dem kommerziellen Saatguthandel, zu entkommen:

„Ernährungssouveränität ist, das Saatgut aufzubewahren und das bedeutet, sagen wir... Ich produziere Erdnüsse. [...] Und ich bewahre mein Saatgut auf und das ist gutes Saatgut, denn es ist ursprünglich und verlässlicher. Auf dem Land wählen wir unser Saatgut auf unsere Weise aus, so wie wir es machen und kennen. Das heißt, als ein Brauch praktizieren wir das so. Wir bewahren das Saatgut für das Folgejahr auf. [...] Und wir kaufen dann kein zertifiziertes Saatgut, das keinen [Ertrag] für das nächste Jahr liefert und nur für den *negocio* [den kommerziellen Saatguthandel] ist. Dieses Saatgut wird verkauft, aber normalerweise dient es nur für ein Jahr. Und danach, für ein weiteres, liefert es keinen Ertrag. Und dann muss man [es] erneut kaufen. Das heißt, der Verkauf ist eher für den *negocio*. Daher ist es besser, das Saatgut aufzubewahren, das natürlich ist und außerdem weiß ich dann auch als Bäuerin, dass es verlässlicher ist, dass ich mit meinem Saatgut produzieren kann. Aber das Saatgut, das ich kaufe, [...] das liefert dann letztlich keinen Ertrag für das Folgejahr, sondern nur für ein Jahr. Das ist das Problem, das die dann haben [...] Wir retten also dieses Saatgut und säen es und fördern es auch. Und wofür? Um [dem *negocio*] zu entkommen.“ (GI 3a, 04.06.2013)

Eine weitere Diskussionsteilnehmerin nimmt diesen Gedanken auf und fährt fort, dass diese Praktik in ähnlicher Weise auch in ihrer Gemeinde existiere. Sie erläutert, dass die Weiterverwendung des Saatgutes jedoch niemals isoliert ausgeführt werde, in dem Sinne, dass jede Produzentin nur für sich und ihren Ertrag arbeite, sondern dass das Saatgut innerhalb der *comunidad* getauscht werde. Dadurch ergebe sich der Vorteil, dass einzelne Produzierende sich nicht nur auf ein oder zwei Produkte konzentrieren müssten, sondern mehrere Produkte anbauen und dadurch z. B. Missernten ausgleichen könnten:

„Zum Beispiel in meiner *comunidad* verwendet man... Wir tauschen das Saatgut untereinander. Dieses Jahr zum Beispiel haben wir das so gesehen: ‚Schau mal, der Mais hat mir keinen guten [Ertrag] geliefert. Ich werde ihn nicht anbauen, *compa-*

*ñero*, ich werde ihn dir geben.‘ Nein, nicht verkaufen, sondern geben. [...] Und klar, einige Dinge tauschen wir dann auch. [...] ‚Schau mal, du hast Bohnen, aber ich habe auch Mais. Wir tauschen Bohnen und ich gebe dir Mais und du gibst mir Bohnen.‘ Das ist also das, was die *compañera* sagte, der Tauschhandel. Wir müssen damit anfangen, das zu nutzen, denn wenn nicht, wie sollen wir es sonst machen? Aber [man sollte] immer auch versuchen die *madre tierra* zu respektieren und ihr nicht mit Chemikalien danken, sondern versuchen, sie zu erhalten.“ (GI 3b, 04.06.2013)

Deutlich wird hier zunächst, wie die routinierten Praktiken des Bewahrens, des Erhaltens und des Tauschens aber auch die Herstellung der eigenen Düngemittel und die Methoden der Schädlingsbekämpfung mit einem konkreten Nutzen verbunden werden: Es geht dabei weniger um eine Effizienzsteigerung, als vielmehr um ein deutlich höheres Maß an Verlässlichkeit in Bezug auf den Ertrag und die Qualität der Produktion. Diese ergibt sich in gewisser Weise zwangsläufig, da die beschriebenen Praktiken aus einer vorindustriellen Zeit stammen, in der die kleinbäuerliche Produktion nicht oder nur begrenzt in externe Wirtschaftskreisläufe eingebunden waren. Es existierten kaum externe Inputs und es bestand somit die Notwendigkeit, einen möglichst hohen Nutzen aus den eigenen Fähigkeiten und dem eigenen praktischen Wissen zu ziehen. Diese dadurch erlangte Eigenständigkeit ist allerdings nicht als individuelle Autarkie zu verstehen, sondern funktioniert nur in einem solidarischen und sozialen Kollektiv, wie dem einer dörflichen Gemeinschaft, einer *comunidad*.

### Von Sitten und Gebräuchen

Die beschriebenen landwirtschaftlichen Praktiken sind (insbesondere im Altiplano) fest eingebunden in tradierte Sitten und Gebräuche (*usos y costumbres*). Dabei handelt es sich um übergreifende, nicht formalisierte aber dennoch bedeutende und innerhalb der bäuerlichen Gemeinschaft geachtete Formen eines praktizierten und religiös-politischen Gewohnheitsrechtes. Die bereits zitierte Produzentin aus dem *departamento* Oruro (s.o.) berichtet dazu:

„Sitten und Gebräuche, die haben wir, das sind unsere obersten Volks-Autoritäten in der Gemeinde. Und die Gemeinde untersteht drei Autoritäten: Das ist der *corregidor* und der *originario*, der Wellensittich, sagen wir, weil er immer im Poncho herumläuft und mit der *chicote*<sup>5</sup>. Und der andere ist der Vertreter, der über die Ländereien wacht. Der überschreitet die Ländereien. Das heißt, [gibt es] Viehdiebstahl oder irgendeinen Streit über die Ländereien, dann wacht er darüber. Und die Men-

5 Beim *corregidor* und dem *originario* handelt es sich um die (i. d. R. männlichen) politisch-religiösen Führer der Gemeinde. In Aymara sind die Bezeichnungen *mallku* und *jilakhata*. Die *chicote* ist ein peitschen- und schlangenähnliches Artefakt aus der andinen Tradition, das die gesellschaftliche Stellung ihres (i. d. R. männlichen) Trägers, Macht und die Einheit der Gemeinde symbolisiert (vgl. SANTOS 2008, o. S.; SCHORR 2011, S. 89 ff.).

schen sprechen mit dem *originario* und sagen ihm: ‚Schau mal das und das passiert‘. Und der *originario* und der *corregidor* müssen dann dahin und das Verfahren mit den ganzen Dokumenten bearbeiten. [...] Diese Herrschaftsformen haben wir, damit die *comunidad* gut funktioniert. [...] Gut, und diese Autoritätsperson, die dann diese Verantwortung erhält, muss dann auch die Erlaubnis der *madre tierra* einfordern. [...] Zum Beispiel danken wir in meiner Region Gott, dass er uns einen Planeten zum Leben gibt, damit wir leben können und diesen Planeten respektieren. Und wir danken dann der *madre tierra*, dass sie uns einen guten Ertrag gibt, so wie es unsere Großeltern es uns gezeigt haben. [...] Und damit es nicht hagelt, hatten unsere Großeltern immer einen Brauch: Zum Beispiel fastete man zehn Tage vor dem 30. November und man aß kein Salz. Damit es weder Hagel noch Blitze gibt. Und an diesem Tag, dem 30. November, kommt dann ein *corregidor* und tötet ein Pferd und bittet darum, dass es Regen gibt und keinen Hagel und auch keine Blitze. Denn der Blitzschlag, das ist auch so ein Problem, er tötet nicht ein oder zwei, sondern zehn oder zwanzig Rinder. [...] Früher, da waren die Gebräuche wirklich schön, *hermano*. [...] Mit der Energie unserer Vorfahren, mit der Energie unserer *madre tierra*, ich glaube, dass die Menschheit funktioniert hat, oder nicht? [...] Das ist also unsere Art zu leben als indigene und originäre Bauern. Und warum tragen wir nun den Poncho? Der Poncho ist eine Art des Respekts. Wenn du den Poncho nicht trägst oder den *chicote*, dann bist du niemand. [...] Es ist sehr wichtig, dass diese Herrschaftsformen im Sinne der alten Volksgebräuche erfüllt werden.“

[B.F.]: „Und das *ayni*, was ist das genau?“

„Das *ayni*, ja, [...] wenn man versucht sich Geld zu leihen oder Rinder, eine Herde oder Saatgut oder bei der Ernte hilft, all das... Heute arbeitest du für mich. Wir alle sind zwanzig Gemeindevertreter, sagen wir. Die zwanzig arbeiten für mich und die Ernte ist pünktlich erledigt mit diesen zwanzig Personen. Am Folgetag für dich und am anderen für ihn. Zehn Tage Arbeit und alles ist erledigt. Das ist das *ayni*, wir geben zurück. Und wenn nun, für den Fall, dass ich mein Vieh für einen Monat verlasse, dann muss ich ganz sicher auch bei den anderen für einen Monat über die wachen. Das ist das *ayni*, man gibt zurück. Ich gebe weder eine Bezahlung, noch Nahrung, ich vergebe gar nichts. Und gleichermaßen gibt er [der Nachbar] mir auch nichts und dann muss ich [auf sein Vieh] aufpassen. Und wenn ich Lebensmittel [von ihm] esse und all das, dann gebe ich es ihm zurück. Und er macht es genauso. Das gleiche mit Geld, ich leihe ihm etwas für ein oder zwei Monate und auch er leiht mir etwas. Das ist ein *ayni*. Aber man muss es immer zurückgeben, siehst du?“ (NI 5, 06.03.2015)

Aus diesen Zitaten geht hervor, wie eine tradierte Form des bäuerlichen Zusammenlebens und der indigenen Identität praktiziert, reproduziert und verfestigt wird („das ist also

unsere Art zu leben als indigene und originäre Bauern“). Insgesamt wird diese Lebensweise, im Sinne einer bäuerlichen *moral economy* (vgl. EDELMAN 2005; Kap. 2.5), als solidarisch, souverän und kontrollierbar beschrieben und damit implizit auch eine Anti-Modernität und Differenz zum technophilen Wachstumsparadigma hergestellt.

Die Ausgestaltung einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft basiert jedoch nicht ausschließlich auf einer nostalgischen Rückbesinnung und normativen Hervorhebung der eigenen Tradition, sondern, wie im folgenden Abschnitt deutlich wird, auch auf der Aneignung eines Wissens, das eher einem westlichen und entwicklungsorientierten Denken entstammt.

### **5.2.3 „Früher waren wir keine Ökologischen“: Praktiken des Umstellens**

Bei einem Großteil der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Boliviens handelt es sich nicht um ökologisch praktizierten Anbau. In unterschiedlichem Ausmaß werden seit mehreren Jahrzehnten vor allem Agrochemikalien zur Düngung und zur Schädlingsbekämpfung verwendet (PZI 8, 25.04.2013). Ungeachtet dessen unterscheidet sich, wie es ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation AVSF berichtet (PZI 22, 11.06.2013), die kleinbäuerliche Landwirtschaft (vor allem im Altiplano) häufig nur in wenigen Details von der ökologischen Anbaupraxis, da in den letzten Jahrzehnten keine durchgreifende Industrialisierung stattgefunden habe. Es werde nach wie vor eine hohe Vielfalt an traditionellen landwirtschaftlichen Praktiken angewendet und an die Folgegenerationen weitergegeben.

Gegenwärtig ist nun Folgendes zu beobachten: Zwar erleidet die traditionell-ökologische Landwirtschaft bis auf wenige exportorientierte Sektoren einen ökonomischen Bedeutungsverlust (vgl. entsprechend auch Kap. 5.1.3 sowie ORMACHEA und RAMIREZ 2013). Dennoch findet parallel dazu, wie im vorigen Abschnitt bereits deutlich wurde, eine nostalgische Rückbesinnung auf traditionelle Anbaumethoden sowie tradierte Werte und Normen wie die beschriebenen Sitten und Gebräuche statt. Die Ideen und Forderungen der Ernährungssouveränität, der *madre tierra* und des *vivir bien* erfüllen dabei die Funktionen, diese Bewegung diskursiv zu verstärken, ihr eine Bedeutung zu geben und ihr dadurch politische Kraft zu verleihen.

Zum weiteren Verständnis dieses Prozesses ist auch ein Blick auf die Geschichte der Landwirtschaft im Altiplano hilfreich: In den Jahren nach der Agrarrevolution von 1953 und der damit einhergehenden Umverteilung und Neuausweisung von Landbesitz setzten sich bei den damaligen kleinbäuerlich Produzierenden ein überwiegend effizienzorientiertes und produktivistisches Denken sowie diverse Praktiken der konventionellen Landwirtschaft durch. Vor allem seit den 1970er Jahren wurde die Verwendung von chemischen Schädlingsbekämpfungs- und Düngemitteln zur Normalität. Dieser Trend führte jedoch nicht unbedingt dazu, dass die Praktiken der traditionellen und weitestgehend

ökologischen Landwirtschaft des Altiplano vollständig verdrängt wurden. Sie gerieten bei vielen Produzierenden eher in Vergessenheit. Bei einigen wenigen setzte sich jedoch die Erkenntnis durch, dass die langfristige Verwendung von Agrochemikalien negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit und die Bodenfruchtbarkeit haben könnte. Sie entschieden sich daher den mühevollen Umstellungsprozess in Kauf zu nehmen und traditionelle Methoden wieder anzuwenden. Im Folgenden wird dieser Aspekt deutlich werden.

### **Sich selbst helfen und Unterstützung annehmen**

In Achocalla treffe ich eine der, wie mir gesagt wird, überzeugtesten ökologischen Produzentinnen des *municipios*. In einem ausführlichen Gespräch berichtet sie, wie es dazu kam und welche Gründe dabei eine Rolle gespielt haben:

„Früher waren wir keine ökologischen [Produzenten]. [...] Denn sie hatten die Hungersnot gesehen, es gab keine Ländereien und es ging ihnen nicht gut. Das war in den 1940er, 1950er Jahren. Und deswegen haben die Menschen damit begonnen, mit Chemikalien zu säen. [...] Aber damit haben wir den Boden getötet und das haben wir nicht gemerkt. [...] Und dann in dieser Zeit gab mir mein Vater ein kleines Grundstück und seitdem ist es mir besser ergangen. Zu Beginn, in diesem Jahr, habe ich aber auch mit Chemikalien gesät, ich wollte nicht wegziehen und habe gesät. Aber mit den Chemikalien erging es mir nicht gut. Also, was machen wir? [...] Es weiter versuchen, in meinem Fall. Und in jenem Jahr habe ich mit natürlichem Dünger gesät. [...] Seit zehn [Jahren bin ich nun] ökologisch[e Produzentin] und nutze keine Chemikalien. In diesem Jahr säte ich die Kartoffelchen mit natürlichem Dünger, aber meine Erde war schlecht. Sie war nicht gut, sie war tot. Und ich versuchte es in den Folgejahren weiter und weiter und säte Bohnen, Erbsen, Mais. Die Bohnen starben. Aber ich machte weiter. Was sollten wir schon tun? Wir machten weiter, denn sie [die Erde] lieferte nicht, aber sie musste [Ertrag] liefern. Wir haben mehr Dünger verwendet und ich habe meine Erde wiederbelebt. Und nun liefert sie mir Ertrag. Obwohl sie sehr fruchtbar ist, erschöpft sie nicht. Aus dieser Motivation heraus bin ich eine ökologische [Produzentin].“ (NI 4, 02.02.2015)

Aus dieser Geschichte wird deutlich, dass die Umstellung auf einen rein ökologischen Anbau ein mühevolleres Unterfangen für die Produzierenden darstellt. Sie beinhaltet nicht einfach nur den Verzicht auf Agrochemikalien oder die Wiederverwendung des eigenen Saatgutes; vielmehr handelt es sich um einen experimentellen, arbeits- und wissensintensiven Prozess der Bodenaufbereitung von ca. fünf Jahren, der zwangsläufig zu zwischenzeitlichen Ernteeinbußen führt. Wie eine in Achocalla lebende Förderin dieses Prozesses berichtet (PZI 20, 30.01.2015), werde aus diesem Grund die Umstellung und der vollständige Verzicht auf Agrochemikalien nur von den wirklich überzeugten Produzentinnen und Produzenten vollzogen, viele andere hingegen würden es nicht schaffen.



Abb. 12: Ökologischer Anbau in Gewächshäusern und selbstproduziertes Saatgut  
Quelle: Eigene Aufnahmen 2015, Achocalla

Ein wichtiger Aspekt ist dabei, dass es in den letzten Jahren vom Dachverband der ökologisch Produzierenden Boliviens (AOPEB) in Form von sogenannten *escuelas ecológicas* (ökologische Schulen) ein gewisses Maß an technischer und materieller Unterstützung gewährt wurde. Unter anderem wurden in diesem Rahmen Saatgut verteilt, Ausbildungsprogramme an der Universität in La Paz ermöglicht und diverse Gewächshäuser zur Wärmespeicherung errichtet (Abb. 12). Es handelt sich also bei der Umstellung von konventioneller auf ökologische Produktion nicht ausschließlich um eine Renaissance traditioneller und heimischer Anbaumethoden (wie es häufig in Interviews dargestellt wird), sondern auch um eine Anwendung und die Aneignung eines eher externen Wissens, das also nicht der andinen bzw. bäuerlichen Tradition entstammt.

Zwei ökologische Produzentinnen aus Achocalla berichten über entsprechende Erfahrungen:

„Der institutionelle Anreiz kam von der AOPEB. Mit dieser Organisation arbeiten wir schon acht oder neun Jahre zusammen. Die haben damit begonnen, uns mit den *escuelas ecológicas* auszubilden. [...] Die haben das koordiniert [...] und eine Arbeitsgruppe gebildet. In diesem Rahmen haben sie uns an die Universität geschickt im [Bereich] Agrarwissenschaft und Ökologie. [...] Und jetzt haben wir auch unsere Gewächshäuser. Die haben wir jetzt errichtet. Zum Beispiel letztes Jahr, in diesem Rat, da haben wir dafür gearbeitet, für ein großes Zelt.“ (NI 3, 30.01.2015)

„Die Organisation AOPEB hat uns zertifiziertes Saatgut gegeben. Und seitdem machen wir unser eigenes Saatgut und säen es. Da ist das Gemüse, die Kartoffeln, die Bohnen, es ist unser eigenes Saatgut. Zwiebeln und manchmal Weißkohl. Das [Saatgut für diese Produkte] kaufen wir nicht. Das ist zum Wiederanpflanzen.“ (NI 4, 02.02.2015)

### Hüten, Erhalten und Mythologisieren

In Padcaya erzählt mir ein ökologischer Produzent seine ganz ähnliche Geschichte. Auf meine Frage, aus welchen Gründen er begonnen hat, ökologisch zu produzieren und mit welchen Schwierigkeiten er dabei zu kämpfen hatte, antwortet er:

„Um unser Wissen zu hüten und die *madre tierra* zu bewahren, für unsere Kinder und für die folgenden Generationen. Die Erde hat kein langes Leben, daher muss man sie bewahren auch im Bereich der Umwelt, der Wälder und des Wassers. Mit dieser Vision des *municipios* ist es nun wichtig, dass man ernsthaft arbeitet und nicht nur mit Wörtern. Denn das, was man zurzeit sieht, sind hauptsächlich Wörter und man hat z. B. diese Dokumente gemacht, aber manchmal werden die nicht erfüllt. Das stört ein wenig, aber am Ende sagst du dir, so wie wir, so wie ich als Person, ich habe eine Familie, ich habe ein Ziel und ich arbeite daran. Ja, mit Hilfe von einigen NROs, diese Organisationen haben mir auch dabei geholfen, mich auszubilden und dadurch bin ich auch der erste ökologische [Produzent]. Denn früher, ich erzähle dir meine Geschichte, habe ich viele Jahre in Argentinien gearbeitet und da habe ich viele Agrochemikalien benutzt und als ich hierhergekommen bin, habe ich sie für fünf weitere Jahre benutzt. [...] Für fünf Jahre haben wir die Tomaten gespritzt, da haben wir alles mit Chemikalien produziert und vielleicht ein bisschen mit ökologischem Dünger. Dann haben wir nach ungefähr fünf Jahren gesehen, dass wir nicht mehr gut produzieren konnten. Es gab keine [Boden]Feuchtigkeit mehr [...]. Wir haben also gesehen, dass wir etwas ganz radikal verändern müssen. Die ersten Jahre waren dann ein wenig wie ein Reinfall. Aber nun bin ich da.“ (NI 6, 25.02.2015)

Deutlich wird hier zum einen, wie mein Gesprächspartner eine klare ökonomische Notwendigkeit für den Umstieg auf ökologische Produktion sieht: nämlich die Bodenfruchtbarkeit für sich und für folgende Generationen zu erhalten und wiederherzustellen. Er identifiziert sich zum anderen aber auch auf einer ideellen Ebene mit dieser Praktik und hebt hervor, dass er dadurch ein ernsthaftes politisches Ziel verfolge und die moralische Verpflichtung bestehe, die *madre tierra* zu schützen. Zwar hätte er dies nicht alleine geschafft und war bei der Umstellung auf die Hilfe von Nichtregierungsorganisationen angewiesen, aber letztlich habe er es geschafft, der erste ökologische Produzent der Region zu werden.

Eine weitere Praktik, die einen wesentlichen Bestandteil der Umstellung auf traditionell-ökologische Landwirtschaft darstellt, ist die Mythologisierung der eigenen Tradition und Geschichte. Im Verlauf der Gruppendiskussion mit den Repräsentantinnen der Kleinbäuerinnengewerkschaft „Bartolina Sisa“ wird dies sehr deutlich, indem ein interessantes Argument eine ganz eigene Dynamik erhält: Früher, so eine der Teilnehmerinnen, seien die Menschen in Bolivien deutlich älter, bis zu achtzig oder sogar hundert Jahre alt geworden, weil sie sich gesünder und selbstbestimmter ernährten und es noch keine Agrochemikalien, transgene Produkte oder andere fremde Einflüsse gab. Dementsprechend hätten damals auch weniger Krankheiten existiert und es seien weniger Krankenhäuser benötigt worden. Heutzutage würden sie dagegen schneller krank werden und früher sterben:

„Ja wie [es] auch die *compañeras* [sagen] es ist ganz offensichtlich, nicht wahr? [...] Heutzutage gibt es zum Beispiel viele transgene Organismen. Die Tomaten sind also sehr groß und nicht natürlich. Und eigentlich sollten die in [einem Zeitraum von] sechs Monaten produziert [werden]. Aber jetzt produzieren sie die in einer oder zwei Wochen, ich weiß nicht wie, aber groß sind die. Wir produzieren unsere in sechs Monaten, aber die sind dann nicht groß, sondern klein. Aber sie sind natürlich und sie sind gesund und schädigen [uns] nicht. Und wenn sie transgen sind, dann schädigen sie [uns]. Bis zu achtzig und hundert Jahre lebten früher unsere Großeltern. Und heutzutage mit siebzig Jahren sterben sie, nicht wahr? Oder werden krank. Die Knie schmerzen, sie werden verrückt im Kopf oder behindert, all diese Dinge. Und deswegen, früher, mit dem Unseren, da wurden sie nie krank, es gab früher auch keine Krankenhäuser. Aber sie lebten viel unbesorgter und auch viel länger. Deswegen sprechen wir also in Bolivien über Ernährungssouveränität.“ (GI 3c, 04.06.2013)

Auch dem folgenden Ausschnitt aus einem Interview mit Hilarion Mamani, dem politischen Führer der CONAMAQ, ist diese Mythologisierung deutlich zu entnehmen:

„Früher lebten sie hundert Jahre, zweihundert Jahre unsere Alten. Mal sehen, wie lange leben wir? Wir werden sechzig und bis dahin sind wir kaputt, nicht wahr? Und das ist, weil uns die Nahrungsmittel fehlen. Wir essen nur Schrott! Hühnchen? Schrott! Nudeln? Schrott! Bis hin zum Reis, manchmal spritzen sie, viele Sachen wachsen nur mit Chemikalien. Wenn man dagegen auf dem Land lebt: Kartoffeln, Linsen, Bohnen, *charqui* [ein traditionelles Trockenfleisch], unser Mais, unser Wasser, das stärkt nun mal... Das aßen sie früher, unsere Großeltern, damit waren sie stark.“ (PZI 23, 09.02.2015)

Mit Blick auf die historische Entwicklung der Lebenserwartung in Bolivien (nach Daten der Weltbank lag sie um das Jahr 1960 bei ca. 42 Jahren, heute bei ca. 69 Jahren – vgl.

World Bank 2016) und auf die koloniale Geschichte Boliviens, die von der systematischen Ausbeutung und Ausgrenzung der indigenen Bevölkerung bestimmt war (Kap. 4.2.2) sind diese Aussagen durchaus bemerkenswert. Ganz offensichtlich scheint – unabhängig von der westlichen Geschichtsschreibung, die nicht unbedingt das Bild einer selbstbestimmten indigenen Gesellschaft zeichnet – eine romantische Verklärung der „guten alten Zeit“ stattzufinden, in dem Sinne, dass die Menschen damals noch nicht fremden Einflüssen unterlagen und es sich daher um eine „heilere, souveränere oder bessere“ Welt gehandelt haben müsse. Dieser daraus entstehende Mythos speist sich jedoch nicht nur aus einer Wiederentdeckung und Anwendung der traditionellen Praktiken der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern vor allem aus der Wertschätzung der Vielfalt und Reichhaltigkeit der bolivianischen Produkte sowie aus der Konstruktion einer ländlichen und vorindustriellen Idylle. Sie gibt diesem Mythos einen räumlich-materiellen Rahmen, der dazu beiträgt, eine gemeinsame, traditionell-bäuerliche Wertegemeinschaft zu verfestigen.

#### **5.2.4 „Der Geschmack verschwindet nicht“: Praktiken des Lagerns und Konsumierens**

In Achocalla bietet sich für mich die Möglichkeit, an einer Versammlung zum Zertifizierungssystem SPG teilzunehmen (Kap. 5.1.3 und 5.2.5). Nach einer kurzen Vorstellungsrunde – es sind überwiegend landwirtschaftliche Produzentinnen aus dem Altiplano vertreten – ergreift eine der Teilnehmerinnen das Wort und erklärt, warum sie ökologisch produziert. Anstatt, wie es mir meistens in Interviews erzählt wurde, die Notwendigkeit ökologischer Produktion mit dem Respekt an die zu schützenden *madre tierra* zu begründen, sagt sie, dass sie sonst keine andere Möglichkeit habe, darüber entscheiden und kontrollieren zu können, wie genau sie sich und ihre Kinder ernähre. Sie könne nie genau wissen, was sie auf den Märkten kaufe und auch nicht, was die Agrochemikalien, die sie früher auch selbst benutzt habe, mit ihrem Körper oder denen ihrer Familie langfristig anrichten würden. Ihren eigenen, selbst hergestellten Produkten vertraue sie hingegen (BKI 1, 11.02.2015).

Auch eine Vertreterin der Gewerkschaft „Bartolina Sisa“ (NI 5, 06.03.2015) verdeutlicht mir in einer anderen Interviewsituation diesen Zusammenhang sehr anschaulich: Für sie bedeute es souverän zu sein, wenn die eigenen Produkte selbst konsumiert und nur die Überschüsse verkauft würden, um mit diesen Erträgen die notwendigen Dinge des täglichen Lebens dazukaufen zu können. Jedoch sei gegenwärtig das Gegenteil zu beobachten: Nicht die Überschüsse würden verkauft, sondern, besonders im Fall der Quinoa, fast der gesamte Ertrag und lediglich die unverkäuflichen Reste würden für den Eigenbedarf verwendet. Früher sei dies nicht so gewesen, daher gelte es, dieses Muster zu ändern und die Eigenständigkeit von damals zurückzuerlangen. Damit dies gelingen könne, beschreibt sie vor allem die Notwendigkeit, die eigenen Produkte zu lagern, damit sie das ganze Jahr über für den Eigenbedarf verfügbar seien und nicht sofort verkauft werden müssten:

„Souverän zu sein heißt, dass wir unsere Produkte selbst konsumieren. Die besten Produkte und die Überschüsse sollen wir verkaufen, das ist es. Aber Souveränität ist, dass wir souverän sein wollen, wie früher, nicht wahr? Wir würden gerne reine Nahrungsmittel haben und nicht mit Chemikalien. [...] Denn es ist alles... krank, wir alle sind schon krank. Das ist es also. Wir müssen auch traditionelle Medizin haben. Mit der Produktion beginnt es, nicht wahr? Danach wäre die Ernährung. [...] Es muss alles richtig ökologisch produziert sein und dann kommen wir bald, in Kürze, zu Ernährungssouveränität, die Sache ist, dass sie ökologisch sein muss. [...] Unsere Produkte sind aus unserer Tradition, so wie wir sie gesät und hergestellt haben. Und wenn wir zum Beispiel produzieren, dann bewahren wir die Kartoffeln, das Quinoa, das bewahren wir. Wir lagern es. Es kann Jahre überdauern. Da passiert nichts, der Geschmack verschwindet nicht. [...] Wir lagern das, was wir haben und das bringt uns dann über das ganze Jahr. Aber die Überschüsse, die gehen in den Verkauf. Zurzeit aber nicht, es ist zuerst der Verkauf und das, was dann übrigbleibt, ist für uns. Im Moment ist es das Gegenteil. Alle wollen Geld und verändern nichts. Ja, sie verkaufen Quinoa und kaufen sich damit ungesunde Nahrung, nicht wahr? Uns geht es also nicht gut. [...] Früher war das auch nicht so und deswegen wollen wir es ändern. Der beste Teil der Produktion bleibt für uns, gelagert, und die Überschüsse können wir verkaufen, um die Einkünfte für Schule, Kleidung, Reis, Zucker und andere Sachen zu verwenden, die man kaufen muss. [...] Derjenige, der Bolivien aufrechterhält, das sind nämlich die kleinen Produzenten, nicht wahr? Wir produzieren in der Gemeinschaft, im Familienverbund, das wird bewahrt.“ (NI 5, 06.03.2015)

Deutlich wird hier vor allem, inwiefern es sich bei Ernährungssouveränität – sofern die erforderlichen Produktionsbedingungen, also Land, Wasser, Boden, Saatgut sowie das notwendige Wissen vorhanden sind – um eine Form der persönlichen oder kollektiven Selbstermächtigung handelt: Angetrieben durch den Wunsch nach Eigenständigkeit und nach Souveränität über den eigenen Körper und die eigene Gesundheit ergibt sich für die jeweiligen Produzierenden das Verlangen, selbstproduzierte und möglichst ökologische Nahrungsmittel zu konsumieren. Besonders stark hervorgehoben wird dieser Anspruch in Verbindung mit der Vorstellung des souveränen *territorio indígena*. So hebt ein Vertreter der CIDOB in einem Gruppeninterview hervor:

„Die Ernährung der indigenen Bewegung kommt aus dem *territorio*. Immer mit der Vision, das zu erhalten, was es innerhalb [des *territorio*] gibt. Zum Beispiel der Fischfang, die Jagd, das Sammeln und es ist wahr, dass man manchmal auch Lebensmittel anbaut, so wie Mais, Bananen, *yuca* [eine Knollenfrucht] all das. Aber nur für die Ernährung der Familie und nicht für die Vermarktung. Und davon leben unsere *hermanos* in den *comunidades*. Wir glauben also, dass diese Souveränität das ist, was wir suchen, auf Grundlage des Rechtes auf das *territorio*.“ (GI 1a, 16.05.2013)

So wird auch nachvollziehbar, wie eng die Praktiken des Konsumierens und des Lagerns der eigenen Produkte mit den Praktiken des räumlichen Einhegens und sich Abgrenzens (Kap. 5.2.1) verwoben sind. Jedoch wird dieser normative Anspruch des subsistenten Lebensstils nicht in gleichem Maße von den Produzierenden geteilt, die sich eher als *campesinas* oder *campesinos* identifizieren und die genossenschaftlich oder gewerkschaftlich organisiert sind (z. B. über die CIOEC oder die CSUTCB). Sie verstehen Ernährungssouveränität weniger als ein territoriales und identitätsgebundenes Recht, bei dem marktwirtschaftliche Beziehungen eine untergeordnete Rolle spielen. Es sollte, wie in entsprechenden Interviews und Diskussionen berichtet wird (v. a. GI 3a; GI 3b und GI 3c, 04.06.2013), zwar ein großer Teil der eigenen Produktion selbst konsumiert werden, jedoch nur die Überschüsse verkauft und die Verbindung zwischen Konsumentinnen bzw. Konsumenten und Produzierenden sehr direkt, in Form von *circuitos cortos*, also kurzen und regional begrenzten Kreisläufen, möglichst ohne Zwischenhandel, strukturiert sein. Besonders wichtig ist für viele Produzierende darüber hinaus, dass sie ihre ökologische Produktion beim Verkauf von konventionellen Produkten abgrenzen können.

Doch inwiefern existieren solche Verbindungen, z. B. in Form von speziellen Vermarktungs- und Zertifizierungspraktiken für ökologische Produkte? Und welche Rolle spielt dabei die Vernetzung zwischen den Produzierenden?

### 5.2.5 „Wir organisieren uns“: Vernetzungspraktiken

Sowohl ORMACHEA (2009, S. 15) als auch CASTAÑÓN BALLIVIÁN (2014, S. 15) zeigen in ihren Analysen, dass in Bolivien der Konsum traditioneller und aus kleinbäuerlicher Produktion stammender Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Mais, Hülsenfrüchte, tierische Fette und Lamafleisch abnimmt und zunehmend durch weiterverarbeitete, industrielle und teilweise importierte Grundnahrungsmittel ersetzt wird. Dazu gehören vor allem Reis, Nudeln, Brot, Hühner- und Rindfleisch, industriell gefertigter Zucker und pflanzliche Öle. Dieser Trend existiert in etwa seit den 1980er Jahren und ist auf Globalisierungseffekte, den Bedeutungsverlust der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, das Phänomen der Landflucht und damit einhergehende Urbanisierungsprozesse zurückzuführen (PZI 24, 17.05.2013; PZI 17, 31.05.2013).

Passend dazu berichtet eine Vertreterin der Nichtregierungsorganisation FOBOMADE, die sich für den Konsum von heimischen, ökologischen und kleinbäuerlich produzierten Produkten einsetzt, dass es trotz aktiver Kampagnen-, Kommunikations- und Bildungsarbeit bisher nicht gelungen sei, eine angemessene Wertschätzung und Akzeptanz dieser Produkte zu erzielen. Es handele sich dabei um ein kulturelles, durch die Globalisierung hervorgerufenen Phänomen, so dass die Mehrheit der Menschen in Bolivien *la comida chatarra*, also minderwertige Nahrung (wörtlich: „Schrott-Nahrung“) äßen. Es existiere lediglich ein sehr kleiner Kreis von Konsumentinnen und Konsumenten der städtischen

Mittel- und Oberschicht, der eine Art des „politischen Konsums“ (vgl. MICHELETTI et al. 2004) betreibe. Dabei sei, wie häufig vermutet wird, jedoch nicht unbedingt der Preis das entscheidende Ausschlusskriterium, da unverarbeitete und aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft stammende Produkte im Vergleich zu industriell verarbeiteten meist günstiger seien (PZI 25, 29.01.2015).

### **Wertschätzen, Bewusstmachen und Verkaufen**

Deutlich wird dieser Aspekt bzw. die Notwendigkeit des Bewusstmachens und Wertschätzens vor allem in der Gruppendiskussion mit den Repräsentantinnen der Kleinbäuerinnengewerkschaft „Bartolina Sisa“: Eine der Teilnehmerinnen beklagt in diesem Zusammenhang, dass es keine breite gesellschaftliche Anerkennung für ökologisch produzierte, gesunde und natürliche Nahrungsmittel gebe und dass es wichtig sei, diese Wertschätzung in gemeinsamen Versammlungen und Aktivitäten zu verbreiten und gesellschaftlich zu verankern, da es letztlich um die eigene Gesundheit gehe:

„Es ist so, dass man oft nicht das wertschätzt, was ökologisch und natürlich ist. Häufig bevorzugt man, sagen wir, das Einfache und das Schöne. Ich kann zum Beispiel in unserem Land eine Tomate natürlich anbauen, aber dann ist sie klein und auch ein bisschen sauer, denn sie ist natürlich. Aber die Leute würden sagen: ‚Diese Tomate ist sauer und klein und ich kaufe sie nicht, dann kaufe ich lieber jene Tomate die groß, glänzend und lecker ist.‘ Und daran arbeitet man jetzt. Daran, dies bewusst zu machen, denn damit fängt es an. Dass wir ein Wissen darüber haben und dass wir das wertschätzen, was das Unsere ist und was natürlich ist. Und es geht auch nicht darum, uns etwas vorzumachen, sondern uns selbst zu schützen. [...] Denn es geht [schließlich] um unsere Gesundheit.“ (GI 3a, 04.06.2013)

Auch in der weiteren Diskussion geht sie auf diesen Aspekt ein und weist darauf hin, dass diese mangelnde Wertschätzung sich ebenfalls im Preis widerspiegeln. Es existiere kaum eine Bereitschaft, ökologische Produkte zu kaufen, so dass sie teilweise sogar deutlich weniger als konventionell hergestellte Produkte kosteten. Aus diesem Grund gehe es darum, ein Bewusstsein für diese Nahrungsmittel zu schaffen. Sie habe jedoch die Hoffnung, dass dies erreicht werden könne, da es sich in anderen Ländern schließlich auch durchgesetzt habe:

„Manchmal kaufen wir nur, weil [...] es günstig ist. Und manchmal sind die transgenen Produkte so günstig, dass wirklich jede Person sie bekommen kann. So wie die Hähnchen, die du an jeder Ecke findest und dreizehn [Bolivianos] kosten. Aber die freilaufenden Hühner, die wachsen ein Jahr oder mehr. Und das Volk will sie für einen geschenkten Preis. Aber es dauert ein Jahr dieses Huhn großzuziehen. Das wertschätzen die nicht. Sie wollen einen Preis von 25 Bolivianos oder maximal 30. Aber ein industrielles Masthähnchen ist immer noch deutlich günstiger und deswegen kann man es nicht zu einem gerechten Preis verkaufen. Wenn man diese Hüh-

ner verkauft, sollten die bei kontrollierten Preisen mindestens 60 oder 70 [Bolivianos] kosten. Aber nein! Niemand will das. Daher ist es eine Frage des Wertes, das heißt, ihnen einen Wert zu geben. Denn es passt mir wirklich nicht, mich für ein Jahr zu opfern, damit mein Hühnchen wächst und es dann zu einem geschenkten Preis zu verkaufen, nicht wahr? Denn es ist so, dass... das Gesunde muss ja auch raus, aber genau dann muss es seinen Preis haben und seinen Wert und es muss auch verkauft werden. An diesen ganzen Sachen arbeitet man also. Das Thema ist sehr vielfältig und ich denke, dass wir sehr bald besser dastehen werden im Vergleich zu jenen Jahren, denn man arbeitet daran. Man wird bald Ergebnisse sehen können, denn in anderen Ländern wertschätzen sie seit einigen Jahren das, was es ist: Das Natürliche kostet mehr, nicht wahr? In Europa, in Korea, dort kosten die natürlichen und ökologischen Dinge mehr. Und hier? Hier sind sie günstiger und sie wollen sie nicht kaufen. Sie kaufen lieber ein Hähnchen, das es in der Stadt gibt. Es ist also ein gesellschaftliches Thema des Bewusstmachens. Doch leider sind auch wir uns manchmal nicht im Klaren darüber, was wir zu uns nehmen, was uns Schaden zufügt, nicht wahr? Man arbeitet also daran.“ (GI 3a, 04.06.2013)

Tatsächlich gibt es in Bolivien bislang nur wenige und lediglich regional begrenzte Möglichkeiten ökologische Produkte zu verkaufen. Sowohl in Padcaya als auch Achocalla gibt bzw. gab es Versuche (initiiert durch die AOPEB und unterstützt durch den CNAPE) regelmäßig stattfindende Biomärkte für eine Direktvermarktung zu betreiben (Abb. 13). In Achocalla wurde dieses Projekt allerdings aufgrund einer zu geringen Nachfrage und der fehlenden Unterstützung der kommunalen Regierung vor einiger Zeit eingestellt (PZI 10, 26.01.2015). In Padcaya hingegen wird der Biomarkt relativ gut angenommen, vor allem da er nicht direkt im *municipio*, d. h. an der Produktionsstätte angesiedelt ist, sondern, so berichtet eine der Initiatorinnen des Marktes, in der naheliegenden Stadt Tarija und so eine solventere und nicht selbst produzierende Kundschaft erreicht werden könne (PZI 26, 24.02.2015).

Darüber hinaus existieren einige wenige Beispiele, für direkte Lieferbeziehungen zwischen Gemüse- oder Obstproduzierenden (im ländlichen Raum) und vegetarischen Restaurants oder Kundinnen oder Kunden der Ober- und Mittelschicht (im städtischen Raum). Dabei handelt es sich allerdings um kein standardisiertes System, sondern um sehr enge Beziehungen zwischen Produzierenden und Konsumierenden, die auf gegenseitigem Vertrauen durch persönlich aufgebauten Kontakt beruhen. Exemplarisch steht dafür das folgende Zitat, eines ökologischen Produzenten aus Padcaya:

„In meinem Fall habe ich keine Probleme beim Verkauf. Sie suchen mich. Aber auf der Ebene der *asociación*, da ist es ein bisschen so, dass wir nicht alle auf dem gleichen Niveau sind, dass man sich nicht kennenlernt. Mich kennen sie aber. Ich arbeite schon mehr als zehn Jahre so. Sie kommen also, um mich auf meinem



Abb. 13: Biomarkt in Tarija mit Produzentinnen/Verkäuferinnen aus Padcaya  
Quelle: Eigene Aufnahme 2015, Achocalla

Grundstück zu treffen. Ich ernte einfach nur und bringe [die Produkte] raus dort über den Weg, der auch nicht sehr gut ist. [...] Sie kommen dann und holen sie ab zu einem höheren Preis im Vergleich zu den konventionellen. Mich und meine Produkte, meine Person, mich kennen sie. [...] Sie rufen an und sagen ‚José [geänderter Name], ich brauch so und so viel, zum Beispiel Gemüse, ich brauche so viel Mangold, Petersilie, *api* [ein Maisgetränk], das was du so hast, aber mach mir einen Preis.‘ Sie diskutieren dann nicht. Sie kaufen es.“ (NI 6, 25.02.2015)

Eine ökologische Produzentin in Achocalla berichtet hingegen, dass es generell schwierig sei, einen Markt für ihre Produkte zu finden. Sie habe zwar einige Kundinnen in der Stadt, die sie besonders in Zeiten geringer Erträge direkt versorge. Bei einem hohen Angebot während der Erntezeit bleibe ihr wegen der geringen Nachfrage jedoch nur die Möglichkeit, ihre Produkte zusammen mit den konventionellen Produkten anderer Produzierender an die Märkte der Umgebung zu verkaufen und dadurch, wie sie es ausdrückt, zu „verschleudern“:

[B.F.] „Und verkaufen sich die ökologischen Produkte besser? Gibt es eine Anerkennung für diese Produkte?“

„Diese Anerkennung bekommen wir nicht, sondern wir verkaufen sie zusammen mit den konventionellen Produkten. Wenn es sich [in der Erntezeit] füllt, dann verschleudern wir [sie]. Was sollen wir schon tun? [...] Wir haben unabhängig einen Markt gesucht, auf dem wir besser verkaufen können. [...] Mit den konventionellen

[Produkten] verkaufen wir sie zusammen. 45 Tage braucht der Salat. Es ist also eine schnelle Ernte und dann muss man das zusammen mit den konventionellen Produkten wegbringen und verkaufen.“

[B.F.]: „Und Sie haben keine eigene Vermarktungsmöglichkeit, um das zu verhindern?“

„Ja, ich bringe... ich habe meine Häuschen in Calacoto [wohlhabender Stadtteil in La Paz] dort bringe ich sie hin. Wenn ich nicht viel habe, dann verkaufe ich sie dort. Ich bringe mehr und mehr dorthin. Aber wenn ich viel habe, dann muss ich sie zusammen mit den Konventionellen wegbringen. So ist es halt.“ (NI 4, 02.02.2015)

Rein ökonomisch betrachtet ergeben sich durch ökologische Produktionsweisen also kaum Vorteile. Kurzfristig betrachtet überwiegen eher die Nachteile: Der Arbeitsaufwand ist generell höher und eine Nachfrage, die diesen Mehraufwand durch einen höheren Preis rechtfertigen würde, fehlt weitgehend. Durch die Vermischung mit konventionellen Produkten werden ökologische Produkte beim Markteintritt unkenntlich gemacht oder deutlich schlechter verkauft, da sie oftmals nicht vergleichbare Ausmaße oder eine vergleichbare Erscheinung haben. Allerdings besteht, wie im Folgenden deutlich wird, durchaus die Absicht, dies zu ändern und ein formalisiertes Zertifizierungssystem für die Direktvermarktung von ökologischen Produkten und zur Abgrenzung von konventionellen Produkten zu entwickeln.

### **Zertifizieren und Reglementieren**

Auf Initiative des Dachverbandes der ökologisch Produzierenden, der AOPEB, und des staatlichen Nationalen Rates für Ökologische Produktion, der CNAPE, wird in einigen *municipios* versucht, u. a. in Achocalla und Padcaya, das Zertifizierungssystem *sistema participativo de garantía* (SPG) zu implementieren. Der Direktor des CNAPE, Ricardo Torres Waya, beschreibt das Programm als:

„[...] eine Form der Zertifizierung zwischen den *comunidades* um die ökologische Produktion zu garantieren. Dieses System erlaubt es, den Produzenten, die ökologisch produzieren, eine Anerkennung zu gewähren. In Bolivien haben wir nun also dieses neue Regelwerk, mit dem es jetzt für etwa 4000 Produzenten möglich wird, diese Anerkennung als ökologische Produzenten bzw. die sich im Übergang zur ökologischen Produktion befinden, zu erhalten. Damit soll es auch ein Siegel für ökologische Produktion geben, das die Wiedererkennung für diese dann etikettierten und verpackten Produkte ermöglicht, die dann so auf die Märkte gelangen und von den Konsumenten erkannt werden können. Dieses *sistema participativo de garantía* hat eine Besonderheit: Es wird von den Produzenten aus verschiedenen *comunidades* und *municipios* selbst gebildet.“ (PZI 13, 19.06.2013)

Beim SPG handelt es sich also um ein Instrument, das mit dem Ziel installiert wird, ökologische Produkte mit einem Siegel, dem *sello ecológico*, zu versehen, um sie besser vermarkten und sie von anderen Produkten unterscheidbar machen zu können. Dabei sollen die dafür erforderlichen Kontrollen durch die Produzierenden selbst erfolgen. Auch die notwendigen sozialen und ökologischen Kriterien sollen durch die Produzentinnen und Produzenten in Zusammenarbeit mit der AOPEB und dem CNAPE (s.o.) erarbeitet werden (PZI 14, 26.01.2015). Bemerkenswert ist, dass damit eine Art selbstbestimmtes Peer-Review-Verfahren zwischen ebenbürtigen und gleichberechtigten Produzierenden geschaffen wird, d.h. ein Mechanismus, mit dem die Befolgung selbstaufgelegter Regeln garantiert und mit einem Gütesiegel honoriert werden soll.

In Achocalla ist dieses System derzeit im Aufbau und stellt ein Gemeinschaftsprojekt von ökologisch Produzierenden und Bewohnerinnen bzw. Bewohnern des *municipios* sowie Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Regierung, der AOPEB und des CNAPE dar. Die Vernetzung erfolgt im Wesentlichen durch ein ökologisches Komitee, dem Comité Municipal de Producción Ecológica (CMUPE), das für die allgemeine Koordination, für die Zertifizierung und die Vermarktung der Produkte, für die Einstellung von Sachverständigen sowie für die Finanzierung des Projektes verantwortlich ist. Regelmäßig werden zu diesem Zweck Versammlungen und Workshops durchgeführt, mit denen neue ökologisch Produzierende und potenzielle *evaluadores* bzw. *evaluadoras* für die Kontrolle und die Zertifizierung gewonnen werden sollen. Die Hauptinitiative geht dabei jedoch nicht von der Regierung des *municipios* aus, sondern im Wesentlichen von einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern der Region, die sich in einem Forum für den ökologischen Anbau, der sogenannten Plataforma Achocalla, vernetzt haben.

Es ergibt sich für mich die Möglichkeit, an einer dieser Veranstaltungen teilzunehmen: Etwa zwanzig Produzentinnen und Produzenten sind zugegen, von denen einige bereits ökologisch produzieren, andere befinden sich in einem Übergangsstadium und wiederum andere scheinen sich dafür zu interessieren. Gemessen an der Gesamtzahl der Produzierenden im *municipio* handelt es sich sicherlich um eine recht überschaubare Zahl aber dennoch wird im Laufe der Diskussion immer deutlicher, dass tatsächlich eine gewisse Dynamik vorhanden ist, die ich aufgrund der kritischen und einseitigen Grundstimmung in einigen der vorausgegangenen Gespräche (z. B.: „Die Produzenten produzieren für das Geld und sonst für nichts – Los productores van a producir por la plata y no por otra cosa“ – PZI 4, 25.04.2013) nicht erwartet hatte. Mitglieder der Plataforma Achocalla ergreifen das Wort und erklären, warum die ökologische Produktion besser sei als die konventionelle, wie genau die Zertifizierung abläuft und welchen Nutzen sie bringe. In der anschließenden Diskussion wird erörtert, welche Kriterien es zu berücksichtigen gelte und ob diese Kriterien überhaupt sinnvoll seien oder überarbeitet werden sollten. Einer der Initiatoren der Versammlung weist außerdem – nicht ohne Stolz – darauf hin, dass in einer *paceñischen* Tageszeitung ein Artikel zu der ökologischen Bewegung des *municipios*

erschienen ist und die Initiative scheinbar auch überregional auf Aufmerksamkeit stoße (BKI 1, 11.02.2015; Abb. 14).

In Padcaya ist die Implementierung des Zertifizierungssystems SPG ähnlich weit fortgeschritten und ich kann an einer vergleichbaren, etwas größeren und besser besuchten Veranstaltung teilnehmen (Abb. 15). Im Unterschied zu den Entwicklungen in Achocalla scheint die Hauptinitiative vor allem vom Bürgermeister des *municipios* auszugehen, der – wie mir gesagt wird – in hohem Maße vom ökologischen Gedanken überzeugt sei (PZI 26, 24.02.2015). Dieses Treffen hat einen insgesamt sehr interaktiven Charakter. Nach einem allgemeinen Informationsaustausch (mit ähnlichen Inhalten wie in Achocalla), der vor allem von Sachverständigen des *municipios* erfolgt, werden die etwa 40 Teilnehmenden in Arbeitsgruppen aufgeteilt, innerhalb der über Vermarktungsmöglichkeiten, einzelne Produktionsschritte, die Kriterien der Zertifizierung und eventuell notwendige Überarbeitungen diskutiert wird (BKI 2, 25.02.2015).



Abb. 14: Vertreter der Plataforma Achocalla auf einer Versammlung zum SPG  
Quelle: Eigene Aufnahme 2015, Achocalla

Während dieser Veranstaltungen ergibt sich für mich die Möglichkeit, mehrere Produzierende zu ihrer Motivation, hier anwesend und aktiv zu sein, zu befragen: Sie erzählen, dass ökologischer Anbau einfach gut sei, wegen der Gesundheit, dass die Verwendung von Chemikalien Krankheiten verursache, den Boden ruiniere und dass man sich allgemein besser fühle, wenn man ökologisch produziert. Sie bemängeln jedoch, dass ihre Produkte auf dem Markt keine Wertschätzung erführen und dass sie zusammen mit den konventionellen Produkten verkauft würden. Aber dies werde sich mit dem *sello ecológico* sicherlich bald ändern. Schließlich habe es in anderen Ländern, wie man höre, ja auch geklappt. Außerdem berichten sie, wie wichtig es sei, ökologische Produktion ernst zu nehmen, sie konsequent zu betreiben und nicht nur darüber zu reden. Man müsse den Gedanken verbreiten, mit anderen Produzierenden kommunizieren und auch anprangern, wenn jemand versuchen sollte zu betrügen. So berichtet einer der Produzenten voller Empörung, dass es viele *compañeros* gebe, die zwar Chemikalien verwendeten aber gleichzeitig behaupten würden, ökologisch zu arbeiten. Entweder, so behauptet er, sei man ein *ecológico* oder ein *quimiquero* (sinngemäß: konventionelle/r Produzentin bzw. Produzent), aber dazwischen gebe es nichts. Man müsse es diesen



Abb. 15: Veranstaltung zu ökologischer Produktion in Padcaya  
Quelle: Eigene Aufnahme 2015, Padcaya

Leuten entweder beibringen oder sie zur Rechenschaft ziehen (BKI 1, 11.02.2015; BKI 2, 25.02.2015).

### **Vermarkten, Zusammenschließen und Informieren**

Sehr ähnliche Vernetzungspraktiken sind die Gründung von Kooperativen und das Zusammenschließen in Produzierendenverbände. Diese Mechanismen sind in Bolivien seit langem sehr verbreitet (PZI 27, 11.06.2013). Wie es ORMACHEA (2009) und CASTAÑÓN BALLIVIÁN (2014) beschreiben, bestehe dabei die Tendenz, dass viele der *asociaciones de productores* oder *cooperativas agropecuarias campesinas* sich häufig auf ein bestimmtes Produkt konzentrierten und versuchten, es möglichst ohne Zwischenhandel selbst zu vermarkten. Damit könne die Lieferkette besser kontrolliert werden, um z. B. ökologische Produkte gezielter (zumeist im Ausland) zu bewerben.

So ist auch der MST-B dazu übergegangen, nicht nur für die Umverteilung von Land durch Besetzungen zu kämpfen, sondern auch die Vermarktung und die Weiterverarbeitung der ökologischen Produkte aus ihren *comunidades agroecológicas* selbst zu übernehmen. Silvestre Saisari, Repräsentant des MST-B, berichtet über eine entsprechende Initiative:

„Die CONUESI ist eine nationale Kooperative, die die regionalen Kooperativen verbindet. Unsere *asentamientos* sind in unterschiedlichen Gebieten, Provinzen oder *departamentos*. [...] In einer Provinz haben wir z. B. drei *asentamientos* und

diese drei bilden diesen wirtschaftlich-produktiven Zweig, der sich regionale Kooperative nennt. Und diese regionale Kooperative ist mit der nationalen Kooperative verknüpft und das ist die CONUESI. Und die beauftragt uns vor allem im Bereich der produktiven Entwicklung. [...] Wir arbeiten also daran, selbst die Infrastruktur für den *acopio*<sup>6</sup>, für die Weiterverarbeitung und die Vermarktung aufzubauen, was eine fundamentale Notwendigkeit für die Produzenten der *asentamientos* ist. Denn gegenwärtig gelangt der Überschuss der Produktion in die Hände der Zwischenhändler und auch in die Produktionskette der Agroindustrie. Und in Anbetracht dieser Situation glaube ich, dass dieser wirtschaftliche Zweig des MST all dieses erledigen wird, was gegenwärtig die Zwischenhändler abdecken. Der *acopio*, die Vermarktung und auch die Weiterverarbeitung. Wir arbeiten also daran, dass die *asentamientos* die Fähigkeit erlangen, [ihre Produkte] selber zu lagern, weiterzuverarbeiten und zu vermarkten.“ (PZI 21, 07.06.2013)

Deutlich wird dabei, wie sehr der MST-B auf die horizontale Vernetzung zwischen seinen Mitgliedern und Gemeinden angewiesen ist. Allerdings gilt dies nicht nur für die nationale Ebene, sondern auch für die Vernetzung zwischen den Landlosenbewegungen anderer Länder Südamerikas. Wie ein Mitarbeiter der eng mit dem MST-B zusammenarbeitenden Nichtregierungsorganisation AVSF berichtet, existierten beispielsweise Verhandlungen, feste Lieferbeziehungen zwischen dem MST in Bolivien und dem MST in Brasilien zu etablieren. So sollen aus eigener Kraft selbstbestimmte Vermarktungsmöglichkeiten und angemessene Preise für die Produkte aus den *comunidades* der jeweiligen Landlosenbewegungen geschaffen werden (PZI 24, 17.05.2013). Dieser Austausch ist wiederum fest in ein internationales oder kontinentales Geflecht von Verbänden und unterschiedlichen Organisationen Kleinproduzierender eingebunden, die durch die Lateinamerikavertretung von La Vía Campesina (CLOC) repräsentiert werden. Durch diese Mechanismen schließen sich wiederum auch innerhalb Boliviens verschiedene bäuerliche Organisationen zu einer nationalen Vertretung von La Vía Campesina und damit zu einer politischen Allianz zusammen. Silvestre Saisari formuliert dies wie folgt:

„Der MST ist eine Organisation, die nicht einfach nur auf nationaler Ebene existiert, sondern auch auf internationaler. Der MST ist als fundamentale Basis ein Teil von La Vía Campesina, die CLOC Andina und La Vía Campesina Bolivia, die verschiedene Bauernorganisationen verknüpft. Die Confederación Sindical de Campesinos [CSUTCB], die Confederación de Comunidades Interculturales [CSCIOB], die Confederación „Bartolina Sisa“ [CNMCIOB-BS] und der MST verbinden sich zu dem, was sich La Vía Campesina Bolivia nennt. Das sind nun unsere Räume und unsere Allianzen. [...] Unser erster internationaler Verbündeter ist der MST Brasilien. Danach kommt der aus Paraguay, der aus Guatemala und noch weitere unterschiedliche Organisationen. Wir haben also viele Beziehungen auch auf internationaler Ebene.“ (PZI 21, 07.06.2013)

<sup>6</sup> Centros de acopio sind genossenschaftliche Lager- und Sammelzentren für die Produkte aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft.



Abb. 16: Informationstafel in den Räumen der Gewerkschaft Bartolina Sisa  
Quelle: Eigene Aufnahme 2015, La Paz

Bei der horizontalen Vernetzung zwischen den Produzierenden handelt es sich also nicht um einen rein technischen Informationsaustausch, sondern vielmehr um einen Teil der von vielen Autoren beschriebenen agrarökologischen Bewegung (Kap. 2.5). Auch in den jeweiligen Vertretungen der Bauernorganisationen lassen sich dafür Hinweise finden: Häufig sind dort Informationstafeln mit Zeitungsartikeln und anderen Berichten z. B. über die weltweite Verwendung von transgenen Organismen und Agrochemikalien sowie über die Entstehung von La Via Campesina zu finden (Abb. 16). Durch das Sammeln dieser Berichte, das Ausschneiden, das inhaltliche Ordnen, das Zusammensetzen und Aufkleben bzw. das materielle Arrangieren in einer Collage wird dieser spezielle Ort (zumeist der Flur oder Eingangsbereich des Gebäudes einer Vertretung von Kleinproduzierenden) zu einem eigenen *event space* kontextualisiert, der sich durch das Charakteristikum auszeichnet, weit entfernte aber inhaltlich nahe Orte und Kontexte miteinander zu verbinden (Kap. 4.3.2 und 5.3.2).

### Mobilisieren und Überzeugen

Auch wenn den vielfältigen Praktiken des Vernetzens und Kommunizierens eine gewisse Eigendynamik innewohnt, lassen sie sich nicht als automatisch ablaufende Prozesse bezeichnen. Sie sind in der Regel mit diversen Schwierigkeiten verbunden (z. B. Alphabetismus, infrastrukturelle Hindernisse und finanzielle Hürden) und daher in hohem Maße auf die Initiative einzelner Produzierender angewiesen, die somit die Funktion von

Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren einnehmen (PZI 20, 30.01.2015; Abb. 14 und Abb. 17). In Achocalla werden mir diese Schwierigkeiten in einem Gespräch mit einer ökologischen Produzentin, die diese Aufgabe, z. B. mit dem Betreiben eines regionalen Radiosenders (Radio Achocalla), übernommen hat, verdeutlicht:

„Es ist sehr schwierig, all diese *hermanas* zu erreichen. Sagen wir, hier ist eine *comunidad*, da ist eine andere. Über die Organisation [der Produzierendenverband AFLOPHA] haben wir uns jetzt formiert [...]. Aus jeder *comunidad* kommt nun ein Vertreter. Nicht nur eine *comunidad*, wir machen das wie ein Netz [...]. Und diese Organisation hat das Wissen über die ökologische Produktionsweise. Und deswegen muss die Person, die dann dieses Wissen erhält, es in ihre jeweilige *comunidad* mitnehmen und es weitergeben. [...] Und ich bin zu den *hermanas* gegangen und hab ihnen angeboten: ‚Schaut mal, *hermanas*, wir organisieren uns, mit einem Projekt wollen wir etwas erreichen. ‚Ja‘, sagen sie. Aber sie haben nicht dieses Interesse wie jemand, der diese tiefe Verbindung zu unserer Erde hat, zu unserer *pachamama*. Für mich selbst ist es nicht wichtig, dass ich immer in großen Mengen produziere. Mir ist die Menge nicht wichtig, mich interessiert nur die Qualität. [...] Und das sage ich dann den *hermanas*. Auch bei der Produktion sage ich ihnen: ‚Schaut mal, *hermanas*, wir machen das nicht für den Ertrag.‘ ‚Ja‘, sagen sie. ‚Wir machen das für die Sache an sich.‘ Verdammt nein! ‚Nur Monokulturen‘ sagen sie [in Wirklichkeit]. Na gut. Aber verdammt nochmal, sie erschöpfen die Erde! [...] Es gibt also viele Sachen, die sie übernehmen sollten, es gab Gespräche. Aber sie haben fast kein Interesse. Hier in Achocalla da haben sie es [das Interesse] langsam. Aber die Menschen wollen immer zuerst Geld. Denn alle *hermanas* gehen nach El Alto um [ihre Produkte] dort auf dem Markt zu verkaufen. Das Geld interessiert sie, aber das Wissen über den Anbau und die Produktion, das interessiert sie nicht. [...] Aber jetzt fangen sie ein wenig damit an, Hand an das Offensichtliche zu legen. Und das muss man ihnen auch sagen, mit Workshops und Erklärungen: ‚Schau mal, du weißt, wie man uns mit diesen Produkten, die ohne Chemikalien hergestellt sind, ernährt.‘ Heutzutage werden die Menschen schnell alt und krank, so viele Sachen, so erscheint es. So sind also die meisten hier in Achocalla, aber sie sind aufgeklärt. Als ein Medium [gemeint ist das Radio Achocalla], spreche ich auch jeden Morgen darüber. Sie fragen dann auch, ob das die Wahrheit ist: ‚Wie können wir uns vorbereiten? Wir arbeiten und verwirklichen es.‘ ‚Ja‘, sagen sie. Aber sie wollen keine Zeit verlieren. Das ist schlecht.“ (NI 3, 30.01.2015)

Offensichtlich müssen die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dieser Bewegung sehr intensiv daran arbeiten, andere Produzierende von ihren Idealen zu überzeugen. Wie aus dem obigen Zitat hervorgeht, sind die Resultate häufig nur mäßig und mit diversen Schwierigkeiten verbunden. Dennoch kann die Forderung nach Ernährungssouveränität nur auf diese Weise den Charakter einer politischen Bewegung erhalten: Tagtäglich wer-



Abb. 17: Multiplikatorinnen der agrarökologischen Bewegung im Rahmen einer Versammlung in Achocalla

Quelle: Eigene Aufnahme 2015, Achocalla

den durch diese Initiativen verschiedene Menschen, Orte, Praktiken und Dinge miteinander verbunden, für kurze Momente aus ihrem gewohnten Kontext „entführt“, so dass bestimmte Formen der landwirtschaftlichen Produktion, des Konsums oder der Vermarktung von Lebensmitteln rekontextualisiert, d. h. in kleinen Schritten anders oder leicht verändert ausgeführt werden. Meistens läuft diese Vernetzung eher im Verborgenen und zwischen wenigen Beteiligten ab. Im Rahmen von *event spaces* – z. B. einer öffentlichen Versammlung oder einer Marktsituation – überschneiden und verbinden sich jedoch eine deutlich höhere Anzahl dieser Praktiken, so dass eine sehr hohe kontextuelle Dichte erzeugt werden kann. Im folgenden Abschnitt wird dieser Aspekt anhand von Beobachtungen, die ich im Rahmen des ersten Feldaufenthaltes auf einer Messe für ökologische Produkte anstellen konnte, deutlich.

### 5.2.6 *La vi(d)a campesina*: Praktiken des Inszenierens von Bäuerlichkeit

Die BioBolivia ist eine Messe für ökologisch hergestellte Produkte, die seit 2001 jährlich im Zentrum von La Paz auf Initiative des CNAPE und einiger NROs (AOPEB, AVSF, VSF) ausgerichtet wird. Neben den Initiatorinnen und Initiatoren der Messe sind bei meinem Besuch im Jahr 2013 vor allem Produzierende aus den unterschiedlichen *municipios ecológicos* sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten der wichtigsten kleinbäuerlichen Organisationen des Landes mit Messeständen vertreten. Nach einigen Kurzinterviews mit diversen Produzierenden sehe ich mir den Messestand der CONAMAQ, deren Mitglieder – sauberlich beschriftet – die hohe genetische Vielfalt der heimischen Kartoffel-



Abb. 18: Messestand der CONAMAQ auf der BioBolivia  
Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz

felsorten präsentieren, genauer an: Eine Fotocollage zeigt kleinbäuerliche Produzierende des Altiplano bei der Feldarbeit. Sichtlich stolz präsentieren sie ihre frisch geernteten Karotten. Auch andere Situationen sind auf den Bildern zu erkennen: So wird nicht nur Feldarbeit dargestellt; man sieht auch, wie die Bewohnerinnen und Bewohner der *comunidad* in einem Seminarraum diskutieren und traditionelle Feste feiern (BKI 3, 09.06.2013; Abb. 18 und Abb. 19).

Hier geht es offenbar weniger darum, die eigenen Produkte zu bewerben oder besser zu vermarkten. Im Mittelpunkt der Collage steht vielmehr das Streben nach einer gesellschaftlichen Anerkennung für ihre identitätsstiftende Art und Weise zu leben und zu produzieren. An diesem Ort, im Zentrum von La Paz, werden der Öffentlichkeit die normalerweise im Verborgenen bzw. in der ländlichen Peripherie ausgeübten Praktiken der landwirtschaftlichen Produktion präsentiert und entsprechend inszeniert. Durch die materiellen Arrangements des Messestandes und der Fotocollage werden auf diese Weise die spezifischen Orte der Produktion (es handelt sich um einzelne *comunidades* in der *provincia* San Pedro de Totora im Altiplano) und unterschiedliche Praktiken (das Produzieren, das Fotografieren, das Arrangieren und das Präsentieren) miteinander verbunden und in die Öffentlichkeit „getragen“, so dass ein eigener *event space* der Ernährungssouveränität hergestellt wird.

Noch eine weitere Beobachtung an diesem Tag ist es wert, beschrieben zu werden: Auch die Landlosenbewegung MST-B ist mit einem Stand auf der BioBolivia vertreten. Sie bieten ebenfalls verschiedene landwirtschaftliche Produkte aus ihren *comunidades agro-*

*ecológicas* aber auch Merchandise-Artikel (v.a. T-Shirts) zum Verkauf an. Die anwesenden Mitglieder des MST-B scheinen die Messe aber nicht nur als Ausstellungs- oder Verkaufsort zu nutzen, sondern auch als eine Art „Bühne“, um ihr 13-jähriges Bestehen zu feiern. Sie stellen sich zu Gruppenfotos auf, sie musizieren, feiern und arrangieren aus diversen landwirtschaftlichen Produkten einen malerischen Schriftzug anlässlich ihres



Abb. 19: Fotocollage zur Präsentation agrarökologischen Anbaus auf der BioBolivia  
Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz



Abb. 20: Jubiläumsfeier des MST-B auf der BioBolivia  
Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz



Abb. 21: Schriftzug des MST-B auf der BioBolivia  
Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz

Jubiläums (Abb. 20 und Abb. 21). Sie präsentieren sich insgesamt nicht als die kämpferische Bewegung von Landbesetzerinnen und Landbesetzern wie sie häufig in Bolivien, z. B. in Medienberichten, beschrieben werden. Vielmehr zeigen sie sich als eine offene und vor allem selbstbewusste Organisation von kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten (BKI 3, 09.06.2013).

Zunächst denke ich nicht weiter über dieses Zelebrieren und Inszenieren der eigenen Gruppenidentität nach – schließlich handelt es sich um eine Praktik, die bei fast jeder Organisation oder jedem beliebigen Unternehmen üblich ist. Allerdings unterscheidet sich diese Szene darin, dass sie ganz offensichtlich in der Öffentlichkeit stattfindet und sich gezielt an die selbige richtet: Der MST-B feiert sein 13-jähriges Bestehen nicht privat und abgeschlossen z. B. in der größten *comunidad agroecológica*, Tierra Prometida im *departamento* Santa Cruz, sondern mitten im Zentrum von La Paz. Die Mitglieder des MST-B wollen sich mit ihrer bäuerlichen Identität präsentieren und richten gleichzeitig eine unausgesprochene aber keineswegs verdeckte Nachricht an die anderen auf der Bio-Bolivia anwesenden Organisationen und Produzierenden sowie an die Bevölkerung von La Paz: „Wir sind der MST-B. Wir produzieren ökologisch, sind friedlich haben einen starken Gemeinschaftssinn und uns gibt es seit 13 Jahren“. Sie stellen damit ihre Praktiken in einen speziellen Kontext und stellen durch ihr Anliegen einen eigenen politischen *site* her, der sich maßgeblich durch den Aspekt der Öffentlichkeit sowie durch die sich dort abspielenden Praktiken konstituiert (Kap. 3.3.4 und 3.4.2).

### 5.2.7 Zusammenfassung und praktikentheoretische Interpretation

Um zeigen zu können, aus welchen sozialen Praktiken ein spezifisches soziales Phänomen gebildet wird, bietet es sich zunächst an, die empirisch beobachtbaren und hierarchisch angeordneten Aktionskomponenten (*projects, tasks, basic actions*) darzustellen. Darauf aufbauend wird es möglich, genauer in diese Praktiken „hineinzusehen“ und nach den Organisationskomponenten zu fragen (Kap. 3.3.2); das bedeutet festzuhalten, wie genau diese Praktiken ausgeführt werden, was ihnen in ihrer Ausführung Orientierung und Halt gibt und mit welchem Sinn und mit welcher Motivation sie ausgeführt werden.

#### Die Aktionskomponenten

Die traditionell-ökologische Landwirtschaft lässt sich im Sinne Schatzkis Theorie sozialer Praktiken als ein facettenreiches Projekt (*project*) interpretieren, das immer in einem spezifischen, zielgerichteten sozialen Kontext steht, nämlich dem der selbstbestimmten Produktion, des Konsums und der Verteilung von Lebensmitteln. Das heißt, dass es sich immer um integrative Praktiken handelt, die durch die folgenden untergeordneten Aufgaben (*tasks*) charakterisiert sind:

- durch das argumentative und materielle sich Einhegen und Abgrenzen von fremden Einflüssen z. B. in Form des Ausweisens agrarökologischer oder ernährungssouveräner Territorien,

- durch das ökologische Produzieren z.B. durch den Verzicht auf Agrochemikalien, die Herstellung des eigenen Saatgutes sowie eigener Schädlingsbekämpfungs- und Düngemittel,
- durch das Umstellen von konventioneller auf ökologische Produktion in Form des Wiederentdeckens, Zurückbesinnens und des Erlernens,
- durch das Lagern und das vermehrte Konsumieren der selbst- und ökologisch produzierten Produkte,
- durch das Vernetzen zwischen Produzierenden, durch das Zusammenschließen in Verbänden, Kooperativen oder anderen Vertretungen sowie durch das gemeinsame Zertifizieren und Vermarkten von ökologisch hergestellten Produkten und durch einen allgemeinen Informationsaustausch sowie
- durch das Inszenieren und Präsentieren einer bäuerlichen Lebensweise und Identität.

Wie in diesem Kapitel deutlich wurde, lassen sich diese Praktiken analytisch zwar in dem Sinne isolieren, dass der Fokus der Betrachtung immer wieder verschoben wird. Allerdings sind sie in der Realität kausal d. h. in Bezug auf ihre soziale Sinnhaftigkeit eng miteinander verwoben: Die Herstellung ökologischer Produkte würde beispielsweise ohne den Konsum oder den Verkauf derselben keinen Sinn ergeben. Rein theoretisch wäre dies zwar möglich, jedoch würde es gesellschaftlich nicht nachvollziehbar sein. In solch einem Fall würde eine für soziale Praktiken konstitutive, praktische Verständlichkeit (*practical intelligibility*) fehlen (SCHATZKI 2002, S. 74f.). Auch das beschriebene Einhegen und Abgrenzen ist nur nachzuvollziehen, wenn sich die Praktik des Produzierens tatsächlich von denen der benachbarten Produzentinnen und Produzenten unterscheidet; es sei denn, es würde mit einer ganz anderen Zielsetzung ausgeführt werden, z. B. um privates Grundeigentum zu kennzeichnen oder sich vor Einbrüchen zu schützen. Gleichmaßen sind die beschriebenen Praktiken des Kommunizierens, des sich Vernetzens, des sich Präsentierens und des Zertifizierens der Produkte immer mit der Vermarktung und der Produktion verbunden. Würden die Produzierenden ausschließlich subsistent leben und nur für den Eigenbedarf produzieren, müssten sie sich nicht vernetzen und zusammenschließen. Dies würde jedoch nicht gelten, wenn eine andere soziale Zielsetzung wie z. B. nachbarschaftliche Hilfe oder das Pflegen von sozialen Beziehungen existieren würde.

Wie deutlich geworden ist, werden die einzelnen Aufgaben durch untergeordnete, empirisch erfassbare und konkrete Formen des Tuns und Sagens (*basic actions*) gebildet, die ebenfalls nur in ihrer Kombination Sinn ergeben. In Bezug auf ihre räumliche Wirkung sind diese Praktiken jedoch nicht homogen. Sie werden zwar gleichzeitig und in gewisser Weise „nebeneinander“ ausgeführt, bei einem genaueren Blick lassen sich jedoch unterschiedliche räumliche Logiken bzw. topologische Charakteristika herausarbeiten. Dabei geht es um die Frage, inwiefern es sich einerseits um „verbindende Praktiken“ handelt,

Tab. 5: Aktionskomponenten und topologische Charakteristika des „Projektes“ der traditionell-ökologischen Landwirtschaft

Aufgaben	Tun und Sagen	Topologische Charakteristika
Praktiken des „sich Einhegens“/ Abgrenzens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>othering</i>/Fremd- und Selbstzuschreibung</li> <li>• Ziehen und Errichten materieller Grenzen</li> <li>• Deklarieren von ernährungssouveränen Territorien</li> <li>• Landnahmen/-besetzungen</li> </ul>	abgrenzend
Praktiken des Produzierens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verwenden eigener Düngemittel</li> <li>• nicht-maschinelles Pflügen</li> <li>• Produzieren, Lagern und Verwenden des selbstproduzierten Saatgutes</li> <li>• Aufbewahren und Tauschen des selbstproduzierten Saatgutes innerhalb einer comunidad</li> <li>• Praktizieren traditioneller, religiös-politischer Sitten und Gebräuche</li> </ul>	abgrenzend, bedingt verbindend
Praktiken des Umstellens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umstellen und Wiederbeleben</li> <li>• ökologische Methoden ausprobieren</li> <li>• Mythologisieren</li> <li>• von- / miteinander lernen</li> <li>• externe Unterstützung annehmen</li> </ul>	verbindend
Praktiken des Konsumierens und Lagerns	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bewusstes Konsumieren der eigenen, selbstproduzierten und/oder ökologischen Produkte</li> <li>• für den Eigenbedarf produzieren</li> <li>• Lagern der selbstproduzierten Produkte</li> </ul>	abgrenzend
Vernetzungspraktiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Direktvermarktung z.B. durch Biomärkte oder persönliche Verbindungen zwischen Produzentinnen und Konsumentinnen</li> <li>• Bewusstmachen und Wertschätzen</li> <li>• Zertifizieren von ökologischen Produkten</li> <li>• eigene Regeln für die Zertifizierung entwickeln</li> <li>• Gründen von und sich Anschließen an Verbände, Kooperativen und Gewerkschaften</li> <li>• Workshops/Versammlungen organisieren</li> <li>• Arrangieren von Informationstafeln</li> <li>• über ökologischen Anbau oder Vermarktungsmethoden reden,</li> <li>• Informieren, Mobilisieren und Überzeugen</li> </ul>	verbindend
Praktiken des Inszenierens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arrangieren und Inszenieren von Produkten und Personen auf Messen und Märkten</li> <li>• Musizieren, Feiern, Zelebrieren</li> </ul>	verbindend

Quelle: Eigener Entwurf

die andere und möglicherweise weit entfernte Orte und Praktiken zusammenführen und damit eine größere räumliche Reichweite erzielen; oder inwiefern es sich andererseits um

„abgrenzende Praktiken“ handelt. Letztere können zwar ebenfalls einzelne Praktiken miteinander zusammensetzen und werden nicht vollständig isoliert ausgeübt; sie weisen aber eine eher begrenzte räumliche Reichweite auf. In Kapitel 5.3.2 werde ich für die Beantwortung der Forschungsfrage (b), mit der die „Gerechtigkeitstopologien“ der Forderung nach Ernährungssouveränität in den Blick genommen werden sollen, auf diese Charakteristika zurückkommen.

In der nebenstehenden Tabelle 5 lassen sich die Aufgaben (*tasks*), die untergeordneten Formen des Tuns und Sagens (*basic actions*) sowie die topologischen Charakteristika dieser Praktiken nachvollziehen.

### Die Organisationskomponenten

Doch was genau hält nun diese Vielfalt an Praktiken der traditionell-ökologischen Landwirtschaft zusammen? Welche Komponenten organisieren und steuern sie? Und welche weiteren gemeinsamen Charakteristika lassen sich herausarbeiten, die diesem Projekt seinen spezifischen, politischen Gehalt verleihen?

#### (1) Praktische Verständnisse (Wissen wie etwas gemacht wird):

Die praktischen Verständnisse organisieren das Projekt einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft insofern, als dass die Ausübung dieser Praktiken nur mit dem Vorhandensein eines den Praktiken innewohnenden, spezifischen und zumeist tradierten Wissens möglich ist (vgl. BERKES 1999; Kap. 2.5 und 5.2.2). Dies beinhaltet, z. B. das Wissen, wann gesät und geerntet wird, wie eigene Düngemittel und eigene Schädlingsbekämpfungsmittel hergestellt werden, welche Produkte auf welchem Boden, mit welcher Zufuhr von Wasser, Sonnenlicht und Düngemittel angebaut werden können, welches Rotationsystem bei der Bewirtschaftung am effektivsten ist, etc. Beim Konsum dieser in der Regel unverarbeiteten Produkte muss weiterhin das praktische Verständnis darüber vorhanden sein, welche Gerichte in welcher Form zubereitet werden können und wie sie für einen längeren Zeitraum haltbar gemacht werden können. Besondere Beispiele dafür sind *chuño*, eine in traditioneller Art und Weise gefriergetrocknete Kartoffel aus dem Altiplano oder das Trockenfleisch *charqui*. Aber auch für die Herstellung der wenigen weiterverarbeiteten (ökologischen) Produkte wie Fertigsuppen, Käse oder Müsliriegel ist ein sehr spezifisches Wissen vonnöten.

Bei der Vermarktung, der Zertifizierung und der Vernetzung zwischen den Produzierenden ist ein anderes Wissen erforderlich: z. B. welche Produkte bestmöglich an wen verkauft werden, wie der Zertifizierungsprozess technisch abläuft, welche Kriterien zu beachten sind und wie man sich mit anderen Produzierenden möglichst effektiv vernetzt, z. B. über Verbände, Versammlungen, Gewerkschaften oder Kooperativen. Darüber hinaus muss das praktische Verständnis darüber, wie ökologischer Anbau stattfinden sollte, für andere Teilnehmenden dieser Praktik bzw. für diejenigen, die sie in Hinblick auf ein

Gütesiegel kontrollieren, nachvollziehbar sein. Andernfalls wäre es nicht möglich, die ökologische Produktion tatsächlich als eine spezifische soziale Praktik anzuerkennen, sie als höherwertig hervorzuheben und die Produkte entsprechend zu vermarkten.

Zu großen Teilen handelt es sich bei diesen praktischen Verständnissen um traditionelles Wissen, das von Generation zu Generation weitergegeben wird, vor allem bei der Produktion, der Lagerung und der Zubereitung der Produkte. Teilweise handelt es sich aber auch um Verständnisse, die wiedererlernt werden müssen oder die vollständig neu hinzukommen, weil sie z. B. einem westlichen und damit eher externen Kontext entstammen. Dabei nehmen die Praktiken des horizontalen Vernetzens, des Lernens und des Kommunizierens wichtige Rollen ein, da entsprechende Lernprozesse in Bezug auf die praktischen Verständnisse der ökologischen Produktion erst auf diese Weise und durch entsprechende Aktivitäten möglich werden: z. B. durch die von La Vía Campesina oder der AOPEB organisierten Veranstaltungen. Es ist also möglich, über dieses spezifische Wissen zu reden und es anderen Menschen mitzuteilen, dennoch kann das Wissen ohne die Ausübung der jeweiligen Praktik nicht verändert oder angepasst werden. Es ist somit nicht Eigentum der- oder desjenigen, die oder der eine Praktik ausführt, sondern in das „Skript“ der jeweiligen Praktik eingeschrieben.

**(2) Regeln** (implizite und explizite Vorgaben):

Eine traditionell-ökologische Landwirtschaft wird von diversen mehr oder weniger formalisierten Normen organisiert und zusammengehalten: Dazu gehören traditionelle, religiös-politische Sitten und Gebräuche wie z. B. die Wahl von (i. d. R. männlichen) Gemeindevertretern, die Verteilung und Weitervererbung von Land oder das *ayni*, ein im Andenraum weit verbreitetes traditionelles System der gegenseitigen und solidarischen Nachbarschaftshilfe und auch andere traditionelle Tauschsysteme.

Auch die relativ neuen Gesetze, allen voran die bolivianische Verfassung sowie die Gesetze zur ökologischen Produktion und der „gemeinschaftlichen und produktiven Agrarrevolution“ (Kap. 5.1.1) sind dabei zu nennen. Zwar werden diese, wie ich gezeigt habe, immer wieder wegen ihrer mangelhaften Umsetzung kritisiert, aber dennoch organisieren sie, z. B. durch die Übergabe von politischer Verantwortung auf die unteren politischen Ebenen, zu einem gewissen Maß die Praktiken der traditionell-ökologischen Landwirtschaft. Die spezifische Ausgestaltung, Interpretation und die Einhaltung dieser Regeln obliegt letztlich aber den Personen, die die damit verbundenen Praktiken ausführen. Deutlich wird dies z. B. bei den *municipios ecológicos* und vor allem beim *sistema participativo de garantía*, bei dem nicht im Vorhinein Regeln und Kriterien für die Erlangung des Gütesiegels (*sello ecológico*) auferlegt werden, wie es z. B. bei der Zertifizierung von ökologischen Exportprodukten der Fall ist. Im Sinne einer souveränen Selbstbestimmung obliegt es vielmehr den Produzierenden selbst, diese Regeln auszugestalten, ihre Einhaltung zu überprüfen und in diesen Fällen die jeweiligen Produkte als besonders oder hö-

herwertig anzuerkennen. In Kapitel 5.3.1 werde ich im Rahmen der Beantwortung der Forschungsfrage (a) auf diesen Aspekt zurückkommen.

**(3) Teleoaffektive Strukturen** (zielgerichtete Verbindung des Projektes mit Aufgaben): Sämtliche der beschriebenen Praktiken werden nicht willkürlich, sondern mit mehreren zweckhaften (teleologischen) und motivationalen (affektiven) Zielsetzungen ausgeführt. So werden etwa die Umstellung von konventioneller auf ökologische Produktion sowie die konsequente Anwendung ökologischer Anbaumethoden mit der zweckhaften Notwendigkeit begründet, den Nährstoffgehalt des Bodens langfristig zu erhalten oder wiederherzustellen. Hinzu kommt, dass mit der auf diese Weise erlangten Eigenständigkeit keine externen Inputs wie Pestizide, Düngemittel oder Saatgut dazugekauft werden müssen. Auch das physisch-materielle Abgrenzen von benachbarten Ländereien, erfolgt mit dem Zweck, die toxikologischen oder psychologischen Effekte der konventionellen Landwirtschaft abwehren zu können. Die Praktiken der Vernetzung, der Kommunikation und der Zertifizierung dienen vor allem der verbesserten Vermarktung der Produkte aber auch dem Bewusstmachen, dem Austausch über Anbaumethoden und dem Weitergeben des ökologischen Gedankens.

Mit Ausnahme der exportorientierten Produktion von z. B. Quinoa, Kakao, Kaffee oder Amaranth beinhalten die Praktiken der traditionell-ökologischen Landwirtschaft allerdings weniger kommerzielle Ziele. Es soll nicht darum gehen, einen neuen und lukrativen Markt für ökologische Produkte zu erschließen und somit durch die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft ein besonders hoher Profit zu erzielen. Zwar arbeiten Nichtregierungsorganisationen, Restaurantbesitzerinnen bzw. -besitzer und auch einzelne Produzierende daran, einen solchen Markt zu etablieren und sehen dabei durchaus das Potenzial, dass sich in der Bevölkerung ein Bewusstsein und eine Wertschätzung für ökologische Produkte sowie eine erhöhte Kaufbereitschaft entwickeln könnte. Kurz- oder mittelfristig sei dies jedoch, wie in entsprechenden Interviews berichtet wird, noch nicht absehbar, so dass kein unmittelbarer ökonomischer Anreiz existiert, ökologisch zu produzieren (PZI 11, 03.06.2013; PZI 25, 29.01.2015; PZI 28, 24.02.2015; PZI 29, 06.03.2015).

Und dennoch sind häufig eine Bereitschaft und ein Wille vorhanden, die sich nicht ausschließlich mit den genannten Zweckmäßigkeiten erklären lassen, sondern die vielmehr eine affektive und motivationale Dimension enthalten. Dabei handelt es sich um ein bewusst formuliertes Verlangen nach Wertschätzung und um einen Kampf um gesellschaftliche Anerkennung für eine traditionell-ökologische Landwirtschaft und eine bäuerliche Identität. Einher geht damit auch ein emotionsbeladenes Verlangen nach einer Abgrenzung zum nicht-ökologischem Anbau. Besonders deutlich wird dies bei den Praktiken der Zertifizierung: So empören sich einige der ökologisch Produzierenden über diejenigen, die versuchen, ihre Produktion als ökologisch darzustellen, aber diese Anbauweise nicht oder nur kaum praktizieren. Andere Produzierende sind enttäuscht über die nicht ge-

währte Anerkennung und Wertschätzung ihrer Produkte, wenn sie beim Markteintritt mit konventionellen Produkten vermischt werden. Hinzu kommen Hoffnungen und Erwartungen, dass durch das Gütesiegel, dem *sello ecológico*, zukünftig eine höhere gesellschaftliche Anerkennung ermöglicht wird. Auch die Hervorhebung der Diversität, der Traditionalität und der Schönheit der eigenen Produkte ist in besonderem Maße von diesem Verlangen nach Anerkennung und Wertschätzung gekennzeichnet. Besonders deutlich zeigen sich diese Aspekte in der Inszenierung und Darstellung eines bäuerlichen Lebensstils und einer bäuerlichen Identität, artikuliert in diversen Interviews und materiell arrangiert auf der Messe für ökologische Produkte (Kap. 5.2.5 und 5.2.6).

Darüber hinaus existiert noch eine weitere affektive Dimension, die die beschriebenen Praktiken organisiert und miteinander verbindet: Immer wieder wird ökologische Produktion mit der Notwendigkeit begründet, sich gesünder ernähren und länger leben zu können. Angetrieben wird dieses Verlangen aus Ängsten vor chemisch-belasteten und unter Verwendung von Gentechnik hergestellten Lebensmitteln, die im Sinne des *food from nowhere*-Konzeptes (Kap. 2.4) nicht mehr hinsichtlich ihrer Herkunft verortet und bezüglich ihrer Produktionsweise nachvollzogen werden können. Mit Marx' Worten werden sie derart von ihrem Gebrauchswert abstrahiert, dass sie durch ihre Reinheit und durch ihre Intransparenz einen reinen „Fetischcharakter“ angenommen haben, „der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden“ (MARX 2008 [1867], S. 87). Sie erscheinen, so geht es aus einigen Interviews hervor, zwar als „schön, rein und groß“ aber gleichzeitig als „fremd und gefährlich“. Es sei ganz offensichtlich, so formuliert es ein Vertreter der CONAMAQ, dass diese Produkte sie töten, vernichten und den Körper zerstören würden (Kap. 5.1.1). Inwiefern diese Ängste begründet oder unbegründet sind, ist (für die Fragestellung dieser Arbeit) nicht unmittelbar von Bedeutung. Von Interesse ist vielmehr die Tatsache, dass sie generell vorhanden sind, durch körperliches Tun und Sagen reproduziert werden und das Verlangen nach einer selbstbestimmten Ernährung antreiben.

#### **(4) Grundlegende Verständnisse** (praktikenübergreifende Werte):

Als ein grundlegendes Verständnis, das bewusst oder unbewusst die konkrete Ausübung traditionell-ökologischer Praktiken organisiert, lässt sich eine Form des solidarischen Kommunitarismus nennen, der fest mit einem religiösen Synkretismus – einer Vermischung der indigenen Religion mit dem Katholizismus – verbunden ist. In der Verfassung spiegelt sich dieses Verständnis sehr deutlich im Paradigma des *vivir bien* und dem Naturverständnis der *madre tierra* wieder. Passend dazu spricht BERKES (1999) von *sacred ecology*. In ländlichen Gebieten zeigt es sich beispielsweise durch die konkrete Praktizierung traditioneller Sitten und Gebräuche (*usos y costumbres*) bzw. durch solidarische Systeme der Nachbarschaftshilfe (*ayllu, minka* und *ayni*) (vgl. SCHORR 2011; Kap. 5.2.2). Da diese Wertvorstellungen jedoch auch eine gewohnheitsrechtliche Judikative beinhalten, können sie in bestimmten Fällen auch mit der Rechtsprechung des Staates kollidieren

(vgl. zu einer Diskussion zum Rechtspluralismus in Bolivien SCHILLING-VACAFLOR 2010).

Deutlich wird dieser Gemeinschaftssinn auch in diversen Interviews: Zum Beispiel wird bei der Frage, was genau Ernährungssouveränität sein soll, im Gegensatz zum individualistischen „Ich“, argumentativ das kollektive „Wir“ und das vereinende „Unsere“ hervorgehoben, womit zumeist die jeweilige *comunidad* oder Familie gemeint sind. Auch bei Versammlungen wird dieser Aspekt z. B. bei Begrüßungen deutlich: Gleichgesinnte bezeichnen sich als *hermanas* und *hermanos* oder als *compañeras* bzw. *compañeros* (Geschwister bzw. Kameraden oder Genossen) und begrüßen sich in der Regel (auch wenn sie sich persönlich nicht kennen) mit einem Handschlag und einem Schulterklopfen.

Anders als in Industrienationen mit einer langen Tradition des Liberalismus haben die Wertvorstellungen des Individualismus und des Privateigentums bei den Praktiken einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft eine eher untergeordnete Bedeutung. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese westlich-liberalen, grundlegenden Verständnisse in Bolivien nicht vorhanden sind. Im Gegenteil: Der solidarische Kommunitarismus existiert auch deswegen als eine spezifische normative Wertvorstellung, weil er sich gegenhegemonial von dominanten kapitalistischen Wertvorstellungen abgrenzt und durch diese radikale Differenz einen politischen und in hohem Maße affektiven Charakter erhält. Dabei handelt es sich, wie dem folgenden Ausschnitt einer Gruppendiskussion mit Vertretern der CSCIOB<sup>7</sup> zu entnehmen ist, um das ausgeprägte Verlangen – im Sinne des *all-affected principle* – eine gemeinsame Betroffenheit von globalen und neoliberalen Praktiken zu überwinden:

„Ja, genau, die Neoliberalen oder die Kolonialisten sahen uns früher [...] nun wie so Menschen aus einer anderen Welt. Aus diesem Grund hat sich also diese Ideologie des Kampfes entwickelt, um den Neoliberalen entgegenzuwirken. Denn früher ließ man uns noch nicht mal die Stadt betreten und wenn du deine Produkte herbrachtest, musstest du sie woanders hinbringen aufs Land. Zu den Supermärkten konnte man nicht [...] und weder sich in die Medien einmischen, noch in das Parlament. Aus diesem Grund kommt diese Vision der Stärke, eine revolutionäre Vision für die Völker, um dieses Schema zu zerbrechen und daraufhin die Völker zu regieren. [...] Es ist ein Kampf gegen die Neoliberalen, den wir gekämpft haben, denn sie unterdrückten uns. Sie gaben uns keinen Zugang zu Bildung und erkannten auch nicht unsere Kultur und die bäuerlichen Ideologien an. Aus diesem Grund, haben wir also, die *interculturales*, die *campesinos*, die *hermanos indígenas* aus dem bolivianischen Oriente dafür gekämpft dem Neoliberalismus entgegenzuwirken. [...] Das

<sup>7</sup> Die CSCIOB vertritt die ehemals als Agrarkolonisten (*colonos* oder *colonizadores*) bezeichneten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Dabei handelt es sich zumeist um quechua- und aymarastämmige Siedlerinnen und Siedler aus dem Aitiplano, die teilweise seit den 1960er Jahren im tropischen Tiefland ansässig sind (Kap. 4.2.2).

ist unsere Vision und wir werden weiterkämpfen, denn es gibt immer noch diese Neoliberalen, die Bolivien nicht als ein Ganzes haben wollen.“ (GI 4a, 03.06.2013).

Deutlich wird hier, wie dieses kollektive Empfinden des „Übergangen-Werdens“ eine historisch gewachsene Wertegemeinschaft hat entstehen lassen, deren gemeinsames Prinzip darauf beruht, eine verfestigte und für ungerecht empfundene Subalternität zu überwinden (Kap. 2.3 und 3.2.3). Diese Wertegemeinschaft ist zwar aufgrund des angespannten Verhältnisses zwischen *campesinos* und *indigenas* gegenwärtig nicht mehr so geschlossen, wie es noch zur Zeit des Regierungswechsels im Jahr 2006 der Fall war (Kap. 4.2.2). Dennoch besteht sie nach wie vor und nährt sich aus einem persistenten Antagonismus zwischen einem solidarischen Kommunitarismus und einer kapitalistischen Hegemonie, die in Form eines „rekonstituierten Neoliberalismus“ und eines staatlich kontrollierten Extraktivismus weitestgehend fortgeführt wird (Kap. 5.1.6).

### 5.3 Theorieleitete Synthese der Ergebnisse

Auf Grundlage dieser Ergebnisse lassen sich nun die erkenntnisleitenden Forschungsfragen (Kap. 4.1) beantworten. Die Forschungsfrage (a) richtet sich an das „tatsächliche Verhalten“ des neuen Rechtes und an die Organisationsweise bzw. an den politischen Charakter der beobachteten Praktiken. Sie fragt, inwiefern es sich um bewusst-reflektierte „Souveränitätspraktiken“ handelt, welches transformative Potenzial sie aufweisen und welche Bedeutung materiellen Dingen bei der Forderung nach Ernährungssouveränität zukommt. Die Forschungsfrage (b) richtet sich an die unterschiedlichen, inhaltlichen und räumlich wirksamen „Gerechtigkeitstopologien“, da das Recht der Ernährungssouveränität nicht von einer homogenen Gruppe eingefordert wird, sondern von unterschiedlichen Identitäten, die sich zur Erlangung von Souveränität Raum aneignen und ihn auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Reichweite mit Bedeutung belegen. Welche räumlichen bzw. topologischen Charakteristika lassen sich herausarbeiten? Welche Geographien erschafft die Forderung nach Ernährungssouveränität?

#### 5.3.1 Zur Forschungsfrage (a): Die „Souveränitätspraktiken“

„Now ‘sovereignty’ becomes a mere notion or desire, a fiction [...] a moral principle, a polemical weapon with no necessary juridical or sociological core. [...] It is neither a historical nor a sociological fact but part of a political vocabulary whose point is not to register aspects of the world but to achieve them: to preserve or change a status quo, to support or oppose particular contestants.“ (KOSKENNIEMI 2010, S. 232)

Das „tatsächliche Verhalten“ des Rechtes auf Ernährungssouveränität spiegelt sich in vielerlei Hinsicht in dieser Argumentation Koskenniemis wider. Und zwar wird durch die verbal und körperlich praktizierte Einforderung einer traditionell-bäuerlichen Landwirt-

schaft der Mythos einer „gesunden, heilen, besseren, selbst kontrollierbaren“ und eben: souveränen Welt begründet. In einem Akt der Selbstermächtigung wird diese gegen-hegemoniale Fiktion durch diejenigen ins Leben gerufen und in Kraft gesetzt, die sie einfordern, das heißt, die paradoxerweise zugleich Ursache und Wirkung dieses Prozesses sind (vgl. HONIG 2009, S. 3; PATEL 2007, S. 88; Kap. 3.1.5).

Allerdings geschieht dies nicht in der naiven Absicht, einen vorindustriellen Zustand wiederherzustellen. Die moralische Wertung und Inszenierung der eigenen Tradition und der Vielfalt der eigenen und heimischen Produkte sowie der traditionellen und ökologischen Anbaupraktiken dienen vielmehr als strategische Vehikel für eine gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung der bäuerlichen Lebensweise und Identität als: „unverwechselbar anders“ (VAN DER PLOEG 2008, S. 265). Anstelle eines effizienzorientierten und produktivistischen Denkens soll der Mythos eines alternativen bäuerlichen Verständnisses rücken, mit dem, im Sinne einer *moral economy* (vgl. EDELMAN 2005), die Gemeinschaft, die Vorfahren, die Tradition sowie die eigenen Produkte hervorgehoben und normativ mit ökologischen Prinzipien bzw. der *madre tierra* verbunden werden. Dieser „fiktionale Glauben“ an eine souveräne(re) Welt, wie es Derrida (Kap. 3.1.4) bezeichnen würde, muss nicht notwendigerweise auf einer juristischen Legitimation basieren. Vielmehr führt der grundsätzliche Antagonismus zwischen hegemonialen und subalternen Kräften zu einem starken Ungerechtigkeitsempfinden, das als *agency* die Kraft hat, dieser gegen-hegemonialen und mythischen Konstruktion politische Macht zu verleihen und dadurch gesellschaftlichen Wandel zu animieren (vgl. TAYLOR 2011, S. 98; Kap. 3.3.3).



Abb. 22: Politische Graffitis: „Achocalla ökologisch, würdevoll und produktiv“ und „Dass Deine Nahrung Deine Medizin sei“

Quelle: Eigene Aufnahmen 2015 und 2013, Achocalla und Santa Cruz

Die Forderung nach Ernährungssouveränität ist damit nicht als ein übergeordneter Diskurs zu verstehen, der außerhalb dieser Praktiken existiert, sondern vielmehr als eine Zielsetzung, die als ein organisierender (teleoaffektiver) Bestandteil unmittelbar selbst in den Praktiken einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft enthalten ist.

Dieses vielschichtige (in Schatzkis Worten) „Projekt“ zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es darauf abzielt, die dominanten Praktiken der Produktion, des Konsums und der Vermarktung von Nahrungsmitteln bewusst und reflektiert zu verändern. Jedoch geschieht dies nicht unmittelbar in Form eines politischen Bruches, sondern in Form eines *enactments*, also in Form sozialer Praktiken bzw. *micropolitics*, die – ganz im Sinne TULLYS (2008) und CONNOLLYS (1995) – durch eine alternative Auslegung und Interpretation ihre eigenen Regeln auf selbstreferentielle Art und Weise verändern. Deutlich wird dies beispielsweise durch das Bestreben, sich eigene Regeln für den landwirtschaftlichen Anbau aufzuerlegen, auf ökologische Produktion umzustellen oder es sich zu verbieten, industrielle Produkte zu konsumieren.

Durch die deutlich zu beobachtende Herausstellung und Hervorhebung der eigenen Identität, sei es als ökologische Produzentin, als *indígena* oder als Landloser, erhalten die in diesem Kontext ausgeübten Praktiken den Charakter von affirmativen „Souveränitätspraktiken der Freiheit“, die also zu einem hohen Maße durch das Streben nach Anerkennung angetrieben und organisiert werden (Kap. 5.2.7). Sie fordern alltägliche, relationale aber dennoch souveräne „Ausnahmestände“ ein und setzen bestehende Regeln für bestimmte raumzeitliche Momente aus oder interpretieren sie „anders“ (Kap. 5.2.1). Sobald die Ausübung der jeweiligen „Souveränitätspraktiken“ (z. B. agrarökologische Produktion innerhalb eines bestimmten Territoriums) routiniert erfolgt und zu einer Norm erklärt wird, können sie in Form neuer und veränderter Regeln in Erscheinung treten. Diese rekontextualisierten Praktiken bewirken zwar keine sofortige Verschiebung von Machtverhältnissen; aber dennoch entfalten sie – vor allem durch ihre räumliche Ausbreitung (z. B. im Rahmen von *event spaces*) – ein gewisses transformatives Potenzial, da sie zu einem sukzessiven und subtilen gesellschaftlichen Wandel bzw. zu einem sich langsam verändernden und sich flächenhaft ausbreitenden grundlegenden Verständnis von Nahrung und Ernährung beitragen können. Die in Abbildung 22 dargestellten politischen Graffitis deuten ein solches Verständnis zumindest an.

Diese „andere“ Art und Weise, Lebensmittel zu würdigen, beinhaltet zum einen die Wertschätzung der direkt mit dem jeweiligen Produkt verbundenen Eigenschaften (Geschmack, Vielfalt, Nährstoffgehalt) und zum anderen die normative Hervorhebung der Produktionsbedingungen, also kleinbäuerliche und traditionelle Anbaumethoden sowie eine ökologische, regionale bzw. heimische Herstellung. Inwiefern ein solches Verständnis in Bolivien auf eine gesamtgesellschaftliche Resonanz trifft, ist allerdings völlig offen, da sich das „tatsächliche Verhalten“ des Rechtes auf Ernährungssouveränität noch in

seinem „fragilen Frühzustand“ befindet. Und dieser ist, wie HONIG (2009, S. 56) erinnert, weniger von Vorhersehbarkeit als vielmehr von Unberechenbarkeit und Widersprüchen geprägt. Ein Blick auf die derzeitigen ernährungspolitischen Maßnahmen (Kap. 5.1.6) und auf die damit einhergehenden Konflikte, die sich im Kontext der Forderung nach Ernährungssouveränität ergeben, verdeutlicht dies sehr anschaulich.

In diesem von Honig beschriebenen „Frühzustand“ bzw. in diesem „Kampf um Anerkennung“ (vgl. HONNETH 1992) offenbart sich auch das unauflösbare Paradox zwischen normativen Handlungsvorgaben und libertärer Selbstbestimmung (Kap. 2.6.1): Zwar bietet der Spielraum, den La Vía Campesina durch die Forderung nach Ernährungssouveränität einklagt, die Möglichkeit, die Regeln der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Nahrungsmitteln, selbstbestimmt und „frei“ zu interpretieren und festzulegen: beispielsweise durch den Verzicht auf Chemikalien, durch alternative Vermarktungswege oder durch die selbstbestimmte Festlegung von Kriterien für die Zertifizierung ökologischer Produkte. Jedoch kann eine Anerkennung für diese Produkte bzw. für diese Produktionsweise immer nur erlangt werden, wenn sie gesellschaftlich gespiegelt und zurückgegeben wird. Es handelt sich somit bei der Gewährung von Anerkennung um eine gegenseitige gesellschaftliche Praktik und um eine Grundvoraussetzung für die Erlangung und Einforderung von Souveränität (Kap. 3.2.4).

So erfolgt die Wertschätzung für ein bestimmtes Produkt in einem marktwirtschaftlichen System in der Regel über den Tauschwert, indem die Konsumentinnen und Konsumenten bereit sind, wie zurzeit im Fall von Quinoa, einen höheren Preis für ein bestimmtes Produkt zu bezahlen. Beim Zertifizierungssystem SPG (Kap. 5.2.5) steht hingegen nicht der Preis bzw. der Tauschwert im Vordergrund. Vielmehr wird durch eine Form der Selbstzertifizierung, d. h. durch eine Art Peer-Review-Verfahren, versucht, eine Anerkennung für die Qualität der ökologischen Produkte zu erlangen und gleichzeitig eine Abgrenzung zu konventionellen Produkten herzustellen. Das bedeutet, dass die Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung der selbstauferlegten Regeln ebenfalls durch die Produzierenden selbst und nicht, wie es sonst in der Regel bei Zertifizierungssystemen der Fall ist, von einer unabhängigen Institution erfolgen soll. Dies erfordert jedoch ein hohes Maß an Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Produzentinnen und Produzenten, da auch außerhalb derjenigen, die diese Produkte anbauen und kontrollieren, ein Vertrauen in die ökologische Produktionsweise aufgebaut werden soll.

Ersichtlich wird nun an dieser Problematik, dass es sich beim Zertifizierungssystem SPG zwar um ein sehr anschauliches Beispiel für eine Form der souveränen, bäuerlichen Selbstbestimmung – sprich um eine „Souveränitätspraktik“ – handelt. Jedoch bleibt abzuwarten, inwiefern dieser Mechanismus tatsächlich dazu führt, dass die jeweiligen Produkte auch außerhalb der jeweiligen Produzierendennetzwerke anerkannt werden. Zwar verfügen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern – im Gegensatz zu internationalen Unterneh-

men, die sich im Rahmen von freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen eigene Regeln für eine nachhaltige Produktion auferlegen – über ein gewisses „kulturelles Kapital“, da sie häufig als „authentisch“, „bodenständig“ und dementsprechend als „glaubwürdig“ gelten. Auch die mir gegenüber ausgedrückte Empörung eines Produzenten über diejenigen, die sich nicht an die Kriterien der ökologischen Produktion halten, aber trotzdem versuchen, das ökologische Gütesiegel zu bekommen, deutet darauf hin, dass ein starkes Gerechtigkeitsempfinden vorhanden ist (Kap. 5.2.5). Dennoch implizieren diese Reputation und dieser Gerechtigkeitsinn keinen Automatismus für ein bedingungsloses Vertrauen seitens der bolivianischen Konsumentinnen und Konsumenten. Vielmehr wird so das Phänomen erklärbar, dass die Produzierenden um eine gesellschaftliche Anerkennung für ihre Lebens- und Produktionsweise kämpfen müssen, denn nur auf diese Weise können sie das Bild der „authentischen“, „bodenständigen“ und „glaubwürdigen“ Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verbreiten und verfestigen.

Auf Grundlage der bisherigen Argumentation könnte der Begriff der bäuerlichen Selbstbestimmung dazu verleiten, ihn mit einer absoluten, individuellen Freiheit, bei der (fast) alles Erdenkliche möglich ist, gleichzusetzen. Dies ist jedoch nicht der Fall: Die Praktiken der traditionell-ökologischen Landwirtschaft sind immer eingebettet in das „Plenum“, also in die Gesamtheit der miteinander vernetzten Praktiken und Arrangements, mit anderen Worten: der gesellschaftlichen Koexistenz. SCHATZKI (2002, S. 211 f.; Kap. 3.3.3) formuliert es metaphorisch so, dass nicht alle Pfade in die Zukunft offenstehen und die gegenwärtig raumzeitlich fixierten Praktiken-Arrangement-Bündel ermöglichend und beschränkend auf die Ausübung zukünftiger Praktiken wirken und sie so präfigurierende bzw. kanalisierende – nicht zu verwechseln mit determinierende – Macht ausüben. Der Spielraum, der diese Selbstbestimmung ermöglicht, ist also situativ begrenzt, so dass es sich um ein „Feld der Möglichkeiten“ (ebd.) handelt, innerhalb dessen jedoch nicht alles möglich ist.

So ist es z. B. offensichtlich, dass diejenigen, die sich für eine ökologische Produktion entscheiden, dies nicht aus einer rein motivationalen und affektiven Intention – d. h. aus „Lust und Laune“ heraus – tun, sondern die situative Beschaffenheit der materiellen Arrangements immer eine bestimmte Lenkungsmacht beinhaltet. Das bedeutet, dass die Entscheidung, inwiefern die jeweiligen mit diesen Arrangements verbundenen Praktiken zukünftig entweder modifiziert oder unverändert bleiben sollten, maßgeblich durch diese situative Beschaffenheit vorgeformt d. h. präfiguriert wird (Kap. 3.3.2). Entsprechend berichten einige der ökologisch Produzierenden, dass sie diese Anbaupraxis ausübten, weil es notwendig gewesen sei, ihren durch die jahrelange Verwendung von Chemikalien sehr nährstoffarmen Boden wiederzubeleben, ihm die Fruchtbarkeit zurückzugeben und eine Bodendegradation zu verhindern (Kap. 5.2.3). Sobald sie dann ökologisch produzieren, bestehe aber die Notwendigkeit, sich materiell von den konventionell wirtschaftenden Nachbarinnen und Nachbarn abzugrenzen, da deren Pestizide ihrer Produktionsweise schadeten (Kap. 5.2.1). Andere wiederum berichten, dass der Klimawandel und die zu-

nehmende Trockenheit dazu führten, dass viele Produzierende überhaupt nicht mehr landwirtschaftlich tätig seien (Kap. 5.2.2). Und wiederum andere sehen in Anbetracht der jahrelangen Arbeit, die sie für die Marktintegration eines bestimmten Produktes investiert hätten, keinen Anlass, ihre Produktion zu diversifizieren oder traditionelle Methoden anzuwenden, sondern im Gegenteil die Produktivität zu erhöhen, möglicherweise Land aufzukaufen, Arbeiterinnen und Arbeiter einzustellen (vgl. ORMACHEA und RAMIREZ 2013) und die Anerkennung zu genießen, die ihnen z. B. als Quinoaproduzierende jahrelang verwehrt geblieben ist (Kap. 5.1.4).

Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, dass der Kampf um Anerkennung nie von der materiellen Dimension bzw. der Beschaffenheit der materiellen Arrangements zu trennen ist und dass die Praktizierung einer traditionell-ökologischen Landwirtschaft immer die konstitutive Notwendigkeit beinhaltet, über materielle Produktionsmittel zu verfügen. Es handelt sich somit bei der Einforderung von kultureller Anerkennung auch immer um eine Forderung nach ökonomischer Umverteilung, deren zusammengenommener Erwerb darauf abzielt, die politische Machtposition von denjenigen, die diese Forderungen artikulieren, zu verbessern (allerdings durchaus mit unterschiedlicher Gewichtung, wie ich im folgenden Abschnitt noch zeigen werde). So wird z. B. versucht, die Anerkennung als ökologische Produzentin über den verbesserten Verkauf der ökologisch-zertifizierten Produkte oder die Anerkennung als indigenes Volk über die materielle Ausweisung von Landbesitz herzustellen.

Die materiellen Produktionsbedingungen stellen somit in Form individuellen oder gemeinschaftlichen Eigentums (Land, Wasser, Saatgut, Kapital) eine Grundvoraussetzung für den beschriebenen Akt der Selbstermächtigung dar. Ohne diese ist es für eine Produzentin oder einen Produzenten schlichtweg nicht möglich, das Recht auf Ernährungssouveränität einzufordern und „sich den Naturstoff in einer für sein [oder ihr] eignes Leben brauchbaren [und selbstbestimmten] Form anzueignen“ (MARX 2008 [1867], S. 192). Dies gilt auch für den Konsum von Nahrungsmitteln, die – mit der Ausnahme von Almosen – ohne das Vorhandensein von materiellen Mitteln nicht produziert oder erworben werden können. Das von Schatzki beschriebene „Feld der Möglichkeiten“ (s.o.) ist in solchen Fällen zwar nach wie vor vorhanden (z. B. durch Landflucht, Betteln, Binnenmigration oder Anschluss an die Landlosenbewegung MST-B), jedoch ist es deutlich stärker von Einschränkungen als von Ermöglicungen bestimmt.

Sobald hingegen materielle Produktionsmittel vorhanden sind, offenbaren sich auch deutlich mehr Möglichkeiten. Das Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und Normativität wird somit im Zuge der Einforderung von Ernährungssouveränität nicht aufgelöst. Es bleibt immer dadurch erhalten, dass es sich bei der Einforderung von Souveränität um einen Akt der politischen Selbstermächtigung handelt, der ganz im Sinne Frasers, sowohl auf einer Anerkennungs- als auch einer Umverteilungsforderung basiert. Diese



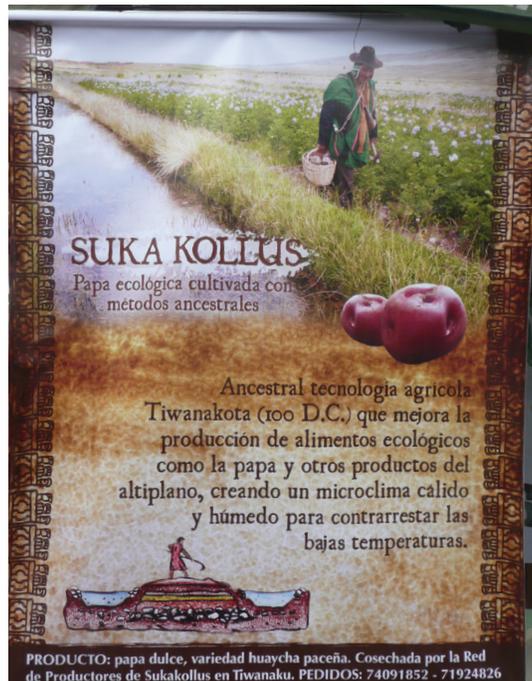


Abb. 24: Plakat zum traditionell-ökologischen Kartoffelanbau auf der BioBolivia  
 Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz



Abb. 25: Messestand des MST-B auf der BioBolivia  
 Quelle: Eigene Aufnahme 2013, La Paz

die in Form von *event spaces* räumlich und materiell wahrnehmbar werden (z. B. durch die menschlichen Körper, durch den Messeplatz, durch die Messestände, durch die auf der Messe arrangierten Produkte, durch die Fotocollage zur Präsentation kleinbäuerlicher Praktiken oder durch den arrangierten Schriftzug des MST-B). Dabei kommt den landwirtschaftlichen Produkten eine besondere Rolle zu: Es handelt sich weniger um Naturprodukte, sondern vielmehr um Artefakte, mit anderen Worten um eine vergesellschaftlichte Materialität, die den oben beschriebenen „Kampf um Anerkennung“ gegenständlich verkörpert und intentional zur Einforderung von Souveränität eingesetzt wird: Viele der beschriebenen Praktiken und Interviewausschnitte beinhalten das bewusste und intentionale Sichtbarmachen und Entschleiern des im Produkt versteckten bzw. verdinglichten Arbeitsprozesses sowie des damit verbundenen gesellschaftlichen Gebrauchswertes. Oder wie HARVEY (1990, S. 423) es formuliert: „to get behind the veil, the fetishism of the market and the commodity, in order to tell the full story of social reproduction“. Es handelt sich also weniger um imagefördernde und kommerzielle Werbeaktionen, als vielmehr um eine aktive „Defetischisierung“ der warenförmigen Produkte, mit dem Ziel, die Identität von kleinbäuerlichen, traditionellen und ökologischen Produzentinnen und Produzenten affirmativ hervorzuheben und damit Ernährungssouveränität einzuklagen.

Deutlich wird dabei jedoch auch, dass durch dieses Entschleiern keinesfalls der (im essentialistischen Sinne) „wirkliche“ Charakter dieser Produkte hervortreten kann. Vielmehr wird eine „neue Geschichte“ erzählt und praktisch in Szene gesetzt, die ihrerseits wiederum die Konstruktion neuer aber auch die Wiederherstellung alter und möglicherweise vergessener Imaginationen und Emotionen hinsichtlich dieser Produkte erwirken soll. Die Produkte werden also nicht nur von ihrem warenförmigen Charakter „befreit“, sondern zugleich auch „remythologisiert“, indem sie in den Kontext einer traditionell-bäuerlichen und originären Wertegemeinschaft gestellt und dadurch neu verschleiert werden – ein Phänomen das ähnlich auch COOK und CRANG (1996, S. 132) beschreiben. Die Abbildungen 23, 24 und 25 sollen diese identitätsstiftende Inszenierung einer traditionell-ökologischen und bäuerlichen Wertegemeinschaft verdeutlichen.

### 5.3.2 Zur Forschungsfrage (b): Die „Gerechtigkeitstopologien“

Wie in Kapitel drei herausgearbeitet wurde, sind soziale Ordnungen immer von unauflösbaren Antagonismen geprägt, die in Form von ungleichen wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Machtverhältnissen wahrnehmbar sind und ein temporär fixiertes und dynamisches „Gerechtigkeitsregister“ entstehen lassen. Dieses Register ist in hohem Maße von einem permanenten Prozess der Modulation und Reorganisation geprägt, den Schatzki als *endless becoming* beschreibt und – TULLY (2008) folgend – von sich gegenseitig bedingenden „Souveränitätspraktiken des Regierens“ und „Souveränitätspraktiken der Freiheit“ angetrieben wird (Kap. 3.1.3; 3.3.4 und 3.3.5). Diese Praktiken manifestieren sich wiederum in vielfältigen materiellen Arrangements mit unterschiedlicher räumlicher Reichweite und erschaffen dadurch, in Form von Maßstabsebenen, sich überlap-

pende „Gerechtigkeitstopologien“ (Kap. 3.4.1). Wie genau funktioniert nun dieser Prozess im Kontext der Forderung nach Ernährungssouveränität in Bolivien? Welche unterschiedlichen Inhalte und welche räumlichen bzw. topologischen Charakteristika offenbaren sich durch die Einforderung dieser Gerechtigkeitsforderung?

Bisher deuten meine Erkenntnisse auf eine recht konsistente und harmonische Idealvorstellung von Ernährungssouveränität hin: Eine traditionell-ökologische Landwirtschaft, die auf einer normativen Hervorhebung „des Eigenen“ bzw. „des Unseren“ (Anbaumethoden, Traditionen, Gebräuche, Saatgut, Düngemittel, Produkte, u. v. m.) beruht, sich scharf von externen und fremden Einflüssen abgrenzt und dabei die lokale bzw. regionale Ebene hervorhebt. Das Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen Identitäten, an die Ernährungssouveränität sich richtet, tritt somit auf den ersten Blick nicht unbedingt zutage. Es wird dadurch verdeckt, dass die gemeinsame Abgrenzung dieser Gruppen zu den Repräsentationsformen des *food regime* bzw. *food empire* eine vereinende und inklusive Kraft entfaltet. Bei einer genaueren Betrachtung der verbalen Einforderung von Ernährungssouveränität existieren jedoch durchaus divergierende inhaltliche Facetten und unterschiedliche raumbezogene Vorstellungen, die als instrumentelle und „strategische Raumbilder“, also als „bewusste subjektive Verzerrungen räumlicher Strukturen“ zur Durchsetzung spezifischer Interessen, gelten können (REUBER 1999, S. 328). Im Rahmen dieser Arbeit sind diese jedoch nicht – wie Reuber es konzeptioniert – als Eigenschaften von Akteuren zu verstehen, sondern als organisierende (teleoaffektive) Bestandteile der „Souveränitätspraktiken“, durch die sie letztlich eingefordert werden.

Auf der einen Seite handelt es sich dabei um eine ethnische und strategisch-romantisierende Auslegung „indigener Ernährungssouveränität“, die auf dem räumlichen Konzept des *territorio* basiert (Kap. 5.2.1). Land und Boden werden dabei weniger als ökonomische Produktionsmittel, sondern vielmehr als eine territoriale Grundvoraussetzung für die Identität, die Kultur, die Existenz und die Souveränität der indigenen Völker eingefordert. Marktwirtschaft wird (zumindest verbal) weitestgehend abgelehnt oder in Form von genossenschaftlichen Strukturen betrieben (Kap. 4.2.2 und 5.2.4). Auf der anderen Seite steht dagegen ein eher produktionsbasierter Klassenbegriff von „bäuerlicher Ernährungssouveränität“, der auf dem Konzept der *tierra* basiert (Kap. 4.2.2). Dabei wird die Einforderung von Land und Boden nicht mit der Identität oder einer ethnischen Zugehörigkeit begründet, sondern mit der Notwendigkeit, über Produktionsmittel zu verfügen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Forderungen entweder als rein ökonomisch oder als rein kulturell zu betrachten sind, sondern dass in ihnen – ganz im Sinne Frasers – immer alle drei Gerechtigkeitsdimensionen enthalten sind (Kap. 3.2.3). Damit werden zwar unterschiedliche Äquivalenzketten gebildet, letztlich dienen sie aber demselben Ziel und richten sich gegen denselben Antagonisten: Nämlich – und hier zeigt sich der politische Charakter von Ernährungssouveränität sehr deutlich – Selbstbestimmung und Autonomie gegenüber dem *food regime* einzufordern.

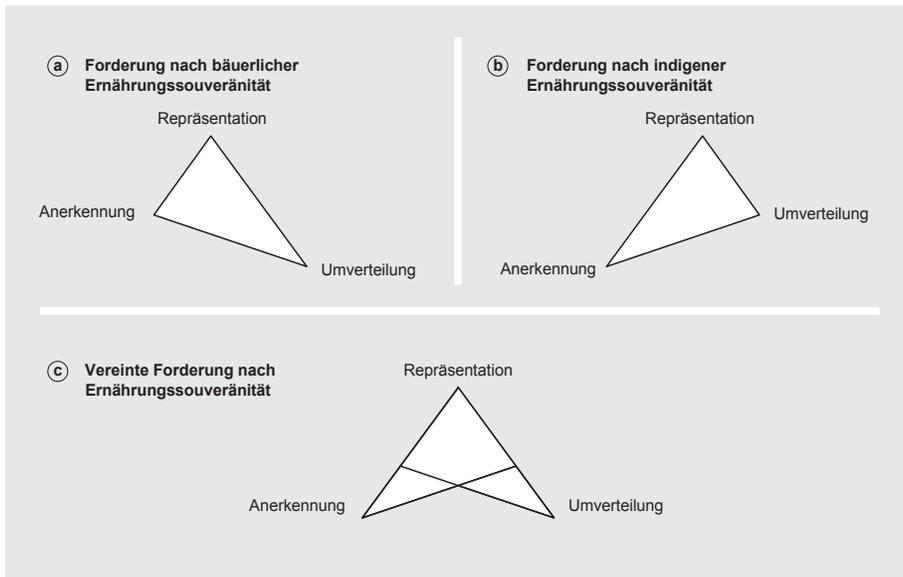


Abb. 26: Inhaltliche Schwerpunktsetzungen bei der Forderung nach Ernährungssouveränität  
Quelle: Eigener Entwurf

In der obigen Abbildung 26 sind diese inhaltlichen Facetten schematisch dargestellt. Fenster (a) zeigt eine Forderung nach „bäuerlicher Ernährungssouveränität“ mit einer inhaltlichen Gewichtung von Umverteilung. Fenster (b) zeigt eine Forderung nach „indigener Ernährungssouveränität“ mit einer artikulatorischen Gewichtung von Anerkennung. Fenster (c) zeigt, wie sich beide Forderungen gegenüber dem gemeinsamen Antagonisten des *food regimes* miteinander vereinen und Ernährungssouveränität trotz unterschiedlicher inhaltlicher Gewichtungen und gegenseitiger Differenzen als eine einheitliche und dadurch wirkmächtige Forderung nach Repräsentation bzw. politischer Selbstbestimmung einklagen.

Diese beiden Facetten und unterschiedlichen Interpretationen von Ernährungssouveränität dienen nun als Beispiel dafür, mit welchen Inhalten die Forderung belegt werden kann und inwiefern die drei Gerechtigkeitsdimensionen nach Fraser dabei zum Tragen kommen. Doch welche Rolle spielt dabei nun Räumlichkeit bzw. das in Kapitel 2.6.3 beschriebene Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Maßstabsebenen?

Die beschriebenen Gerechtigkeitsforderungen füllen keine abgeschlossenen und *per se* gegebenen Maßstabsebenen im Sinne von Containerräumen aus. Es handelt sich vielmehr um ein Nebeneinander von flächenhaft miteinander verknüpften sozialen Praktiken und Arrangements. Im Sinne der *politics of scale* (vgl. SWYNGEDOUW 1997) stellen diese

ihre eigenen Maßstabsebenen her. Sie belegen sie mit Bedeutung, durchdringen sie, stellen sie infrage und produzieren dadurch eine eigene „topologisch flache“ Geographie der Ernährungssouveränität (Kap. 3.4.1). Dabei lassen sich im Wesentlichen vier relational zueinander angeordnete räumliche Kategorien herausarbeiten, deren Konstitution auf der in Tabelle 5 dargestellten topologischen Unterscheidung zwischen einerseits „verbindenden“ und andererseits „abgrenzenden Praktiken“ der Ernährungssouveränität basiert.

### **(1) Places der Ernährungssouveränität**

Zunächst dient Ernährungssouveränität dazu, Identitäten (z. B. in Form von lokal „verwurzelten“ *indígenas* oder *campesinos originarios*) räumlich zu binden und ihre Gerechtigkeitsforderungen in Form der oben beschriebenen „strategischen Raumbilder“ lokal und regional zu platzieren. Durch diese räumlich „abgrenzenden Praktiken“ des *place-making* (AGNEW 2009, S. 35 ff.), d. h. der physisch-materiellen bzw. artikulatorischen Praxis der Einhegung und der damit verbundenen Herstellung der eigenen Produkte (Kap. 5.2.1 und 5.2.2) werden lokale und regionale „Ausnahmezustände“, im Sinne von *places* der Ernährungssouveränität erhoben. Dazu zählen z. B. die nachbarschaftlichen Abgrenzungen zwischen ökologischen und nicht-ökologischen Produzierenden, die *asentamientos* bzw. *comunidades agroecológicas* des MST-B oder die *municipios ecológicos*. Im Sinne Schatzkis handelt es sich dabei um Bündel von Praktiken und Arrangements, die bereits eine gewisse Komplexitätsstufe erreicht haben, da sie verschiedene Praktiken und Arrangements zusammenfügen und so räumlich begrenzte Verbindungen herstellen (Kap. 3.3.2). Es handelt sich jedoch immer um Praktiken, die keine größere Reichweite hervorrufen und somit im Wesentlichen einer abgrenzenden Logik folgen.

### **(2) Microplaces der Ernährungssouveränität**

Weiterhin wird durch die Forderung nach Ernährungssouveränität eine Maßstabsebene mit nur sehr geringer räumlicher Reichweite hergestellt und eingeklagt, die bislang kaum Gegenstand der Humangeographie war und die ich in Kapitel 3.4.1 als „sublokale Ebene“ bezeichnet habe. Dabei handelt es sich um die Souveränität des eigenen Körpers bzw. um die Souveränität familiärer oder privater Arrangements und Bindungen, die ebenfalls durch „abgrenzende Praktiken“ des bewussten und zielgerichteten Konsumierens von ökologischen oder selbstproduzierten Nahrungsmitteln wirksam werden. Auf diese Weise werden räumlich sehr begrenzte „Ausnahmezustände“ erklärt, deren konstituierende Praktiken im Sinne Schatzkis als Zweierbeziehungen oder *small phenomena* bezeichnet werden können (Kap. 3.3.2). Auch wenn es sich dabei auf den ersten Blick durchaus um private Praktiken handelt, können sie jedoch (z. B. im Rahmen eines *event space* wie einer Versammlung zur Zertifizierung ökologischer Produkte) öffentlich eingefordert oder proklamiert werden und in diesen situativen Kontexten aus der privaten Sphäre in die öffentliche und damit in die politische Sphäre eintreten (vgl. ARENDT 1998 [1958]; DÜNCKMANN im Erscheinen). Es handelt sich somit um die von CONNOLLY (1995, S. xxi) beschriebenen *micropolitics*, die in diesem Fall spezifisch abgegrenzte *microplaces* der Ernährungssouveränität bilden.

### (3) *Spaces der Ernährungssouveränität*

Gleichzeitig „lebt“ die Forderung nach Ernährungssouveränität von „verbindenden Praktiken“ der räumlichen Interaktion. Dazu gehören Praktiken des sich Vernetzens, des miteinander Kommunizierens, des Informierens, des Lernens und Austauschens über z.B. ökologische Anbaumethoden oder Vermarktungsmöglichkeiten (Kap. 5.2.5). Auf diese Weise wird aktiv eine „supraregionale Maßstabebene“ in Szene und in Kraft gesetzt, die eine deutlich größere räumliche Reichweite hat und eine globale Maßstabebene herstellt (z. B. in Form von institutionalisierten Repräsentations- und Partizipationsmechanismen sowie Dialogforen wie La Via Campesina oder dem Weltsozialforum). Die abgegrenzten *places* und *microplaces* der Ernährungssouveränität werden so durchdrungen und in Form von *chains of action* (SCHATZKI 2016b, S. 14ff.) zu einer vernetzten und „flachen Geographie“ mit großer räumlicher Reichweite verbunden (vgl. EVERTS 2016). Aus diesem *space-making* oder – mit den Worten LEFEBVRES (2007 [1974], S. 68ff.) – aus der „Produktion eines sozialen Raumes“ zieht die Bewegung für Ernährungssouveränität ihre wesentliche politische Stärke: Die so entstehenden horizontalen und aktiv gestalteten *spaces* der Ernährungssouveränität bieten als imaginäre „Zwischenräume“ die Grundlage dafür, dass grenzüberschreitende und ungerechte Strukturen – im Sinne des *all-affected principle* – angefochten werden können. Es handelt sich somit, dem Vokabular Schatzkis folgend, um *large phenomena* oder Konstellationen von Praktiken und Arrangements mit großer räumlicher Reichweite (Kap. 3.3.2). Jedoch können diese nur auf Grundlage der nun folgenden letzten Kategorie existieren.

### (4) *Event spaces der Ernährungssouveränität*

Da soziale Praktiken immer nur lokal, d. h. situativ, ausgeführt und beobachtet werden können (vgl. SCHATZKI 2015, S. 12; Kap. 4.3.2), müssen sich die *spaces* der Ernährungssouveränität an konkreten Orten zeigen, sich materiell manifestieren und in Szene gesetzt werden. Diese Funktion nehmen die *event spaces* der Ernährungssouveränität ein (z. B. die beobachteten Versammlungen oder Messen). Sie halten die *spaces* der Ernährungssouveränität knotenförmig zusammen und sorgen dafür, dass diese imaginären Zwischenräume konkrete Formen und den Charakter einer globalen und politischen Bewegung annehmen. Entsprechend verhält es sich aber auch mit anderen, weniger politischen *large phenomena*, z. B. ein internationaler Sportwettbewerb oder ein Finanzmarkt: Sie können nur im Rahmen von *event spaces* und den dazugehörigen Praktiken (z. B. einem Fußballspiel oder Investmentbanking an einer Börse) existieren und dementsprechend auch nur an diesen Orten empirisch wahrgenommen werden. Innerhalb dieser situativen Events „verschmelzen“ Maßstabebenen, verschiedene Praktiken und weit voneinander entfernte Orte miteinander und stellen so das von MASSEY (1991) beschriebene „globale Gefühl eines lokalen Ortes“ bzw. SCHATZKIS (2002) „Ort des Sozialen“ her.

Diese „Gerechtigkeitstopologien“ sind also in Bezug auf ihre räumliche Reichweite und

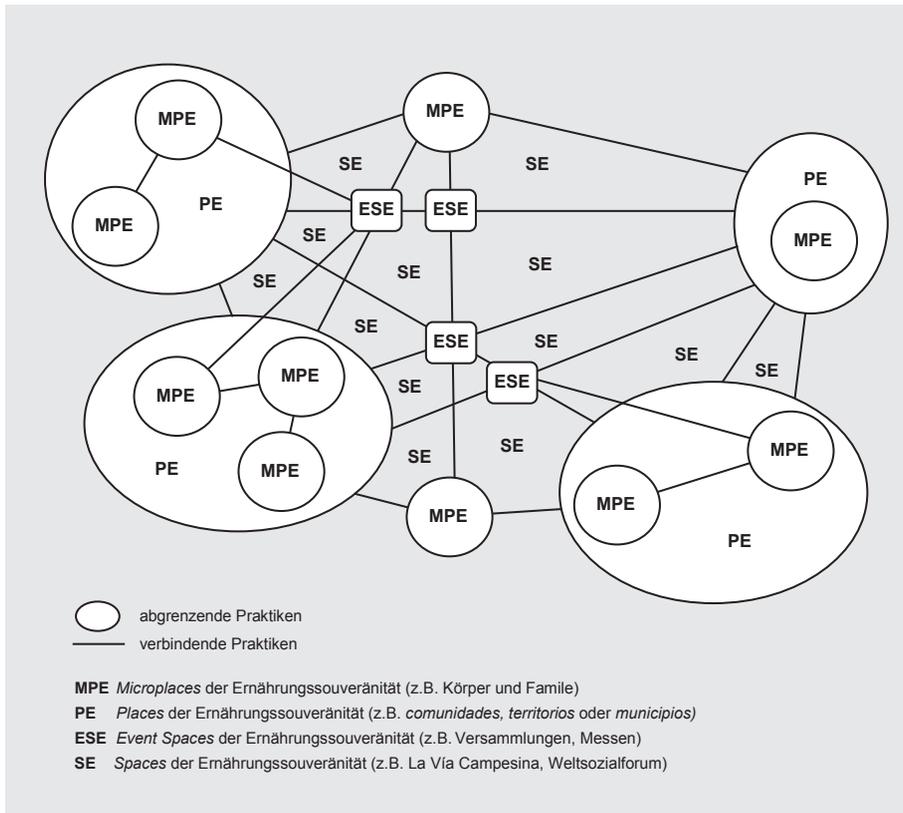


Abb. 27: Eine „topologisch flache“ Geographie der Ernährungssouveränität  
 Quelle: Eigener Entwurf

Komplexität unterschiedlich wirksam. Sie müssen jedoch in Hinblick auf ihren politischen Charakter immer im Verbund betrachtet werden. Nur durch ihre wechselseitige Abhängigkeit und durch das Transzendieren zwischen den Maßstabsebenen und der öffentlichen und privaten Sphäre konstituieren sie das politische Phänomen der Ernährungssouveränität. Die beschriebenen *places* und *microplaces* der Ernährungssouveränität können zwar auch unabhängig voneinander existieren (z. B. in Form einer subsistent lebenden Dorfgemeinschaft oder von Menschen, die sich gerne gesund oder regional ernähren). Allerdings würde es sich dann nicht um die bewusst-reflektierte und globalisierte Forderung nach Ernährungssouveränität handeln, sondern um Praktiken, die zwar ihrer Logik nach ähnliche Charakteristika aufweisen, aber durch das Fehlen der teleoaffektiven Struktur des „Praktiken-Veränderns“ und der damit verbundenen, reflektierten Einforderung von Gerechtigkeit, keinen spezifischen politischen Charakter hätten.

Den *spaces*, *event spaces*, *places* und *microplaces* der Ernährungssouveränität kommen

also wesentliche Rollen zu, indem sie einerseits die materielle und räumliche Grundlage für die Ausübung der Praktiken bilden und andererseits strategisch-instrumentelle und „räumliche Ressourcen“ (vgl. REUBER 1999, S. 29 ff.) im Kampf um ökonomische Umverteilung, kulturelle Anerkennung und politische Selbstbestimmung darstellen. Dadurch bleibt auch das Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen Maßstabsebenen, an die Ernährungssouveränität sich richtet, immer offen: Die Ausübung von Souveränität auf einer bestimmten räumlichen Ebene ist nie abgeschlossen. Sie muss immer als relationale Machtausübung betrachtet werden, die andere Formen der Machtausübung beeinträchtigen kann, wie es z. B. anhand der Spannungen zwischen nachbarschaftlichen Territorien oder auch zwischen der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen Ausübung von Souveränität deutlich wurde. Sobald sich die unterschiedlichen Maßstabsebenen und Gerechtigkeitsforderungen jedoch ergänzen, kann daraus eine gebündelte und sehr wirkungsvolle Form der Souveränität und damit politischer Macht entstehen.

In der folgenden Abbildung kann diese „topologisch flache“ Geographie der Ernährungssouveränität schematisch nachvollzogen werden: Im Wesentlichen existieren vier räumliche Kategorien und zwei Arten von Praktiken. Durch „abgrenzende Praktiken“ entstehen *places* und *microplaces* der Ernährungssouveränität. Diese können durch „verbindende Praktiken“ zu *spaces* der Ernährungssouveränität zusammengesetzt werden, wobei nicht immer nur gleiche räumliche Kategorien (also *places* mit *places* und *microplaces* mit *microplaces*) verbunden werden können, sondern auch Querverbindungen zwischen unterschiedlichen Kategorien denkbar sind (siehe zur Unterscheidung „abgrenzender und verbindender Praktiken“ Tab. 5). Beispielsweise können sich einzelne Produzierende (innerhalb und außerhalb eines *places*) miteinander vernetzen, aber auch Verbindungen zwischen einzelnen *comunidades* oder *municipios* und einzelnen Produzierenden sind möglich. Sobald eine besonders hohe Dichte an Praktiken der Ernährungssouveränität vorhanden ist und diese in die öffentliche Sphäre getragen werden, kann ein knotenförmiger *event space* der Ernährungssouveränität entstehen. In solchen Fällen „verschmelzen“ die räumlichen Kategorien miteinander, so dass eine supraregionale oder globale Maßstabsebene hergestellt und situativ repräsentiert wird.

### 5.3.3 Zusammenfassung

Aus den beiden erkenntnisleitenden Fragestellungen lassen sich nun die folgenden Hauptargumente ableiten:

- Das „tatsächliche Verhalten“ des Rechtes auf Ernährungssouveränität ist dadurch geprägt, dass ein unhinterfragbarer und gegen-hegemonialer Mythos einer traditionell-bäuerlichen, identitätsstiftenden und „heilenden“ Welt konstruiert wird. Diese Fiktion wird durch verschiedene Praktiken des Tuns und des Sagens in Form traditioneller ökologischer Landwirtschaft hergestellt und praktisch in Szene ge-

setzt.

- Dabei handelt es sich um affirmative „Souveränitätspraktiken der Freiheit“, die durch eine alternative Regelauslegung der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Nahrungsmitteln langfristig zu sozialem Wandel und zu einem grundlegend anderen Verständnis von Nahrung und Ernährung beitragen wollen und können.
- Diese kleinbäuerliche Interpretation von Ernährungssouveränität weicht damit stark von der staatlichen Ernährungspolitik ab, nach der Ernährungssouveränität mit staatlich kontrollierter Ernährungssicherheit gleichgesetzt und einem produktivistischen und extraktivistischen Verständnis untergeordnet wird.
- Insbesondere durch die öffentliche Inszenierung von traditioneller Bäuerlichkeit (z.B. auf Messen oder Biomärkten aber auch im Rahmen von Interviews) wird deutlich, inwiefern im Rahmen des kleinbäuerlichen Verständnisses von Ernährungssouveränität die Anerkennung und Wertschätzung für eine bäuerliche Lebensweise hervorgehoben wird. Den landwirtschaftlichen Produkten kommt dabei eine besondere Rolle zu, da sie als gesellschaftliche Artefakte diesen Kampf um Anerkennung dinglich verkörpern.
- Das Spannungsfeld zwischen normativen Leitbildern und libertärer Selbstbestimmung bleibt dabei immer offen, da soziale Praktiken nie unabhängig von ihrem sozialen und materiellen Kontext ausgeübt werden können. Die Ausübung zukünftiger Praktiken wird somit z.B. durch die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln, die Beschaffenheit des Bodens oder der Nachfrage des jeweiligen Produktes ermöglicht oder beschränkt, d.h. präfiguriert.
- Daraus wird ersichtlich, wie eng die materielle Dimension mit der ideell-kulturellen Forderung nach Anerkennung verbunden ist. Es geht bei der Forderung um Ernährungssouveränität somit auch immer um materielle Produktionsmittel.
- Bei der Herstellung der Äquivalenzketten um den „Knotenpunkt“ der Ernährungssouveränität kann das Verhältnis zwischen Anerkennung und Umverteilung unterschiedlich verteilt sein. So existieren zum einen eine identitätspolitische Anerkennungsforderung nach einer „indigenen Ernährungssouveränität“ und zum anderen ein eher ökonomisches Klassenverständnis, d.h. eine Umverteilungsforderung nach einer „bäuerlichen Ernährungssouveränität“. Repräsentiert durch die raumbezogenen Vorstellungen *territorio* (indigen) und *tierra* (bäuerlich) erhält Ernährungssouveränität somit den Charakter eines „strategischen Raumbildes“, das zur Durchsetzung von spezifischen Interessen instrumentalisiert wird. Diese Interessen sind jedoch nicht als Eigenschaften von Akteuren zu verstehen, sondern als organisierende Bestandteile der Praktiken.
- Zum Teil stehen diese „strategischen Raumbilder“ in einem konflikthaften Verhältnis zueinander, das v.a. auf ungleiche Landbesitzverhältnisse zurückzuführen ist. Auf diese Weise offenbart sich auch das Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen Identitäten, an die Ernährungssouveränität sich richtet. Dennoch vereinen

sich beide „Lager“ (indigen und bäuerlich) angesichts des gemeinsamen Antagonisten (in Form agroindustrieller Praktiken) zu einer wirkmächtigen und inklusiven Bewegung nach mehr Selbstbestimmung und politischer Macht.

- Ernährungssouveränität ist keine Forderung, die in abgeschlossenen, „containerartigen“ Maßstabebenen zu finden ist, sondern es handelt sich um ein soziales Phänomen, das Maßstabebenen durchdringt und sie selbst herstellt. Dadurch bleibt auch das räumliche Spannungsfeld zwischen Maßstabebenen immer offen, da es keine „abgeschlossene“ Ernährungssouveränität geben kann. Bei Maßstabebenen und territorialen Ordnungen handelt es sich somit immer um kontingente, relational zueinander angeordnete und machtbeladene Konstruktionen.
- Im Wesentlichen lassen sich dabei vier räumliche Kategorien der Ernährungssouveränität, die durch zwei Kategorien von Praktiken hergestellt werden, herausarbeiten: Dabei handelt es sich zum einen um *places* (z. B. die Forderung nach ernährungssouveränen Territorien) und *microplaces* (z. B. ernährungssouveräne Familien oder Körper/Personen), die durch „abgrenzende Praktiken“ hergestellt werden (z. B. sich Einhegen und Abgrenzen, subsistent leben) und zum anderen um *spaces* und *event spaces*, die durch „verbindende Praktiken“ der räumlichen Interaktion hergestellt werden wie z. B. sich vernetzen und miteinander kommunizieren. Bei den *spaces* handelt es sich um imaginäre Zwischenräume, die ein globales und supraregionales „Gefühl“, z. B. in Form einer globalen Bewegung, entstehen lassen und durch Institutionen wie La Vía Campesina oder das Weltsozialforum repräsentiert werden. Bei den *event spaces* handelt es sich um konkrete Orte und Veranstaltungen (z. B. eine Messe), die durch ihren situativen, kontextuellen und öffentlichen Charakter verschiedene Praktiken und Maßstabebenen miteinander „verschmelzen“ lassen und auf diese Weise die *places*, *spaces* und *microplaces* knotenförmig zusammenhalten. Somit setzt die Existenz eines *space* der Ernährungssouveränität – also letztlich die global wirksame soziale Bewegung der Ernährungssouveränität – das Vorhandensein von *event spaces* voraus.
- Schematisch lässt sich aus diesen sozial-räumlichen Kategorien eine „topologisch flache“ Geographie der Ernährungssouveränität rekonstruieren, die sich nicht durch Vertikalität auszeichnet, sondern vielmehr durch Horizontalität und durch ein analytisches Nebeneinander an Praktiken und Arrangements.



## 6 Schlussbetrachtung: Reflexionen und Ausblicke

Welchen wissenschaftlichen Mehrwert kann diese Forschungsarbeit nun liefern? Welche weiteren Forschungsfragen ergeben sich auf Grundlage der empirischen Ergebnisse? Und inwiefern ist es überhaupt sinnvoll und ethisch vertretbar, über Ernährungssouveränität in Bolivien bzw. über Gerechtigkeitsfragen zu forschen und eine deutschsprachige Arbeit zu verfassen? Im Folgenden werde ich zu diesen Fragen fünf Schlussfolgerungen ziehen, die gleichzeitig inhaltliche, methodische und theoretische Reflexionen beinhalten aber auch Ausblicke für weitere Forschungsfragen entwerfen:

### **Zum Recht auf Ernährungssouveränität in Bolivien**

Die Forderung nach Ernährungssouveränität wurde in dieser Forschungsarbeit zunächst aus theoretischer Perspektive und darauf aufbauend in einem konkreten und situativen empirischen Wirkungsgefüge untersucht. So konnten sowohl die praktische Ausgestaltung, die materielle, inhaltliche und räumliche Dimension als auch der spezifische politische Charakter der Forderung angemessen konzeptioniert und dargestellt werden. Insbesondere die Anmerkung TRAUGERS (2013, 2014; Kap. 2), die inmitten einer agrarsoziologisch geprägten Forschungslandschaft für eine dezidiert politisch-geographische Perspektive plädiert und darauf hinweist, dass es sich bei Ernährungssouveränität um eine territoriale Strategie zu Erlangung politischer Autonomie handele, wurde dabei berücksichtigt.

Inhaltlich konnte vor allem der doppelte Charakter dieses neuen und noch sehr fragilen Rechtes untersucht werden: zum einen als normatives, inhaltlich konsistentes und inklusives „Symbol“, das Gerechtigkeit garantieren und einfordern soll und zum anderen in Form seines „tatsächlichen Verhaltens“ (vgl. HONIG 2009, S. 55f). Insbesondere aus Letzterem lassen sich bemerkenswerte politische Schlussfolgerungen ableiten: So weicht die „tatsächliche“ Entfaltung des Rechtes auf Ernährungssouveränität deutlich von der linkslibertären Inklusivität ab, durch die sich das „Recht als Symbol“ auszeichnet: In Bolivien werden eher patriotische, regionalistische, traditionalistische und ethnisch motivierte Tendenzen deutlich, die in der Regel – zumindest dem europäischen Verständnis nach – als politisch „rechts“ oder zumindest als konservativ und wenig progressiv gelten. Jedoch ist der bolivianische Kontext nicht gleichzusetzen mit einem Land wie Deutschland, in dem Patriotismus, Traditionalismus, Heimatverbundenheit und Ethnizismus eine spezielle und geschichtlich belastete Bedeutung haben. In Bolivien stehen diese Werte hingegen im historischen Kontext des Kolonialismus bzw. der ökonomischen und politischen Fremdbeherrschung und können daher bei der Berücksichtigung dieses Hintergrundes nicht einfach als politisch „rechts“ pauschalisiert werden.

Damit zeigen diese Schlussfolgerungen, dass das grobe „Rechts-Links-Schema“ für die Beurteilung der politischen Implikationen zwar interessante Fragen aufwirft, aber nicht ausreicht, um dem jeweiligen historischen, regionalen und sozialen Kontext gerecht zu

werden. Deutlich wird aber dennoch, wie eine Idee, die im Kontext globalisierungskritischer Bewegungen steht, in seiner Realität eine bäuerliche Wertegemeinschaft schafft und verfestigt, die sich – topologisch betrachtet – durch abgrenzende Praktiken der Reteritorialisierung und des *placemaking* konstituiert. Gleichzeitig kann sich das Recht auf Ernährungssouveränität jedoch nur durch verbindende Praktiken des sich Organisierens, des mit- und voneinander Lernens und des sich Vernetzens in der Realität entfalten. Im Sinne einer globalen und politisch wirkmächtigen Bewegung erschafft sie auf diese Weise entterritorialisierte, horizontale und sich flächenhaft ausbreitende *spaces* der Ernährungssouveränität, die als imaginäre „Zwischenräume“ politische Projektionsflächen für vielfältige kleinbäuerliche Gruppen und Forderungen bieten.

Ganz im Sinne der agonistischen Demokratietheorie bleibt dabei – möglicherweise nicht trotz, sondern gerade wegen der inhaltlichen Spannungen zwischen diesen Forderungen und Gruppen – ein gemeinsames Ziel vorherrschend: nämlich mehr politische Autonomie und Selbstbestimmung zu erlangen und die Regeln der Produktion, der Vermarktung und des Konsums „anders“ und vor allem gerechter zu gestalten. Dieses *thinking and acting differently* (TULLY 2008, S. 307) ist nicht erst mit der Forderung nach Ernährungssouveränität entstanden. Jedoch besteht nun – ähnlich wie es auch beim *vivir bien* der Fall ist – eine politische Grundnorm, ein „Recht auf Rechte“ (Kap. 3.1.2), mit dem Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sich mehr denn je dazu berechtigt fühlen, ihr Recht auf selbstbestimmte Ernährung in Form vielfältiger sozialer Praktiken einzufordern. Der Theorie Frasers folgend handelt es sich dabei um eine deutlich zu vernehmende transformative Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der politischen Gerechtigkeitsdimension. Zwar lässt sich daraus kein Automatismus ableiten, dass auch innerhalb der wirtschaftlichen und der kulturellen Sphäre entsprechende Veränderungen eintreten. Zumindest aber besteht nun für diejenigen, die Ernährungssouveränität einfordern, im Sinne einer wirkmächtigen, „post-Westfälischen“ Gerechtigkeitsforderung, eine deutlich verbesserte Ausgangsposition und eine politische Basis, unabhängig von staatlichen Grenzen gesellschaftlich anerkannt zu werden und vermehrt am materiellen Wohlstand teilzuhaben.

### **Zu den Geographien der Nahrung**

Momentan scheinen eine Vielzahl an benachbarten Themen, wie z. B. Ernährungsgerechtigkeit, Ernährung und Identität, alternative Konsum-, Vermarktungs- und Produktionspraktiken in den deutschsprachigen Geographien der Nahrung an Bedeutung zu gewinnen. Das Programm des sehr gut besuchten Workshops „Raum is(s)t Nahrung“ im Juni 2015 an der Universität Bayreuth zeigt dies sehr deutlich (vgl. Universität Bayreuth 2015). Bislang gibt es jedoch noch keine breitere Auseinandersetzung mit den Fragen, was genau sich hinter der Forderung nach Ernährungssouveränität verbirgt, welches transformative politische Potenzial sie beinhaltet und auf welche Weise bzw. mit welcher räumlichen Reichweite sich diese Bewegung ausbreitet. Die Ergebnisse dieser Arbeit können dazu beitragen, eine entsprechende theoretisch und empirisch begründete Diskussion anzuregen.

Der lateinamerikanische Kontext spielt bei dieser Thematik zweifellos eine große Rolle, aber dennoch ist die Forderung nach Ernährungssouveränität nicht auf diese Region bzw. auf die Länder des Südens beschränkt. Es handelt sich vielmehr um eine globale Bewegung, die zunehmend auch in den Ländern des Nordens diskutiert wird (vgl. dazu die Diskussionen und Beispiele in TRAUGER 2015). Vor allem die in jüngerer Zeit entstandenen und bislang nur unzureichend wissenschaftlich untersuchten Initiativen und Allianzen im Rahmen des Europäischen Forums für Ernährungssouveränität<sup>1</sup> sind für den deutschsprachigen Kontext dabei von besonderem Interesse. Die räumliche und politische Wirkmacht, die die Forderung, im Sinne eines *travelling concept* (vgl. NEUMANN und NÜNNING 2012 für eine andere Verwendung des Begriffes) oder eines *signifier on the move* (Kap. 2.2), hervorruft, wirft dabei neue und vielfältige Forschungsfragen auf, denen in Zukunft Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte: beispielsweise, inwiefern das Recht auf Ernährungssouveränität in einem nicht-ländlichen Kontext, also im urbanen Raum, adaptiert wird und mit anderen Rechtforderungen, insbesondere mit dem „Recht auf Stadt“, verbunden wird. Vor allem aber sollte dem zuvor angeführten Argument, dass die Forderung nach Ernährungssouveränität trotz seiner linkslibertären symbolischen Funktion in seiner tatsächlichen Entfaltung eine patriotische, ethnische und traditionalistische Einhegung und Abschottung hervorruft, Beachtung geschenkt werden. So ist es durchaus möglich, dass die Forderung im europäischen Kontext mit dem „Recht auf Heimat“ verknüpft wird und einem wirkmächtigen, recht-nationalen Diskurs den Boden bereitet. In Anbetracht der derzeitigen Stärke der sogenannten Neuen Rechten in Europa (vgl. BATHKE und HOFFSTADT 2013), z. B. in Form der Partei Alternative Für Deutschland (AFD), würde diese Interpretation von Ernährungssouveränität möglicherweise auf große politische Resonanz stoßen. Eine Untersuchung zu dieser Thematik wäre daher nicht nur wissenschaftlich interessant, sondern auch politisch angeraten.

### **Zu den Geographien der Gerechtigkeit und „flachen Ontologien“**

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurden Ansätze der Diskurs- und Hegemonietheorie, der agonistischen Demokratietheorie, der Gerechtigkeitstheorie und der Praktiken-theorie miteinander kombiniert und ein eigenständiger politisch-geographischer Analyseansatz entwickelt. In dessen Zentrum stehen die eng miteinander verbundenen Konzepte der „Gerechtigkeitstopologien“ und der „Souveränitätspraktiken“, die es aufgrund ihrer Universalität und Interdisziplinarität ermöglichen, den Blick über den Ernährungskontext hinaus zu richten. Sie bieten Orientierungshilfen und perspektivische „Linsen“, um nachvollziehen zu können, wie rechtbasierte Forderungen nach Souveränität, Selbstbestimmung und Autonomie in räumlicher, praktischer und inhaltlicher Hinsicht verstanden und auf ihren politischen und transformativen Charakter überprüft werden können.

<sup>1</sup> Beispielsweise fand im Oktober 2016 in Cluj-Napoca, Rumänien, das zweite Nyéléni Europa Forum für Ernährungssouveränität statt; vgl. [www.nyelenieurope.net](http://www.nyelenieurope.net) (zuletzt zugegriffen am 17.02.2017).

Dieser Analyserahmen ist daher nicht auf die Forderung nach Ernährungssouveränität beschränkt. Er kann und soll auch als ein Vorschlag dienen, andere (wieder) aufkommende, rechtbasierte und vor allem raumbezogene Forderungen hinsichtlich der oben genannten Aspekte zu untersuchen. Zu nennen sind z. B. das „Recht auf Stadt“, das „Recht auf indigene Autonomie“, die „Rechte auf sexuelle, informationelle und persönliche Selbstbestimmung“ oder das „Recht auf Heimat“. Damit leistet diese Arbeit auch einen substanziellen Beitrag zu aktuellen Debatten hinsichtlich der Geographien der (Un)gerechtigkeit und Geographien der Demokratisierung, die in der Humangeographie bislang nur wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten hat. Nennen lassen sich dabei vor allem die Arbeiten von Clive Barnett, der sich mit der räumlichen Produktion von Ungerechtigkeit und dem *all-affected principle*, d. h. mit grenzüberschreitenden Demokratisierungsprozessen, beschäftigt (vgl. u. a. BARNETT 2011, BARNETT 2012; BARNETT 2014; BARNETT und BRIDGE 2013). Auch in der deutschsprachigen Geographie gab es jüngst einige wenige Vorstöße, bei denen das Verhältnis von normativer Gerechtigkeitstheorie und Geographie eine größere Rolle gespielt hat (vgl. REDEPENNING 2013; ROTHFUSS 2012).

Wie außerdem in dieser Arbeit verdeutlicht wurde, weisen verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Humangeographie – von EVERTS (2016) über MARSTON et al. (2005), MOORE (2008), SWYNGEDOUW (1997) bis hin zu WOODWARD et al. (2010) – nicht nur auf die Kontingenz und unhinterfragte Essentialisierung von geographischen Ebenen hin. Sie zeigen auch, u. a. in Bezug auf Schatzki, dass ein Denken in einer „flachen“ Ontologie, d. h. bei der analytisch nur eine Ebene existiert, durchaus gewinnbringend für humangeographisches Arbeiten sein kann. Jüngst wurde diese Diskussion von SCHATZKI (2016a, 2016b) selbst untermauert. Die Konzepte der „Gerechtigkeitstopologien“ und der „Souveränitätspraktiken“ sowie die daraus gewonnenen empirischen Ergebnisse leisten insofern einen wichtigen Beitrag zu dieser Diskussion, da sie einen Vorschlag liefern, wie ein solch topologisches Raumverständnis angemessen konzeptioniert und in die empirische Feldforschung übertragen werden kann. Ähnlich wie es auch John ALLEN (2016) mit seinem Ansatz der *topologies of power* beschreibt, ermöglichen sie es außerdem, die politische Dimension des Sozialen und des Räumlichen in den Fokus zu nehmen. Jedoch können sie nur bedingt zeigen, wie genau der Prozess abläuft, mit dem sich einzelne *sites* flächenhaft miteinander zu *large phenomena* (z. B. eine soziale Bewegung wie La Vía Campesina) verbinden. Der Vorschlag SCHATZKIS (2016b) und die darauf aufbauende Diskussion EVERTS (2016) hinsichtlich der *chains of action* liefern dazu vielversprechende Impulse. Für die praktikentheoretisch orientierte Humangeographie – z. B. für Untersuchungen hinsichtlich der Vernetzungspraktiken von sozialen Bewegungen oder anderen *large phenomena* – werden diese noch nützlich sein.

### **Zum Verhältnis zwischen Diskurs- und Praktikentheorie**

Eine besondere Herausforderung bei der Erstellung des Analyserahmens war die Verbindung von erklärenden Theorien – gemeint sind insbesondere die Ansätze aus der agonis-

tischen Demokratietheorie und der Hegemonietheorie – mit der deskriptiven und vermeintlich unpolitischen Sozialontologie Schatzkis. Diese Brücke konnte vor allem deshalb widerspruchsfrei geschlagen werden, weil diese Theoriestränge eine mehr oder minder starke Fundierung in der Philosophie WITTGENSTEINS (2003 [1953]) haben. Das gilt gleichermaßen für die Theorien von Honig, Laclau und Mouffe, Schatzki und Tully. Insbesondere Wittgensteins – nicht nur auf verbale Äußerungen beschränkte – Theorie der Sprachspiele oder der Sprachpraxis bietet die Grundlage für die Annahme, dass soziale und bedeutungsverleihende Praktiken nie ohne Regeln ausgeübt werden können (vgl. BAUMANN et al. 2015, S. 228). Diese sind jedoch nicht fixiert, sondern können insbesondere in Situationen von erfahrener Ungerechtigkeit auch infrage gestellt und anders ausgeübt werden. Das bedeutet, dass immer davon ausgegangen werden muss, dass auch sehr verfestigte, gesellschaftliche und räumliche Ordnungen und (Un)gerechtigkeitsverhältnisse durch kleinste, unbedeutende oder banal wirkende Praktiken verändert werden können. Unabhängig von größeren politischen Umbrüchen können sie dazu beitragen, einen subtilen und sukzessiven Wandel von grundlegenden Verständnissen zu erwirken.

Daraus folgt, dass ein „leerer Signifikant“ oder überdefinierter „Knotenpunkt“ wie Ernährungssouveränität aus einer großen Vielfalt miteinander verwobener „Souveränitätspraktiken“ konstituiert wird. Jedoch handelt es sich nicht um einen äußeren Diskurs, der bestimmte Praktiken beeinflusst. Ernährungssouveränität ist vielmehr eine den Praktiken innewohnende abstrakte Zielvorgabe, die durch deren Ausübung hervortritt und reproduziert wird: So wäre der Diskurs der Ernährungssouveränität ohne die Praktiken des Produzierens, des Konsumierens und des Verteilens von Nahrungsmitteln nie entstanden. Und ohne die Praktiken des „miteinander über Landwirtschaft und Konsum Redens“ (also des Kommunizierens, des sich Vernetzens, des sich Inszenierens und des Informierens) hätte er nie eine größere räumliche Reichweite erlangt. Der dabei häufig entstehende Eindruck, dass es sich beim körperlichen Tun um Praktiken und beim verbalen oder schriftlichen Sagen um Diskurse, also um unterschiedliche Kategorien handelt, ist jedoch ein Fehlschluss. Ontologisch sind es immer dieselben Elemente und zwar zugleich soziale Praktiken (Schatzki) und artikulatorische Praktiken (Laclau und Mouffe), die sich auf unterschiedliche Art und Weise mit materiellen Dingen verbinden.

Damit liefert diese Arbeit auch einen Beitrag zu einer aktuellen humangeographischen Debatte zum Verhältnis zwischen diskurs- und praktikentheoretischen Ansätzen, die jüngst von BAUMANN et al. (2015) einen weiteren Impuls erhalten haben. Die darin aufgestellte These (ebd., S. 231 f.), dass beide Theoriestränge – vorausgesetzt sie stützen sich auf die gleiche Theriefamilie – sich ergänzen könnten und dass dadurch eine höhere Sensibilität hinsichtlich der oftmals komplexen und vielschichtigen praktischen Realität von „leeren Signifikanten“ ermöglicht werde, kann auf Grundlage der Ergebnisse dieser Arbeit uneingeschränkt gestützt werden. Die erklärende und komplexitätsreduzierende

Perspektive Laclaus und Mouffes widerspricht dabei nicht der beschreibenden und komplexitätsaffirmierenden Perspektive Schatzkis. Sie ergänzt die *site ontology* vielmehr durch die Annahme, dass die Vielfalt an Bündeln von Praktiken und Arrangements auch immer machtbeladene Bedeutung hervorbringen kann und damit antagonistische Verhältnisse entstehen, reproduziert oder angefochten werden.

Es handelt sich somit bei den Ansätzen von Laclau und Mouffe sowie von Schatzki durchaus um unterschiedliche Theorien mit unterschiedlichen Analysekatoren und Schwerpunkten. Um aber die Komplexität eines „leeren Signifikanten“ wie Ernährungssouveränität unter Berücksichtigung der politischen, der praktischen und der materiell-räumlichen Dimension empirisch nachvollziehen zu können, bietet es sich an, beide Theorien in den Blick zu nehmen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit macht es zwar durchaus Sinn, einen theoretischen Schwerpunkt bei der Interpretation der Ergebnisse (oder eines Teilbereichs der Ergebnisse) zu setzen. Wie ich in den Kapiteln 5.1.6 und 5.2.7 gezeigt habe, ist es dabei jedoch immer möglich, die jeweils andere Theorie mitzudenken. Auch zu dieser Thematik wären weitere, empirisch fundierte Forschungsarbeiten gewinnbringend. Diskurse und Praktiken sind keine separaten Entitäten, sondern es handelt sich um unterschiedliche Begrifflichkeiten bzw. Perspektiven auf ein und dieselben Phänomene. Daher sollte es auch der Anspruch der Humangeographie sein, sie – in Abhängigkeit von der jeweiligen Forschungsfrage – zusammendenken zu können.

### **Zur Reflektion der Feldforschung und zur Problematik des „Mitnehmens“**

Die Frage, ob es nun sinnvoll und vor allem ethisch vertretbar ist, als deutscher Wissenschaftler in Bolivien über Gerechtigkeit zu forschen und die Ergebnisse deutschsprachig zu veröffentlichen ist nicht einfach zu beantworten. Fest steht, dass dieser Aspekt nicht vernachlässigt werden sollte. So wurde beispielsweise im Rahmen der 8. Jahrestagung des Arbeitskreises Lateinamerika der DGfG gefordert, „reflexiv mit den Geltungsbedingungen unserer eigenen Wissensproduktion umzugehen“ (ROTHFUSS und HUTTA 2014, o. S.). Das bedeutet auch, sich mit der – in Anbetracht der von Fremdherrschaft bestimmten Geschichte Lateinamerikas – nicht unbedeutenden Problematik auseinanderzusetzen, dass die eigene Wissensproduktion immer in historisch gewachsene Machtverhältnisse eingebunden ist. So ist zunächst nicht von der Hand zu weisen, dass es ethisch fragwürdig erscheint, sich als deutscher Wissenschaftler nach Bolivien zu begeben und von dort Informationen eindeutig „mitzunehmen“, um sie in Deutschland (z. B. im Rahmen der erwähnten Workshops und Tagungen oder einer deutschsprachigen Veröffentlichung) zu präsentieren. Die hegemonialen Machtverhältnisse der Wissensproduktion zwischen Nord und Süd werden damit, so erscheint es, reproduziert. Um die Ergebnisse dieser Arbeit in den Untersuchungskontext „zurückzugeben“, sind Publikationen oder Tagungsbeiträge in Bolivien oder – besser noch – eine erneute Zusammenarbeit mit einer der genannten Nichtregierungs- oder Forschungsorganisationen zweifellos sinnvoll.

Mit der Forderung nach Ernährungssouveränität habe ich jedoch ein globales Phänomen untersucht, das auch in Europa diskutiert wird. Die untersuchten Praktiken sind daher nicht rein „bolivianisch“, sondern immer als Teil eines vernetzten Bestrebens zu verstehen, eine „andere Welt“ zu erschaffen. Das Ziel meiner Arbeit war es, einzelne Praktiken dieser Bewegung in einem Kontext nachzuvollziehen und zu verstehen, in dem sie sich – wie an kaum einem anderen Ort auf der Welt – entfalten. Es war hingegen nicht meine Absicht, technische Handlungsvorschläge zu unterbreiten, wie z. B. landwirtschaftliche Produktion besser oder effizienter gemacht werden könnte. Für viele meiner produzierenden Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner eröffnete ich daher möglicherweise eine neue Perspektive: Häufig vernahm ich bei der Kontaktaufnahme und der Vorstellung meines Projektes eine – offenbar aus der Erfahrung geborene – Erwartungshaltung: So wurde mir häufig die Frage gestellt, ob ich als europäischer und studierter *técnico* (Sachverständiger) mit einem Entwicklungsprojekt helfen werde, die landwirtschaftliche Situation zu verbessern. Wenn ich dies jedoch verneinte und sie darum bat, mir von ihrem Leben und ihrer Produktionsweise zu erzählen, wurde mir zunächst Verwundrung, in der Folge aber keine Enttäuschung, sondern eher eine mitteilungsfreudige Offenheit entgegengebracht. Schließlich beabsichtigte ich nicht, ihnen zu sagen, was sie tun sollten, im Gegenteil: Ich war gekommen, um von meinen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern zu lernen und zu verstehen, wie sie leben, arbeiten und Ernährungssouveränität einfordern. In vielen Interviews traf ich so auf Produzierende, die mir voller Engagement von ihren landwirtschaftlichen Praktiken berichteten und die mir ihre Produkte, ihr selbstproduziertes Saatgut und die Herstellung ihrer Düngemittel präsentierten.

Zunächst hielt ich diese Offenheit für eine landestypische Gastfreundlichkeit. Später wurde mir jedoch bewusst, dass dies nicht der einzige Grund war: Für diese Momente schien ich durch mein Interesse und durch meine soziale Position als forschender Europäer (mit der sie wiederum mir Anerkennung gewährten) die Funktion einzunehmen, die globale Öffentlichkeit zu repräsentieren, an die sich die jeweiligen Praktiken richteten. Durch diese situative Verknüpfung von Forschungspraktiken und den zu untersuchenden Praktiken entstanden spezifische Untersuchungsorte, dichte *event spaces*, die situativ ebenfalls zu räumlichen Bestandteilen der Forderung nach Ernährungssouveränität wurden und in denen sich der Kampf um Anerkennung, Umverteilung und Selbstbestimmung widerspiegelte. Aus diesem Grund ist es meines Erachtens auch ethisch vertretbar, Informationen aus Bolivien „mitzunehmen“. Ich reproduzierte durch meine Forschungspraktiken weder hegemoniale Machtverhältnisse noch klischeehafte Vorstellungen des wissenschaftlich „überlegenen“ Europäers, sondern wies vielmehr darauf hin, dass die Forderung nach Ernährungssouveränität in Deutschland kaum bekannt sei und meine Arbeit dazu diene, dieses Phänomen in die deutschsprachige wissenschaftliche Diskussion einzubringen und bekannt zu machen.

Ganz offensichtlich war und bin ich jedoch nicht der einzige ausländische Sozialwissenschaftler, der in Bolivien forsch(t)e. In Folge der progressiven politischen Ankündigungen der MAS-Regierung hat das Land in den letzten zehn Jahren eine hohe internationale Aufmerksamkeit erfahren. Oftmals hatte ich während des Feldaufenthaltes das Gefühl, dass sich gegenwärtig in Bolivien eine Art des „Wissenschaftstourismus“ entwickelt. Immer wieder traf ich in den nationalen Vertretungen der indigenen und bäuerlichen Organisationen auf Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus Nordamerika, Europa aber auch aus anderen lateinamerikanischen Staaten, die z. B. über das *vivir bien*, die *consulta previa* (vorherige Konsultation und Partizipation der indigenen Völker) oder über andere Themen wie Ressourcenausbeutung und den Postneoliberalismus forschten. Diese Entwicklung vor dem historischen Hintergrund Boliviens aus einer ethischen und methodischen Perspektive zufriedenstellend zu bewerten, fällt wiederum schwer. Ich möchte jedoch zum Abschluss dieser Arbeit einen Versuch wagen:

Einerseits macht die bolivianische Regierung außenpolitisch (z. B. im Rahmen der UN-Klimakonferenzen) immer wieder darauf aufmerksam, dass sich das Land dekolonisieren und sich vom Neoliberalismus und westlichen Paradigmen lossagen will. Dass solche Ankündigungen einer „alternativen Modernität“ (vgl. ESCOBAR 2010) gerade in den Ländern auf politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit stoßen, zu denen diese Differenz hergestellt wird, ist daher nur zu verständlich. Andererseits kann jedoch die Regelmäßigkeit, mit der einzelne Repräsentantinnen und Repräsentanten der kleinbäuerlichen oder indigenen Organisationen interviewt werden, dazu führen, dass routinemäßig nur noch das erzählt wird, was „einfach und bequem“ ist und vor allem, was die jeweiligen Forschenden in dem Moment hören wollen. Ein Fehlschluss wäre jedoch, die so gewonnenen Daten als falsche oder verzerrte Ergebnisse zu behandeln. Es handelt sich vielmehr um spezifische Realitätskonstruktionen, die entsprechend dieser Situation interpretiert werden müssen.

Darüber hinaus kann das große westliche Interesse an der „alternativen Modernität“ auch dazu führen, dass sich die kolonial konnotierten Klischees des „forschenden und modernen Europäers“ und des „armen, rückständigen *indios*“ (oder auch des „edlen Wilden“; vgl. FATHEUER 2011, S. 23) auf beiden Seiten – trotz sozialkonstruktivistischer Ankündigungen – verfestigen oder neu hergestellt werden. Für die Fragen, wie mit dieser Problematik methodisch und ethisch umgegangen werden sollte, ist wiederum weitere ethnographische Forschung notwendig und wünschenswert (vgl. für entsprechende Vorschläge LIAMPUTTONG 2008; ROTHFUSS 2009; für Lateinamerika Schurr und SEGEBART 2012). Diese würde zwar erneut dazu führen, dass jemand von „außen“ den bolivianischen Kontext untersucht und Wissen „mitnimmt“, in einem solchen Fall würden jedoch weniger inhaltliche Aspekte untersucht. Es würde vielmehr den übergeordneten Fragen nachgegangen werden, welche methodischen Schwierigkeiten auftreten können und vor allem, wie ethnographische Forschung aus einer ethischen Perspektive im Untersuchungskontext empfunden wird.

Die sich nun möglicherweise aufdrängende und abschließende Frage, wie es in Bolivien weitergeht, ob sich das Land auf einem „guten Weg“ zu einer ernährungssouveränen Gesellschaft befindet oder nicht, kann diese Arbeit nicht zufriedenstellend beantworten, da der „fragile Frühzustand“ dieses Rechtes noch keine entsprechenden Schlussfolgerungen zulässt. Dies entsprach aber auch nicht ihrer Zielsetzung. Im Vordergrund stand vielmehr, aufzuzeigen, was Menschen konkret machen, was sie tun und sagen, um souverän zu bleiben oder zu werden; das bedeutet, das Recht auf Ernährungssouveränität als eine politische Strategie, als ein „moralisches Prinzip“ und als Teil einer globalen Bewegung zu verstehen, die ihre ganz eigenen Geographien oder besser „Topologien der Gerechtigkeit“ erschafft.



## 7 Literaturverzeichnis

### **Bücher, Zeitschriftenartikel und weitere wissenschaftliche Literatur:**

- ACOSTA, A. (2009): Das „Buen Vivir“. Die Schaffung einer Utopie. In: *Juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht und Gesellschaft* 4, S. 219-223.
- ADNAN, S. (2013): Land grabs and primitive accumulation in deltaic Bangladesh: interactions between neoliberal globalization, state interventions, power relations and peasant resistance. In: *The Journal of Peasant Studies* 40 (1), S. 87-128.
- AGAMBEN, G. (2005): *State of exception*. Chicago: Chicago University Press.
- AGLIETTA, M. (2000 [1979]): *A theory of capitalist regulation. The US experience*. London/New York: Verso.
- AGNEW, J. (1994): The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory. In: *Review of International Political Economy* 1 (1), S. 53-80.
- AGNEW, J. (2005): Sovereignty regimes: Territoriality and state authority in contemporary world politics. In: *Annals of the Association of American Geographers* 95 (2), S. 437-461.
- AGNEW, J. (2009): *Globalization and sovereignty*. Lanham: Rowman and Littlefield.
- AKRAM-LODHI, A. H. und C. KAY (2009) (Hrsg.): *Peasants and globalization: Political economy, rural transformation and the agrarian question*. Routledge ISS Studies in Rural Livelihoods. London/New York: Routledge.
- AKRAM-LODHI, A. H. (2013): How to build food sovereignty. Conference Paper 15. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [https://www.tni.org/files/download/15\\_akramlodi\\_2013-1.pdf](https://www.tni.org/files/download/15_akramlodi_2013-1.pdf) (zuletzt aufgerufen am 29.01.16).
- ALLEN, J. (2016): *Topologies of power. Beyond territory and networks*. Oxford/New York: Routledge.
- ALTIERI, M. A. (2002): Agroecology: the science of natural resource management for poor farmers in marginal environments. In: *Agriculture, Ecosystems and Environment* 93 (1-3), S. 1-24.
- ALTIERI, M. A. und V. M. TOLEDO (2011): The agroecological revolution in Latin America: rescuing nature, ensuring food sovereignty and empowering peasants. In: *The Journal of Peasant Studies* 38 (3), S. 587-612.
- ALTVATER, E. (Hrsg.) (2006): *Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac*. Hamburg: VSA-Verlag.
- ALVAREZ, S. E., E. DAGNINO und A. ESCOBAR (1998): Introduction: The cultural and the political in Latin American social movements. In: ALVAREZ, S. E., E. DAGNINO und A. ESCOBAR (Hrsg.): *Cultures of politics, politics of cultures: Re-visioning Latin American social movements*. Boulder: Westview Press, S. 1-29.
- ANDERSON, B. (2003 [1983]): *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London/New York: Verso.

- BELINA, B. und B. MICHEL (Hrsg.) (2011 [2007]): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BENHABIB, S. (1994): Deliberative rationality and models of democratic legitimacy. In: *Constellations* 1 (1), S. 26-52.
- BENHABIB, S. (1996): *Democracy and difference. Contesting the boundaries of the political.* Princeton: Princeton University Press.
- BENHABIB, S. (2004): *The rights of others: Aliens, residents, and citizens.* Cambridge: Cambridge University Press.
- BERKES, F. (1999): *Sacred ecology. Traditional ecological knowledge and resource management.* Philadelphia: Taylor & Francis.
- BERNSTEIN, H. (2003): Farewell to the peasantry. In: *Transformation: Critical Perspectives on Southern Africa* 52, S. 1-19.
- BERNSTEIN, H. (2014): Food sovereignty via the 'peasant way': a sceptical view. In: *The Journal of Peasant Studies* 41 (6), S. 1031-1063.
- BERNSTEIN, H. und T. J. BYRES (2001): From peasant studies to agrarian change. In: *Journal of Agrarian Change* 1 (1), S. 1-56.
- BEUCHELT, T. und D. VIRCHOW (2012): Food sovereignty or the human right to adequate food: which concept serves better as international development policy for global hunger and poverty reduction? In: *Agriculture and Human Values* 29 (2), S. 259-273.
- BLOMLEY, N. K., D. DELANEY und R. T. FORD (Hrsg.) (2001): *The legal geographies reader: Law, power, and space.* Oxford: Blackwell Publishers.
- BOECKLER, M., P. DIRKSMEIER und U. ERMANN (2014): Geographien des Performativen. In: *Geographische Zeitschrift* 102 (3), S. 129-132.
- BORRAS JR., S. M. (2004): *La Vía Campesina: an evolving transnational social movement.* TNI Briefing Series no. 2004/6. Amsterdam: Transnational Institute.
- BORRAS JR., S. M. und J. C. FRANCO (2009): *Transnational agrarian movements struggling for land and citizenship rights.* IDS working paper 323. Brighton: Institute of Development Studies (IDS).
- BOURDIEU, P. (1977): *Outline of a theory of practice.* Cambridge: Cambridge University Press.
- BOVÉ, J. (2001): A farmers' international? In: *New Left Review* 12, S. 89-101.
- BOVÉ, J. und F. DUFOUR (2001): *The world is not for sale: Farmers against junk food.* London/New York: Verso.
- BRASS, T. (Hrsg.) (2003): *Latin American peasants.* London: Frank Cass Publishers.
- BRAND, U., I. M. RADHUBER und A. SCHILLING-VACAFLOR (Hrsg.) (2012): *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen.* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BRAND, U. (2016): Lateinamerika: Das Ende der linken Epoche? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/16, S. 93-100.

- ARAGHI, F. A. (1995): Global depeasantization, 1945-1990. In: *The Sociological Quarterly* 36 (2), S. 337-368.
- ARAÚJO, S. (2010): The promise and challenges of food sovereignty policies in Latin America. In: *Yale Human Rights & Development Law Journal* 13 (1), S. 493-506.
- ARENDT, H. (1949): Es gibt nur ein einziges Menschenrecht. In: *Die Wandlung* 4 (3), S. 754-770.
- ARENDT, H. (1998 [1958]): *The human condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- ARENDT, H. (2003): *Vita Activa, oder vom tätigen Leben*. München: Piper.
- ARENDT, H. (2006 [1961]): What is freedom? In: ARENDT, H. (Hrsg.): *Between Past and Future*. London: Penguin Books, S. 142-169.
- ARENDT, H. (2011 [1955]): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München: Piper.
- ATTOH, K. A. (2011): What *kind* of right is the right to the city? In: *Progress in Human Geography* 35 (5), S. 669-685.
- BALZA ALARCÓN, R. (2001): *Tierra, territorio y territorialidad indígena*. In: *Serie Pueblos Indígenas de las Tierras Bajas de Bolivia*. St. Cruz: APCOB.
- BARNETT, C. (2011): *Geography and ethics: Justice unbound*. In: *Progress in Human Geography* 35 (2), S. 246-255.
- BARNETT, C. (2012): *Situating the geographies of injustice in democratic theory*. In: *Geoforum* 43 (4), S. 677-686.
- BARNETT, C. (2014): *What do cities have to do with democracy?* In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38 (5), S. 1625-1643.
- BARNETT, C. und G. BRIDGE (2013): *Geographies of radical democracy: Agonistic pragmatism and the formation of affected interests*. *Annals of the Association of American Geographers* 103 (4), S. 1022-1040.
- BARRAGÁN, R. (2007): *Comunidades poco imaginadas. Poblaciones envejecidas y escindidas*. In: URIOSTE, M., R. BARRAGÁN und G. COLQUE (Hrsg.): *Los nietos de la Reforma Agraria. Tierra y comunidad en el Altiplano de Bolivia*. La Paz: Fundación Tierra, S. 1-26.
- BATHKE, P. und A. HOFFSTADT (Hrsg.) (2013): *Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus*. Köln: PapyRossa Verlag.
- BAUMANN, C., A. TIJÉ-DRA und J. WINKLER (2015): *Geographien zwischen Diskurs und Praxis – Mit Wittgenstein Anknüpfungspunkte von Diskurs- und Praxistheorie denken*. In: *Geographica Helvetica* 70, S. 225-237.
- BEAUREGARD, S. (2009): *Food policy for people: Incorporating food sovereignty principles into state governance. Case studies of Venezuela, Mali, Ecuador, and Bolivia*. Los Angeles: Urban and Environmental Policy, Occidental College. URL: <http://ieham.org/html/docs/Incorporating%20food%20sovereignty%20principles%20into%20State%20governance.pdf> (zuletzt aufgerufen am 29.01.16).
- BEBBINGTON, A. (2009): *The new extraction. Rewriting the political ecology of the Andes?* In: *NACLA Report on the Americas* 42 (5), S. 12-20.

- BRENNER, N., J. PECK und N. THEODORE (2010): After neoliberalization? In: *Globalizations* 7 (3), S. 327-345.
- BURBACH, R. (2008): The rise of food fascism: Allied to global agribusiness, agrarian elite foments coup in Bolivia. In: *Global Alternatives*. Berkeley: Center for the Study of the Americas. URL: <http://globalalternatives.org/node/87> (zuletzt aufgerufen am 22.03.2016).
- BURNETT, K. und S. MURPHY (2013): What place for international trade in food sovereignty? Conference Paper 2. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [https://www.tni.org/files/download/2\\_burnett\\_murphy\\_2013.pdf](https://www.tni.org/files/download/2_burnett_murphy_2013.pdf) (zuletzt aufgerufen am 02.02.2016).
- BUTLER, J. (1990): *Gender trouble. Feminism and the subversion of identity*. London/New York: Routledge.
- BUTTKEREIT, H. (2012): Das TIPNIS-Problem. In: *amerika21. Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika*. URL: <https://amerika21.de/analyse/49174/tipnis-problem> (zuletzt aufgerufen am 12.01.16).
- BUXTON, N. (2008): Economic strings. The politics of foreign debt. In: SHULTZ, J. und M. CRANE DRAPER (Hrsg.): *Dignity and defiance. Stories from Bolivia's challenge to globalization*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- CAMPBELL, H. (2009): Breaking new ground in food regime theory: corporate environmentalism, ecological feedbacks and the 'food from somewhere' regime? In: *Agriculture and Human Values* 26 (4), S. 309-319.
- CARIMENTRAND, A., A. BAUDOIN, P. LACROIX, D. BAZILE und E. CHIA (2015): Quinoa trade in Andean countries: Opportunities and challenges for family. In: BAZILE, D., H. D. BERTERO und C. NIETO (Hrsg.): *State of the art report on quinoa around the world in 2013*. Rom: FAO, S. 330-342.
- CASTAÑÓN BALLIVIÁN, E. (2014): *Las dos caras de la moneda: Agricultura y seguridad alimentaria en Bolivia*. Berlin: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika.
- CHANG, H. (2008): *Autoethnography as method*. Walnut Creek: Left Coast Press.
- CHÁVEZ LEÓN, P. und D. MOKRANI CHÁVEZ (2012): Das Öffnen politischer Horizonte in Bolivien durch die sozialen Bewegungen. In: BRAND, U., I. M. RADHUBER und A. SCHILLING-VACAFLOR (Hrsg.): *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 42-64.
- CLAEYS, P. (2012): The creation of new rights by the food sovereignty movement: The challenge of institutionalizing subversion. In: *Sociology* 46 (5), S. 844-860.
- COCKBURN, J. (2013): Bolivia's food sovereignty & agrobiodiversity: undermining the local to strengthen the state? Conference Paper 59. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [https://www.tni.org/files/download/59\\_cockburn\\_2013\\_0.pdf](https://www.tni.org/files/download/59_cockburn_2013_0.pdf) (zuletzt aufgerufen am 12.01.16).

- COLLIÈRE, P. und M. CRUZ (2011): Plan de gestión territorial comunidad agroecológica Tierra Prometida y su reglamento de acceso, uso y manejo de la tierra y de los recursos naturales una propuesta de sociedad alternativa y revolucionaria. St. Cruz: AVSF, CEJIS, MST-B.
- CONNOLLY, W. E. (1995): *The ethos of pluralization*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- CONNOLLY, W. E. (1996): *Suffering, justice and the politics of becoming. Transformations. comparative study of social transformations*. CSST Working Paper 113. Ann Arbor: University of Michigan.
- COOK, I. (2004): Follow the thing: Papaya. In: *Antipode* 36 (4), S. 642-664.
- COOK, I. et al. (2006): Geographies of food: following. In: *Progress in Human Geography* 30 (5), S. 655-666.
- COOK, I. und M. CRANG (2006): The world on a plate: culinary culture, displacement and geographical knowledge. In: *Journal of Material Culture* 1 (2), S. 131-153.
- CRANG, M. und I. COOK (2007): *Doing ethnographies*. London: SAGE Publications.
- CRESWELL, T. (1996): *In place / out of place. Geography, ideology, and transgression*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- CRESWELL, T. (2013): *Geographic thought: a critical introduction*. Malden: Wiley-Blackwell.
- DÁRAVOS SARAVIA, A. (2013): Políticas públicas der seguridad alimentaria con soberanía en Bolivia. Documento preparado para el proyecto seguridad alimentaria, tierra y territorio en Bolivia. La Paz: Fundación Tierra.
- DE SCHUTTER, O. (2011): The transformative potential of agroecology. In: HOLT-GIMÉNEZ, E. (Hrsg.): *Food movements unite! Strategies to transform our food systems*. New York: Food First Books, S. 223-242.
- DE VILLE, J. (2008). Sovereignty without sovereignty: Derrida's Declarations of Independence. In: *Law and Critique*, 19 (2), S. 87-114.
- DERRIDA, J. (2002): Declarations of independence. In: DERRIDA, J. und E. ROTTENBERG (Hrsg.): *Negotiations: Interventions and interviews, 1971-2001*. Stanford: Stanford University Press, S. 46-54.
- DERRIDA, J. (2009 [2001-2002]): The beast and the sovereign. Volume I. In: LISSE, M., M.-L. MALET und G. MICHAUD (Hrsg.): *The beast and the sovereign. Volume I*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- DESMARAIS, A. (2007): *La Vía Campesina: Globalization and the Power of Peasants*. London: Pluto Press.
- DIRKSMEIER, P. (2009): *Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land*. Bielefeld: transcript.
- DREHER, M. und E. DREHER (1991): Gruppendiskussionsverfahren. In: FLICK, U., E. VON KARDORFF, H. KEUPP, L. VON ROSENSTIEL und S. WOLFF (Hrsg.): *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. München: Beltz – Psychologie Verlags Union, S. 186-188.

- DÜNCKMANN, F. (im Erscheinen): The site of the political: Reconsidering Arendt as a practice theorist. In: *Environment and Planning D: Society and Space*.
- DÜNCKMANN, F. und B. FLADVAD (2016): The practice of changing the rules of practice: An agonistic view on food sovereignty. In: *Geographische Zeitschrift* 104 (1), S. 25-49.
- EDELMAN, M. (2005): Bringing the moral economy back in...to the study of 21st-century transnational peasant movements. In: *American Anthropologist* 107 (3), S. 331-345.
- EDELMAN, M. (2014): Food sovereignty: forgotten genealogies and future regulatory challenges. In: *The Journal of Peasant Studies* 41 (6), S. 959-978.
- EDELMAN, M., T. WEIS, A. BAVISKAR, S. M. BORRAS JR. und E. HOLT-GIMÉNEZ (2014): Introduction: critical perspectives on food sovereignty. *The Journal of Peasant Studies* 41 (6), S. 911-931.
- ELDEN, S. (2013): *The birth of territory*. Chicago: University of Chicago Press.
- ERMANN, U. (2006): Geographien moralischen Konsums. Konstruierte Konsumenten zwischen Schnäppchenjagd und fairem Handel. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 81 (2), S. 197-220.
- ERMANN, U. (2015): „Wissen, wo's herkommt“ – Geographien des guten Essens, der Transparenz und der Moral der Herkunft von Lebensmitteln In: STRÜVER, A. (Hrsg.): *Geographien der Ernährung – Zwischen Nachhaltigkeit, Unsicherheit und Verantwortung*. Hamburger Symposium Geographie, Band 7: Hamburg: Institut für Geographie der Universität Hamburg, S. 77-94.
- ERMANN, U. und M. REDEPENNING (2010): Gute Räume – schlechte Räume? Zum Verhältnis von Moral und Raum in der Geographie. In: *Geographische Revue* 12 (1), S. 5-20.
- ESCOBAR, A. (2010): Latin America at a crossroads. Alternative modernizations, post-liberalism, or post-development? In: *Cultural Studies* 24 (1), S. 1-65.
- EVERTS, J. und P. JACKSON (2009): Modernisation and the practices of contemporary food shopping. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 27 (5), S. 917-935.
- EVERTS, J., M. LAHR-KURTEN und M. WATSON (2011): Practice Matters! Geographical inquiry and theories of practice. In: *Erdkunde* 65 (4), S. 323-334.
- EVERTS, J. (2016): Connecting sites: practice theory and large phenomena. In: *Geographische Zeitschrift* 104 (1), S. 50-67.
- Food and Agriculture Organisation (FAO) (2015): *The state of food insecurity in the world. Meeting the 2015 international hunger targets: taking stock of uneven progress*. Rom: FAO.
- FATHEUER, T. (2011): *Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur*. Band 17 der Schriftenreihe Ökologie. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

- FAUST, H. (2007): Vergleichende Kulturgeographie. Empirische Befunde regionaler Integrationsprozesse in tropischen Agrarkolonisationsräumen Boliviens, der Elfenbeinküste und Indonesiens. Göttingen: Göttinger Geographische Abhandlungen.
- FERNANDES, B. M. (2009): Sobre a tipologia de territórios. In: SAQUET, M. A. und E. S. SPOSITO (Hrsg.): Territórios e territorialidades: teoria, processos e conflitos. São Paulo: Expressão Popular, S. 197-215.
- FLICK, U. (2004): Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- FLICK, U. (2007 [2002]): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung. Reinbek: Rowohlt Verlag.
- FOUCAULT, M. (1978): The history of sexuality. Volume I: An introduction. New York: Pantheon Books.
- FRASER, N. und A. HONNETH (Hrsg.) (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- FRASER, N. (1995a): From redistribution to recognition: Dilemmas of justice in a 'post-socialist' age. In: *New Left Review* 212, S. 68–93
- FRASER, N. (1995b): Recognition or redistribution? A critical reading of Iris Young's 'Justice and the politics of difference'. In: *Journal of Political Philosophy* 3 (2), S. 166-180.
- FRASER, N. (2003a): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: FRASER, N. und A. HONNETH (Hrsg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 13-128.
- FRASER, N. (2003b): Anerkennung bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Eine Erwiderung auf Axel Honneth. In: FRASER, N. und A. HONNETH (Hrsg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 225-270.
- FRASER, N. (2005): Reframing justice in a globalizing world. In: *New Left Review* 36, S. 1-19.
- FRASER, N. (2008): Scales of justice: reimagining political space in a globalizing world. New York: Columbia University Press.
- FRIEDMANN, H. und P. MCMICHAEL (1989): Agriculture and the state system: the rise and fall of national agricultures, 1870 to the present. *Sociologia Ruralis* 29 (2), S. 93-117.
- FRIEDMANN, H. (1993): The political economy of food: a global crisis. In: *New Left Review* I/197, S. 29-57.
- FULLER, D. (2008): Public geographies: taking stock. In: *Progress in Human Geography* 32 (6), S. 834-844.
- GADAMER, H.-G. (2010 [1960]): Hermeneutik I: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag.
- GADINGER, F., S. JARZEBSKI und T. YILDIZ (Hrsg.) (2014): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.

- GALEANO, E. (2004 [1971]): *Las venas abiertas de América Latina*. México, DF: Siglo Veintiuno Editores.
- GEBHARDT, H., P. REUBER und G. WOLKERSDORFER (2003): *Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven*. In: GEBHARDT, H., P. REUBER und G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): *Kulturgeographie: Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*. Heidelberg: Spektrum, S. 1-27.
- GIAVARINI, M. B. (2013): *Procesos de legalización de los transgénicos en Bolivia*. In: *Biodiversidad en América Latina y El Caribe*. URL: [http://www.biodiversidadla.org/Portada\\_Principal/Documentos/Procesos\\_de\\_legalizacion\\_de\\_los\\_transgenicos\\_en\\_Bolivia](http://www.biodiversidadla.org/Portada_Principal/Documentos/Procesos_de_legalizacion_de_los_transgenicos_en_Bolivia) (zuletzt aufgerufen am 29.04.2016).
- GIDDENS, A. (1984): *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*. Cambridge: Polity Press.
- GLASS, M. R. und R. ROSE-REDWOOD (Hrsg.) (2014): *Performativity, politics, and the production of social space*. London/New York: Routledge.
- GLASZE, G. und A. MATTISSEK (Hrsg.) (2009a): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript.
- GLASZE, G. und A. MATTISSEK (2009b): *Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe*. In: GLASZE, G. und A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript, S. 153-179.
- GLASZE, G. (2008): *Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden*. In: *Historical Social Research* 33 (1), S. 185-223.
- GOLD, R. L. (1958): *Roles in sociological field observations*. In: *Social Forces* 36 (3), S. 217-223.
- GOODMAN, M. (2004): *Reading fair trade: political ecological imaginary and the moral economy of fair trade foods*. In: *Political Geography* 23 (7), S. 891-915.
- GRAMSCI, A. (1971): *Selections from the prison notebooks*. London: Lawrence and Wishart.
- GRATTON, P. (2012): *The state of sovereignty. Lessons from the political fiction of modernity*. SUNY series in contemporary French thought. Albany: State University of New York Press.
- GRAY MOLINA, G. (2010): *The challenge of progressive change under Evo Morales*. In: WEYLAND, K., R. L. MADRID und W. HUNTER (Hrsg.): *Leftist governments in Latin America. Successes and shortcomings*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 57-76.
- GRAY MOLINA, G. (2012): *Der post-neoliberale Raum in Bolivien*. In: BRAND, U., I. M. RADHUBER und A. SCHILLING-VACAFLOR (Hrsg.): *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 182-195.

- GREGSON, N. und G. ROSE (2000): Taking Butler elsewhere: Performativities, spatialities and subjectivities. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 18 (4), S. 433-452.
- GRUGEL, J. und P. RIGGIROZZI (2012): Post-neoliberalism in Latin America: Rebuilding and reclaiming the state after crisis. In: *Development and Change* 43 (1), S. 1-21.
- GUDYNAS, E. (2011): Buen vivir: Germinando alternativas al desarrollo. In: *América Latina en Movimiento* 462, S. 1-20.
- GUHA, R. (2001): Subaltern Studies. Projects for our time and their convergence. In: RODRÍGUEZ, I. (Hrsg.): *The Latin American Subaltern Studies reader*. Durham and London: Duke University Press, S. 35-46.
- GÜNDOĞDU, A. (2011): Perplexities of the rights of man: Arendt on the aporias of human rights. In: *European Journal of Political Theory* 0 (0), S. 1-21.
- GÜNZEL, S. (2007): Raum – Topographie – Topologie. In: GÜNZEL, S. (Hrsg.): *Topologie. Zur Raumbeschreibung in den Kultur- und Medienwissenschaften*. Bielefeld: transcript, S. 13-29.
- HABERMAS, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- HALE, C. R. (2005): Neoliberal multiculturalism. The remaking of cultural rights and racial dominance in Central America. In: *PoLAR: Political and Legal Anthropology Review* 28 (1), S. 10-19.
- HALE, C. R. (2006): Rethinking indigenous politics in the era of the “indio permitido”. In: BALLVÉ, T. und V. PRASHAD (Hrsg.): *Dispatches from Latin America: Experiments against neoliberalism*. New Delhi: LeftWord Books, S. 266-282.
- HANNAH, M. (2015): Aufmerksamkeit und geographische Praxis. In: *Geographische Zeitschrift* 103 (3), S. 131-150.
- HARDT, M. und A. NEGRI (2000): *Empire. Globalization as a new Roman order, awaiting its early Christians*. Cambridge: Harvard University Press.
- HARDT, M. und A. NEGRI (2004): *Multitude: War and democracy in the age of empire*. New York: The Penguin Press.
- HARTWICK, E. (2000): Towards a geographical politics of consumption. In: *Environment and Planning A* 32 (7), S. 1177-1192.
- HARVEY, D. (1990): Between space and time: reflections on the geographical imagination. In: *Annals of the Association of American Geographers* 80 (3), S. 418-434.
- HARVEY, D. (2003): *The New Imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- HARVEY, D. (2008): The right to the city. In: *New Left Review* 53, S. 23-40.
- HAUBRICH, D. (2015): Sicher unsicher. Eine praktikentheoretische Perspektive auf die Un-/ Sicherheiten der Mittelschicht in Brasilien. Bielefeld: transcript.
- HEIDEGGER, M. (2006 [1927]): *Sein und Zeit*. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- HITCHINGS, R. (2012): People can talk about their practices. In: *Area* 44 (1), S. 61-67.
- HOBBSAWM, E. J. (1994) *The age of the extremes: the short twentieth century 1914–1991*. London: Abacus.

- HOLT-GIMÉNEZ, E. (2006): *Campesino a campesino: Voices from Latin America's farmer to farmer movement for sustainable agriculture*. Oakland: Food First Books.
- HOLT-GIMÉNEZ, E. (Hrsg.) (2010): Linking farmers' movements for advocacy and practice. In: *The Journal of Peasant Studies* 37 (1), S. 203-236.
- HOLT-GIMÉNEZ, E. (Hrsg.) (2011): *Food movements unite! Strategies to transform our food systems*. New York: Food First Books.
- HOLT-GIMÉNEZ, E. und M. A. ALTIERI (2013): Agroecology, food sovereignty, and the new green revolution. In: *Agroecology and Sustainable Food Systems* 37 (1), S. 90-102.
- HONIG, B. (2009): *Emergency politics. Paradox, law, democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- HONNETH, A. (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- HONNETH, A. (2003a): Umverteilung als Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser. In: FRASER, N. und A. HONNETH (Hrsg.): *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 129-224.
- HONNETH, A. (2003b): Die Pointe der Anerkennung. Eine Entgegnung auf die Entgegnung. In: FRASER, N. und A. HONNETH (Hrsg.): *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 271-305.
- HOOVER, J. (2013): Towards a politics for human rights: Ambiguous humanity and democratizing rights. In: *Philosophy & Social Criticism* 39 (9), S. 935-961.
- HOPMA, J. und M. WOODS (2014): Political geographies of 'food security' and 'food sovereignty'. In: *Geography Compass* 8 (11), S. 773-784.
- HÖRNING, K. H. und J. REUTER (Hrsg.) (2004): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*. Bielefeld: transcript.
- ISIN, E. F. (2008): Theorizing acts of citizenship. In: ISIN, E. F. und G. M. NIELSEN (Hrsg.): *Acts of citizenship*. London/New York: Zed Books, S. 15-43.
- JACKSON, P. (2010): Food stories: consumption in an age of anxiety. In: *Cultural Geographies* 17 (2), S. 147-165.
- JACKSON, P. (2015): *Anxious appetites: food and consumer culture*. London: Bloomsbury.
- JANSEN, K. (2014): *Food Sovereignty: Re-peasantization/ dispossession/ agroecology versus expanded reproduction*. Conference Paper 92. Food Sovereignty: A Critical Dialogue. 24. Januar 2014. Den Haag: International Institute of Social Studies (ISS). URL: [http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research\\_and\\_projects/Research\\_networks/ICAS/92\\_Kees\\_Jansen.pdf](http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research_and_projects/Research_networks/ICAS/92_Kees_Jansen.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30.01.2016).
- JAROSZ, L. (2014): Comparing food security and food sovereignty discourses. In: *Dialogues in Human Geography* 4 (2), S. 168-181.
- KALMO, H. und Q. SKINNER (Hrsg.) (2010): *Sovereignty in fragments. The past, present and future of a contested concept*. Cambridge: Cambridge University Press.

- KALTMEIER, O. (2009): Das Land neu gründen: Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika. In: MITTAG, J. und G. ISMAR (Hrsg.): Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 339-363.
- KAUTSKY, K. (1966 [1899]): Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Hannover: Dietz Verlag.
- KENNEMORE, A. und G. WEEKS (2011): Twenty-first century socialism? The elusive search for a post-neoliberal development model in Bolivia and Ecuador. In: Bulletin of Latin American Research 30 (3), S. 267-281.
- KERSSEN, T. (2013): Food sovereignty and the quinoa boom in Bolivia. Conference Paper 79. Food Sovereignty: A Critical Dialogue. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [https://www.tni.org/files/download/79\\_kerssen\\_2013b\\_0.pdf](https://www.tni.org/files/download/79_kerssen_2013b_0.pdf) (zuletzt aufgerufen am 02.02.2016).
- KITCHIN, R. und N. J. TATE (2013 [2000]): Conducting research in human geography. Theory, methodology and practice. London/New York: Routledge.
- KLEINING, G. (1995): Lehrbuch entdeckende Sozialforschung. Band 1, Von der Hermeneutik zur qualitativen Heuristik. Weinheim: Beltz – Psychologie Verlags Union.
- KORF, B. und C. SCHETTER (2012): Räume des Ausnahmezustands. Carl Schmitts Raumphilosophie, frontiers und ungoverned territories. In: Peripherie 126/127, S. 147-170.
- KOSKENNIEMI, M. (2010): Conclusion: vocabularies of sovereignty – powers of a paradox. In: KALMO, H. und Q. SKINNER (Hrsg.): Sovereignty in fragments. The past, present and future of a contested concept. Cambridge: Cambridge University Press, S. 222-242.
- KRASNER, S. D. (Hrsg.) (2001): Problematic sovereignty. Contested rules and political possibilities. New York: Columbia University Press.
- KYMLICKA, W. (2013): Neoliberal multiculturalism? In: HALL, P. A. und M. LAMONT (Hrsg.): Social resilience in the neo-liberal era. Cambridge: Cambridge University Press, S. 99-126.
- LACLAU, E. und C. MOUFFE (2001 [1985]): Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics. London/New York: Verso.
- LAHR-KURTEN, M. (2012): Deutsch sprechen in Frankreich. Praktiken der Förderung der deutschen Sprache im französischen Bildungssystem. Bielefeld: transcript.
- LAMNEK, S. (2010 [1988]): Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.
- LEE, R. (2007): Food security and food sovereignty. Centre for Rural Economy Discussion Paper Series No. 11. University of Newcastle Upon Tyne.
- LEFEBVRE, H. (2007 [1974]): The production of space. Oxford: Blackwell Publishers.
- LEMKE, H. (2004): Feuerbachs Stammtischthese oder zum Ursprung des Satzes: „Der Mensch ist, was er isst“. In: Aufklärung und Kritik. Zeitschrift für freies Denken und humanistische Philosophie. 1/2004, S. 117-140.

- LIAMPUTTONG, P. (Hrsg.) (2008): Doing cross-cultural research. Ethical and methodological perspectives. Social indicators research series 34. Dordrecht: Springer.
- LIPPUNER, R. (2006): Reflexive Sozialgeographie. Bourdieus Theorie der Praxis als Grundlage für sozial- und kulturgeographisches Arbeiten nach dem *cultural turn*. In: Geographische Zeitschrift 93 (3), S. 135-147.
- LONG, N. (1984): A perspective on the sociology of development. In: Sociologia Ruralis 24 (3-4), S. 168-184.
- LOSSAU, J., T. FREYTAG und R. LIPPUNER (Hrsg.) (2014): Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie. Stuttgart: Ulmer/UTB.
- MALPAS, J. (2006): Heidegger's Topology: Being, Place, World. Cambridge/London: The MIT Press.
- MARCUS, G. E. (1995): Ethnography in/of the world system: The emergence of multi-sited ethnography. In: Annual Review of Anthropology 24, S. 95-117.
- MARMON, T. (2009): Zwischen Populismus und Protest: Soziale Bewegungen und das Projekt „Alternativa Bolivariana para las Américas“. In: MITTAG, J. und G. ISMAR (Hrsg.): Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 495-510.
- MARSTON, S. A., J. P. JONES III und K. WOODWARD (2005): Human Geography without Scale. In: Transactions of the Institute of British Geographers 30 (4), S. 416-432.
- MARTÍNEZ-TORRES, M. E. und P. ROSSET (2010): La Vía Campesina: the birth and evolution of a transnational social movement. In: The Journal of Peasant Studies 37 (1), S. 149-175.
- MARX, K. (2008 [1867]): Das Kapital. Band 1: zur Kritik der Politischen Ökonomie. MEW-Werke. Band 23. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- MASSEY, D. (1991): A global sense of place. In: *Marxism Today* 38, S. 24-29.
- MASSEY, D. (2005): For space. London: SAGE Publications.
- MATTISSEK, A., C. PFAFFENBACH und P. REUBER (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.
- MAUS, G. (2015): Erinnerungslandschaften: Praktiken ortsbezogenen Erinnerns am Beispiel des Kalten Krieges. Kieler Geographische Schriften Band 127. Kiel: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Kiel.
- MAY, T. (2011): Positioning and belonging. In: MAY, T. und B. PERRY (Hrsg.): Social research & reflexivity. Content, consequence and context. London: SAGE Publications, S. 101-122.
- MAYE, D. (2013): Moving alternative food networks beyond the niche. In: International Journal of Sociology of Agriculture and Food 20 (3), S. 383-389.
- MCINTYRE, A. (2008): Participatory action research. Qualitative research methods series 52. London: SAGE Publications.
- MCKAY, B. und R. NEHRING (2013): The 'state' of food sovereignty in Latin America: Political projects and alternative pathways in Venezuela, Ecuador, and Bolivia. Conference Paper 57. Food Sovereignty: A Critical Dialogue. 14.-15. September

2013. New Haven: Yale University. URL: [http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research\\_and\\_projects/Research\\_networks/ICAS/57\\_McKay\\_Nehring\\_2013.pdf](http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research_and_projects/Research_networks/ICAS/57_McKay_Nehring_2013.pdf) (zuletzt aufgerufen am 29.01.2016).
- MCMICHAEL, P. (2005): Global development and the corporate food regime. In: BUTTEL, F. H. und P. MCMICHAEL (Hrsg.): *New directions in the sociology of global development*. Oxford: Elsevier Press, S. 269-303.
- MCMICHAEL, P. (2006): Peasant prospects in the neoliberal age. In: *New Political Economy* 11 (3), S. 407-418.
- MCMICHAEL, P. (2009a): A food regime genealogy. In: *The Journal of Peasant Studies* 36 (1), S. 139-169.
- MCMICHAEL, P. (2009b): Food sovereignty, social reproduction and the agrarian question. In: AKRAM-LODHI, A. H. und C. KAY (Hrsg.): *Peasants and globalization: political economy, rural transformation and the agrarian question*. Routledge ISS Studies in Rural Livelihoods. London/New York: Routledge, S. 288-312.
- MCMICHAEL, P. (2009c): A food regime analysis of the 'world food crisis'. In: *Agriculture and Human Values* 26 (4), S. 281-295.
- MCMICHAEL, P. (2012): The land grab and corporate food regime restructuring. In: *The Journal of Peasant Studies* 39 (3-4), S. 681-701.
- MCMICHAEL, P. (2014): Historicizing food sovereignty. In: *The Journal of Peasant Studies* 41 (6), S. 933-957.
- MCNEISH, J.-A. (2008): Beyond the permitted indian? Bolivia and Guatemala in an era of neoliberal developmentalism. In: *Latin American and Caribbean Ethnic Studies* 3 (1), S. 33-59.
- MICHELETTI, M., A. FOLLESDAHL und D. STOLLE (Hrsg.) (2004): *Politics, products and markets. Exploring political consumerism past and present*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- MIGDAL, J. S. (1974): *Peasants, politics, and revolution: Pressures toward political and social change in the third world*. Princeton: Princeton University Press.
- MITTAG, J. und G. ISMAR (2009): Vom Protest zur Partizipation? Soziale Bewegungen in Lateinamerika seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. In: MITTAG, J. und G. ISMAR (Hrsg.): *Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 10-33.
- MOLINA, P. (2011): ¿A qué cultivos transgénicos apunta la Ley de Revolución Productiva Comunitaria? In: Bolpress. URL: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2011062707> (zuletzt aufgerufen am 28.04.2016).
- MOORE, A. (2008): Rethinking scale as a geographical category: from analysis to practice. In: *Progress in Human Geography* 32 (2), S. 203-225.
- MOORE, CH. und P. J. DUNHAM (2014 [1995]) (Hrsg.): *Joint attention. Its origins and role in development*. New York: Psychology Press.
- MOUFFE, C. (1993): *The return of the political*. London/New York: Verso.
- MOUFFE, C. (2000): *The democratic paradox*. London/New York: Verso.

- MOUFFE, C. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- MOUFFE, C. (2014): *Agonistik: Die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- MOUNTZ, A. (2013): *Political geography I: Reconfiguring geographies of sovereignty*. In: *Progress in Human Geography* 37 (6), S. 829-841.
- NASSEHI, A. (2006): *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- NAVARRO, L. und A. DESMARAIS (2009): *Crisis y soberanía alimentaria: Vía Campesina y el tiempo de una idea*. URL: <http://viacampesina.org/es/index.php/nuestras-conferencias-mainmenu-28/5-maputo-2008-mainmenu-67/705-crisis-y-soberanalimentaria-vcampesina-y-el-tiempo-de-una-idea?showall=&limitstart=> (zuletzt aufgerufen am 29.01.2016).
- NEGRI, A. (2010): *Sovereignty between government, exception and governance*. In: KALMO, H. und Q. SKINNER (Hrsg.): *Sovereignty in fragments. The past, present and future of a contested concept*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 205-221.
- NEUMANN, B. und A. NÜNNING (Hrsg.) (2012): *Travelling concepts for the study of culture*. Berlin: de Gruyter.
- NICHOLLS, W. J. (2007): *The geographies of social movements*. In: *Geography Compass* 1 (3), S. 607-622.
- NOLTE, D. (2009): *Verfassungspopulismus und Verfassungswandel in Lateinamerika*. GIGA Focus Lateinamerika. Hamburg: GIGA Institut für Lateinamerikastudien.
- NONHOFF, M. (2007): *Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse*. In: NONHOFF, M. (Hrsg.): *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie: zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: transcript, S. 173-194.
- OAKESHOTT, M. (1991): *Political Education*. In: OAKESHOTT, M. (Hrsg.): *Rationalism in politics and other essays*. New and expanded edition. Indianapolis: Liberty Fund, S. 219-238.
- ONG, A. (2006): *Neoliberalism as exception: Mutations in citizenship and sovereignty*. Durham: Duke University Press.
- OPRATKO, B. (2012): *Hegemonie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- ORMACHEA, E. (2009): *Soberanía y seguridad alimentaria en Bolivia: Políticas y estado de situación*. La Paz: CEDLA.
- ORMACHEA, E. und N. RAMIREZ (2013): *Políticas agrarias del gobierno del MAS o la agenda del "poder empresarial-hacendal"*. La Paz: CEDLA.
- PAIGE, J. M. (1975): *Agrarian revolution: Social movements and export agriculture in the underdeveloped world*. New York: The Free Press.
- PATEL, R. (2007): *Explorations on human rights. 1. Transgressing rights: La Via Campesinas call for Food Sovereignty*. In: *Feminist Economics* 13 (1), S. 87-93.
- PATEL, R. (2009): *What does food sovereignty look like? Grassroot Voices: Food sovereignty*. In: *The Journal of Peasant Studies* 36 (3), S. 663-706.

- PATEL, R. (2012 [2007]): Stuffed and starved: The hidden battle for the world food system. New York: Melville House Publishing.
- PEET, R. (2007): Geography of power. The making of global political economy. London: Zed Books.
- PEET, R. und M. WATTS (Hrsg.) (1996): Liberation ecologies. Environment, development, social movements. London/New York: Routledge.
- PÉREZ LUNA, M. (2003): Apertura comercial y sector agrícola campesino. La otra cara de la pobreza del campesino andino. La Paz: CEDLA.
- RADHUBER, I. M. und A. SCHILLING-VACAFLOR (2012): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen – Zur Einleitung. In: BRAND, U., I. M. RADHUBER und A. SCHILLING-VACAFLOR (Hrsg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 13-40.
- RAWLS, J. (1971): A theory of justice. Cambridge: Harvard University Press.
- RECKWITZ, A. (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie 32 (4), S. 282-301.
- REDEPENNING, M. (2013): Varianten raumbezogener sozialer Gerechtigkeit. Ein sozialgeographischer Versuch über das Verhältnis von Raum und Gerechtigkeit und ein Nachdenken über die Frage „Was soll wo sein?“. In: Ethik und Gesellschaft 1: Der »spatial turn« der sozialen Gerechtigkeit, S. 1-28. URL: <https://open-journals.uni-tuebingen.de/ojs/index.php/eug/article/view/1-2013-art-1/28> (zuletzt aufgerufen am 03.12.2015).
- REUBER, P. (1999): Raumbezogene politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- REUTER, J. (2011): Geschlecht und Körper: Studien zur Materialität und Inszenierung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Bielefeld: transcript.
- ROSSET, P. (2003): Food sovereignty: Global rallying cry of farmer movements. In: Food First Backgrounder 9 (4), S. 1-4.
- ROSSET, P. (2006): Food is different: Why we must get the WTO out of agriculture. London: Zed Books.
- ROSSET, P. (2008): Food sovereignty and the contemporary food crisis. In: Development 51 (4), S. 460-463.
- ROSSET, P. (2009): Food sovereignty in Latin America: Confronting the ‘new’ crisis. In: NACLA Report on the Americas 42 (3), S. 16-21.
- ROSSET, P. und M. E. MARTÍNEZ-TORRES (2012): Rural social movements and agroecology: Context, theory, and process. In: Ecology and Society 17 (3), Art. 17.
- ROTHFUSS, E. (2006): Hirtenhabitus, ethnotouristisches Feld und kulturelles Kapital – Zur Anwendung der „Theorie der Praxis“ (Bourdieu) im Entwicklungskontext: Himba-Rindernomaden in Namibia unter dem Einfluss des Tourismus. In: Geographica Helvetica 61 (1), S. 32-40.

- ROTHFUSS, E. (2009): Intersubjectivity, intercultural hermeneutics and the recognition of the other – Theoretical reflections on the understanding of alienness in human geography research. In: *Erdkunde* 63 (2), S. 173-188.
- ROTHFUSS, E. (2012): *Exklusion im Zentrum. Die brasilianische Favela zwischen Stigmatisierung und Widerständigkeit*. Bielefeld: transcript.
- ROTHFUSS, E. und T. DÖRFLER (2013): Prolog – Raumbezogene Qualitative Sozialforschung. Konzeptionelle Überlegungen zwischen Geographie und Soziologie. In: ROTHFUSS, E. und T. DÖRFLER (Hrsg.): *Raumbezogene qualitative Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-31.
- ROUSSEAU, J.-J. (2015 [1762]): *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes*. Berlin: Europäischer Literaturverlag.
- SABLOWSKI, T. (2011): Krise und Kontinuität des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55 (1-2), S. 50-64.
- SCHÄFER, H. (Hrsg.) (2016): *Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm*. Bielefeld: transcript.
- SCHATZKI, T. R. (1996): *Social practices. A Wittgensteinian approach to human activity and the social*. Cambridge: Cambridge University Press.
- SCHATZKI, T. R. (2001): Practice mind-ed orders. In: SCHATZKI, T. R., K. KNORR CETINA und E. VON SAVIGNY (Hrsg.): *The Practice Turn in Contemporary Theory*. London/New York: Routledge, S. 50-63.
- SCHATZKI, T. R. (2002): *The site of the social. A philosophical account of the constitution of social life and change*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- SCHATZKI, T. R. (2010): Materiality and social life. In: *Nature and Culture* 5 (2), S. 123-149.
- SCHATZKI, T. R. (2011): Where the action is (on large social phenomena such as sociotechnical regimes). Working Paper 1. Sustainable Practices Research Group (SPRG). URL: <http://www.sprg.ac.uk/uploads/Schatzki-wp1.pdf> (zuletzt aufgerufen am 25.11.2015).
- SCHATZKI, T. R. (2012): A primer on practices. Theory and research. In: HIGGS, J., R. BARNETT, S. BILLETT, M. HUTCHINGS und F. TREDE (Hrsg.): *Practice-based education. Perspectives and strategies*. Rotterdam: Sense Publishers, S. 13-26.
- SCHATZKI, T. R. (2015): Spaces of practices and of large social phenomena. In: *Revue indisciplinaire de sciences sociales. EspacesTemps.net*. URL: <http://www.espacestems.net/en/articles/spaces-of-practices-and-of-large-social-phenomena/> (zuletzt aufgerufen am 30.11.2015).
- SCHATZKI, T. R. (2016a): Praxistheorie als flache Ontologie. In: SCHÄFER, H. (Hrsg.): *Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm*. Bielefeld: transcript, S. 29-43.
- SCHATZKI, T. R. (2016b): Keeping track of large phenomena. In: *Geographische Zeitschrift* 104 (1), S. 4-24.
- SCHATZKI, T. R., K. KNORR CETINA und E. VON SAVIGNY (Hrsg.) (2001): *The Practice Turn in Contemporary Theory*. London/New York: Routledge.

- SCHERMER, M. (2015): From “food from nowhere” to “food from here:” Changing producer–consumer relations in Austria. In: *Agriculture and Human Values* 32 (1), S. 121-132.
- SCHIAVONI, C. (2014): Competing sovereignties in the political construction of food sovereignty. Conference Paper # 90. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 24. Januar 2014. Den Haag: International Institute of Social Studies (ISS). URL: [http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research\\_and\\_projects/Research\\_networks/ICAS/90\\_Schiavoni.pdf](http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research_and_projects/Research_networks/ICAS/90_Schiavoni.pdf) (zuletzt aufgerufen am 29.01.2016).
- SCHILLING-VACAFLOR, A. (2010): *Recht als umkämpftes Terrain: Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien*. Nomos: Baden-Baden.
- SCHILLING-VACAFLOR, A. und A. BARRERA (2011): Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfedern für direkte Demokratie und soziale Rechte? In: *GIGA Focus Lateinamerika* 2. URL: [https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf\\_lateinamerika\\_1102.pdf](https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1102.pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.07.2016).
- SCHMIDT, R. und J. VOLBERS (2011): Öffentlichkeit als methodologisches Prinzip. Zur Tragweite einer praxistheoretischen Grundannahme. In: *Zeitschrift für Soziologie* 40 (1), S. 24-41.
- SCHMITT, C. (1991 [1932]): *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- SCHMITT, C. (2004 [1922]): *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Berlin: Duncker & Humblot.
- SCHORR, B. (2009): Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. In: MITTAG, J. und G. ISMAR (Hrsg.): *Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 185-215.
- SCHORR, B. (2011): „Tupaj Katari vive y vuelve, Carajo!“ – Politische Herrschaft jenseits des Staates: Die Aymara und die CSUTCB in Bolivien. In: AKUDE, J. E., A. DAUN, D. EGNER und D. LAMBACH (Hrsg.): *Politische Herrschaft jenseits des Staates. Zur Transformation von Legitimität in Geschichte und Gegenwart*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-102.
- SCHRÖDER, C. (2015): *Das Weltsozialforum. Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung*. Bielefeld: transcript.
- SCHULZE, A. (2015): Hannah Arendt und die Aporien der Menschenrechte. Working Paper Nr. 5. Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte. Freie Universität Berlin. URL: [http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/ab\\_ideengeschichte/mitarbeiter\\_innen/roth/Working\\_Papers/Working\\_Paper\\_Schulze.pdf](http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/ab_ideengeschichte/mitarbeiter_innen/roth/Working_Papers/Working_Paper_Schulze.pdf) (zuletzt aufgerufen am 05.11.2015).
- SCHURR, C. (2009): *Performing politics, making space. A visual ethnography of political change in Ecuador*. *Erdkundliches Wissen* Band 152. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- SCHURR, C. (2012): Visual ethnography for performative geographies: how women politicians perform identities on Ecuadorian political stages. In: *Geographica Helvetica* 67 (4), S. 195-202.

- SCHURR, C. (2014): Performativity and antagonism as keystones for a political geography of change. In: GLASS, M. R. und R. ROSE-REDWOOD (Hrsg.): *Performativity, politics, and the production of social space*. London/New York: Routledge, S. 95-120.
- SCHURR, C. und D. SEGEBART (2012): Engaging with feminist postcolonial concerns through participatory action research and intersectionality. In: *Geographica Helvetica* 67 (3), S. 147-154.
- SCHURR, C. und J. WINTZER (Hrsg.) (2011): *Geschlecht und Raum feministisch denken*. Bern: eFeF-Verlag.
- SCHÜTZE, F. (1977): *Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien: Dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen*. Bielefeld: Universität Bielefeld.
- SCOTT, J. C. (1976): *The moral economy of the peasant: Rebellion and subsistence in Southeast Asia*. New Haven/London: Yale University Press.
- SCOTT, J. C. (1985): *Weapons of the weak. Everyday forms of peasant resistance*. New Haven/London: Yale University Press.
- SCOTT, J. C. (1990): *Domination and the arts of resistance. Hidden transcripts*. New Haven/London: Yale University Press.
- SIMONSEN, K. (2007): Practice, spatiality and embodied emotions: An outline of a geography of practice. In: *Human Affairs* 17 (2), S. 168-181.
- SKINNER, Q. (2010): The sovereign state: a genealogy. In: KALMO, H. und Q. SKINNER (Hrsg.): *Sovereignty in fragments. The past, present and future of a contested concept*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 26-46.
- SKOCPOL, T. (1982): Review: What makes peasants revolutionary? In: *Comparative Politics* 14 (3), S. 351-375.
- SMITH, D. M. (1994): *Geography and social justice*. Oxford: Blackwell.
- SMITH, D. M. (1997): Geography and ethics: a moral turn? *Progress in Human Geography* 21 (4), S. 583-590.
- SORUCO, X., W. PLATA und MEDEIROS, G. (2008): *Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy*. La Paz: Fundación Tierra.
- STENGERS, I. (2013): Introductory notes on an ecology of practices. In: *Cultural Studies Review* 11 (1), S. 183-196.
- STRÜVER, A. (Hrsg.) (2015): *Geographien der Ernährung – Zwischen Nachhaltigkeit, Unsicherheit und Verantwortung*. Hamburger Symposium Geographie, Band 7: Hamburg: Institut für Geographie der Universität Hamburg.
- SWYNGEDOUW, E. (1997): Neither global nor local: 'Glocalization' and the politics of scale. In: COX, K. R. (Hrsg.): *Spaces of globalization: reasserting the power of the local*. New York: Guilford Press, S. 137-166.
- SWYNGEDOUW, E. (2015): *Liquid power. Water and contested modernities in Spain, 1898-2010*. Cambridge: The MIT Press.
- TAYLOR, C. (1992): Multiculturalism and the politics of recognition. In: TAYLOR, C. und A. GUTMANN (Hrsg.): *Multiculturalism and the politics of recognition. An Essay*. Princeton: Princeton University Press, S. 25-73.

- TAYLOR, M. L. (2011): *The theological and the political: On the weight of the world*. Minneapolis: Fortress Press.
- TAYLOR, P. (1994): The state as container: territoriality in the modern world system. In: *Progress in Human Geography* 18 (2), S. 151-162.
- THRIFT, N. (2008): *Non-Representational Theory: Space, politics, affect*. London/New York: Routledge.
- TOMASELLO, M. und M. J. FARRAR (1986): Joint attention and early language. In: *Child Development* 57 (6), S. 1454-1463.
- TRAUGER, A. (2013): Towards a geographic theory of food sovereignty in the United States. Conference Paper 55. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research\\_and\\_projects/Research\\_networks/ICAS/55\\_Trauger\\_2013.pdf](http://www.iss.nl/fileadmin/ASSETS/iss/Research_and_projects/Research_networks/ICAS/55_Trauger_2013.pdf) (zuletzt aufgerufen am 17.12.2015).
- TRAUGER, A. (2014): Toward a political geography of food sovereignty: transforming territory, exchange and power in the liberal sovereign state. In: *The Journal of Peasant Studies* 41 (6), S. 1131-1152.
- TRAUGER, A. (Hrsg.) (2015): *Food sovereignty in international context. Discourse, politics and practice of place*. London/New York: Routledge.
- TUAN, Y.-F. (1977): Space and place. A humanistic perspective. In: GALE, S. und G. OLSSON (Hrsg.): *Philosophy in geography*. Dordrecht, Boston: D. Reidel Publishing Company, S. 387-427.
- TULLY, J. (1995): *Strange multiplicity. Constitutionalism in an age of diversity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- TULLY, J. (1999): The agonic freedom of citizens. In: *Economy and Society* 28 (2), S. 161-182.
- TULLY, J. (2000): Struggles of recognition and distribution. In: *Constellations* 7 (4), S. 469-482.
- TULLY, J. (2008): *Public philosophy in a new key. Volume 1: Democracy and civic freedom*. Cambridge: Cambridge University Press.
- URIOSTE, M. (2011): *Concentración y extranjerización de la tierra en Bolivia*. La Paz: Fundación Tierra.
- URIOSTE, M. und C. KAY (2005): *Latifundios, Avasallamiento y Autonomías. La reforma agraria inconclusa en el Oriente*. La Paz: Fundación Tierra.
- URIOSTE, M., R. BARRAGÁN und G. COLQUE (Hrsg.) (2007): *Los nietos de la Reforma Agraria. Tierra y comunidad en el Altiplano de Bolivia*. La Paz: Fundación Tierra.
- VAN DER PLOEG, J. D. (2008): *The new peasantries: struggles for autonomy and sustainability in an era of empire and globalization*. London: Earthscan.
- VAN DER PLOEG, J. D. (2013): Peasant-driven agricultural growth and food sovereignty. Conference Paper 8. *Food Sovereignty: A Critical Dialogue*. 14.-15. September 2013. New Haven: Yale University. URL: [https://www.tni.org/files/download/8\\_van\\_der\\_ploeg\\_2013.pdf](https://www.tni.org/files/download/8_van_der_ploeg_2013.pdf) (zuletzt aufgerufen am 17.11.2015).

- VON STOSCH, K. (2014): Indígenas y campesinos en el Alto Beni. Diferentes visiones en torno a tierra, territorio y recursos naturales. La Paz: Fundación Tierra.
- WALZER, M. (1983): Spheres of justice: a defense of pluralism and equality. New York: Basic Books.
- WATTS, D., B. ILBERY, und D. MAYE (2005): Making re-connections in agro-food geography: alternative systems of food provision. In: *Progress in Human Geography* 29 (1), S. 22-40.
- WEBBER, J. R. (2010): From rebellion to reform. Image and reality in the Bolivia of Evo Morales. In: *International Socialist Review* 73. URL: <http://isreview.org/issue/73/rebellion-reform> (zuletzt aufgerufen am 27.06.2016).
- WEBBER, J. R. (2011a): From rebellion to reform in Bolivia. Class struggle, indigenous liberation, and the politics of Evo Morales. Chicago, IL: Heymarket Books.
- WEBBER, J. R. (2011b): Fantasies aside, it's reconstituted neoliberalism in Bolivia under Morales. In: *International Socialist Review* 76. URL: <http://isreview.org/issue/76/fantasies-aside-its-reconstituted-neoliberalism-bolivia-under-morales> (zuletzt aufgerufen am 27.06.2016).
- WEBBER, J. R. und B. CARR (2013): Introduction: The Latin American Left in theory and practice. In: WEBBER, J. R. und B. CARR (Hrsg.): *The New Latin American Left. Cracks in the Empire*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 1-30.
- WEBER, M. (1980 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag.
- WENMAN, M. (2013): *Agonistic Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- WERLEN, B. (1997): *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Erdkundliches Wissen 119*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- WEZEL, A., S. BELLON, T. DORÉ, C. FRANCIS, D. VALLOD und C. DAVID (2009): Agroecology as a science, a movement and a practice. In: *Agronomy for Sustainable Development* 29 (4), S. 503-515.
- WHATMORE, S. und L. THORNE (1997): Nourishing networks: alternative geographies of food. In: GOODMAN, D. und M. WATTS (Hrsg.): *Globalising food: Agrarian questions and global restructuring*. London/New York: Routledge, S. 287-304.
- WINDFUHR, M. und J. JONSÉN (Hrsg.) (2005): *Food sovereignty: Towards democracy in localized food systems*. Warwickshire: ITDG Publishing und FIAN International.
- WINTER, M. (2003): Geographies of food: agro-food geographies – making reconnections. In: *Progress in Human Geography* 27 (4), S. 505-513.
- WINTER, J. (2006): Regionalentwicklung durch Agrarkolonisation? Erfahrungen aus Bolivien. In: *Bolivia – Berichte und Analysen* 29 (146), S. 42-45.
- WITTGENSTEIN, L. (2003 [1953]): *Philosophische Untersuchungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- WITTMAN, H. (2009): Reworking the metabolic rift: La Via Campesina, agrarian citizenship, and food sovereignty. In: *The Journal of Peasant Studies* 36 (4), S. 805-826.

- WITTMAN, H. (2011): Food sovereignty. A new rights framework for food and nature? In: *Environment and Society: Advances in Research* 2 (1), S. 87-105.
- WITTMAN, H., A. DESMARAIS und N. WIEBE (Hrsg.) (2010): *Food sovereignty: Reconnecting food, nature & community*. New York: Food First.
- WITTMAN, H., A. DESMARAIS und N. WIEBE (Hrsg.) (2011). *Food sovereignty in Canada: creating just and sustainable food systems*. Halifax, Winnipeg: Fernwood Publishing.
- WITZEL, A. (1985): Das problemzentrierte Interview. In: JÜTTEMANN, G. (Hrsg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim: Beltz Verlag, S. 227-255.
- WOLF, E. (1969): *Peasant wars of the twentieth century*. New York: Harper & Row.
- WOODWARD, K., J. P. JONES III und S. A. MARSTON (2010): Of eagles and flies: orientations toward the site. In: *Area* 42 (3), S. 271-280.
- YATES, J. und K. BAKKER (2014): Debating the 'post-neoliberal turn' in Latin America. In: *Progress in Human Geography* 38 (1), S. 62-90.
- YOUNG, I. M. (1990): *Justice and the politics of difference*. Princeton: Princeton University Press.
- YOUNG, I. M. (1997): Unruly categories: A critique of Nancy Fraser's dual systems theory. In: *New Left Review* 222, S. 147-160.
- ZELLER, C. (2003): Bausteine zu einer Geographie des Kapitalismus. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 47 (3-4), S. 215-230.
- ZELLER, C. (Hrsg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- ZOOMERS, A. (2010): Globalization and the foreignization of space: The seven processes driving the current global land grab. In: *The Journal of Peasant Studies* 37 (2), S. 429-447.

## Gesetzestexte, Deklarationen und internationale Abkommen:

- CPE (2009): Nueva Constitución Política del Estado. Februar 2009. La Paz: Estado Plurinacional de Bolivia.
- Decreto Ley 3464: Ley de reforma agraria. 2. August 1953. La Paz: República de Bolivia.
- Food and Agriculture Organisation (FAO) (1996): Rome Declaration on World Food Security. World Food Summit. 13.-17. November 1996. Rom: FAO.
- La Vía Campesina (1993): Mons Declaration. Mons, Belgien. URL: <http://viacampesina.org/en/index.php/our-conferences-mainmenu-28/1-mons-1993-mainmenu-47/906-mons-declaration> (zuletzt aufgerufen am 30.01.2016).
- La Vía Campesina (1996): The right to produce and access to land. Food sovereignty: A future without hunger. Rom. URL: <http://www.acordinternational.org/silo/files/decfoodsov1996.pdf> (zuletzt aufgerufen am 27.06.2016).
- La Vía Campesina (2007): Declaration of Nyéléni: Declaration of the Forum for Food Sovereignty. Sélingué, Mali. URL: <http://www.nyeleni.org/IMG/pdf/DeclNyeleli-en.pdf> (zuletzt aufgerufen am 17.12.2014).
- La Vía Campesina (2008): Declaration of Maputo: V International Conference of La Via Campesina. Maputo, Mozambique. URL: <http://viacampesina.org/en/index.php/our-conferences-mainmenu-28/5-maputo-2008-mainmenu-68/declarations-mainmenu-70/600-declaration-of-maputo-v-international-conference-of-la-via-campesina> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2015).
- Ley 144: Ley de la revolución productiva comunitaria agropecuaria. 26. Juni 2011. La Paz: Estado Plurinacional de Bolivia.
- Ley 300: Ley marco de la madre tierra y desarrollo integral para vivir bien. 15. Oktober 2012. La Paz: Estado Plurinacional de Bolivia.
- Ley 338: Ley de las organizaciones económicas campesinas, indígenas originarias (OECAS) y de organizaciones económicas comunitarias (OECOM) para la integración de la agricultura familiar sustentable y la soberanía alimentaria. 26. Januar 2013. La Paz: Estado Plurinacional de Bolivia.
- Ley 622: Ley de alimentación escolar en el marco de la soberanía alimentaria y la economía plural. 29. Dezember 2014. La Paz: Estado Plurinacional de Bolivia.
- Ley 1551: Ley de Participación Popular. 20 April 1994. La Paz: República de Bolivia.
- Ley 1715: Ley del Servicio Nacional de Reforma Agraria, Ley INRA. 18. Oktober 1996. La Paz: República de Bolivia.
- Ley 3525: Ley de reglamentación del sistema nacional de control de producción ecológica en Bolivia. April 2007. La Paz: República de Bolivia.
- Plan Nacional de Desarrollo (PND) (2007): Bolivia digna, soberana, productiva y democrática para vivir bien”, 2006 – 2011. URL: <http://www.ine.gob.bo/indicadoresd-dhh/archivos/Plan%20Nacional%20de%20Desarrollo.pdf> (zuletzt aufgerufen am 27.06.2016).
- United Nations (1966): International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. 16 Dezember 1966. New York.

**Weitere Quellen:**

- El País (01.05.2013): Morales expulsa de Bolivia a la agencia oficial de cooperación de EEUU. URL: [http://internacional.elpais.com/internacional/2013/05/01/actualidad/1367416943\\_964674.html](http://internacional.elpais.com/internacional/2013/05/01/actualidad/1367416943_964674.html) (zuletzt aufgerufen am 09.09.2016).
- Food and Agriculture Organisation (FAO) (2013): FAO will cooperate with La Via Campesina, the largest movement of small-scale food producers in the world. New agreement between FAO and the most representative movement of small producers. URL: <http://www.fao.org/news/story/en/item/201824/icode/> (zuletzt aufgerufen am 14.03.2016).
- INE – Instituto Nacional de Estadística (2012): Bolivia. Características de población y vivienda. Censo nacional de población y vivienda 2012. URL: <http://www.ine.gob.bo:8081/censo2012/PDF/resultadosCPV2012.pdf> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2016).
- La Vía Campesina (2013): Our members. Jakarta, Indonesia. URL: <http://viacampesina.org/en/index.php/organisation-mainmenu-44/our-members-mainmenu-71> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2015).
- PATEL, R. (2013): Food sovereignty A critical dialogue. Vortrag im Rahmen der Konferenz „Food sovereignty A critical dialogue“. Yale University, 14.-15. September 2013. URL: <https://www.tni.org/en/multimedia/raj-Patel-food-sovereignty-critical-dialogue> (aufgerufen am 19.01.2016).
- SANTOS, H. C. (2008): La verdad sobre el “chicote”. URL: <http://unionboliviana.blogspot.de/2008/01/la-verdad-sobre-el-chicote.html>. (zuletzt aufgerufen am 09.09.2016).
- ROTHFUSS, E. und J. HUTTA (2014): „Der geteilte Blick“ – Lateinamerika zwischen den epistemischen Kulturen von Nord und Süd. Call for papers. Arbeitskreis Lateinamerika 20.-22. Juni 2014. Geographisches Institut, Universität Bayreuth. URL: [http://www.aklateinamerika.uni-kiel.de/Dokumente/Dokumente%202014/AK\\_LA\\_cfp\\_2014.pdf](http://www.aklateinamerika.uni-kiel.de/Dokumente/Dokumente%202014/AK_LA_cfp_2014.pdf) (zuletzt aufgerufen am 27.06.2016).
- Universität Bayreuth (2015): Workshop „Raum is(s)t Nahrung“ 19.-20. Juni 2015. Vorläufiges Programm. URL: [http://www.blogs.uni-mainz.de/fb09kulturgeographie/files/2015/05/RiN\\_Programm.pdf](http://www.blogs.uni-mainz.de/fb09kulturgeographie/files/2015/05/RiN_Programm.pdf) (zuletzt aufgerufen am: 11.09.2016).
- World Bank (2016): World Data Bank. World development indicators. URL: <http://databank.worldbank.org/data/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2016).
- World Health Organization (WHO) (2016): Obesity and overweight. Fact sheet. URL: <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs311/en/>. (zuletzt aufgerufen am 14.09.2016).



## 8 Anhang

In der folgenden Tabelle sind die im Text zitierten und zum Teil anonymisierten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sowie die Beobachtungssituationen aufgeführt.

Name bzw. Abkürzung im Text	Institution/Funktion	Ort	Datum	Interviewtyp/ Erhebungskontext
Germán Gallardo PZI 1	Ministerio de Desarrollo Rural y Tierras/ Planungsleiter	La Paz	07.05.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 2	CONAMAQ/Leiter des Bereichs Tierra y Territorio	La Paz	07.05.2013	Problemzentriertes Interview
Justino Loayza PZI 3	CIOEC Bolivia/Präsident	La Paz	29.05.2013	Problemzentriertes Interview
NI 1	CIOEC Bolivia/ ehemaliger Funktionär Quinoaproduzent	La Paz	09.05.2013	Narratives Interview
Enrique Ormachea PZI 4	CEDLA/ Wissenschaftler	La Paz	25.04.2013	Problemzentriertes Interview
Alcides Vadillo Pinto PZI 5	Fundación Tierra/Leiter der Regionalvertretung in Santa Cruz	Santa Cruz	22.05.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 6	Ministerio Desarrollo Productivo/Planungsabteilung	La Paz	19.06.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 7	Fundación Solón/ Wissenschaftlerin	La Paz	20.02.2015	Problemzentriertes Interview
Enrique Castañón Ballivián PZI 8	Fundación Tierra/ Wissenschaftler	La Paz	25.04.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 9	AVSF/Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Mercados Campesinos	La Paz	11.06.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 10	AOPEB/Mitarbeiterin im Bereich Märkte und Handel	La Paz	26.01.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 11	AIPE/Verantwortlicher im Bereich Programme und Projekte	La Paz	03.06.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 12	VSF/Koordinatorin für die Regionalvertretung Südamerika	La Paz	26.06.2013	Problemzentriertes Interview

Name bzw. Abkürzung im Text	Institution/Funktion	Ort	Datum	Interviewtyp/ Erhebungskontext
Ricardo Torres Wayar PZI 13	UC-CNAPE/Direktor	La Paz	19.06.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 14	UC-CNAPE/Mitarbeiter	La Paz	26.01.2015	Problemzentriertes Interview
Zenón Condori PZI 15	Municipio Achocalla/Direktor für den Bereich Umwelt	Achocalla	02.02.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 16	CECAOT/ Geschäftsführer	La Paz	10.02.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 17	AOPEB/Leiterin	La Paz	31.05.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 18	ANAPQUI/Präsident	La Paz	21.01.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 19	Plataforma Achocalla/Ökologischer Produzent	Achocalla	02.02.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 20	Plataforma Achocalla/Ökologische Produzentin	Achocalla	30.01.2015	Problemzentriertes Interview
NI 2	CONAMAQ/Ökologischer Produzent	La Paz	06.02.2015	Narratives Interview
Silvestre Saisari PZI 21	MST-B/Mitbegründer und ehemaliger Führer	La Paz	07.06.2013	Problemzentriertes Interview
GI 1a	CIDOB/Sekretariat für Jugendarbeit	Santa Cruz	16.05.2013	Gruppeninterview
GI 1b	CIDOB/Sekretariat für Kommunikation	Santa Cruz	16.05.2013	Gruppeninterview
GI 2a	CSUTCB Santa Cruz/Gewerkschaftsführer	Santa Cruz	17.05.2013	Gruppendiskussion
GI 2b	CSUTCB Santa Cruz/Gewerkschaftsführer	Santa Cruz	17.05.2013	Gruppendiskussion
NI 3	AFLOPHA/Ökologische Produzentin Achocalla	Achocalla	30.01.2015	Narratives Interview
NI 4	AFLOPHA/Ökologische Produzentin Achocalla	Achocalla	02.02.2015	Narratives Interview

Name bzw. Abkürzung im Text	Institution/Funktion	Ort	Datum	Interviewtyp/ Erhebungskontext
NI 5	CNMCIQB-BS/ Gewerkschaftsführerin und ökologische Produzentin	La Paz	06.03.2015	Narratives Interview
GI 3a	CNMCIQB-BS/ Gewerkschaftsführerin und ökologische Produzentin	La Paz	04.06.2013	Gruppendiskussion
GI 3b	CNMCIQB-BS/ Gewerkschaftsführerin und ökologische Produzentin	La Paz	04.06.2013	Gruppendiskussion
PZI 22	AVSF/Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Mercados Campesinos	La Paz	11.06.2013	Problemzentriertes Interview
NI 6	Ökologischer Produzent Padcaya	Padcaya	25.02.2015	Narratives Interview
GI 3c	CNMCIQB-BS/ Repräsentantin und ökologische Produzentin	La Paz	04.06.2013	Gruppendiskussion
Hilarion Mamani PZI 23	CONAMAQ/Jiliri Apu Mallku (z. dt. erster männl. Führer)	La Paz	09.02.2015	Problemzentriertes Interview
BKI 1	Ökologisch Produzierende aus Achocalla/Vertreterinnen und Vertreter der Plattform Achocalla und des CNAPE	Achocalla	11.02.2015	Beobachtungen und Kurzinterviews auf einer Versammlung von Produzierenden
PZI 24	AVSF/Mitarbeiter Proyecto MST-B	Santa-Cruz	17.05.2013	Problemzentriertes Interview
PZI 25	FOBOMADE/Mitarbeiterin	La Paz	29.01.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 26	AOPEB Tarija	Tarija	24.02.2015	Problemzentriertes Interview
BKI 2	Ökologisch Produzierende aus Padcaya/Vertreterinnen und Vertreter des Municipio Padcaya	Padcaya	25.02.2015	Beobachtungen und Kurzinterviews auf einer Versammlung von Produzierenden

Name bzw. Abkürzung im Text	Institution/Funktion	Ort	Datum	Interviewtyp/ Erhebungskontext
PZI 27	AVSF/Wissenschaftlicher Mitarbeiter Projekt Mercados Campesinos	La Paz	11.06.2013	Problemzentriertes Interview
BKI 3	Ökologisch Produzierende aus unterschiedlichen Teilen Boliviens	La Paz	09.06.2013	Beobachtungen und Kurzinterviews auf einer Messe für ökologische Produktion (BioBolivia)
PZI 28	IICCA/Mitarbeiterin	Tarija	24.02.2015	Problemzentriertes Interview
PZI 29	Círculo Achocalla/Restaurantbesitzer	La Paz	06.03.2015	Problemzentriertes Interview
GI 4a	CSCIOB/Sekretariat für soziale Kontrolle und Transparenz	La Paz	03.06.2013	Gruppeninterview

## In Kapitel 5 zitierte Interviewausschnitte

### Kapitel 5.1.1

„Hace un rato se ha hecho una ley de OECAS. Pero no tiene sentido, no dice nada. Es una ley totalmente discursiva. Es una ley de definiciones, define cosas. Las OECAS son esto y esto, pero no le dan ningún rol y nada. No tiene... no es una ley conformada que realmente vaya fortalecer cosas. No hace nada.“ (PZI 4, 25.04.2013)

„El presidente Evo Morales ha promovado una ley de revolución comunitaria productiva. [...] Nosotros igual hemos elaborado la ley para mejorar la producción tanto agropecuaria oriente, occidente, tanto soya, maíz, trigo, haba, arveja, quinua, todo. En caja todo. ¡Pero aquí con una trampa nos han mentido el gobierno! [...]. Sí, nos dejen mejorar [la producción de] los productos tanto maíz, trigo, haba, arveja, quinua. Pero con las palabras soberanía alimentaria hay que producir naturalmente, con abono natural con todo sin químico. Entonces por esa razón CONAMAQ rechaza esa ley [...] totalmente artículo 15 de seguridad alimentaria, soberanía alimentaria y utilizar los transgénicos y químicos.. [...] Nos queden meter puro químico, podemos producir a ese tamaños, maíz también a grandes choclos y después quinua también [...] ¡Pero no sirve! ¡Nos va a matar a nuestros cuerpos y nuestra salud y nos va a eliminar! [...] Entonces por esa razón CONAMAQ rechaza su propuesta del gobierno.“ (PZI 2, 07.05.2013)

„En algún momento aquí se ha prohibido el uso de semilla transgénica. Sin embargo nunca ha habido capacidad para controlar el ingreso de productos alimenticios transgénicos. Aquí hemos prohibido por ejemplo el maíz transgénico, pero compramos productos envasado, derivados que nos llegan de Argentina. Esto ha sido un problema. [...] Este gobierno tiene como enfoque de revolución agraria un criterio de redistribución de tierras. Eso fue de 2006 de 2010. El 2011 se dictó una nueva ley que se llamó la revolución productiva. Adiós revolución agraria, hoy lo que importa es la producción: Y para la producción bienvenido a los transgénicos, bienvenido a los agroquímicos, bienvenido a la producción ampliando las fronteras agrícolas. Y cuando algunos sectores protestaron, viendo la ley de la madre tierra, donde prohíbe otra vez los transgénicos, el sector agroindustrial protesta contra esto y se hace un reglamento, diciendo, que la prohibición de transgénicos es solo para los productos originarios de Bolivia. Y en ese sentido, lo que es originario aquí es la papa y no sé. Significa eso de liberar de transgénicos a la soya, al arroz, al maíz. Y hoy se cultiva, el cien por ciento de soya con transgénico. Se usa mucho transgénicos en arroz y en maíz, no sé, en que porcentaje, no tenemos información, pero cada vez se está usando mas.“ (PZI 5, 22.05.2013)

„Este es el Ministerio de Desarrollo Rural. Y yo pienso como él que va a producir. Entonces en ese marco regulatorio no veo ninguna contradicción entre la sustentabilidad y los transgénicos. Es un mito. [...] No hay una comprobación efectiva que nos demuestre que el transgénico es inviable. [...] La política pública habla de oportunidades. ¿Tú quieres tomarlas? ¡Las tomas! A cerrar los transgénicos, tú también no velas oportunidades. Alguien que ya tiene su inversión, su perspectiva su formación y su criterio para seguir adelante. Porque le vamos a quitar un componente de variabilidad que en un momento podría llegar a ser oportuna. Llegar al cuento de que vamos a eliminar los transgénicos en el mundo. ¡No es realista! Y no es realista porque en el mundo la semilla que se está produciendo es transgénica. [...] No hay en el mundo prácticamente oferta de semilla que no sea transgénica. En muchos de los rubros. Entonces de decir: ‚no voy a utilizar transgénicos en el país‘ es no voy a sembrar. Ese es una responsabilidad que no podemos comentar.“

[B.F.]: „Entiendo. Pero pregunto porque la vista de muchas organizaciones sociales al concepto de la soberanía alimentaria es que solamente funciona sin transgénicos...“

„Aquí existen dos visiones. Hay productores que efectivamente no quieren. [...] Y el CIO-EC tiene sus opiniones que ha avanzado mucho, nadie se lo vía. Pero ni son estado, ni son representación del país. Es una organización social que tiene su sitio [...] que la respetamos sus opiniones. Los convocamos a dialogar. Pero hay posiciones que no compartimos. Eso también es claro. [...] Si hubiera sido tan fácil de eliminar los transgénicos, ¿qué eliminamos? Pero resulta que quinientos millones de dólares de ingreso de este país dependen de los transgénicos, en este momento. Con todas las familias que viven de eso,

que transportan ese grano. Entonces es fácil de decirlo, pero eso no funciona así.“ (PZI 1, 07.05.2013)

### **Kapitel 5.1.2**

„Es un gobierno que privilegia una estabilidad de precios. [...] Entonces su política es: ¿Falta de producción de algún producto? Importemos. [...] Y eso obedece a que quiere tener los precios salarios urbanos hacia abajo. Porque los que compran los alimentos son los salarios. Entonces, no tengo los últimos datos de importaciones, pero si, por lo menos hasta los 2010, los 2011, se veía incrementándose. Las mas importaciones de productos que fácilmente puedes producir por acá, la papa por ejemplo. Bolivia comenzaba importar la papa, comienza importar varias legumbres, tomates, cebolla, etc. que son cultivos que fundamentalmente a cargos de los campesinos. [...] Entonces, esa es la situación.“ (PZI 4, 25.04.2013)

„El argumento central que están usando las cooperaciones pero tambien el gobierno es que tenemos que asegurar seguridad alimentaria. Es decir, el concepto de la soberanía alimentaria a lo largo del tiempo en el proceso Boliviano se ha empezado a desvanecerse y ha empezado a tomar hacer substituido por el de la seguridad alimentaria. [...] Al principio era mas soberanía y ahora es mas seguridad.“ (PZI 7, 20.02.2015)

### **Kapitel 5.1.3**

„Realmente la agricultura campesina en Bolivia está empezando a declinar. En el pasado era la fuente principal de alimento en nuestro país. Pero poco a poco a ido perdiendo la fuerza que tenía en contraposición a la agroindustria. Y eso se ve a un tema sencillo de competitividad en el mercado. O sea, lo agroindustrial, lo pueden hacer mucho mas barato. Por supuesto no con los mismos beneficios sociales, ambientales que tiene la agricultura campesina. [...] Mucha parte de la verdura que comemos en La Paz, en Cochabamba viene desde Comarapa [Kleinstadt im departamento Santa Cruz], hemos visto en los estudios de caso y otros valles Cruceños que tiene un sistema mucho mas tecnificado. Y la agricultura campesina principalmente en las tierras altas y en los valles está empezando a perder fuerza.“ (PZI 8, 25.04.2013)

### **Kapitel 5.1.4**

„El 90 por ciento de la quinua se va al exterior. Y los Bolivianos, no consumimos la quinua. Y no hay una política, digamos una política que tu digas: ‚El precio en Bolivia es el más bajo no estás pagando el precio del mercado internacional.‘ El precio de Alemania estás pagando acá, de la quinua. Y ya a ver, pregunta quien consume quinua: ¡Nadie! Ni los productores de quinua porque prefieren exportar todo hasta el último gramo. Entonces es un tema de que tiene que ver con decisiones políticas. Y como nosotros estamos viendo las cosas, no va a cambiar esta situación con este gobierno.“ (PZI 4, 25.04.2013)

„En el mercado nacional ha habido una elevación del precio de la quinua. Se ha triplicado, quaduplicado. Pregunta: ¿Consumen menos? ¡No, consumen más! Porque [antes] no consumías la quinua porque era comida de indios, pese a que era muy barata. Un ejemplo: Las exportaciones de quinua, en 2008 llegaba a 7 millones de dólares. El 2012 hemos llegado a 90 millones de dólares aproximadamente. Diez veces más. Y esperamos este año superar los 100 millones de dólares. Ha subido su valor. Pero el consumo nacional ha subido de 300 gramos por persona, en 2008, a un 1 kg y 100 gramos hoy. Hablamos de la quinua como una representación, o sea, era tanta la fuerza de la sociedad de esa comida que se fue reduciendo [el consumo] a las áreas de producción. Nadie quería comer quinua. O sea, el problema es sociológico. Ahora cuesta más y la gente lo consume más. Ahora es lujo.“ (PZI 1, 07.05.2013)

„La quinua no tenía valor. Era comida de los animales, era comida, de los indios o de la gente más pobre. Ese alimento, se lo miraba a la subsidiariedad. [...] Y ahora recién se reconoce en el mundo incluso. De tantos años. Nos hemos trabajado 35 años que hemos venido trabajando en la quinua. Para poder dar su posición donde puede estar un producto. Y para hablar de soberanía tienes que tener un proceso más largo“ (N 1, 09.05.2013)

„La seguridad alimentaria no tiene Bolivia. Algunos productos estamos importando y otros estamos exportando. Entonces todavía no hay políticas del gobierno [para eso]. Lo mejor de Bolivia sale al exterior. Como la quinua, como el cacao, el amaranto y otros. Es cacao silvestre que tiene buenas bondades de alimento, nutricionales de alimento, reconocido al nivel mundial. Y la quinua actualmente por la NASA, está reconocido por los biólogos.“ (N 1, 09.05.2013)

### **Kapitel 5.1.5**

„Aquí en Bolivia las tolerancias para los alimentos son muy exigentes. Se quieren que las empresas producen un alimento cada vez mas acéptico, con menos vida microbiana. Tienen miedo a los coliformes y tienen miedo a muchas cosas. [...] Y pero por otro lado, en tema de pesticida, aquí en Bolivia no hay control. La mayoría de muchas verduras, tomates y otros que puedes tomar, están criados con pesticidas que ya no se puede vender en Europa que se manda aquí y que se utiliza sin normas. Hay sí, una ausencia de normas en cuanto a uso de pesticidas. Es difícil de medir, pero es posible de medir si se hace, tiene un costo. [...] Pero en el tema microbiológico, si se toma una muestra de producto, manda al laboratorio y este tiene un tolerancia hasta mil y el producto esta rechazada. [...] Y al mismo tiempo, ¿quién puede producir alimentos cada vez mas acéptico? Son las grandes industrias que para ellos las normas mas exigentes no les afecta. Pueden filtrar el aire, pueden poner filtros en diferentes etapas de proceso [...] y otros entonces sí pueden producir productos en atmósfera controlada. [...] Entonces esto a mi me parece que es un freno tremendo a la agricultura familiar, a la agricultura ecológica, a la alimentación sana. Porque la alimentación sana es para mi una alimentación diversa, lleno de vidas que aquí

te afecta, te provoca, te hace reaccionar a tu sistema y te permite vivir sin tomar muchas medicinas, sin tener muchas alergias. [...] Las asociaciones que producen, el día que se hace respetar las normas a la letra, todos tienen que cerrar. [...] Al final, lo que se tiene, es que solamente las grandes empresas pueden producir alimentos porque cumplen con las normas.“ (PZI 19, 02.02.2015)

### **Kapitel 5.1.6**

„Bolivia de la soberanía alimentaria en términos de que su población puede ser alimentada adecuadamente y segundo que su gobierno que su estado garantice la producción y defina la meta, donde llegan sus productos. Ese es soberanía, poder manejarse soberanamente, respecto al alimento. ¿Por qué se está en esta situación? En el pasado se ha sido atacado a nuestra soberanía alimentaria. Estados Unidos han planteado un proyecto que se llamaba el PL 480 [Food for Peace Act] [...] Esto manejaba USAID [...] y que significa que se desincentiva [nuestra] producción de trigo. ¿Quién puede competir con un regalo? Y se ha ido atacando nuestra soberanía. Hasta que en un punto nos decía: ‚Apórtate bien, te va a faltar pan para la gente‘. [...] Por eso se elimina el PL 480 o esta alianza por el progreso que prácticamente era un ámbito en el que se dirigía desde afuera hacia los objetivos no de [nuestro] país, si no más bien atacando sus estructuras productivas. Entonces eso es probablemente uno de las mejores inversiones que ha hecho el país en este momento, en temas de políticas públicas, ha sido expulsar a USAID. Ahora nuestros productores tienen la posibilidad de competir y generar una nueva producción para el país.[...] Entonces nuestra visión de soberanía alimentaria se va desde el estado.“ (PZI 1, 07.05.2013)

„Es un estado extractivista que estamos sacando la sangre, como el gas, el petróleo, les estamos sacando los huesos a través de la minería, la madre tierra. Y estamos comiendo sus propios músculos a través de la explotación agropecuaria, les estamos tomando el bosque, les estamos sembrando, les estamos metiendo agroquímicos, les estamos metiendo semillas híbridas y semillas con manejo tecnológicos y nada eso importa. O sea la madre tierra la estamos destruyendo, la estamos devorando, aquí lo importa es que ingrese dinero. El gobierno no trabaja en contra de algún sector, si no más bien la lógica es mayor producción, más recursos, más ingresos.“ (PZI 5, 22.05.2013)

„El gobierno del MAS es el primer gobierno que está hablando de la soberanía alimentaria de una manera explícita y del tema de la madre tierra. Éstos son temas que son bastante progresivos y que están en línea con el pensamiento de la soberanía. Y yo creo que también hay voluntad del gobierno por impulsar este corriente, pero al mismo tiempo se choquan con limitantes fuertes: Principalmente en los gobiernos anteriores todo lo que era soberanía alimentaria ha sido constantemente destruido por tendencias neoliberales. Cuando uno va al campo hay el compromiso político de la soberanía alimentaria, pero cuando ves la práctica agrícola, se refleja muchos agroquímicos, semillas que vienen del extranjero. O sea, son prácticas agrícolas que van en contra de la soberanía alimentaria.

Entonces el gobierno está en esa iniciativa de que en el discurso, sí, tiene la voluntad política pero en la práctica tienes que cambiar la estructura agraria del país. Entonces es bien difícil eso. [...] Y por otro lado dentro del gobierno hay dos visiones que están pelando del poder internamente: Uno es [...] la visión indigenista, de la soberanía alimentaria, y la otra línea [...] son gente marxista, leninista y ellos ven las cosas de un punto de vista más pragmático. Entonces muchas cosas para ellos es romanticismo, pensar en la madre tierra en algunas cuestiones y lo ven útil como un discurso político pero en la práctica todavía piensan que son cosas románticas. Y en el corto plazo, por supuesto no se puede pedir que se pare el extractivismo, porque el país vive de eso.“ (PZI 8, 25.04.2013)

### **Kapitel 5.2**

„Soberanía alimentaria. Lo que nosotros entendemos nuestra visión es primero: Conservar además producir una producción ecológica. Sin químicos queremos producir. [...] ¿Por qué decimos soberanía alimentaria? Porque en nuestro mismo territorio queremos producir. Cuando el producto es sano, sin químico, más bien es un beneficio para la salud. Pero cuando ya está [producido] con químicos, cualquier clase de químicos trae consecuencias de enfermedades. Entonces nuestros abuelos nos han enseñado, nos han dejado conocimiento, tener nuestros propios abonos ecológicos, sin químicos, natural. Y eso queremos mejorar [...] Para que nosotros seamos sanos.“ (NI 2, 06.02.2015)

#### **Kapitel 5.2.1**

„Para nosotros la soberanía alimentaria esta basada en la producción de sus propios alimentos con nuestras propias semillas nativas. Pero sobre todo no ser dependiente a otros organismos internacionales como la FAO o como a las empresas internacionales que por hoy están promocionando semillas transgénicas. Entonces la soberanía alimentaria para nosotros es producir, lo que nosotros tenemos. Y no estar sujeto a la semillas transgénicas o a los agroquímicos. Entonces para nosotros la soberanía alimentaria es la producción natural de nuestros alimentos y el consumo de los mismos en nuestra region, en nuestro país, en nuestras comunidades mismos.“ (PZI 21, 07.06.2013)

„Nosotros entendemos de la soberanía es lo nuestro. Es soberanía. Lo nuestro. Entendemos si es nuestra producción es lo nuestro y obviamente viene la importación y eso es lo que nosotros estamos lamentando. Eso nos afecta. [...] O sea, con lo que tenemos, que producimos, con toda nuestra diversidad de productos que tenemos en el país queremos asegurar la alimentación a la población. Eso es la soberanía y seguridad alimentaria.“ (PZI 3, 29.05.2013)

„La soberanía alimentaria está planteando como movimiento indígena. Porque como respeto al gobierno, ya está trabajando una visión de soberanía alimentaria en producir, digamos. Y por ejemplo el gobierno tiene una visión de los campesinos, de sembrar y sembrar. Mientras el movimiento indígena es, se ha visto, y está trabajando para tener su

soberanía alimentaria como lo dicen para el vivir bien. [...] Entonces estamos trabajando con una visión que respete, digamos. Por eso la autodeterminación de la soberanía alimentaria del movimiento indígena. [...] Por ese objetivo se sigue peleando. Mirando, digamos, que como el gobierno ahora dice: „Ahora tienen harta tierra, tenemos que ver para soberanía alimentaria, hacer proyectos productivos en base a los campesinos“. ¿Pero con qué visión? ¿Con destruir todo el bosque? Porque eso lo destruyen [...] para la comercialización ¿no?“ (GI 1a, 16.05.2013)

„Sin territorio el pueblo no existe. La cultura, la tradición, el idioma. La convivencia se desaparecería, digamos. [...] Para tener una soberanía alimentaria, tenemos que tener netamente el territorio titulado y que nos hacen respetar. Por eso se está, se va a pelear la autonomía territoriales indígenas. [...] Primero están en su territorio que ahí vamos a tener todo: Salud y educación, cultura y todo lo que... de ahí se va a empezar a fortalecer más. Porque un pueblo sin territorio no tiene cultura. No tiene nada.“ (GI 1b, 16.05.2013)

„La CIDOB son originarios. Son muy distintos de los campesinos. El campesino es que produce, los originarios son los que comen y chau... Cazan las aves, venden las tierras, cortan la madera, y le dan una definición de la tierra, una área de 20 mil y ahí viven ellos. Cazan, pezcán todo, no producen mucho, solamente para su sustento de ellos. [...] Entonces ellos solamente destruyen el bosque, los indígenas. Se dedican a la caza y pesca, destruyendo las grandes reservas forestales que tenemos. (y también de ahí se aprovechan de los empresarios para...) Y de los empresarios también se aprovechan, la gente que tiene tractores y explotan la madera, a ellos venden... Entonces ellos hacen doble filo al gobierno. (En cambio el campesino sale protector, digamos) Sí, del protector (del medio ambiente, de la tierra y de la soberanía alimentaria) [...] Esa es nuestra manera de conservar, de los campesinos. Porque nos da limitados en el desmontes para los campesinos dos o tres hectarias (por año... Y así el estado va importar otras cosas de otros países...) Aquí se puede producir todo (Eso es la soberanía alimentaria y el gobierno está violando eso...y de eso se siembra soja) ¡En cantidad! (esos son los clases que se aportan y lo ocultan y no hay... Pero el campesino no puede)“ (GI 2a & GI 2b, 17.05.2013)

„Mira, de que sirve que yo lo voy a manejar bien mi sector de mi tierra, pero el otro vecino que sigue consumiendo esos químicos. Por eso tiene que haber barreras o bien barreras muertas para que no pase de muy cerca. Pero siempre afecta.“ (NI 3, 30.01.2015)

„Hay conflictos, sí. Porque a veces tenemos que tener barrera porque a este lado. Yo soy ecológico, entonces a este lado sigue fumigando y contaminando y entonces siempre hay peleando.“ (NI 4, 02.02.2015)

„Un asentamiento, está en una isla alrededor de la producción transgénica, que es monocultivo tanto la soja, y maíz y otros tipos de monocultivo que se cultiva. Están siendo

producidos por productores extranjeros como los Brasileños, Argentinos, los Rusos, incluso Mennonitas. Entonces para nosotros es difícil incluso coordinar en ese medio la producción agroecológica o hacer efectivamente la soberanía alimentaria. Porque nosotros producimos aquí ecológicamente y al lado de nosotros están produciendo monocultivo con la aplicación enorme de agrotóxicos y maquinarias que irrigan por vía aérea. O sea para nosotros es bien complicada pero sin embargo estamos en el reto de hacer soberanía alimentaria en ese espacio, en ese área y hacer agroecología en ese área.“ (PZI 21, 07.06.2013)

„Las plagas vienen al lugar donde no hay la aplicación de los agrotóxicos. Entonces obviamente afecta la polinización y varias cosas afecta, directamente afecta la producción agroecológica y la realización de la soberanía alimentaria. También no solo por la polinización o por lo que es el viento de polen, pero también psicológicamente: Los campesinos ven al lado de su parcela, al lado de su tierra ven a otro producir y ganar mucha plata y ellos ven y quieren hacer lo mismo incluso. Pero sin embargo, como es la política en nuestra organización, entonces mantienen y se resisten frente a esa situación. Entonces es bien complicado para nosotros hacer soberanía alimentaria o agroecología en medio de la agroindustria.“ (PZI 21, 07.06.2013)

### **Kapitel 5.2.2**

„Cuando diversificas [la producción], no te ataca ninguna plaga. Entonces cuando haces el monocultivo entonces ahí, sí. Te ataca. En campo abierto tienes que hacerlo... como se dice... cambiar: Un año está papa. El [próximo] año está haba, avena, cebada. Rotativo, sí, rotativo. [...] Tengo que diversificar, sí. Si no diversifico, sigue lo mismo [...]. Te ataca las plagas.“ (NI 4, 02.02.2015)

„La preparación de la tierra es ecológico para nosotros con un abono que es de vaca, este abono de la llama y de las las leñas que se produce. Eso lo volteamos, eso se pudre. Eso es nuestro abono de nosotros. [...] Antes los abonos hacían con este azufre. ¿Por qué? El azufre mata bichos. Los animales dañinos, ¿no? [...] Eso es un abono que es normal que no es químico. Porque el azufre sale de la tierra es purito, no es, digamos, mezclado o trabajado. Nada de eso. [...] Eso es el abono que más utilizamos. La bosta de la vaca [...] De la oveja peor tuve porque es más fuerte. [...] Y rápido también eso fermenta. Entonces eso es lo único que utilizamos. Ahora la paja. La paja se vuelve así este color. Ya atizas a la misma tierra y lo barbechas. Barbechar decimos lo que damos vuelta la tierra, lo trabajamos la tierra. [...] La que preparamos para sembrar. [...]. Pero al momento de sembrar vamos con ese poco de la papa le metes a dentro o la quinua lo tapas y encima va con una cuchara con ese abono. Nada más. ¡Listo! Es base entera todo. Eso es todo lo que hacemos nosotros cuando tiene que ser lo que es: algo que es nuestro. Que nosotros no utilizamos químico. [...] Entonces eso es nuestra manera de mantener lo que es: ecológico, ¿no? Entonces ahora en la fumigación es nuestro problema. Ese de azufre que te hablaba, ¿no?

Azufre y la ceniza [...] no botamos. Si no vamos a rodear las plantas así, no? Y eso igual lo cuida también de los bichos. Son cosas así que antes mi mamá me enseñaba, para la chacra hay que reunir las cenizas. [...] Que tan lindo así las papas, pero ¡super papas producían! La quinua lo mismo producían. Pero antes era bien porque también había lluvia. El problema es que ahora tenemos la sequía. Eso es la manera de que nosotros ecológicamente lo trabajamos.“ (NI 5, 06.03.2015)

„Soberanía alimentaria es conservar las semillas eso ya tal vez es digamos... Yo produzco maní. [...] y yo conservo mi semilla y es una buena siembra porque la semilla es originaria mas seguro. Y nosotros en el campo seleccionamos nuestras semillas a nuestra forma, como lo hacemos, como lo sabemos, ¿no? O sea como costumbre practicamos esto, ¿no? Conservamos la semilla para siguiente año para la misma época. [...] Y no compramos semillas certificadas que ahí ya no da al siguiente año que es normalmente por negocio, no? Esas semillas se venden pero solamente sirve para un año. Y después para otro ya no produce. Entonces otra vez hay que comprar. O sea la venta es más para negocio. Entonces es mejor conservar la semilla que es natural y además que yo, como campesina, sé que es mas seguro de que mi semilla va producir. Pero la semilla que compro, [...] al final no produce al siguiente año, solo produce a un año. Eso es el problema que tienen, ¿no? [...]Entonces estamos en ese rescate de semillas y sembrándolas y también promocionando las semillas. ¿Para qué? Como escapo.“ (GI 3a, 04.06.2013)

„Por ejemplo en mi comunidad se utiliza... que nosotros intercambiamos la semilla. Este año por ejemplo, este año nosotros hemos visto así: ‚Mira mi maíz, no me ha dado bien, no va a plantar, compañero yo te voy a dar.‘ No, no vendido, si no dar. [...] Y claro, algunas cosas entonces se también utilizamos el cambio [...]: ‚Mira, vos tienes frijol pero yo también tengo maíz. Cambiamos frijol yo te doy maíz y me das frijol‘. Entonces es lo que decía la compañera el trueque. Tenemos que comenzar utilizar eso porque si no ¿cómo lo vamos a hacer? Pero también tratando de [...] de respetar a la tierra madre, no agradeciendo la ella con químico, tratando de conservar.“ (AGP 8, 04.06.2013)

„Usos y costumbres tenemos, son nuestras autoridades del pueblo, de la comunidad. Y la comunidad esta sujeto de tres autoridades: Es el corregidor, y la cata, decimos, el originario que anda con poncho, ¿no vé? Ellos con chicote y poncho. Y el otro es el agente que cuida los terrenos, no? Sobrepassarse de los terrenos. O sea [si hay] robando ganados, o alguna pelea de terrenos, ese se cuida. Y la gente lo comunica al originario le dice ‚mira esto está pasando‘. Y el originario y el corregidor tienen que salir en hacer los trámites de documentos. [...] Esas cosas de autoridades tenemos para que la comunidad funcione bien. [...] Bueno, la autoridad que recibe su cargo, ya el tiene que perder el permiso de la madre tierra, no? [...] Por ejemplo en mi sector agradecemos a dios que nos da un planeta para que nosotros vivamos y esta planeta es para respetarlo. Y así [...] agradecemos como neustros abuelos nos enseñaron agradecer a la madre tierra que nos da una buena produc-

ción. [...] Ahora para que no granice, nuestros abuelos hacían su costumbre: Por ejemplo diez días antes del treinta de noviembre se ayunaban, no se comía sal. Para que no haiga rayo ni granizo. Ese día de treinta de noviembre se alcanza un corregerito, se mata en un caballo, agradeciendo y pidiendo que haiga lluvia y que no haiga granizo y rayo. Porque el rayo es otro problema que mata, no mata uno, dos, mata diez, veinte ganados. [...] Antes era bien lindo los costumbres, hermano. [...] Con la energía de nuestros ancestrales, con la energía de nuestra misma madre tierra, creo que funcionaba la humanidad, ¿no? [...] Entonces eso esa nuestra manera de vivir como campesinos, indígenas originarios. Y también, ¿porqué llevamos el poncho? Porque el poncho es un respeto. Si no llesves el poncho o el chicote no eres nada. [...] Entonces es bien importante el cumplimiento de las autoridades según las costumbres ancestrales del pueblo.“

[B.F.] „¿Y el ayni qué exactamente es?“

„El ayni, ya, [...] cuando se trata de prestar dinero o ganado, pastoreo o sembrario, cosecha, todo esto.... Hoy trabajas para mí. Todos somos veinte comunales, digamos. Los veinte trabaja para mí. Acaba la cosecha en el día ese veinte personas. Al día siguiente para usted, al otro se entra para él. Diez días de trabajo, todos se ha acabado el trabajo. Eso es el ayni nos devolvemos. Ahora si en caso, yo he dejado mi ganado, por un mes y yo seguramente tengo que cuidarse los un mes también. Es el ayni, devuelves. Yo no doy ni pago, no doy ni alimentación, no le doy nada. Igualito el no me da nada. Yo tengo que cuidar [su ganado]. Come alimentación, todo, le devuelvo [...]. Y el igualito me devuelve. Dinero, lo mismo. Yo le presto, un mes o dos meses, el igual me presta es un ayni. Pero si me tiene que devolver, ¿no?“ (NI 5, 06.03.2015)

### **Kapitel 5.2.2**

„Antes no estábamos en ecológico. [...] Ellos han visto la hambruna, no había chacra, no han dado bien. Era en los años cuarenta, cincuenta. Por eso entonces la gente ha empezado a sembrar con los químicos. [...] Pero lo estábamos matando la tierra no les dábamos cuenta. [...] Y entonces en ese tiempo yo me daba una parcelita pequeña, mi papá entonces, de eso me ha salido bien. A salir, entonces ese año yo también sembré con químico, no me voy a migrar y sembré. Entonces no me ha dado bien, no me resultó con químico nada bien. ¿Entonces qué hacemos? [...] Seguir intentando en mi caso. Entonces en ese año sembré con abono natural. [...] Hace 10 [años soy] así ecológico que no uso químicos. Entonces le sembré ese año las papitas así con abono natural, estaba mal mi tierra, no estaba bien. Estaba muerta entonces. Ya seguí intentando los años le puse haba, arveja, maíz. La haba se murió. Seguí intentando. ¿Qué vamos a hacer? Seguiremos, porque no va a dar, tiene que dar. Le hemos puesto mas abono, revivió mi tierra. Entonces ya me ha daba así el fruto. Aunque es fértil mi tierra no descansa. De ese motivo soy ecológico.“ (NI 4, 02.02.2015)

„La incentivación también de una institución ha habido AOPEB. Esa institución ya estamos trabajando con ocho, nueve años ya con esa institución. Ellos ya nos han empezado capacitar desde las escuelas ecológicas. [...] Ellos ya han coordinado. [...] Ellos han formado un equipo. En medio de eso nos han mandado hasta que lleguemos a la universidad. En agronomía, en ecología. [...] Ya tenemos nuestras carpas solares también. Ya los hemos realizado. Nosotros por ejemplo este año en este consejo hemos trabajado para una carpa grande.“ (NI 3, 30.01.2015)

„La organización AOPEB nos ha dado con semillas certificadas. Entonces de ahí nosotros hacemos semillas y sembramos. Está las hortalizas, las papas, la habas. Son nuestras propias semillas. La cebolla, a veces el repollo. Eso no más compramos. Para replantar.“ (NI 4, 02.02.2015)

„Para cuidar nuestro saber y cuidar la madre tierra para nuestros hijos y para las siguientes generaciones. La tierra no tiene una vida larga, entonces hay que guardar, también en el tema de medio ambiente, el tema de bosque, tema de agua. Ahora con este visión del municipio es importante que trabajes en serio, no solo en palabras. Porque ahora que se está viendo, la mayoría es palabras. Y se ha hecho estos documentos pero a veces no se cumplen. Entonces un poco este molesta pero al final te cuentas, como nosotros yo como persona, tengo una familia, tengo una meta y de trabajarlo. Sí, con algún ayuda, con algunas ONGs, las instituciones también que me han capacitado, también en este que estoy el primer ecológico. Porque más antes, te cuento mi historia, yo trabajé muchos años en Argentina. Y allá usaba mucho agroquímico y incluso como vine por aquí, usé también como cinco años. [...] Por cinco, seis años que hemos puesto tomate, producir con todo químico y quizás con poco de abono orgánico. Entonces hemos visto que ya unos cinco años, ya no podíamos producir bien. Ya no había humedad [del suelo]. [...] Entonces hemos visto que tiene que cambiar radicalmente. Primeros años han sido un poco como de fracaso. Pero ya estoy.“ (NI 6, 25.02.2015)

„Si como [dicen] las compañeras, es muy cierto, ¿no? [...] Por ejemplo en ese tiempo entonces [hay] muchos transgénicos. Entonces de tomates ya son grandes y ya no con natural. Y debería producir en seis meses. Pero ahora lo producen en una semana, en dos semanas, no sé que, pero grandes. Producimos [nuestros] en unos seis meses entonces pero no son grandes, son pequeños. Pero son naturales y son sanos y no afectan nada. Y cuando son transgénicos, entonces afecta. [...] A ochenta años o cien años, antes así vivían nuestros abuelos. Ahora ya setenta años se mueren, ¿no? O ya están enfermado. Están doliendo rodillas, están mal de cabeza o discapacitados, todo eso. Y por eso antes con lo de nuestro entonces nunca se enfermaban, ni habían hospitales antes. Entonces igual se vivían mas tranquilos y mas largo vivían. Entonces por eso hablamos en Bolivia de soberanía alimentaria.“ (GI 3c, 04.06.2013)

„Antes vivían cien años, doscientos años nuestros viejos. A ver ¿cuántos vivimos? Ni llegamos a sesenta. Y de ahí ya estamos cansaditos, ¿no vé? Entonces es por falta de alimentos. ¡Estamos comiendo puro chatarra! ¿El pollo? ¡Chatarra! ¿Fideo? ¡Chatarra! Hasta el arroz. A veces fumigan, muchas cosas con químico hacen crecer, ¿no? Mientras vivir en el campo: La papa, lenteja, haba, charqui, nuestro maíz, nuestro agua, fortifica, pues... Eso comían antes, nuestros abuelos. Con eso fuerte eran.“ (PZI 23, 09.02.2015)

#### **Kapitel 5.2.4**

„Ser soberano es que nuestros productos debemos nosotros a consumir. Los mejores productos y el sobrante debemos vender, eso. Pero como soberanía es que queremos ser soberano como antes, no? Quisieramos tener una alimentación pura, ya no con químico. [...] Porque es tanto... ya enfermos, todos ya estamos enfermos, nosotros enfermos. Entonces eso. Tenemos que tener una medicina tambien tradicional. [...] De la producción empieza, no? Despues sería la alimentación. [...] Tiene que estar producido bien ecológicamente, no? Y luego, recién estaríamos yendo a la soberanía alimentaria, cosa que sea ecológica. [...] Nuestros productos que son de nuestra tradición, como hemos sembrado, como hemos producido. Y por ejemplo cuando producimos, la papa lo guardamos, el quinua lo guardamos, lo almacenamos, puede estarse años. No pasa nada, no se quita el sabor. [...] Almacenamos lo que tenemos que mantenernos todo el año. Pero el excedente se va a la venta. Pero ahora, no. Es primero la venta y lo que sobrita está para nosotros. Está de lo contrario ahora. Todos quieren dinero y no corren cosas. Que sí, venden la quinua, sí ya está yendo a comprar chatarras, no? Entonces no estamos bien. [...] Antes no era así y por eso lo queremos cambiar. Lo mejor de la producción queda para nosotros almacenado y el sobrante se va a la venta, para utilizar [los ingresos] para escuela, para ropa, arroz, azúcar, otros también. que hay que comprar, no? [...] el que mantiene a Bolivia son los pequeños productores, ¿no? Que producimos en comunidades, en familiares, eso se mantiene.“ (NI 5, 06.03.2015)

„La alimentación del movimiento indígena es todo del territorio. Siempre de la visión de conservar todo lo que hay dentro. Por ejemplo la pezca, la caza, la recolección y es verdad que a veces se siembra algunos alimentos como maíz, plátano, yuca, todo eso. Pero solamente para la alimentación familiar y no para la comercialización. Y de eso viven nuestros hermanos en las comunidades. Entonces creemos nosotros que esa soberanía es la que estamos buscando y en base al respeto al derecho al territorio.“ (GI 1a, 16.05.2013)

#### **Kapitel 5.2.5**

„Es que muchas veces no se valora lo que es orgánico y lo que es natural. Muchas veces se prefiere lo fácil y lo bonito digamos, ¿no? Yo puedo cultivar por ejemplo en nuestro país, puedo cultivar un tomate como es natural pero es chiquito y un poco agrio, porque es natural. Pero la gente va a decir: Este tomate es agrio y pequenito, no lo compro, mejor compro aquel tomate que está grande, brilla y está dulce, esta rico.. Y en eso se está tra-

bajando ahora, no? En concientizar porque de eso se empieza, no? De que tengamos una información y de que valoremos lo que es nuestro y lo que es natural. Porque tampoco es para hacernos un engaño, sino que es para cuidarnos a nosotros mismos. [...] Porque es nuestro salud, ¿no?“ (GI 3a, 04.06.2013)

„A veces solo compramos porque [...] es barato. Y a veces los transgénicos están baratos que cualquier persona quiere acceder no más. Así como los pollos que encuentras en cualquier esquina y sale trece [bolivianos]. Pero una gallina criolla que tarda mas un año en crecer casi un año. Se sacas al pueblo quieren a precio regalado pero cuesta un año hacer esta gallina. No valoran. Quieren un precio de veinticinco bolivianos, treinta máximo. Pero un pollo granja está mas barato todavía y por eso es que uno no puede vender al precio justo. Que se debe vender esa gallina podría costar por lo menos a sus precios regulados a sesenta, setenta [bolivianos]. Pero no, nadie quiere. Entonces hay una cuestión de valor, osea de darles su valor. [...] Porque también no me conviene a mi sacrificando por un año para que crezca mi gallina y lo vende a un precio regalado, ¿de verdad? Porque es... porque lo sano tiene que salir justamete tiene que tener su precio y su valor y tambien tiene que ser vendido. Entonces se está trabajando en todas esas situaciones. Es amplio el tema y yo pienso que muy pronto pero vamos a está mejorando de aquellos años porque se está trabajando, se va a ver resultados porque en otros países ya valoran lo que es hasta unos años. Lo que es natural cuesta mas caro, ¿no vé? En Europa, en Corea, ahí, que mas caro cuestan las cosas que son naturales, orgánicas cuestan mas caros. ¿Y aquí? Cuestan barato y no quieren comprar. Prefieren comprar un pollo así que hay en la ciudad. Entonces es un tema más de concientización en nuestra sociedad. A veces lamentablemente nosotros todavía no somos concientes de lo que estamos consumiendo o de lo que nos hace daño, ¿no? Entonces se está trabajando en eso.“ (GI 3a, 04.06.2013)

„En mí caso de mí no tengo problemas de venta. A mí me buscan. Y en cambio en la asociación, ya al nivel de la asociación es un poco que no estamos todos al mismo nivel, como que no se hacen conocer también. Ya me conocen. Yo estaba trabajando más de diez años, ¿no? Entonces ya vienen a busacarme en mí parcela. Yo solamente cosecho, y saco [los productos] ahí a la ruta que no es muy bien tampoco. [...] Ellos vienen y recogen, viene un precio mas caro todavía del producto convencional. Mis productos ya me conocen, mi persona ya [...]. A un llamadita, dicen: ‚José [Name geändert] necesito tanto, por ejemplo de hortalizas, necesito tanto de acelga, perejil, api de lo que tengas, pero me das un precio.‘ No discuten. Lo compran.“ (NI 6, 25.02.2015)

[BF]: „Y los productos ecológicos se venden mejor? Hay un reconocimiento?“

„No tenemos ese reconocimiento, si no vendemos igual que el convencional pues. Cuando llena [por la cosecha], igual [los] barateamos. ¿Qué podemos hacer? [...] de que independientemente hemos buscamos un mercado donde puedes vender mejor, donde pudes lle-

var mejor. [...] Con convencional junto vendemos. 45 días está la lechuga, entonces es cosecha rápida. Entonces hay que llevar conjunto con lo convencional lo vendemos.“

[B.F.]: „Y no tiene propio mercado para evitar eso?“

„Sí, yo llevo... tengo yo mis casitas en Calacoto [wohlhabender Stadtteil in La Paz] ahí llevo. Cuando no tengo mucho vendo ahí. Llevo poco a poco ahí. Pero cuando tengo hartito, tengo que llevar junto los convencionales. Así no más es.“ (NI 4, 02.02.2015)

„[...] una forma de certificación entre comunidades que garantiza la producción ecológica [...]. Esta norma posibilita otorgar un reconocimiento a estos productores que están realizando la agricultura ecológica bajo un marco normativo. Al interior de Bolivia tenemos esta nueva norma que está posibilitando que aproximadamente algo más de cuatro mil productores ya tienen este reconocimiento como productores ecológicos o en transición. Con esta norma se ha liberado un sello, el sello ecológico, que posibilita el reconocimiento de estos productos que son etiquetados, envasados y son opertados en el mercado, tiene la posibilidad de llevar este sello para que los consumidores puedan reconocerlo. Este sistema participativo de garantía tiene una particularidad: Está constituido por grupos de productores de diferentes comunidades y municipios.“ (PZI 13, 19.06.2013)

„La CONUESI es una cooperativa nacional que aglutina a cooperativas regionales. Nuestras asentamientos están en diferentes zonas, en diferentes áreas, provincias o departamentos. [...] Por ejemplo en una provincia tenemos tres asentamientos y esos tres asentamientos crean ese brazo económico productivo que se llama cooperativa regional. Y ese cooperativa regional se aglutina que es la cooperativa nacional que es la CONUESI. Nos encarga sobre todo en el tema desarrollo productivo. [...] Entonces estamos trabajando en esa relación para poder cubrir lo que es el tema de implementación de infraestructuras para el acopio, para la transformación y la comercialización que es una necesidad fundamental para los productores de los asentamientos. Porque prácticamente hoy, por hoy, el excedente de esa producción llega a manos de intermediarios, incluso a la propia cadena productiva de los agroindustriales. Entonces, tomando en cuenta esa situación, creo, este brazo económico del MST se va encargar de todo eso lo que por hoy cubren los intermediarios. El acopio, la comercialización, la transformación misma. Entonces estamos trabajando en esa relación para que los asentamientos cargen la capacidad de acopiar, la capacidad de transformar y la capacidad de comercializar [sus productos].“ (PZI 21, 07.06.2013)

„El MST es una organización que no simplemente está creada al nivel nacional sino que es al nivel internacional. Por hoy el MST tiene como base fundamental dentro de la Vía Campesina, la CLOC Andina y la Vía Campesina Bolivia donde aglutinan diferentes organizaciones campesinas. La Confederación Sindical de Campesinos [CSUTCB], la Con-

federación de Comunidades Interculturales [CSCIOB], la Confederación de de Bartolina Sisa y el MST aglutina lo que se llama la Vía Campesina Bolivia. Bueno, esos son nuestros espacios y también nuestras alianzas. [...] Nuestro primer aliado internacional es el MST de Brasil. Después está el de Paraguay, está el de Guatemala y varias otras organizaciones más. Entonces tenemos varias relacionamientos al nivel internacional también.“ (PZI 21, 07.06.2013)

„Es muy difícil a llegar a todos a esos hermanas. Digamos aquí es una comunidad, allá es otra comunidad. Ahora [por] la organización nos hemos formado. [...] De cada comunidad aunque unito viene pues un representante. No una sola comunidad, hacemos como una red. [...] Y esa organización ya tiene el conocimiento [sobre] el manejo de la producción ecológica. Por eso tiene que llevar la réplica pues a su comunidad. La persona que ya tiene el conocimiento. [...] He ido a ofrecer hacia a las hermanas: ‚Mira hermanas, nos organizaremos, mediante el proyecto vamos a adquirir algo‘. [...] ‚Sí‘ dicen, ‚Sí‘ dicen. Pero no pone interés totalmente como uno que tiene ese profundo [vínculo] a nuestra tierra pachamama. No es necesario que yo produzca en grande extensión siempre. Para mí no me importa la cantidad a mí me interesa la calidad. [...] Entonces eso yo les digo a las hermanas. Tanto en la producción yo les digo: ‚Mira hermanas, no haremos por el cultivo.‘ ‚Sí‘ dicen. ‚Haremos esto a sí‘ dicen. ¡Pucha, no! ‚¡Monocultivo nomás!‘, dicen. Ay bueno, entonces ¡pucha! Hacen cansar la tierra. [...] Entonces hay muchas cosas de implementarles, ha habido charlas. Casi no toman interés. Aquí en Achocalla hoy ya le da un poquito. Pero la gente va por dinero primero. Porque todas las hermanas se van a vender a El Alto en el mercado. Entonces les interesa el dinero. No le interesa el conocimiento, el manejo de la producción. [...] Pero ahora ya un poquito ya están poniéndose mano al evidente. Eso también hay que hablarles, en pasando talleres, dando explicaciones.. ‚Mira tú sabes alimentándonos con esos productos que están producido sin químicos.‘ Hoy en día la gente es rápido envejeciendo, enfermos que tantas cosas parece. Entonces de esa parte aquí en Achocalla es la mayoría, pero ya están concientizando. Como medio también cada vez en las mañanas estoy hablando. Preguntan también si es la verdad. ‚¿Cómo podemos preparar? Pero trabajaremos, lo realizaremos.‘ ‚Sí‘, dicen, pero no quieren perder tiempo. Eso es lo malo.“ (NI 3, 30.01.2015)

### **Kapitel 5.2.7**

„Si, justamente, los neoliberales o los colonizadores anteriormente nos veían [...] pues como personas de otro mundo, así. Entonces por esa razón, se ha desarrollado la ideología de lucha, de contrarrestar a esos neoliberales. Por que no nos dejaban antes ni entrar a la ciudad y si traías tus productos, tienes que dejar al otro lado en el campo. A los supermercados no podías, [...] ni intervenir en la prensa, ni en el parlamento. Por esa razón sale esa visión de fortaleza, una visión revolucionaria a los pueblos, para romper ese esquema y luego, gobernar los pueblos. [...] Es una lucha contra los neoliberales que hemos luchado, porque nos oprimían. No nos daban de educación, nos desconocían nuestra cultura y

---

desconocía las ideologías campesinas. Entonces por esa razón, los pueblos interculturales, los campesinos, los hermanos indígenas del Oriente Boliviano, hemos luchado para contrarrestar al neoliberalismo.[...] Esa es la visión de nosotros y vamos a luchar y sigue y hay todavía los neoliberales los que no quieren a Bolivia en conjunto.“ (G1 4a, 03.06.2013).



Ältere Bände der  
**Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel**

(Band I, 1932 - Band 43, 1975)

sowie der

**Kieler Geographischen Schriften**

(Band 44, 1976 - Band 87, 1993)

sind teilweise noch auf Anfrage im Geographischen Institut der CAU erhältlich.

Das vollständige Verzeichnis finden Sie auf der Homepage des Instituts.

**Band 88**

Wichmann, Peter: Jungquartäre randtropische Verwitterung. Ein bodengeographischer Beitrag zur Landschaftsentwicklung von Südwest-Nepal. 1993. X, 125 S., 18 Tab. und 17 Abb. ISBN 3-923887-30-2. 10,10 €

**Band 89**

Wehrhahn, Rainer: Konflikte zwischen Naturschutz und Entwicklung im Bereich des Atlantischen Regenwaldes im Bundesstaat São Paulo, Brasilien. Untersuchungen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen und zur Umsetzung von Schutzkonzepten. 1994. XIV, 293 S., 72 Tab., 41 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-31-0. 17,50 €

**Band 90**

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Entstehung und Entwicklung der Industriegesellschaft auf den Britischen Inseln. 1995. XII, 367 S., 20 Tab., 54 Abb. und 5 Graphiken. ISBN 3-923887-32-9. 16,60 €

**Band 91**

Bock, Steffen: Ein Ansatz zur polygonbasierten Klassifikation von Luft- und Satellitenbildern mittels künstlicher neuronaler Netze. 1995. XI, 152 S., 4 Tab. und 48 Abb. ISBN 3-923887-33-7. 8,60 €

**Band 92**

Matuschewski, Anke: Stadtentwicklung durch Public-Private-Partnership in Schweden. Kooperationsansätze der achtziger und neunziger Jahre im Vergleich. 1996. XI, 246 S., 16 Tab., 34 Abb., und 20 Fotos. ISBN 3-923887-34-5. 12,20 €

**Band 93**

Ulrich, Johannes und Kortum, Gerhard.: Otto Krümmel (1854-1912): Geograph und Wegbereiter der modernen Ozeanographie. 1997. VIII, 340 S. ISBN 3-923887-35-3. 24,00 €

**Band 94**

Schenck, Freya S.: Strukturveränderungen spanisch-amerikanischer Mittelstädte untersucht am Beispiel der Stadt Cuenca, Ecuador. 1997. XVIII, 270 S. ISBN 3-923887-36-1. 13,20 €

**Band 95**

Pez, Peter: Verkehrsmittelwahl im Stadtbereich und ihre Beeinflussbarkeit. Eine verkehrsgeographische Analyse am Beispiel Kiel und Lüneburg. 1998. XVII, 396 S., 52 Tab. und 86 Abb. SBN 3-923887-37-X. 17,30 €

**Band 96**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 1: Entwicklung bis 1950, 1998. XV, 349 S., 35 Abb., 4 Graph., 5 Tab. und 4 Listen. ISBN 3-923887-38-8. 15,40 €

**Band 97**

Higelke, Bodo (Hrsg.): Beiträge zur Küsten- und Meeresgeographie. Heinz Klug zum 65. Geburtstag gewidmet von Schülern, Freunden und Kollegen. 1998. XXII, 338 S., 29 Tab., 3 Fotos und 2 Klappkarten. ISBN 3-923887-39-6. 18,40 €

**Band 98**

Jürgens, Ulrich: Einzelhandel in den Neuen Bundesländern - die Konkurrenzsituation zwischen Innenstadt und "Grüner Wiese", dargestellt anhand der Entwicklungen in Leipzig, Rostock und Cottbus. 1998. XVI. 395 S., 83 Tab. und 52 Abb. ISBN 3-923887-40-X. 16,30 €

### **Band 99**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 2: Entwicklung 1950-1980. 1999. XI, 289 S., 36 Abb., 8 Graph., 12 Tab. und 2 Listen.  
ISBN 3-923887-41-8. 13,80 €

### **Band 100**

Eglitis, Andri: Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer. Persistenz und Wandel der dezentralen Versorgungsstrukturen seit der deutschen Einheit. 1999. XXI, 422 S., 90 Tab. und 35 Abb.  
ISBN 3-923887-42-6. 20,60 €

### **Band 101**

Dünckmann, Florian: Naturschutz und kleinbäuerliche Landnutzung im Rahmen Nachhaltiger Entwicklung. Untersuchungen zu regionalen und lokalen Auswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen im Vale do Ribeira, Brasilien. 1999. XII, 294 S., 10 Tab., 9 Karten und 1 Klappkarte. ISBN 3-923887-43-4. 23,40 €

### **Band 102**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 3: Entwicklung seit 1980. 2000. XX, 360 S., 65 Tab., 12 Abb. und 5 Graphiken  
ISBN 3-923887-44-2. 17,10 €

### **Band 103**

\*Bähr, Jürgen & Widderich, Sönke: Vom Notstand zum Normalzustand - eine Bilanz des kubanischen Transformationsprozesses. La larga marcha desde el período especial había la normalidad – un balance de la transformación cubana. 2000. XI, 222 S., 51 Tab. und 15 Abb. ISBN 3-923887-45-0. 11,40 €

### **Band 104**

Bähr, Jürgen & Jürgens, Ulrich: Transformationsprozesse im Südlichen Afrika – Konsequenzen für Gesellschaft und Natur. Symposium in Kiel vom 29.10.-30.10.1999. 2000. 222 S., 40 Tab., 42 Abb. und 2 Fig.  
ISBN 3-923887-46-9. 13,30 €

### **Band 105**

Gnad, Martin: Desegregation und neue Segregation in Johannesburg nach dem Ende der Apartheid. 2002. 281 S., 28 Tab. und 55 Abb.  
ISBN 3-923887-47-7. 14,80 €

### **Band 106**

\*Widderich, Sönke: Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses. 2002. 210 S., 44 Tab. und 17 Abb. ISBN 3-923887-48-5. 12,55 €

### **Band 107**

Stewig, Reinhard: Bursa, Nordwestanatolien: 30 Jahre danach. 2003. 163 S., 16 Tab., 20 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-49-3. 13,00 €

### **Band 108**

Stewig, Reinhard: Proposal for Including Bursa, the Cradle City of the Ottoman Empire, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2004. X, 75 S., 21 Abb., 16 Farbfotos und 3 Pläne. ISBN 3-923887-50-7. 18,00 €

### **Band 109**

Rathje, Frank: Umnutzungsvorgänge in der Gutslandschaft von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Bilanz unter der besonderen Berücksichtigung des Tourismus. 2004. VI, 330 S., 56 Abb. ISBN 3-923887-51-5. 18,20 €

### **Band 110**

Matuschewski, Anke: Regionale Verankerung der Informationswirtschaft in Deutschland. Materielle und immaterielle Beziehungen von Unternehmen der Informationswirtschaft in Dresden-Ostsachsen, Hamburg und der TechnologieRegion Karlsruhe. 2004. II, 385 S., 71 Tab. und 30 Abb. ISBN 3-923887-52-3. 18,00 €

### **Band 111**

\*Gans, Paul, Axel Priebis und Rainer Wehrhahn (Hrsg.): Kulturgeographie der Stadt. 2006. VI, 646 S., 65 Tab. und 110 Abb.  
ISBN 3-923887-53-1. 34,00 €

### **Band 112**

Plöger, Jörg: Die nachträglich abgeschotteten Nachbarschaften in Lima (Peru). Eine Analyse sozialräumlicher Kontrollmaßnahmen im Kontext zunehmender Unsicherheiten. 2006. VI, 202 S., 1 Tab. und 22 Abb. ISBN 3-923887-54-X. 14,50 €

### **Band 113**

Stewig, Reinhard: Proposal for Including the Bosphorus, a Singularly Integrated Natural, Cultural and Historical Sea- and Landscape, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2006. VII, 102 S., 5 Abb. und 48 Farbfotos. ISBN 3-923887-55-8. 19,50 €

### **Band 114**

Herzig, Alexander: Entwicklung eines GIS-basierten Entscheidungsunterstützungssystems als Werkzeug nachhaltiger Landnutzungsplanung. Konzeption und Aufbau des räumlichen Landnutzungsmanagementsystems LUMASS für die ökologische Optimierung von Landnutzungsprozessen und -mustern. 2007. VI, 146 S., 21 Tab. und 46 Abb. ISBN 978-3-923887-56-9. 12,00 €

### **Band 115**

Galleguillos Araya-Schübelin, Myriam Ximena: Möglichkeiten zum Abbau von Segregation in Armenvierteln. Die Frage nach der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit urbaner Ballungsräume am Beispiel Santiago de Chile. 2007. VIII, 226 S., 6 Tab. und 19 Abb. ISBN 978-3-923887-57-6. 15,00 €

### **Band 116**

Sandner Le Gall, Verena: Indigenes Management mariner Ressourcen in Zentralamerika: Der Wandel von Nutzungsmustern und Institutionen in den autonomen Regionen der Kuna (Panama) und Miskito (Nicaragua). 2007. VIII, 390 S., 14 Tab. und 44 Abb. ISBN 978-3-923887-58-3. 18,00 €

### **Band 117**

Wehrhahn, Rainer (Hrsg.): Risiko und Vulnerabilität in Lateinamerika. 2007. II, 314 S., 13 Tab. und 50 Abb. ISBN 978-3-923887-59-0. 16,50 €

### **Band 118**

Klein, Ulrike: Geomedienkompetenz. Untersuchung zur Akzeptanz und Anwendung von Geomedien im Geographieunterricht unter besonderer Berücksichtigung moderner Informations- und Kommunikationstechniken. 2008. XI, 244 S., 89 Tab. und 57 Abb. ISBN 978-3-923887-60-6. 15,50 €

### **Band 119**

Sterr, Horst, Christoph Corves und Götz von Rohr (Hrsg.): The ToLearn Project, Learning how to Foster Sustainable Tourism in the North Sea Region 2009. III, 168 S., 6 Tab. und 23 farbige Abb. ISBN 978-3-923887-61-3. 15,00 €

### **Band 120**

Sandfuchs, Katrin: Wohnen in der Stadt. Bewohnerstrukturen, Nachbarschaften und Motive der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen Neubaugebieten Hannovers. 2009. X, 282 S., 30 Tab. und 44 Abb. ISBN 978-3-923887-62-0. 16,20 €

### **Band 121**

Oppelt, Natascha: Monitoring of the Biophysical Status of Vegetation Using Multi-angular, Hyperspectral Remote Sensing for the Optimization of a Physically-based SVAT Model. 2010. XXII, 130 S., 34 Tab. und 62 Abb. davon 24 farbig ISBN 978-3-923887-63-7. 14,50 €

\*= vergriffen

### **Band 122**

Mössner, Samuel: Integrierte Stadtentwicklungsprogramme – eine „Vertrauens-Konstellation“. Beispiele aus Frankfurt a. M. und Mailand. 2010. X, 202 S., 5 Tab. und 6 Abb.  
ISBN 978-3-923887-64-4. 14,50 €

### **Band 123**

Sandner Le Gall, Verena und Rainer Wehrhahn (Hrsg.): Geographies of Inequality in Latin America. 2012. II, 402 S., 22 Tab. und 64 Abb.  
ISBN 978-3-923887-65-1. 17,50 €

### **Band 124**

Schlichting, Ina von: Migration, Translokaltät und Doing Community. Stabilisierende Eigenschaften einer ecuadorianischen Dorfgemeinschaft in Ecuador, Deutschland und Spanien. 2013. IX, 242 S., 7 Tab. und 14 Abb.  
ISBN 978-3-923887-66-8. 16,50 €

### **Band 125**

Lukas, Michael, Neoliberale Stadtentwicklung in Santiago de Chile. Akteurskonstellationen und Machtverhältnisse in der Planung städtebaulicher Megaprojekte. 2014. IX, 244 S., 13 Tab. und 11 Abb.  
ISBN 978-3-923887-67-5. 16,90 €

### **Band 126**

Massmann, Frederick, Hochwasser in Bangkok: Verwundbarkeiten und Handlungsstrategien von Bewohnern. 2015. IX, 232 S., 4 Tab. und 53 Abb.  
ISBN 978-3-923887-68-2. 16,50 €

### **Band 127**

Maus, Gunnar, Erinnerungslandschaften: Praktiken ortsbezogenen Erinnerns am Beispiel des Kalten Krieges . 2015. IX, 293 S., 20 Tab. und 31 Abb.  
ISBN 978-3-923887-69-9. 16,50 €

### **Band 128**

Liao, Kaihuai, Debordering and Rebordering Processes in Suburban Guangzhou, China. 2016. XIV, 179 S., 9 Tab. und 35 Abb.  
ISBN 978-3-923887-70-5. 15,90 €

### **Band 129**

Dohnke, Jan, Urbane Konflikte und stadtpolitischer Wandel, untersucht an Fallbeispielen in Buenos Aires 2016. XI, 265 S., 14 Tab. und 27 Abb.  
ISBN 978-3-923887-71-2. 16,50 €

### **Band 130**

Fladvad, Benno, Topologien der Gerechtigkeit Eine politisch-geographische Perspektive auf das Recht auf Ernährungssouveränität in Bolivien 2017. XII, 241 S., 5 Tab. und 27 Abb.  
ISBN 978-3-923887-72-9. 16,50 €

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Mathematisch-  
Naturwissenschaftliche Fakultät

Kieler Geographische Schriften

Band 130 | Kiel 2017  
ISBN 978-3-923887-72-9

